

Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2007

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2007

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 3

Jahrbuch 2007

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2007 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktionelle Bearbeitung und Lektorat: Werner Baach, Verantwortlicher für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Layout und Satz: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information

Umschlaggestaltung: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information

Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Bilder: BMVg / Bundeswehr (Führungsakademie, Informations- und Medienzentrale, PIZ San, Standortkommando Berlin), Baach, Clausewitz-Gesellschaft, Christian Peter CSHP

Dienstleistungen.

Druck: Zentrum Operative Information

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigen Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 978-3-9810794-2-5

Inhalt	Seite
Editorial	5
Fünfzig Jahre Führungsakademie der Bundeswehr	8
Rede des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zum fünfzigjährigen Bestehen der Führungsakademie der Bundeswehr	8
Berliner Colloquium 2007 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik	
Fünfzig Jahre Europäische Union – fünfzehn Jahre Russische Föderation: Partner und Rivalen – der Zukunft verpflichtet. Zusammenfassender Bericht Werner Baach	17
Russland: Rivale, Konkurrent, Partner, Verbündeter in Europa? Dr. Alexander Rahr	30
Die Römischen Verträge – die Entwicklung hin zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Dr. Matthias Jopp	46
41. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft	
Über die Konfliktregionen Naher und Mittlerer Osten und die aktuelle sicherheitspolitische Lage Deutschlands. Zusammenfassender Bericht. Werner Baach	55
Der Irak und seine Nachbarn. Eskalationsrisiken des Bürgerkriegs Dr. Guido Steinberg	67
Clausewitz' Einfluss auf das japanische Militärwesen und militärische Denken Dr. Yasuyuki Kawamura	72
Anmerkungen zu Clausewitz' Theorie und Aktuelles vom Internationalen Clausewitz-Zentrum 2006/2007 Dr. Lennart Souchon	83

Forum 2007 der Clausewitz-Gesellschaft

Führung in multinationalen Kriseneinsätzen und Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr. Zusammenfassender Bericht Werner Baach	96
Lage und Zukunft des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr Dr. Kurt-Bernhard Nakath	106
Der Sanitätsdienst der Bundeswehr im Einsatz Dr. Ulrich Baumgärtner	124

Weitere Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft Beiträge zu Sicherheitspolitik, Strategie und Streitkräfte

Vom jüngsten Wandel des Chamäleons Krieg Dr. Herfried Münkler	133
Zwischen humanitärer Intervention und Neuen Kriegen Neue Herausforderungen für die Bundeswehr Sebastian Stamm MA	144
Guerrillakrieg, Volksaufstand, Bürgerkrieg und ihre Bekämpfung: Neue Debatten um die „Counterinsurgency“ Dr. Beatrice Heuser	164
Operative Kunst im Wandel der Zeit Nathan M. Sempala-Ntege	187
Der Mensch in der Transformation – Bundeswehr im Umbruch Karl H. Schreiner	212

Beiträge zu Leben und Werk des Carl von Clausewitz

Carl von Clausewitz – Leben, Werk, Nachwirkung. Seine Bedeutung für heutige Streitkräfte Dr. Lennart Souchon	222
Sicherheitspolitik und Strategie Dr. Dirk Freudenberg	228
Clausewitz in russischen Diensten – ein Beitrag zur Biografie des Generalmajors Carl von Clausewitz Wolfhart Einsel	243
Zweck und Ziele der Clausewitz-Gesellschaft	255

EDITORIAL

Mit dem nunmehr vorliegenden Jahrbuch 2007, dem dritten in Folge, hat die Clausewitz-Gesellschaft das Ende 2004 begonnene Wagnis, die Ergebnisse ihrer drei zentralen Veranstaltungen zusammenzufassen und ihren Mitgliedern sowie einer ausgewählten Öffentlichkeit mit einem Jahrbuch zugänglich zu machen, zu einem beinahe unverzichtbaren Element ihrer Arbeit im sicherheitspolitischen, strategischen und operativen Themenfeld gemacht. Neben dieser Zusammenfassung der großen zentralen Veranstaltungen kam es uns darauf an, weitere spezielle oder allgemeine Arbeiten von Mitgliedern, darunter auch von jüngeren, aufzunehmen. Als Beispiele nenne ich die Arbeiten von Heribert Münkler: „Vom jüngsten Wandel des Chamäleons Krieg“, die Ausführung eines unsere jüngsten Mitglieder Sebastian Stamm über die neuen Herausforderungen an die Bundeswehr und die Untersuchung unseres Beiratsmitglieds Professor Beatrice Heuser zum Thema „Guerillakrieg, Volksaufstand, Bürgerkrieg und ihre Bekämpfung: Neue Debatten um die „Counterinsurgency“.

Hervorheben möchte ich die erstmalige Veröffentlichung einer Lehrgangsarbeit eines Offiziers der Führungsakademie. Major Sempala-Ntege hat als britischer Teilnehmer der deutschen Generalstabsausbildung das Thema der „Operativen Kunst“ in den Blick genommen und schlägt einen neuen Ansatz für operative Planung künftiger Einsätze vor. Für seine Arbeit konnte ich ihn mit der „Clausewitz-Urkunde“ auszeichnen. Bei all diesen Beiträgen können die Gedanken von Clausewitz ein Spiegel für Analyse und Bewertung darstellen. Dabei ist z.B. bedeutsam, der Betrachtung des Krieges als Chamäleon die „wunderliche Dreifaltigkeit“ aus „blinde(m) Naturtrieb“, „freie(r) Seelentätigkeit“ und „dem bloßen Verstande“ hinzuzufügen.

*„Jetzt kommt es darauf an,
den Mut nicht zu verlieren“ (Frühjahr 1813)*
Carl von Clausewitz

Im Blick auf das zurückliegende Jahr war es richtig, im Berliner Colloquium 2007 im 50. Jahr der Römischen Verträge einerseits und der Entwicklung Russlands unter einem zunehmend politisch offensiven Präsidenten Putin andererseits sowohl die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union als auch ihr Verhältnis zu einem sehr selbstbewusst, ja energisch und konfliktwillig auftretenden Russland ins Zentrum zu rücken. Während sich die damaligen optimistischen Prognosen für den neuen Reformvertrag der EU anstelle der gescheiterten Verfassung inzwischen mit der Unterschrift der Staats- und Regierungschefs beim Treffen des Europäischen Rates Lissabon bestätigt haben, entwickeln sich die Gespräche mit Russland in einer Reihe von Themen weiter schwierig und kontrovers. Dies gilt insbesondere auch für den wichtigen Bereich der Energieversorgung,

wo Russland weiterhin nicht bereit ist, eine Energie-Charta mit der EU zu unterzeichnen. Angesichts der schon damals bekannten Aversion gegen eine Vornestationierung des amerikanischen Raketenabwehrsystems verdichtet sich, dass Präsident Putin dies weiter verhindern will – auch unter Ausnutzung der unterschiedlichen Positionen europäischer NATO-Staaten – indem er alle eigenen Maßnahmen, die er sowieso vorhatte, mit dieser amerikanischen Planung begründet und selbst weitreichende amerikanische Angebote zur Zusammenarbeit skeptisch, ja ablehnend behandelt.

Die Thematik der 41. Sicherheitspolitischen Informationstagung in Hamburg mit dem Schwerpunkt auf den Krisen, ja Kriegen im Nahen und Mittleren Osten hatte mit den pointierten Aussagen von Prof. Dr. Steinbach und Botschafter a.D. Avi Primor sowie dessen Rede und Gegenrede mit Herrn Nazzal von der Generaldelegation Palästinas in Berlin zum israelisch-palästinensischen Konflikt einen eindrucksvollen informativen und auch emotional bewegenden Teil. Dass die von Amerika initiierte Nahostkonferenz in Annapolis (USA) nicht nur unter Einschluss der arabischen Staaten stattgefunden, sondern auch noch neue Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern auf den Weg gebracht hat, war für viele Beobachter überraschend. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob dieser begonnene Prozess belastbare Schritte zu mehr Stabilität ermöglicht und eine Friedenslösung in den entscheidenden Punkten der „Zwei-Staaten-Lösung“ (Siedlungen, Flüchtlinge, Jerusalem) voranbringen kann.

In der Panelrunde zum Mittleren Osten mit der besonderen Betonung auf der Lage im Irak und der Auseinandersetzung des UN-Sicherheitsrats mit dem Iran verdeutlichten die Teilnehmer die hohen Eskalationsrisiken in der Region, die Verschiebung der Konfliktlinien, in denen z.B. nicht mehr vorrangig der Nahostkonflikt als Treiber wirkt, und die politischen Gegensätze zu diesen Fragen in der amerikanischen Innenpolitik vor der Vorlage der Berichte von Botschafter Crocker und General Petraeus Mitte September 2007.

Die Aussagen unseres Verteidigungsministers Dr. Franz-Josef Jung, gerade auch in der Diskussion mit dem Plenum, beleuchteten die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken bei den Kriseneinsätzen in Afghanistan und im Kosovo nach dem Scheitern der Kosovovorschläge von Präsident Ahtisaari und vor der Verlängerung der Bundestags-Mandate für Afghanistan in eindringlichen Worten. Gleiches galt für die Lage der Bundeswehr im Transformationsprozess und seine gut begründete Überzeugung, die Wehrpflicht für die Streitkräfte beizubehalten.

Unser Forum 2007 mit seinen beiden Schwerpunkten, der Lage und Entwicklung des Sanitätsdienstes in den Einsätzen und im Inland sowie die Frage einheitlicher Führung multinationaler Kriseneinsätze beleuchtete zunächst die Dynamik der medizinischen und organisatorischen Entwicklung der sanitätsdienstlichen Unterstützung in der Heimat und im multinationalen Umfeld der Einsatzgebiete trotz enger personeller und finanzieller Ressourcen. Die Ausführungen der Vortragenden und Panelteilnehmer zur Frage einer einheitlichen oder multiplen, fragmentierten Führung in den Krisengebieten brachte positive pragmatische Aspekte, aber zeigte mit Schwerpunkt am Beispiel des Einsatzes in Afghanistan auch die Grenzen auf, in denen 26 + x Nationen und ihre militärischen Kontingente zu einheitlicher Führung oder wenigstens zu einheitlich ausgerichteten Anstrengungen gebracht werden können. Denn im Rahmen der gemeinsamen Entscheidung des Nordatlantikkrates handeln sie mit national genehmigten Einsatzmandaten, haben vornehmlich eine nationale Ausbildung durchlaufen und sind von einer jeweils eigenen militärischen Kultur geprägt. Für alle, die die Herausforderungen in Afghanistan meistern müssen, mag das Wort von Clausewitz auch ein Hinweis sein.

Meine Hinweise im letzten Jahr an alle Mitglieder behalten ihre Gültigkeit, dies gilt insbesondere für eine rege Teilnahme an unserem jährlichen Forum. Auch unsere Anstrengungen in den internationalen und akademischen Bereich bedürfen weiter unser aller Aufmerksamkeit und zielgerichteten Handelns.

Lassen Sie mich schließen mit meinem ganz persönlichen und herzlichen Dank an Herrn Oberst a.D. Werner Baach, den ich auch in Ihrer aller Namen zum Ausdruck bringe. Seine intensive gedankliche und unermüdliche praktische Arbeit für Konzept und Gestaltung und seine immer erlebbare engagierte Identifizierung mit diesem Werk haben dieses Jahrbuch erneut möglich gemacht.

Mein Dank und der Dank der Clausewitz-Gesellschaft gilt allen Autoren, die ihre Beiträge zu diesem Jahrbuch kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Das Zentrum Operative Information hat erneut maßgeblichen Anteil, dass wir das Jahrbuch zeitgerecht und im Rahmen unseres Budgets fertig stellen konnten. Ich danke dem Kommandeur, Oberst Dietger Lather, und seinen Mitarbeitern sehr herzlich für ihren engagierten Einsatz in einer Zeit, in der seine Dienststelle selbst erhebliche Veränderungen zu gestalten und zu organisieren hatte.

Ich hoffe, Sie werden viele Beiträge auch in diesem Jahrbuch mit viel Freude und Nutzen für sich selbst lesen.

Ihr Klaus Olshausen

Fünzig Jahre Führungsakademie der Bundeswehr

Die Clausewitz-Gesellschaft und ihre Arbeit sind seit ihrer Gründung im Jahr 1961 eng mit der Führungsakademie der Bundeswehr verbunden. Zahlreiche Absolventen der Akademie sind Mitglieder der Gesellschaft; ihr Kommandeur ist ihr Vizepräsident; der Sitz der Gesellschaft ist an der Führungsakademie. Eine der wichtigsten zentralen Veranstaltungen der Clausewitz-Gesellschaft, die Sicherheitspolitische Tagung, findet alle Jahre im August auf dem Campus der Akademie statt. Das Internationale Clausewitz-Zentrum hat dort ebenso sein Zuhause wie der Regionalkreis Nord der Gesellschaft und die Geschäftsstelle. Am 14. September 2007 feierte die Führungsakademie der Bundeswehr ihren 50. Geburtstag. Die Bedeutung des Ereignisses fand ihren Ausdruck darin, dass Bundespräsident Horst Köhler die Festansprache hielt. Die Clausewitz-Gesellschaft stellt aus all diesen Gründen den Festvortrag an den Anfang ihres Jahrbuchs 2007.

Der Herausgeber

Festakt zum fünfzigjährigen Bestehen der Führungsakademie der Bundeswehr – Rede des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland

I.

Es ist mir und meiner Frau eine Freude, heute in Ihrer Mitte zu sein. Ich gratuliere der Führungsakademie der Bundeswehr von Herzen zu ihrem stattlichen Jubiläum. Die Gründungsgedanken der Führungsakademie und ihre Leistungen überzeugen. Sie hat sich vorzüglich bewährt. Ihr Beitrag bleibt unverzichtbar.

Mir ist auch das Motto der Führungsakademie sympathisch: Mens agit mores – Der Geist bewegt die Materie. Telekinetische Stärke – die wünsche ich mir und allen, die in Deutschland Verantwortung haben. Bewegungsbedürftige Trägheit gibt es genug.



II.

Geistiges Fundament der Führungsakademie waren und sind erstens das Bekenntnis zur systematischen Bestenauslese, das heißt also: zur Elite, und zweitens die Überzeugung: Militärische Führungskunst setzt mehr voraus als grundsolides militärisches Handwerk: Sie verlangt eine möglichst breite Bildung und wissenschaftliche Schulung.

Systematische Bestenauslese bei Chancengleichheit – davon sind wir in den meisten anderen Lebensbereichen leider weit entfernt. Im öffentlichen Dienst fallen mir als Pendant zur Führungsakademie allenfalls der Eingangstest und die Attachéausbildung des Auswärtigen Amtes ein, doch sie stehen am Beginn der beruflichen Laufbahn. In den anderen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gibt es wohl nichts, was der generalstabsmäßigen Offizierauslese der Bundeswehr an die Seite gestellt werden kann. Im Gegenteil: Nicht wenige Untersuchungen zeigen, wie sehr manche Teileliten sich – ob gewollt oder nicht – selber reproduzieren, mit anderen Worten: sich abschließen gegen leistungsstarke Talente von außen.

Die Bundesrepublik hat sich lange schwer getan mit der Vorstellung, Talent, Leistung und Führungsbereitschaft systematisch ausfindig zu machen und zu fördern. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten alles in allem die deutschen Eliten auf furchtbare Weise versagt – da geriet dann jeder Versuch einer neuen Führungsauslese schnell unter politischen Verdacht. Nur hätte man wohl nach 1945 besser die entgegen gesetzte Folgerung ziehen und viel stärker darauf hinwirken sollen, eine demokratische Leistungs- und Verantwortungselite mit gemeinsamem Wertekanon zu formen. Das setzt natürlich Chancengleichheit schon in der Schule voraus – während bei uns bis heute ein Facharbeiterkind mit gleichen Leistungen nur ein Bruchteil der Chancen eines Akademikerkindes hat, aufs Gymnasium zu kommen und die Talente der Kinder aus bildungsfernen Schichten und Zuwandererfamilien praktisch brachliegen gelassen werden. Das setzt Universitäten voraus, deren Qualität in Lehre, Forschung und akademischem Zusammenleben bei den Absolventen lebenslange Dankbarkeit stiftet und die Überzeugung, das Gemeinwesen habe ihnen etwas sehr Wertvolles gegeben und erwarte nun mit Recht gerade von den Besten einen hervorragenden Beitrag zum Gemeinwohl – wie es aktuell um die universitäre Vermittlung solcher Gefühle und Haltungen steht, fragen Sie am besten mal Ihre Kinder. Und das setzt mehr Förderung für Hochbegabte voraus als heute, wo die Begabtenförderungswerke nur einen Bruchteil der „high potentials“ eines jeden Jahrgangs erreichen. In allen diesen Bereichen muss unglaublich viel nachgearbeitet werden, um das Humanvermögen unseres Landes zu heben und um die nötige Gemeinsamkeit der Demokraten zwischen denen zu stiften, die nach uns kommen und Führungspositionen übernehmen sollen. Diese nachholende Arbeit hat erst begonnen.

Umso heller erstrahlt vor solchem Hintergrund die Leistung der Bundeswehr und ihrer Führungsakademie. Sie ist dem Ideal der Bestenauslese beispielhaft nahe. Das schließt übrigens militärische Familientraditionen keineswegs aus, sondern

lebt im Gegenteil auch von ihnen. Die erfolgreiche Auslese hat in den Führungspositionen, die die NATO zu vergeben hat, immer wieder ihren Ausdruck gefunden. Und Achtung: Diese Bildung einer militärischen Elite ist so eindrucksvoll auch dank der Allgemeinen Wehrpflicht gelungen – eines von vielen guten Argumenten für diesen Dienst.

III.

Als den zweiten Gründungsgedanken der Führungsakademie habe ich die Überzeugung bezeichnet: Der militärische Führer und vor allem der Stabsoffizier braucht mehr als rein militärisches Können. Er braucht eine breite Allgemeinbildung, fundierte politische Kenntnisse und wissenschaftlichen Geist.

Diese Überzeugung ist mindestens 200 Jahre alt, und mindestens ebenso lange wird ihr widersprochen. Es gibt eben immer hart gesottene Troupiers, die können sich gebildete und politisch kundige Offiziere nur als „gedankenschwer und tatenarm“ vorstellen. Den faktischen Gegenbeweis haben schon die preußischen Heeresreformer persönlich geführt: Bei Groß Görschen im Mai 1813 zum Beispiel kämpften Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz „mit dem Säbel in der Faust“ tapfer mit. Scharnhorst hat dort die Wunde empfangen, an der er wenig später gestorben ist.

Heutzutage wenigstens sollte auch dem letzten klar sein: Der im Sinne der Führungsakademie gebildete Offizier, der über seine Bildung eben nicht seine militärische Entschlossenheit verliert, ist im Zweifel der bessere Soldat, weil er sich besser in der Welt orientieren kann, weil er offener für neue Eindrücke ist und selbständig weiterlernt, weil sein Urteil freier, proportionierter und abgewogener ist, weil er historisches Bewusstsein und also Respekt vor fremden Kulturen hat, weil er artikulierter ist, weil er mehr Empathie aufbringt, ohne sich von ihr lähmen zu lassen, und weil er unduldsamer gegen Unrecht und Gemeinheit wird. Alle diese Qualitäten sind heute wichtiger denn je. Das hat vor allem drei Gründe:

Der erste ist so alt wie unverbraucht: Zu führen sind Bürgerinnen und Bürger in Uniform. Das macht die Führungsaufgabe besonders anspruchsvoll und besonders lohnend. Die Innere Führung will das Optimum an militärischer Leistungsfähigkeit bei einem Höchstmaß an Freiheit und Rechten des einzelnen. Das klang vor fünfzig Jahren revolutionär. Heute entspricht es der selbstbewussten Einstellung, mit der die jungen Leute zur Bundeswehr kommen. Die jungen Soldatinnen und Soldaten wollen dienen, aber sie wollen ernst genommen sein dabei. Die aufgewecktesten von ihnen – und das sind viele! – haben einen untrüglichen Blick

dafür, was beim militärischen Führer Fassade ist und was gelebtes Vorbild und selbst erarbeitete Überzeugung. Sie sind versierte Mediennutzer und wollen den Sinn ihrer Einsätze verstehen – worüber man sich nur freuen kann. Je besser ihnen Führung vermittelt wird, desto belastbarer und erfolgreicher folgen sie auch. Und wie die Mannschaften, so das Korps der Unteroffiziere und Offiziere. Es ist ohnehin gute deutsche Tradition, jeden Dienstgrad auch zum Mitdenken auf der nächsthöheren Ebene zu befähigen. Nehmen Sie das zusammen mit dem kritisch-konstruktiven Geist, den die Frauen und Männer als Bürger unserer freiheitlichen Demokratie mitbringen, und Sie haben eine Führungsaufgabe von formidablen Dimensionen. Sie ist erfolgreich gemeistert worden, auch und gerade in den Jahren der Transformation seit 1990, und das ist ein Erfolg, den die Führungsakademie mit errungen hat.

Aber wie heißt es doch so schön: Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie am falschen Fleck. Die Soldatinnen und Soldaten erwarten von ihren militärischen Führern auch Klartext nach „oben“ und „außen“: hin zu den außen- und verteidigungspolitisch Verantwortlichen, hin zur Öffentlichkeit. Über die Notwendigkeit von Auslandseinsätzen zum Beispiel entscheidet das Parlament, aber es sollte ruhig erfahren, dass sich darüber auch die Soldatinnen und Soldaten ihre Gedanken machen, vor allem wenn sie erleben, dass in einem Einsatzgebiet auch nach Jahren noch keine Fortschritte erzielt wurden oder dass die Zeit, die ihr Einsatz kauft, nicht für den energischen zivilen Aufbau genutzt wird. Da soll Stabsausbildung eben auch ihren Nutzen erweisen: bei der ebenso höflichen wie unmissverständlichen Meldung, was im Argen liegt.

Der zweite Grund, warum die Bedeutung der hier an der Führungsakademie vermittelten Kenntnisse eher noch zunehmen wird: Zu führen ist in einer komplizierter und komplexer gewordenen Welt und in einem viel breiteren Spektrum von Einsatzarten, das von humanitärer Hilfe bis Kampfeinsatz reicht. Die Bundeswehr wurde aufgestellt, um in einem zwischenstaatlichen Krieg den Aggressor niederzukämpfen. Eine solche Bewährungsprobe hatte sie gottlob noch nicht zu bestehen. Doch auch die aktuellen Einsätze stellen sie vor schwierigste Herausforderungen. Die Frontlinien in den heutigen Einsatzgebieten sind viel unübersichtlicher als damals, zwischen NATO und Warschauer Pakt. Nicht selten hängt es gerade von der Umsicht der eingesetzten Verbände ab, ob ein prekärer Friede aufrechterhalten werden kann oder Gewalt losbricht. Es stellen sich viele neuartige Aufgaben der Abstimmung, des Verhandeln, des Überzeugens: vom Gespräch mit Stammesfürsten bis zum Gespräch mit den Offizieren verbündeter Nationen, von der Koordinierung mit zivilen Aufbauhelfern bis zur Motivation von Eltern

dazu, ihre Söhne und auch ihre Töchter zur Schule zu schicken. Das alles fordert dem Stabsoffizier eine Fülle unterschiedlicher Fähigkeiten ab, wie sie hier an der Führungsakademie vermittelt werden: politisches Urteilsvermögen und diplomatisches Fingerspitzengefühl, interkulturelle Kompetenz und Sprachkenntnisse, tatenfrohen Mut und die Fähigkeit zur operativen Vernetzung mit den Verbündeten,

Die Gründungsgedanken der Führungsakademie und ihre Leistungen überzeugen. Sie hat sich vorzüglich bewährt. Ihr Beitrag bleibt unverzichtbar.

Kämpfertum und die gewissenhafteste Bemühung, Unschuldige zu schützen und zu schonen. Gerade die Synthese dieser Qualitäten verspricht erfolgreich zu sein. Gewiss, im Zentrum bleibt immer

die Fähigkeit, das Feuer an den Feind zu bringen und ihm notfalls unseren Willen mit Gewalt zu diktieren. Und Clausewitz hatte schon recht mit seiner Warnung davor, das eigene Schwert „nach und nach aus Menschlichkeit stumpfer zu machen, bis einmal wieder einer dazwischenkommt mit einem scharfen, der uns die Arme beim Leib weghaut“. Aber wir erleben heute Konflikte, in denen das Schwert mehr getragen als geführt sein will und in denen gerade der Einsatz mit dem kleinsten Begleitschaden den größten Erfolg bringt.

Der dritte Grund für den Wert umfassender Bildung, wie sie die Führungsakademie ihren Absolventen nahe bringt und vermittelt, ergibt sich aus der Zusammenschau der zwei erstgenannten: Es kommt in den Einsätzen der Bundeswehr immer mehr und immer entscheidender auf jeden einzelnen Bürger in Uniform an. Nochmals Clausewitz: Im Gebirge und beim Gefecht in unübersichtlichem Gelände sei jeder Handelnde stärker sich selbst überlassen. Diese Beobachtung lasse sich fortsetzen und ein Heer in eine große Schützenlinie aufgelöst denken, „wo jeder Soldat seine eigene Schlacht liefert“. Diesem nur gedachten Zustand nähert sich heutzutage oft die Einsatzwirklichkeit: Da operieren kleine Einheiten weitgehend auf sich gestellt in einem Umfeld, in dem der Gegner nur schwer auszumachen ist und die Zivilbevölkerung als Deckung benutzt. Zugleich herrschen die Regeln eines Medienzeitalters, in dem schon eine einzige Fehlentscheidung entsprechende Bilder und weltweite politische Erschütterungen auslösen kann. Unter solchen Bedingungen müssen schon Patrouillenführer unter Ungewissheit und Zeitdruck Entscheidungen von großer Tragweite treffen, und angesichts der möglichen und nötigen kurzen Reaktionszeiten trifft erst recht die Offiziere eine immense Verantwortung, für die eigenen Leute und für den politischen Gesamtzusammenhang des jeweiligen Einsatzes. Die Bundeswehr ist darauf gut vorbereitet: durch ihre Tradition der Auftragstaktik; durch Soldatinnen und Soldaten, die als Bürger in Uniform das Mitdenken nicht lernen mussten, sondern niemals aberzogen bekamen und darum auch ein besonders gutes Verständnis für

die politischen und kulturellen Zusammenhänge am Einsatzort entwickeln; und durch Stabsoffiziere, die das Militärische in seine Zusammenhänge einzuordnen wissen und auch darum ihre Untergebenen überzeugend und erfolgreich führen können.

IV.

In dem Zusammenhang zwei Zwischenbemerkungen: Die Einsatzerfahrung verändert natürlich die Bundeswehr, und sie verändert hoffentlich das öffentliche Bewusstsein.

Die Bundeswehr erlebt den Wechsel von den Jahrgängen, die allein vom Dienst in der Verteidigungsarmee im Frieden geprägt wurden, zu den Jahrgängen der Armee im Einsatz. Diese wiederum sind unterscheidbar in die, die im Auslandseinsatz standen oder stehen, und in die, die allein in der Heimat Dienst tun. Die Einsatzerfahrung war für die Bundeswehr als ganze ein nützlicher „reality check“, das hat sich längst erwiesen, und sie hat sich ihm vollauf gewachsen gezeigt. Ich wünsche ihr freilich auch, dass nicht einmal ansatzweise „zwei Bundeswehrkulturen“ entstehen – die derjenigen, die „draußen“ waren, und die der anderen. Das zu verhüten ist auch eine wichtige Führungsaufgabe.

Zugleich gilt es, gemeinsam darauf zu achten, dass die Auslandseinsätze die Truppe nicht innerlich von der Gesellschaft als ganzer entfernen. Was die Familien der Soldatinnen und Soldaten anlangt, sehe ich diese Gefahr nicht. Sie sind den Bundeswehrangehörigen ein starker Rückhalt. Sie fragen übrigens dringlicher als andere, ob die politisch Verantwortlichen, allen voran der Deutsche Bundestag, immer überzeugende Gründe haben, unsere Truppen in den Einsatz zu schicken.

Aber der übergroße Rest der Gesellschaft legt mit Blick auf die Bundeswehr noch immer jenes freundliche Desinteresse an den Tag, das ich vor zwei Jahren bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr kritisiert habe. Es mag wie damals gesagt gutartig sein, aber es wirkt auch ein wenig verschlafen und unerwachsen. Wir Deutsche haben ein gesundes Eigeninteresse daran, in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wacher und kompetenter zu werden; die politisch Verantwortlichen brauchen entsprechenden Kontroll- und Nachfragedruck; und die Bundeswehr hat einen starken gesellschaftlichen Rückhalt verdient, wie er nur erwachsen kann aus dem klaren Wissen um den Sinn der Einsätze und um die Ausbildung und ihre Erfahrungen auf diesen Gebieten sind einzigartig.

Es ist obnehin gute deutsche Tradition, jeden Dienstgrad auch zum Mitdenken auf der nächsthöheren Ebene zu befähigen

Ich kann Sie alle nur ermutigen, den Dialog insbesondere mit den Führungspersönlichkeiten aus anderen Lebensbereichen zu suchen, denn auch denen darf nicht gleichgültig sein, vor welchen äußeren Herausforderungen Deutschland und die westlichen Demokratien stehen. In einer jüngeren Studie heißt es, die militärische Elite sei Teil des kommunikativen Netzwerks der deutschen Eliten, stehe aber eher an dessen Rand. Ich kann nur sagen: Nehmen sie von dort aus das Führungspersonal in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft tüchtig in die Zange (immer mit dem gebührenden Charme natürlich)! Auch damit erweisen Sie unserem Land einen großen Dienst. Und ich habe gelesen, dass die Führungsakademie schon sicherheitspolitische Seminare für Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Medien angeboten hat. Der Bedarf für solche Angebote kommt mir riesig vor.

V.

Das Prinzip der Bestenauslese und eine übers Militärische hinausreichende Bildung und wissenschaftliche Geistesschulung sind das Fundament der Führungsakademie. Die tragenden Pfeiler ihrer täglichen Arbeit sind Internationalität und die multinationale und teilstreitkräfteübergreifende Zusammenarbeit.

Vor ein paar Tagen lief im Fernsehen der amerikanische Spielfilm „Apollo 11“. Darin fällt ein schöner Satz, den ich hier nur ungefähr, aus dem Gedächtnis, zitieren kann: Die Menschheit habe mit der Mondlandung weniger den Mond entdeckt als vielmehr die gemeinsame Eine Welt. „Als Poesie gut“, könnte man sagen, aber darauf ließe sich mit Fug und Recht erwidern: „Auf Poesie ist die Sicherheit der Nationen gegründet.“ Denn wer sich mit Fragen der so genannten global governance beschäftigt, erkennt bald: Es gibt keine vernünftige Alternative zur multilateralen Zusammenarbeit im Rahmen und unter dem Mandat der Vereinten Nationen, wenn es um die Bewahrung oder Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit geht.

Aus dieser Erkenntnis zieht die Führungsakademie der Bundeswehr schon seit 1962 richtige und wichtige Konsequenzen: Sie hat sich damals für Offiziere aus aller Welt geöffnet und ist seither von Soldatinnen und Soldaten aus mehr als 100 Staaten besucht worden. Demnächst werden es mehr als 2.500 ausländische Gäste sein, die hier einen Lehrgang absolviert haben; und viele von ihnen haben danach in ihren Heimatländern militärische und nichtmilitärische Spitzenpositionen übernommen. Das zeigt zum einen, welch exzellenten Ruf die „FüAk“ weltweit

genießt; und es zeigt zum anderen, wie sich gute Außen- und Verteidigungspolitik auch treiben lässt: indem man die kameradschaftliche Verbundenheit und professionelle Hochachtung ausländischer Spitzenoffiziere gewinnt und sie etwas von unserer Führungsphilosophie mit hinausnehmen lässt in alle Welt. Das ist geglückte, nachhaltige Kommunikation, und global governance ist nur ein anderes Wort dafür.

Natürlich soll diese Kommunikation erst recht mit unseren Verbündeten in Europa und in der NATO gelingen. Da üben wir schon seit langem – sind wir weit genug? Manchmal höre ich, es könnten Deutsche und Franzosen nicht gemeinsam Streife laufen, weil die Regeln über den Waffeneinsatz unabstimmbare verschieden seien. Manchmal höre ich, ein deutscher Divisionskommandeur könne seinen amerikanischen Kameraden auf dem Handy, aber nicht per Funk erreichen, weil mit unterschiedlicher Technik gearbeitet werde. Manchmal höre ich, es herrsche an manchen Einsatzorten ein solches Neben- und Durcheinander an Kopfstellen und Repräsentanten und nationalen Stäben und Einsatzphilosophien, dass es der berühmten Sau graust.

Immerhin, wir machen Fortschritte bei manchen Beschaffungsvorhaben, bei den Sprachkenntnissen und bei standardisierten Planungsprozessen, wie sie auch hier an der Führungsakademie geübt werden. Aber geht das alles rasch genug? Und wenn nicht: Was kann gerade im Verbund der nationalen Militärakademien dazu beigetragen werden, die Verhältnisse zu bessern? Und jedenfalls: Wir Deutsche können dabei mit dem Konzept der Inneren Führung und mit unserer exzellenten Stabsausbildung attraktive Beiträge leisten.



Mehr Gemeinsamkeit – das fordern die neuen Aufgaben auch von den Stabsoffizieren der Teilstreitkräfte. Diese entdecken gewissermaßen erst im gemeinsamen Einsatz gegenseitig ihre Fähigkeiten so ganz. Darum ist es gut, dass seit nun fast drei Jahren die Offiziere von Heer, Marine und Luftwaffe in einem gemeinsamen Lehrgang ausgebildet werden. Die Neuordnung der Stabsoffiziersausbildung hat zugleich ein flexibles und gutes Angebot zum lebenslangen Lernen formuliert – gut so, auch darauf kommt es zunehmend an.

Joint Operations – das soll aber kein Nachhilfeunterricht in gegenseitiger Kannibalisierung sein. Friedrich der Große hat einmal aus dem Siebenjährigen Krieg an einen Freund geschrieben, er fühle sich wie ein Geiger, dem eine Saite nach der anderen abmontiert werde. Dieses Gefühl sollte die Bundeswehr niemals beschleichen. Gewiss ist Strategie „ein System von Aushülfen“, und gewiss wird gerade im Auslandseinsatz niemand auf Sollstärken pochen dürfen, wenn das vorhandene Gerät zur Auftrags Erfüllung ausreicht. Solche luxuriösen Anwendungen hat die Truppe aber meines Wissens ohnehin sehr selten. Was die Soldatinnen und

Die Führungsakademie hat für die Bundeswehr schaffen helfen, was anderen Eliten oft fehlt: eine Schar von Führungspersönlichkeiten, die durch persönliche Leistung, ein gemeinsames Ethos und einen starken „sense of purpose“ zusammengehalten wird.

Soldaten im Einsatz jedoch erwarten dürfen, worauf sie einen Anspruch haben, das sind zum Beispiel ausreichende nationale Lufttransportkapazitäten und das ist ausreichend schnell ausreichend schweres Gerät für den Fall, dass es doch einmal knüppeldicke kommt, wo nur leichte Schauer vorhergesagt waren. Auch da stellen sich

Führungsaufgaben im Sinne klarer Aussprache, woran Mangel herrscht. Clausewitz rühmt die „geräuschlose Harmonie des ganzen Handelns“ als Ausweis wahrer Feldherrnkunst. Ich sage Ihnen: Beschaffungsfragen hatte er da nicht im Sinn.

VI.

Die Führungsakademie der Bundeswehr steht in einer großen Tradition – derjenigen der Allgemeinen Kriegsschule von 1810, der Schwester der Humboldt-Universität. Die Führungsakademie hat für die Bundeswehr schaffen helfen, was anderen Eliten oft fehlt: eine Schar von Führungspersönlichkeiten, die durch persönliche Leistung, ein gemeinsames Ethos und einen starken „sense of purpose“ zusammengehalten wird. Der Weg dahin war beileibe keine Kutschfahrt, aber die konzeptionelle Anstrengung und der Einsatz derer, die hier lehrten und lernten, er hat sich gelohnt.

John F. Kennedy hat in seiner Amtsantrittsrede vom Kampf gegen die Feinde der Menschheit gesprochen, gegen Tyrannei, Armut, Krankheit und Krieg. Er nannte diesen Kampf ein langes Ringen im Zwielficht, jahrein, jahraus. Das Ringen dauert an. Es braucht Offiziere, wie sie die Führungsakademie der Bundeswehr hervorbringt.

Berliner Colloquium 2007 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 27. bis 29. März 2007 in Berlin

Fünzig Jahre Europäische Union – fünfzehn Jahre Russische Föderation: Partner und Rivalen – der Zukunft verpflichtet

Werner Baach

Die Europäische Union und Russland: Partner und Rivalen – der Zukunft verpflichtet, lautete das Generalthema des Berliner Colloquiums 2007. Zu der Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik begrüßten deren Präsidenten, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen und Dr. Rudolf Adam, über dreihundert Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Presse.

Teil I: Russland und die Europäische Union – eine strategische Partnerschaft? Sicherheit miteinander, nicht gegeneinander

Die Entwicklungen in Russland und die Gestaltung des Verhältnisses der wieder erstarkten Großmacht zu ihren Nachbarn in Europa, zur EU und zu den USA war eines der beiden Themen des Colloquiums. „Wir brauchen einander.“ Auf diese knappe Formel brachte der Ehrengast der Veranstaltung, Deutschlands Botschafter in Moskau, Dr. Walter Jürgen Schmid, beim festlichen Abendessen in seiner Einführungsrede seine Sicht des Themas. Zwar spalte Russland immer wieder die Geister, aber er sehe keine grundsätzliche Rivalität zwischen der EU und Russland. Im Gegenteil, beide könnten einander in vielen Bereichen „in strategischer Partnerschaft“ ergänzen. Auf dem Weg dorthin sieht der Botschafter Russland aber noch vor schwierigen Problemen: Das Land sei mitten in einem Transformationsprozess, bei dem „erhebliche Fehlleistungen“ der Vergangenheit aufzuarbeiten seien; das gelte u.a. für die Bereiche Menschenrechte, Demokratieentwicklung, Pressefreiheit und staatliche Gewaltanwendung. Auf längere Sicht könne



Deutschlands Botschafter in Moskau, Dr. Walter Jürgen Schmid, Ehrengast des Colloquiums: Die EU und Russland brauchen einander

Russland Stabilität und Bestand nur dann erlangen, wenn es Rechtsstaatlichkeit und demokratische Entwicklung vorantreibe. Die EU müsse an einer solchen Entwicklung großes Interesse haben, damit die nachbarschaftlichen Beziehungen von Bestand sein könnten. Andererseits aber müsse die Union in ihrer Perzeption Russlands gelegentlich auch eine andere Sichtweise und mehr Verständnis aufbringen. Das gelte u.a. in der aktuellen Frage der geplanten amerikanischen Raketenabwehr, die aus russischer Sicht den Grundgedanken der „Sicherheit miteinander, nicht gegeneinander“ in der Ära nach dem kalten Krieg verletze und das Potenzial habe, das Verhältnis der Nuklearmächte zueinander zu destabilisieren. Insgesamt aber sieht Botschafter Dr. Schmid die Entwicklung gemeinsamer Zielsetzungen von EU und Russland auf einem guten Weg, wenngleich auf diesem Weg immer wieder die Frage geprüft und beantwortet werden müsse, ob es „voran oder nicht doch in eine falsche Richtung geht“.

Russland: Rivale, Konkurrent, Partner, Verbündeter in Europa? Unter dieser Überschrift stand der einleitende Vortrag des Berliner Colloquiums zum Thema Russland, gehalten von Dr. Alexander Rahr, Programmdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik¹. Die Rede des russischen Präsidenten Putin auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar habe manchem Sicherheitsexperten ein neues Spielfeld eröffnet. Endlich sei es wieder da – das neue und alte Feindbild. Siebzehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion hätten die westlichen Staaten mit Blick auf Russland unterschiedliche Wahrnehmungen. Für die USA sei Russland eindeutig ein Rivale, der danach trachte, seine verlorene Einflussphäre auf dem postsowjetischen Territorium wieder aufzubauen. Washington stelle sich auf eine neue Konfrontation ein, und die Wiederkehr einer undemokratischen Großmacht Russland auf die weltpolitische Bühne, die ihre Energieressourcen als „Waffe“ einsetzen würde, müsse mit aller Macht verhindert werden. Für die Europäische Union dagegen sei Russland ein neuer Konkurrent, aber gleichzeitig auch ein strategischer Partner. Derweil versuche Russland, das aus seiner Position einzig richtige zu tun: den Westen zu spalten und die einzelnen Staaten auseinander zu dividieren. Die ausführliche Analyse von Dr. Rahr, insbesondere zu Präsident Putins Europapolitik, neuen Konfliktpotentialen und der Einschätzung der Zukunftsperspektiven in den russisch-europäischen Beziehungen, ist im Anschluss an diese Zusammenfassung im vollen Wortlaut dokumentiert.

Im anschließenden Podiumsgespräch beleuchteten der Botschafter der Russischen Föderation in Berlin, Vladimir V. Kotenev, und der frühere Botschafter Deutschlands in Moskau, Dr. Friedrich Wilhelm von Ploetz, aus unterschiedlicher Betrachtungsperspektive das Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union. „Russland ist ein Bestandteil Europas, der weder aus der europäischen Kultur noch aus der Politik auf dem Kontinent wegzudenken wäre“ – mit diesem Satz leitete Botschafter Kotenev seine Ausführungen ein, die durch ihre scharfe Sprache und Kritik an den USA und Polen auffielen. Russland sei an einer Zusammenarbeit mit der EU interessiert. Ein neuer Grundlagenvertrag solle das derzeit noch gültige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ablösen. Das neue Dokument solle „politisch gewichtig und zukunftsweisend“ sein. Auf die schwierigen, zurzeit stockenden Verhandlungen eingehend, nannte der Botschafter die Blockade durch Polen eine „Erpressung“ und einen Präzedenzfall, der der Europäischen Union schade und ihre Glaubwürdigkeit in Verruf bringe. Überhaupt beobachte Russland, dass die EU der 27 „einen deutlich kühleren Umgang“ mit seinem Land pflege als die EU der 15. Und weiter: „Die Unfähigkeit der EU, über den heutigen Tag hinaus zu blicken, führt in Russland zu einer immer größeren Enttäuschung.“ Dennoch, so fügte er einlenkend hinzu, sei die Partnerschaft mit der EU „auf gutem Weg“.

Scharf ging Kotenev mit den Raketenabwehrplänen der USA und der Haltung Polens dazu ins Gericht. Eine Stationierung werde von seinem Land „als gegen Russland gerichtet“ empfunden. Die Pläne stellten auch eine ernste Belastung des Verhältnisses zwischen Russland und Europa dar. Und weiter: „Wir Europäer brauchen keine neuen Raketen in Europa, denn mit der Raketenabwehr werden Fakten geschaffen, die die militärpolitische und außenpolitische US-Strategie für Jahrzehnte im Voraus bestimmen werden. Es geht nun darum, ob wir alle, nicht nur Russland alleine, zu Geiseln der Realisierung eines solchen Szenarios werden müssen“. Es sei Zeit für Europa, das Wort zu ergreifen. Russland möchte als Großmacht behandelt und anerkannt werden – so lassen sich die Aussagen Botschafter Kotenevs zusammenfassen, ganz im Sinne der Botschaft, die Präsident Putin seit seiner Münchner Rede im Februar die Welt wissen lässt.

Nachdenklich und leise – wie eine andere Tonart als beim russischen Botschafter – waren die Ausführungen von Dr. von Ploetz. Zwei mögliche Szenarien sieht er für die Entwicklung der strategischen Beziehungen zwischen der EU und Russland. In einem „guten“ Szenario gelange man zu einer strategischen Partnerschaft. Grundlage könne das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994 sein, das „eine sehr klare Zukunftsperspektive“ habe, dessen Vertragsinhalte aber entsprechend der seitdem geänderten Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden müssten. Dazu

könnten „gemeinsame Räume“ hergestellt werden, die für die erweiterte EU und Russland für die Zukunft gleichermaßen wichtig seien: gemeinsamer Raum der inneren Sicherheit, der äußeren Sicherheit, der Wirtschaft, der Bildung, der Forschung und der Menschen Die mögliche Richtung habe Präsident Putin in einem



Das Podiumsgespräch zwischen dem russischen Botschafter in Deutschland, Vladimir V. Kotenev, und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau, Dr. Friedrich Wilhelm von Ploetz, hatte kontrastreiche Akzente. Im Bild von links: Botschafter Kotenev, Dr. Klaus Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Dr. von Ploetz.

Namensbeitrag in der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ jüngst gezeigt: „Alles außer Institutionen“, so Putin, sei in den Beziehungen zwischen EU und Russland möglich. In einem „weniger guten“ Szenario, so Dr. von Ploetz weiter, bleibe Russland als „eigenes Zentrum strategischer Macht“ auf einer gewissen Distanz zur EU. Vergleiche man einmal die Stellung der EU in ihrem Umfeld und die Stellung der Russischen Föderation in ihrem Umfeld, dann habe das Modell, das

die EU anbieten könne, eine große Ausstrahlungskraft auf die Nachbarn; das gelte unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung ebenso wie für die dauerhafte Sicherung des Friedens, aber auch hinsichtlich seines Modellcharakters für ein Zusammenleben von großen und kleinen Staaten – kurz: ein Modell, das ausstrahle und attraktiv sei. Das Modell, welches Russland seinen Nachbarn anbieten könne, werde im Vergleich dazu als wenig attraktiv eingestuft. Diese Situation der unterschiedlichen Ausstrahlung und der unterschiedlichen Einschätzung auch der Vergangenheit – der jüngeren wie der älteren – führe dazu, dass beide Modelle – gut oder schlecht, wie sie entwickelt seien – in dem Raum zwischen der Europäischen Union und Russland miteinander konkurrierten. Auf einen Nenner gebracht sähen diese Länder als Alternative: Russland oder Europa – eine Betrachtungsweise, die er nicht teile.

Gibt es diese Alternative für Russland? fragte Dr. von Ploetz weiter. Die Antwort laute: „Russland ist Russland. Für Russland lautet die Alternative: Partnerschaft und Zusammenarbeit, aber Russland ist und bleibt ein eigenes Zentrum strategischer Macht.“ Das bedeute, dass es unterschiedliche Interessen und mögliche Rivalitäten gebe. Unser bevorzugtes, angestrebtes Szenario müsse das der Zusammenarbeit sein, „weil jede Alternative für die Verfolgung unserer vitalen Interessen in Sicherheits- und Nichtsicherheitsbereichen schlechter wären... Wenn wir mit Russland zusammenarbeiten, haben wir wesentlich bessere Chancen. Und ich bin überzeugt,

auch Russland hat wesentlich bessere Chancen, mit diesen Bedrohungen fertig zu werden.“ Nach seiner Sicht sei man „zur Zusammenarbeit verurteilt“, denn: „Die Interessen beider Seiten, wenn wir sie vernünftig definieren und verstehen, programmieren geradezu die Zusammenarbeit“. Sicher gebe es unterschiedliche Sichtweisen der Wertegrundlagen, vor allem auch zum Thema Demokratie. Sicher sei vieles in Russland nicht in Ordnung, was übrigens vom Präsidenten an abwärts von den Verantwortlichen durchaus auch öffentlich eingestanden werde. Aber, so formulierte Dr. von Ploetz zuspitzend weiter: „Liegt es vielleicht nicht in den russischen Genen, eine parlamentarische Demokratie zum System zu wählen, in dem sie regiert werden wollen?“ Dies sei eine wichtige Frage, die beantwortet werden müsse. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den weitsichtigen Umgang der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg mit Deutschland, wo sie „wie mit einer Dampfwalze über den europäischen Kleingeist hinweggegangen“ seien. Übertragen auf die heutige Situation bedeute das den Versuch, die Zusammenarbeit, die für den Westen Europas damals so fruchtbar gewesen sei, „bis hin auf Russland zu erstrecken“. Ihn störe, dass der Westen so große Schwierigkeiten habe zu verstehen, dass derzeit in Russland ein unglaublich komplexer Prozess stattfinde. Sicherheitspolitisch gebe es für die Europäische Union, so Dr. von Ploetz, keine größere Herausforderung auf dem Kontinent als ein gutes vertrauensvolles Zusammenarbeitsverhältnis und eine Partnerschaft mit Russland. Es gebe viele Probleme für die EU, aber: „Russland, das ist die zentrale Frage der Stabilität, der Sicherheit, des Friedens auf diesem Kontinent. Nicht ohne Russland, nicht gegen Russland.“ Eine gemeinsame Russlandpolitik der EU in diesem Sinne sei „das Beste, was wir leisten können, aber auch schwierig“.



Das Plenum des Berliner Colloquiums 2007 beteiligte sich intensiv an der Diskussion

Teil II: Fünfzig Jahre Europäische Union und die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Der 25. März 1957 gilt allgemein als eine Sternstunde Europas: Die Römischen Verträge werden unterzeichnet; sie stehen am Anfang einer nun schon 50-jährigen Friedensperiode und zugleich eines beispiellosen politischen und wirtschaftlichen

Aufschwungs. Aus der EWG der Sechs ist die Europäische Union (EU) mit 27 Mitgliedsstaaten geworden, die auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eng zusammenarbeiten.

Im einleitenden Vortrag zu diesem Thema des Berliner Colloquiums analysierte Professor Dr. Matthias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik, die Entwicklung vom Abschluss der Römischen Verträge bis heute mit besonderem Blick auf die Entstehung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Die Verträge seien eine „historische friedenspolitische Leistung“, deren Kern es gewesen sei, das Verhältnis ehemals verfeindeter Staaten auf ein verlässliches Rechtssystem zu stellen. Der Vortragende beleuchtete zunächst wichtige Meilensteine: das Scheitern der EVG 1953/1954; die EWG der Sechs als Wirtschaftsunion 1957; die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) Anfang der siebziger Jahre; die politische Union der 27 von heute. Die sicherheitspolitische Komponente habe sich erst von den frühen 90er Jahren an entwickelt. Bis dahin sei in unausgesprochener Arbeitsteilung die NATO für die Sicherheit zuständig gewesen, und alles, was diese hätte schwächen können, sei vermieden worden.²

Der anschließende Vortrag von Pieter Cornelis Feith, stellvertretender Generaldirektor in der außenpolitischen Abteilung des Ratssekretariats der EU, knüpfte inhaltlich an die Ausführungen von Dr. Jopp an. Den politischen und institutionellen Rahmen der ESVP bilde die GASP, ihre daraus resultierende Abhängigkeit vom politischen Willen der Mitgliedsländer sei zugleich Stärke und Schwäche jeder Entwicklung der ESVP. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) definiere die Bedrohungen und Herausforderungen, mit denen sich die EU auseinandersetzen müsse: internationaler Terrorismus; organisierte Kriminalität; Proliferation; regionale Konfliktpotentiale und zusammenbrechende Staaten (failing states). Um diesen Bedrohungen zu begegnen seien die erforderlichen politischen, militärischen und zivilen Strukturen und Fähigkeiten aufgebaut und Krisenmanagementkonzepte und -verfahren entwickelt worden. Allein 2006 habe die EU zehn Krisenmanagement-einsätze im Rahmen der ESVP geführt, seit 2003 fünfzehn zivile und militärische Operationen auf drei Kontinenten – Europa, Asien und Afrika. Diese umfassten ein breites Einsatzspektrum, das von rein militärischen Einsätzen über Maßnahmen in den Bereichen „security sector reform“ und „institution building“ bis hin zu „police and rule-of-law missions“ reiche.

Der Vortragende erläuterte wichtige EU-Einsätze ausführlicher: Kongo, dabei v.a. Kinshasa; Aceh (Indonesien); Rafah; und Westbank in den palästinensischen Gebieten, Bosnien-Herzegowina. Die Anforderungen neuer Einsätze stiegen ständig,

wobei das Krisenmanagement bei innerstaatlichen Konflikten zunehmend in den Mittelpunkt rücke. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, vor allem mit der NATO, den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union, aber auch mit den beteiligten einzelnen Ländern sei bei den bisherigen Einsätzen insgesamt gut gewesen. Das gelte auch für Einsätze, bei denen die EU auf der Grundlage der so genannten „Berlin-plus“-Vereinbarungen auf Kräfte und Mittel der NATO zurückgegriffen habe. Es habe sich aber auch gezeigt, dass „Berlin-plus“ in der Anwendung aufgrund der Gremienbefassung noch nicht sehr flexibel sei. Im Vergleich mit anderen Krisenmanagementorganisationen hätten sich die EU-Einsätze wegen ihrer flexiblen Kombination ziviler und militärischer Kapazitäten besonders ausgezeichnet. Auf der Agenda der ESVP stehe die weitere Stärkung der Instrumente der Krisenprävention und des Krisenmanagements, vor allem die kontinuierliche Verbesserung der schnellen Reaktionsfähigkeit des militärischen Instrumentariums. Seit Anfang 2007 verfüge die ESVP mit dem „Battle Group“-Konzept und einem funktionsfähigen Operationszentrum über zwei neue wichtige Elemente. Insbesondere die „Battle Groups“ trügen wesentlich zur besseren Handlungsfähigkeit der EU im Rahmen der ESVP bei. Kritisch merkte der Vortragende an, dass die parlamentarischen Entscheidungsprozesse zu EU-Einsätzen in den beteiligten Mitgliedsstaaten – gemeint war in erster Linie auch Deutschland – vereinfacht und dadurch beschleunigt werden müssten, wenn die Mitgliedsstaaten die Forderung, schnell zu reagieren, ernst nähmen.

Im Jahr 2007 kommen, so der Vortragende, zu den bestehenden Verpflichtungen der EU neue hinzu, mit Schwerpunkten im Kosovo und in Afghanistan. Es zeichne sich ab, dass das Krisenmanagement auf dem Balkan die größte Priorität aller EU-Einsätze haben werde. Die Planungen für einen Kosovo-Einsatz seien angelaufen. Die Überlegungen liefen auf eine ESVP-Mission in Stärke von rund 1.700 Personen hinaus, deren Mandat „so leicht wie möglich, aber so robust wie nötig“ (as light as possible, as robust as necessary) sein müsse. Die Zielsetzungen im Kosovo seien dreifacher Art: Achtung des multiethnischen, demokratischen Charakters des Kosovo auf der Grundlage des Rechts; Anstoßen der wirtschaftlichen Entwicklung, Verringerung der Arbeitslosigkeit und Stabilisierung der sozialen und politischen Lage; und schließlich der Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption. Die Mission erfordere, dass die EU-Mitgliedsstaaten zügig die personellen und materiellen Ressourcen bereitstellen. Vor allem sei der politische Wille unverzichtbar, den Kosovo-Prozess „bis zum Ende erfolgreich voranzutreiben“.

Europäische Union: Wozu? Wohin? Bis wohin?

Politische Repräsentanten aus drei Ländern, die von Anfang an die Entwicklung der EU mitbestimmt haben – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – bekannten sich in einem Podiumsgespräch übereinstimmend zu den Ideen und Werten der Union, akzentuierten andererseits aber auch hinsichtlich der weiteren Zielsetzung und Schwerpunkte durchaus unterschiedlich. Übereinstimmend bewerteten sie die Entwicklung der EU „als großen Erfolg“, der auch in der Zukunft seine Fortsetzung finden müsse. Für das „Wozu“ und „Wohin“ dieser Entwicklung weise die gerade verabschiedete „Berliner Erklärung“ der 27 Mitgliedsstaaten in verständlicher und klarer Sprache den Weg: Sie formuliere die gemeinsamen Werte der Union, liste die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf und richte den Blick nach vorn.

„Wir sind pragmatische Visionäre, keine Utopisten“, mit diesem Zitat Tony Blairs umriss Hugh Mortimer, Gesandter an der britischen Botschaft in Berlin, die britische Einstellung zur EU. Großbritannien wolle „ein Europa der Resultate“, das die praktischen Bedürfnisse der Bürger Europas erfülle und ihren Wohlstand mehre. Beispiele: EU-Politik soll Bürokratie beseitigen, welche die Wirtschaft behindert; europäischen Unternehmen müssen neue Märkte erschlossen werden; globale Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismus, internationale Kriminalität müssen bewältigt werden.

Europa muss zum globalen Akteur gemacht werden, lautete das Credo von Jean-Michel Dumond, dem Gesandten Frankreichs. Den Bürgern Europas gehe es besser denn je, Freiheit und Rechte seien gewährleistet, die wirtschaftliche Sicherheit sei groß. Die „Berliner Erklärung“ habe die Weichen für wichtige Zukunftsentwicklungen gestellt. Aber trotz großartiger Leistungen werde Europa „auf der Weltbühne nicht so wahrgenommen“ wie es diesen Leistungen angemessen wäre. Um zu „neuem Schwung zu kommen“, müsse die EU daher zum globalen Akteur gemacht werden. Dabei müsse die Union sich „den großen Projekten“ zuwenden: Beschäftigung, Energiesicherung, Bewältigung des Klimawandels. Die Aufnahme weiterer Mitglieder müsse „Erfolg versprechen“, die Wirtschaftspolitik der Union müsse besser koordiniert und die Institutionen müssten modernisiert werden.



Einig im Grundsätzlichen, Unterschiede im Detail – Podiumsdiskussion zur Zukunft der EU. Im Bild von links: Hugh Mortimer, Gesandter an der britischen Botschaft in Berlin, Jean-Michel Dumond, Gesandter Frankreichs, und Dr. Nikolaus Meyer-Landrut von der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt

Drei Leitsätze müssen aus der Sicht Deutschlands die Zukunft der EU bestimmen, so Dr. Nikolaus Meyer-Landrut von der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt: Erstens: Die erweiterte Union brauche eine „erneuerte Verfasstheit“ – sprich: Die derzeitige Diskussion um den Verfassungsvertrag muss bald zum Ergebnis führen. Zweitens: Die EU muss sich deutlicher den neuen Herausforderungen stellen. Drittens: Die EU ist nicht „beliebig“ erweiterbar, wenn die beiden ersten Ziele erreicht werden sollen. Deutschland sei entschlossen, noch während seiner Ratspräsidentschaft den Verfassungsprozess so weit voranzubringen wie möglich. Ziel sei ein „konsensfähiger Gesamtentwurf, der von dem vor fast zwei Jahren entwickelten nicht zu weit abweicht“. Mit Blick auf die aktuellen Probleme stellte Meyer-Landrut fest, einzelne Neumitglieder seien „noch nicht im Wir-Gefühl genügend angekommen“. Erst wenn ein ausreichendes Maß an Grundverständnis der 27 darüber bestehe, „wohin die Reise gehen soll“ und ein „exaktes Mandat“ vorliege, mache es Sinn, einen „Fahrplan“ für den Verfassungsvertrag zu beschließen und zu erstellen. Großbritannien und Frankreich bekundeten in der anschließenden Diskussion ihr volles Vertrauen in die Arbeit Deutschlands in dieser Frage. Wenn es gelinge, Einigung darüber zu erzielen, was die EU mit Schwerpunkt tun solle und welches die Herausforderungen seien, dann werde es danach einfacher, über Strukturen und Verfahren Konsens zu erreichen, so Hugh Mortimer.

Die anschließende Diskussion u.a. zur Frage einer europäischen Armee machte erhebliche Vorbehalte deutlich: Der britische Vertreter stellte fest, Verteidigung und Streitkräfte seien eines der „souveränsten Rechte“ des Staates. Wenn die Bundeskanzlerin kürzlich diese Frage thematisiert habe, so habe sie „weit in die Zukunft geblickt“. Von deutscher Seite wurde festgestellt, die Frage einer Europaarmee stelle sich erst und nur dann, „wenn ein Quantensprung zum Bundesstaat“ geschehe. Deshalb stehe das Thema derzeit nicht auf der Agenda der Europäischen Union.

Teil III: Generalinspekteur der Bundeswehr: Beziehungen zu Russland

Die Gestaltung der Beziehungen zu Russland bleibe eine der wichtigsten Aufgaben europäischer Politik – mit dieser Feststellung leitete der Generalinspekteur der Bundeswehr seinen Vortrag über aktuelle sicherheitspolitische Fragen und die Lage der Bundeswehr ein. Es gehe dabei nicht nur um die Stabilisierung Russlands, also um Unterstützung der inneren Reformen und des Demokratisierungsprozesses: „Wir wollen in Russland vielmehr einen Partner gewinnen, der seine europäische Verantwortung akzeptiert und damit ganz wesentlich zur Bewältigung gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen beitragen kann. Vereinfacht ausgedrückt: Russland muss Akteur der internationalen Problemlösung sein und nicht Teil des



Generalinspekteur Schneiderhan: Die Einbindung Russlands ist eine europäische Aufgabe

Problems“, so General Schneiderhan weiter. Auf die militärische Zusammenarbeit überleitend stellte er fest, dass eine Stärkung des Reformprozesses in den russischen Streitkräften die Voraussetzungen für die bi- und multilaterale militärische Zusammenarbeit sukzessive verbessern könnte. Derzeit jedoch stoße eine Zusammenarbeit auf russischer Seite (noch) deutlich an Grenzen, und weiter: „Dies liegt u.a. an den bestehenden finanziellen Einschränkungen, mangelndem politischen Willen und auch an den fehlenden militärischen Möglichkeiten zu weiterer und vor allem intensiverer Kooperation.“ So hätten gegenseitige Besuche Ende 2004 und im Sommer 2005 deutlich die Grenzen der russischen Kooperationsfähigkeit aufgezeigt. Russische Ein-

heiten seien oftmals „weder vorzeigbar noch kooperationsfähig, geschweige denn kompatibel für Übungsvorhaben oder gar Einsätze“. Die Planung und Umsetzung der gemeinsamen Jahresprogramme leide nach wie vor erheblich an den systemimmanenten Hürden innerhalb der russischen Militärbükratie; vor allem unterhalb der hohen und höchsten Ebene liege bei der militärpolitischen und militärischen Zusammenarbeit noch vieles im Argen. Der russischen Seite mangle es spürbar an einer Kultur des offenen Meinungsaustauschs, gerade auch auf den niedrigeren Dienstgradenebenen der Leutnante und Hauptleute. Insgesamt bleibe Russland ein schwieriger Partner, der unverändert vor allem in Einflusszonen denke und die Erweiterungspolitik der NATO weiter nicht akzeptiere. Moskaus Bedenken in dieser Hinsicht zu zerstreuen könne sicherlich nicht Deutschlands alleinige Aufgabe sein. Vielmehr sei die Einbindung Russlands vor allem eine europäische Aufgabe auch im Rahmen der ESVP.

Zur Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa auf sicherheitspolitischem Gebiet werde sich Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft für den weiteren Ausbau der ESVP im Sinne der Europäischen Sicherheitsstrategie einsetzen. Die Kunst bestehe dabei vor allem im Machbaren. Insbesondere sollen bereits laufende Projekte der ESVP weiter vorangetrieben und in ausgewählten Handlungsfeldern Akzente gesetzt werden. Ein Handlungsfeld seien die von der EU geführten Operationen, wobei die Stabilisierung des westlichen Balkans im Mittelpunkt stehe.

Das zweite Handlungsfeld sei es, die militärischen Fähigkeiten der EU zur Krisenvorbeugung und -bewältigung auszubauen. Vor allem die Fähigkeit zur schnellen Krisenreaktion sei eine wichtige planerische Vorgabe; sie müsse mit Vorrang

weiter gefördert werden. Ein wichtiges Element zu diesem Zweck seien u.a. die seit Jahresbeginn voll einsatzbereiten „Battle Groups“, schnell verlegbare, europäische Gefechtsverbände für Einsätze in Krisengebieten. Mittel- und langfristig werde darüber hinaus angestrebt, die Grundlagen auch für eine stärker streitkräftegemeinsame schnelle Krisenreaktion zu schaffen. Dazu solle das „Battle Group“-Konzept zunächst um die maritime Dimension erweitert und später auch auf die Luftstreitkräftekomponente ausgedehnt werden. Vor dem Hintergrund zunehmend globaler ESVP-Engagements rücke zudem der Ausbau der Planungs- und Führungsfähigkeit der EU in Brüssel in den Fokus. Mit Blick auf die strategische Partnerschaft mit der NATO werde die deutsche Ratspräsidentschaft auf Grund der unveränderten Blockadehaltung Frankreichs, der Türkei, Griechenlands und Zyperns allerdings höchstens einen Beitrag dazu leisten können, die Zusammenarbeit der beiden Organisationen im selben Operationsgebiet praxisnah zu fördern.

Die Bundeswehr sei immer mehr zu einer Armee im Einsatz geworden. Die in den Einsätzen gewonnenen Erfahrungen führten zu Anpassungen bei Konzeptionen, Strukturen, Ausrüstung sowie Ausbildung und damit zur kontinuierlichen Verbesserung der Einsatzfähigkeit. Der



Generalinspekteur beleuchtete in diesem Zusammenhang die wichtigsten Einsätze: Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Afghanistan, hier vor allem die Erweiterung des Einsatzes um die deutsche Tornado-Aufklärungskomponente. Die Frage einer dauerhaften Entsendung deutscher Soldaten in Regionen außerhalb des Einsatzgebietes Nord-Afghanistan und Kabul stelle sich dadurch aber nicht. Um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr weiter zu verbessern, sei im Zuge der Transformation die Führungsorganisation neu geordnet worden. Alle Einsätze würden zentral geführt: Auslandseinsätze durch das Einsatzführungskommando der Bundeswehr (Potsdam) und Inlandseinsätze durch das Streitkräfteunterstützungskommando (Köln-Wahn). „Allerdings“, so der Generalinspekteur weiter, „bin ich noch nicht gänzlich mit unserer Führungsstruktur zufrieden. Explizit bewegt mich die Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Einsatzführungskommando und den Führungskommandos der Teilstreitkräfte verbessert werden kann. Die Auflösung der Teilstreitkräfte ist dabei von mir, wie Sie wissen, ausdrücklich nicht beabsichtigt.“

Im Rahmen des Transformationsprozesses sei eine Fülle von Einzelmaßnahmen realisiert worden, von denen General Schneiderhan die folgenden hervorhob: Einsparungen und Synergieeffekte im Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr

auf Grund gemeinsamer Lagezentren und Auswertung mit dem BND; Weiterentwicklung des Zentrums für Transformation zum zentralen Koordinierungs- und Steuerungsinstrument der Bundeswehr; Zentralisierung und verstärkt teilstreitkraftübergreifende Organisation der Schullandschaft; streitkräftegemeinsames „Priorisierungssystem“ für die Bundeswehrplanung; Vorgaben für eine gemeinsame Truppenausbildung; sowie schließlich die Optimierung der Führungsorganisation der Spezialkräfte.

Die Erhaltung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands und der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr setze voraus, dass die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt würden. Und die seien knapp. Den 37. Finanzplan habe man bei seiner Aufstellung 2003 für „eine ernsthafte Grundlage“ der Transformation der Bundeswehr gehalten. Aber die Finanzlinie sei mit dem 38. und der 39. Finanzplan wieder nach unten gegangen und habe so eine finanzplanerische Lücke im Haushalt 2007 verursacht. Als Folge davon müsse die Material- und Ausrüstungsplanung (erneut) gestreckt werden. Die Finanzlage befähige nun grundsätzlich nur noch dazu, „allenfalls Anfangsausstattungen in Kernfähigkeitskategorien zu realisieren“. Dies auch deshalb, weil für die äußerst knapp angesetzten Betriebsausgaben künftig deutlich mehr Mittel aufgewendet werden müssten, denn die Betriebskosten seien „ausrationalisiert“; die Grenzen der Haushaltskonsolidierung seien erreicht. Positiv sei, dass im 40. Finanzplan eine jährliche Steigerung um 300 bis 400 Millionen Euro bis zum Jahr 2010 vorgesehen sei. Auf der anderen Seite müsse die erhöhte Mehrwertsteuer in dreistelligem Millionenbereich aufgefangen werden. Der Generalinspekteur appellierte an den Verteidigungsminister, alles zu tun, damit der Transformationskurs wie geplant fortgeführt werden könne. Eine erneute Kursänderung müsse der Bundeswehr „große Probleme machen“.

Aus den zahlreichen sehr offenen Antworten des Generalinspekteurs auf Fragen an ihn – von der Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit über seine Einschätzung des derzeitigen Raketenstreits mit Russland bis hin zu den jüngsten Feststellungen des Wehrbeauftragten zum Zustand der Kasernen in den alten Bundesländern – seien hier nur zwei hervorgehoben: Erstens: Der Politik stünden in diesem Jahr noch zwei schwere Mandatsentscheidungen ins Haus. Im September laufe das ISAF-Mandat, im November das OEF-Mandat aus, und nach dem Abstimmungsverhalten einer der beiden Regierungsparteien beim Tornado-Einsatz sei er „ein bisschen beunruhigt“. Vor allem bei OEF sehe er noch nicht, „dass wir einfach das Mandat verlängert kriegen“.³ Zweitens: Die Bundeswehr müsse noch konsequenter als bisher auf die Einsatzerfordernisse hin optimiert werden; da sei die

Armee noch zu sehr in bürokratischem Denken in ATN⁴ verhaftet, vor allem bei der Ausbildung auf der Mannschaftsebene: „Wir haben uns mit unserer Ausbildungszielsetzung auch in die Nähe der Handlungsunfähigkeit zisiert“. Man brauche dort mehr den „Allrounder“ als den Spezialisten.

Trotz aller freimütig aufgezeigten Problemen und Herausforderungen zog der Generalinspekteur eine positive Bilanz zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr: „Letztere ist nicht so schlecht, wie häufig behauptet.“

Schluss und Dank

Mit dem Dank an alle Teilnehmer, insbesondere aber an die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und das Standortkommando Berlin, schloss der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, das Berliner Colloquium 2007. Er lud zur Teilnahme an der 41. Sicherheitspolitischen Tagung am 17. und 18. August 2007 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ein, die sich im Schwerpunkt mit der Lage im Nahen und Mittleren Osten befassen wird. Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz-Josef Jung, wird über Fragen deutscher Sicherheitspolitik und über die Lage der Bundeswehr sprechen.

Zum Autor: Oberst a. D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft ist er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Anmerkungen:

- 1 Der Vortrag von Dr. Alexander Rahr ist im vollen Wortlaut im Anschluss dokumentiert. Die knappe Zusammenfassung an dieser Stelle soll dem Leser einen zusammenhängenden Eindruck über den Teil I des Berliner Colloquiums geben.
- 2 Der Vortrag von Professor Dr. Jopp ist im Anschluss an diese Zusammenfassung im Wortlaut veröffentlicht.
- 3 Anmerkung des Verfassers: Das OEF-Mandat für die Bundeswehr ist am 15. November 2007 durch den Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit um ein weiteres Jahr verlängert worden. Der OEF-Auftrag umfasst Einsätze im Mittelmeer, am Horn von Afrika und in Afghanistan.
- 4 Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweis: ein System zur Erfassung, Beschreibung und Darstellung der Tätigkeiten in den Funktionen der Bundeswehr

Russland: Rivale, Konkurrent, Partner, Verbündeter in Europa?

Alexander Rahr

Nach der Rede des russischen Präsidenten Vladimir Putin auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 versuchten einige Strategen im Westen und in Russland Parallelen zum Kalten Krieg zu ziehen. Für manche Sicherheitsexperten, die jahrelang mit ihren weltpolitischen Risikoanalysen unbeachtet blieben, öffnete die Rede Putins ein neues breites Spielfeld. Endlich war es wieder da – das neue und alte Feindbild.

Mit neuer Energie stürzte sich die westliche und russische defense community auf das neue strategische Superthema Raketenabwehr. Diejenigen, die in den letzten Jahren die Aussöhnung mit Russland gepredigt, die strategische Partnerschaft mit Russland nach vorne getrieben und die Visionen De Gaulles und Gorbatschows von einem gemeinsamen Haus Europa von Brest nach Wladiwostok verteidigt hatten, sahen dagegen ihr Konstrukt gefährdet.

Unterschiedliche Wahrnehmungen

Siebzehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion spaltet Russland den Westen. In den USA stellt man sich auf eine neue Konfrontation mit Russland ein. In Washington erhebt man den Vorwurf, Russland würde nach dem Wiederaufbau seiner verlorenen Einflussphäre auf dem postsowjetischen Territorium streben. Die Wiederkehr einer undemokratischen Großmacht Russland auf die weltpolitische Bühne, die ihre Energieressourcen als „Waffe“ einsetzen würde, möchten die USA mit aller Kraft verhindern. In den Hauptstädten des alten Westeuropas sieht man die Entwicklung in Russland gelassener, profitiert von den lukrativen Gewinnmöglichkeiten auf dem russischen Markt und äußert gewisses Verständnis für Putins autoritären Führungsstil. Dieser wäre notwendig, um Russland im Innern stabil zu halten. Ein erneuter Zerfall Russlands wird in der EU als Schreckensszenarium betrachtet. Das Russland Putins ist den Europäern nicht unbekannt; es erinnert sehr an das vorrevolutionäre Russland des 19. Jahrhunderts, als es weder Freund noch Feind des Westens war. Mit diesem Russland gilt es Verträge zu schließen, im gegenseitigen Respekt.

Wären da nicht einige neue Mitgliedsstaaten der EU und NATO, allen voran Polen, die, ähnlich wie konservative Kreise in Amerika, in Russland einen neuen Gegner und Rivalen Europas erblicken. Um sich vor Russland zu schützen,

haben die Polen die Schaffung einer Energie-NATO vorgeschlagen. Polen und Tschechien wollen das amerikanische Raketenabwehrsystem unbedingt auf ihren Territorien stationieren – weil sie in diesem Falle eine weitere Rückversicherung im Falle einer russischen Aggression hätten. Die USA unterstützen den Bau neuer Öl- und Gaspipelines aus dem Schwarzmeerraum in Umgehung Russlands, was in Moskau als Versuch der Herausdrängung Russlands aus den EU-Märkten angesehen wird.

Wenn es nach den Amerikanern gegangen wäre, hätten die Ukrainer und Georgier heute schon eine NATO-Beitrittsperspektive erhalten. Die dritte Erweiterungsrunde der NATO hat nicht stattgefunden, weil die alten EU-Mitgliedsländer große Bedenken dagegen äußerten. Was soll die NATO heute im Südkaukasus und auf der Krim?

Derweil versucht Russland das aus seiner Position einzig richtige: den Westen zu spalten und die einzelnen Staaten auseinander zu dividieren. Wenn globale Fragen mit den USA nicht mehr gemeinsam angegangen werden können, gibt es für Moskau die Möglichkeit, Deutschland und Frank-

Für die USA ist Russland heute eindeutig ein Rivale. Für die EU ein neuer Konkurrent, aber gleichzeitig auch ein strategischer Partner. Für einige mittelosteuropäische Staaten ist Russland ein Gegner.

reich als Partner zu wissen. Wenn Polen und die baltischen Staaten eine Energieallianz EU – Russland behindern, baut Moskau diese strategische Partnerschaft mit Ungarn und Bulgarien auf. Ja, Russland spaltet heute den Westen. Für die USA ist Russland heute eindeutig ein Rivale. Für die EU – ein neuer Konkurrent, aber gleichzeitig auch ein strategischer Partner. Für einige mittelosteuropäische Staaten ist Russland ein Gegner. Wer ist heute Russlands Verbündeter? Der Westen sollte genauer nach Eurasien schauen. Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die russisch-chinesische Freundschaft – gerade ist der chinesische Staatschef Hu Tsintau drei Tage lang in Russland gewesen – sollten nicht unterschätzt werden.

Putins Europapolitik

Zum Berliner Gipfel anlässlich des 50. Jubiläums der Römischen Verträge erreichte die EU eine längere Grußbotschaft von Präsident Putin. Sie wurde in mehreren Tageszeitungen abgedruckt. Ganz anders, als noch in seiner Münchner Rede, als Putin zum Sprecher der Gegner einer von den USA geführten „monopolaren Welt“ avancierte, reichte Putin nun wieder den Europäern die Hand. Er

zitierte den Schriftsteller Fedor Dostojewski, der Russlands Rolle in Europa als die eines großen moralischen Schlichters sah und unterstrich die Zugehörigkeit des postkommunistischen und „freien“ Russlands zur europäischen Zivilisation.

Russland war zur 50. Jubiläumsfeier der EU nicht eingeladen. Aber der Berliner EU-Erklärung des offiziellen Gipfels folgte eben der Berliner Appell Putins, der große Ähnlichkeit hatte mit der Rede Putins im September 2001 – ebenfalls in Berlin – als er im deutschen Bundestag den Kalten Krieg für endgültig beendet erklärte und Europa eine vielseitige strategische Partnerschaft anbot.

Einige Monate nach seiner Berliner Rede vom September 2001 formte Putin zwischen Russland und den USA eine gemeinsame Allianz gegen die Taliban und El Quaida in Afghanistan, schloss die alten sowjetischen Basen in Vietnam und auf Kuba und akzeptierte US Militärbasen für den Kampf gegen den Terror in Zentralasien, einer Region, die bislang zur Einflusszone Moskaus gezählt hatte. Russland und die USA wurden für wenige Monate nach den furchtbaren Attentaten zu Alliierten, wie in den Tagen des Zweiten Weltkrieges.

Heute fragen sich Moskauer Strategen, welches Entgegenkommen sie vom Westen für diese Kooperationsbereitschaft bekommen haben. Der Westen schien Moskaus Westöffnung als etwas Selbstverständliches verstanden zu haben. Russland habe schließlich den Kalten Krieg verloren und müsse dankbar sein, dass der Westen ihm eine Juniorpartnerschaft in globalen Fragen anbot. Jedenfalls

Offensichtlich fehlt im Westen eine allgemeine Erkenntnis darüber, was in Russland, sechzehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, tatsächlich vor sich geht.

setzte der Westen im Folgenden seine strategischen Interessen durch, ohne auf wachsende russische Befindlichkeiten zu achten. Im Jahre 2002 wurde die NATO bis an die russischen Grenzen erweitert und im Jahr darauf der russische Protest gegen den Irakkrieg abgeschmettert. 2004 kam es zum Konflikt

mit Russland im postsowjetischen Raum. Die bunten Revolutionen in Georgien, der Ukraine und Kirgisien interpretierte der Kreml als einen westlichen Angriff auf seine unmittelbare Einflussphäre.

Offensichtlich fehlt im Westen eine allgemeine Erkenntnis darüber, was in Russland, sechzehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, tatsächlich vor sich geht. Es gibt zwei unterschiedliche Wahrnehmungen des heutigen Russlands. Das Riesenland befindet sich noch inmitten einer schwierigen Transformationsphase nach 80 Jahren Kommunismus. Es ist in seiner allerjüngsten Geschichte durch zwei Epochen gegangen: die Jelzin-Periode und die Putin-Ära. In anderthalb Jah-

ren wird eine dritte Ära eingeläutet werden, denn ein anderer Präsident wird im Kreml das Sagen haben.

Doch wo wird Russland letztendlich ankommen? In einer Demokratie oder einer Diktatur? In Europa oder in Asien? Kommt es zu einem neuen Kalten Krieg, diesmal um Rohstoffe – falls Russland eine neoimperialistische Energieaußenpolitik betreibt? Oder werden EU und Russland – wie es Putin vor einem halben Jahrzehnt im Berliner Reichstag vorgeschlagen hatte – ein Bündnis schließen, um die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen Gesamteuropa steht, gemeinsam zu meistern?

Bei aller gegenwärtigen Kritik an den autoritären Tendenzen in Russland sollte eins nicht vergessen werden: Die demokratischen Umwälzungen in der kommunistischen Welt begannen vor 20 Jahren ursprünglich in Russland. Als Michail Gorbatschows Perestrojka-Politik 1988-1989 schon auf Hochtouren lief, herrschten an den Rändern des Sowjetimperiums, auch in Mitteleuropa, noch stalinistische Systeme. Der ursprüngliche Auslöser des Zusammenbruchs der Sowjetunion war der liberale Präsident der russischen Teilrepublik, Boris Jelzin, gewesen. Wären nicht Gorbatschow und Jelzin, sondern andere Persönlichkeiten die Schlüsselfiguren dieser Epoche gewesen – das Ende der UdSSR wäre weniger friedlich verlaufen.

Bei aller gegenwärtigen Kritik an den autoritären Tendenzen in Russland sollte eins nicht vergessen werden: Die demokratischen Umwälzungen in der kommunistischen Welt begannen vor 20 Jahren ursprünglich in Russland.

Im Jahre 1991 war die historische Vereinigung des gesamteuropäischen Kontinents unter einem gemeinsamen demokratischen und marktwirtschaftlichen Modell zum Greifen nahe gewesen. Russland schien unter Jelzin bereit gewesen zu sein, der NATO und EU beizutreten. Offensichtlich wurde die Komplexität des bevorstehenden dreifachen Transformationsprozesses von einer Diktatur zur Demokratie, Planwirtschaft zur Marktwirtschaft sowie Imperium zu einem normalen Staat in Russland und im Ausland unterschätzt. Ende der neunziger Jahre war Russland wieder von Zerfall bedroht, überstand mit Mühe den zweiten Wirtschaftskollaps innerhalb eines Jahrzehnts und suchte verzweifelt nach einem politischen Kompass. Das westliche liberale Modell war gescheitert.

1999 fand ein historischer Paradigmenwechsel in Russland statt. Mit dem Machtwechsel von Jelzin zu Putin entstand ein breiter gesellschaftspolitischer Konsens, der bis heute anhält. Die Entwicklung war abzusehen. Die Demokraten verloren

in Russland jegliches Ansehen. Politiker aus den so genannten Gewaltministerien, wie Alexander Lebed und Jewgenij Primakow, verbuchten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die höchsten Sympathiewerte. Die Idee einer unbedingten Stabilität errang in der russischen Elite und Gesellschaft einen viel höheren Stellenwert als der Begriff Freiheit. Große Zustimmung erhielt Putin für die Zerschlagung des Oligarchensystems und die Wiederherstellung des Ordnungsstaates. Putin gab den nach dem Staatszerfall traumatisierten Menschen ihre Würde zurück: Löhne und Renten wurden wieder regelmäßig ausbezahlt, die Auslandsschulden größtenteils beglichen, ein patriotischer Konsens wieder hergestellt.

Seit 2000 verzeichnet Russland ein stetiges Wirtschaftswachstum von 6 bis 8 Prozent. 2001 wurde das liberalste Wirtschaftsreformpaket der russischen Geschichte verabschiedet; das Privateigentum auf Grund und Boden ist seitdem legalisiert. 2003 übernahm der Staat im Zuge der Jukos-Affäre wieder die Kontrolle über den strategischen wichtigsten Industriezweig der russischen Wirtschaft – den Energiesektor. Seitdem wird die Marktwirtschaft in einem autoritäreren Umfeld errichtet.

Viele Menschen im Westen haben ein sehr diffuses Russlandbild. In den neunziger Jahren lag das Land wirtschaftlich am Boden, wurde von den Oligarchen ausgeplündert und schien politisch nicht durchsetzungsfähig. Ein Russland, das wirtschaftlich am Boden lag, sich aber zur Demokratie bekannte, wurde als komfortabler Juniorpartner empfunden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kam dann der wirtschaftliche Aufschwung, mit dem auch das politische Selbstbewusstsein und der Einfluss zurückkehrten. Als Russland wieder Stärke und Macht projizierte und den Westen spüren ließ, dass die früheren Abhängigkeiten umgekehrt werden könnten, wurde das Land wieder als Bedrohung empfunden.

Aber Russland hat auch gravierende Fehler gemacht: Anfang der neunziger Jahre betonte man immer wieder, sich Europa zuwenden zu wollen, um an einer gemeinsamen Zivilisation zu basteln. Doch die unaufgeklärten politischen Morde, der Streit Moskaus mit seinen kleinen Nachbarstaaten, weitere Zentralisierungstendenzen in der russischen Wirtschaft und die Unterstützung Syriens und des Irans beim Aufbau ihrer Raketenabwehrsysteme haben in der europäischen Öffentlichkeit ein Feindbild Russland wiederentstehen lassen, das eigentlich unter den Ruinen des Kalten Krieges für immer vergraben schien. Auf der anderen Seite werden die neuen Visumrestriktionen für russische Touristen, die Diskriminierung russischer Investoren im Westen, die antirussische Rhetorik in den europäischen Medien, westliche Pläne einer neuen NATO-Osterweiterung auf den

Schwarzmeerraum sowie die angestrebte Unabhängigkeit für das Kosovo in Russland als Demütigung und Herausdrängung aus Europa nach Asien empfunden.

Seit die Wirtschaft begonnen hat, sich zu erholen, glaubt Russland, auf den Westen nicht mehr angewiesen zu sein. Vieles ist eine Reaktion auf die neunziger Jahre, in den Russland politisch auf dem Abstellgleis stand. Jetzt geht es in gewisser Weise darum, den Westen Respekt zu lehren. Dennoch fühlt man sich Europa eng verbunden. Langfristig sieht Russland sich als enger Partner der EU, sogar als Verbündeter im Kampf gegen den islamischen Extremismus.

Neue Konfliktpotenziale

Der Bruch der USA mit Russland geschah nach der Zerschlagung des Jukos Konzerns. In der Folgezeit wurde klar, dass Putin eine Zentralisierung der russischen Wirtschaft in ihren wichtigsten Industriezweigen wollte. Westliche Konzerne konnten in Zukunft zwar weiter Geld verdienen, mussten sich aber mit einer sekundären Rolle zufrieden geben. Im Jahre 2006 kam es zum bisher schwersten Streit in den Beziehungen Russlands zur EU, als im Zuge einer Auseinandersetzung zwischen Moskau auf der einen und Kiew sowie Minsk auf der anderen Seite der Transport russischer Energieträger nach Westen unterbrochen wurde. In der EU kam es teilweise zu hysterischen Reaktionen. Russland wurde vorgeworfen, Energie als Waffe gegen den Westen zu nutzen. Plötzlich war die jahrzehntelange Energiepartnerschaft zwischen Russland und dem Westen in Frage gestellt.

Seit die Wirtschaft begonnen hat, sich zu erholen, glaubt Russland, auf den Westen nicht mehr angewiesen zu sein.

In Moskau wuchsen antiwestliche Stimmungen, die sich von der Elite auf die Bevölkerung übertrugen. Die Wut des Kremls entlud sich zunächst auf die direkten Nachbarländer, die ehemaligen Sowjetrepubliken. Ihnen wurde vorgeworfen, durch Provozierung immer neuerer Konflikte mit Russland, geopolitische Interessen russischer Gegner im Westen zu bedienen. Tatsächlich musste Russland feststellen, dass fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, ein neues Reintegrationsmodell russischer Prägung für den postsowjetischen Raum gescheitert war. Sogar der treue und wirtschaftlich vollkommen von Russland abhängige Vasall Belarus wollte auf einmal keine Wiedervereinigung mehr mit Russland. Russland war für die ehemaligen Sowjetrepubliken einfach nicht attraktiv. Sie orientierten sich wirtschaftlich und politisch Richtung Westen oder China.

Russland überkam das Gefühl, dass es aus Europa herausgestoßen werden sollte. Das neue Europa des 21. Jahrhunderts sollte auf dem Fundament der beiden Hauptpfeiler EU und NATO errichtet werden. In beiden Organisationen war Russland nicht vertreten. Moskaus Angebot an den Westen, eine allumfassende Interessenspartnerschaft einzugehen, wurde von der EU und den USA nur in Verbindung mit einer festen Wertepartnerschaft akzeptiert. Russland verstand das Signal so: Entweder müsste es ein liberales demokratisches Modell annehmen oder draußen bleiben.

Als Reaktion auf das empfundene Hinausdrängen aus Europa suchte Moskau die Anlehnung an neue strategische Partner – China und Indien. Während Putin in seiner ersten Amtszeit 2000-2004 hauptsächlich den Westen bereiste, zeigten seine vermehrten Besuche in Asien und den arabischen Ländern den möglichen Kurswechsel in seiner zweiten Amtszeit 2004-2007 an.

Die Zeit, die Karten offen auf den Tisch zu legen, ist zum jetzigen Zeitpunkt gekommen. In einem Jahr wird Putin als Präsident abtreten und seinem Volk verkünden wollen, er hätte das Land wieder so stark und einflussreich gemacht wie vor dem Zerfall der Sowjetunion. Der Westen hatte mit einer so schnellen Rückkehr Russlands auf die weltpolitische Bühne nicht gerechnet.

In den USA mehren sich die Stimmen, die russische weltpolitische Ambitionen eindämmen möchten. In der EU sorgt man sich ernsthaft um Energieabhängigkeiten von einem Land, das sich demnächst vielleicht wieder in Gegnerschaft zum Westen definieren könnte. Die EU versucht, Russland in das Rahmenwerk der neunziger Jahre zurückzupressen. Immer wieder wird Russland zur Ratifizierung der Energiecharta angemahnt, die Moskau aber nicht akzeptieren will, weil sie dem Kreml die Kontrolle über Energietransitlieferungen über russisches Territorium entziehen würde.

Russland fordert von der EU Zugang zum europäischen Markt, Abbau von Barrieren für Visen und Investitionen und eine Akzeptanz der neuen Dominanz der Produzenten auf dem Energiemarkt. Falls die EU sich querstellen sollte, droht Moskau indirekt mit der Gründung der Gas OPEC, also einem Kartell der Energielieferanten gegen die Energiekonsumenten. Russlands Außenpolitik befindet sich möglicherweise an einem historischen Wendepunkt. Soll Russland alle Anstrengungen unternehmen, sein neu erworbenes Wirtschaftspotenzial für einen neuen Rüstungswettlauf und Konfrontation mit dem Westen zu verschleudern? Doch Strategen im Kreml raten Putin, die rote Linie gegenüber dem Westen

jetzt zu ziehen. Eine US-Raketenabwehr an der westlichen Grenze Russlands sieht Moskau als gegen sich gerichtet. Möglicherweise versteht der Kreml, dass sie militärisch Russland nicht bedroht, aber sie demütigt das Land. Russland will nicht, dass ohne Absprache mit ihm diese Raketenabwehr installiert wird.

Die USA errichten das Raketensystem möglicherweise als Retourkutsche für die Lieferung eines ähnlichen Abwehrsystems durch Russland an den Iran und an Syrien. Im Falle eines theoretischen Abschusses einer iranischen Rakete durch das System würde das russische Territorium direkt betroffen sein. Doch die von Putin gezogene rote Linie betrifft nicht nur das Raketenabwehrsystem. Der Kreml will signalisieren, dass er auch im Falle eines einseitigen Vorgehens des Westens bei der Verleihung der staatlichen Unabhängigkeit an Kosovo Gegenmaßnahmen ergreifen würde. Wie noch nie zuvor entwickelt sich Russland zum Fürsprecher der separatistischen Republiken Transnistrien, Abchasien und Südossetien im postsowjetischen Raum.

Gibt es eine Möglichkeit, einen neuen Kalten Krieg zu unterbinden? Einige Tage vor der Putin-Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz sprach der zweite Kronprinz Putins neben Ivanow, Dmitrij Medwedew¹, auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos von einem alles andere als konfrontativen Russland. Putins Modernisierungspolitik habe das Land zum Positiven verändert – Russland wäre jetzt in die Weltgemeinschaft integriert wie noch nie in seiner Geschichte. Welchen Weg geht nun Russland? Gibt es eine Auseinandersetzung um den politischen Kurs in der obersten Führungsspitze? Wohl kaum. Putin hat aber zwei unterschiedliche Kandidaten ins Rennen um die Präsidentschaft geschickt. Beide müssen sich profilieren, um Wähler kämpfen, Allianzen aufbauen und um ihre Ansichten streiten.

Die letzten Personalentscheidungen im Kreml sprechen eine deutliche Sprache. Einerseits wurde der Block der so genannten Silowiki (Geheimdienstler) gestärkt. Der graue Kardinal der Geheimdienste, Igor Setschin, konnte mit Sergej Naryschkin seinen Mann zum neuen Chef über die russische Außenhandelspolitik, einschließlich Geldeinnahmen aus dem Energiegeschäft, platzieren. Mit Anatolij Serdjukow wurde der Schwiegersohn des Leiters des Finanzgeheimdienstes und engsten vertrauten Putins, an die Spitze des Verteidigungsministeriums gestellt. Serdjukow hatte sich als oberster Steuereintreiber Russlands im Kreml große Verdienste bei der Zerschlagung des Jukos Konzerns erworben. Andererseits hat Serdjukow den Großteil seiner Karriere als Direktor einer Möbelfabrik in Sankt Petersburg verbracht. Seine Ernennung zum Verteidigungsminister soll signalisie-

ren, dass Russland keinen Rüstungswettlauf plane. Vielmehr soll Serdjukow die Korruption in der Armee bekämpfen. FSB-General Viktor Iwanow, seit Jahren Kaderchef im Kreml, bekam neue Vollmachten in der landesweiten Korruptionsbekämpfung. Es hat den Anschein als ob sich die neuen starken Männer in den nächsten Wochen hinter dem Präsidentschaftskandidaten Iwanow gruppieren werden. Die Machtkonzentration wäre gewaltig.

Der Verlierer des Personalkarussells könnte auf den ersten Blick der andere Erste Vizepremier, Medwedew, sein. Er und die Reformer in der Regierung, Wirtschaftsminister Herman Gref und Finanzminister Aleksei Kudrin haben an Einfluss eingebüßt. Noch haben sie aber ein Jahr Zeit, aufzuholen. Medwedew ist Dank der von ihm verwalteten „nationalen Projekte“, die einen Sozialstaat in Russland schaffen sollen, zum Liebling der Bevölkerung aufgestiegen. Medwedew hat in den letzten anderthalb Jahren die Petrodollars aus dem Staatsbudget nach links und rechts verteilen können. So schnell wird er sich in der Popularitätsskala von Iwanow nicht verdrängen lassen. Deshalb gehen Beobachter davon aus, dass die Stärkung der Geheimdienstlobby im Kreml eher als eine Wiederherstellung der Balance zu Medwedew und nicht eine radikale Schwächung des Letzteren angesehen werden sollte.

Vielleicht müssen Iwanow und Medwedew sogar gegeneinander antreten – im Land entwickelt sich ein Zweiparteiensystem, das möglicherweise auf die beiden Kandidaten zugeschnitten werden soll. Letztendlich wird also der russische Wähler allen Kritikern des russischen politischen Systems zum Trotz doch entscheiden, von wem er in den nächsten Jahren regiert werden möchte? Wenn sich diese Perspektive herauskristallisieren sollte, muss der Westen reagieren. Die EU kann sich zwar nicht unmittelbar in den russischen Wahlkampf einmischen, aber ihre Präferenzen für eine künftige strategische Partnerschaft offenbaren und die russischen Eliten im europäischen Sinne zu beeinflussen versuchen.

Wichtig wäre es, dem Land ein neues, weit reichendes Partnerschaftsangebot zu unterbreiten, schon weil die EU auch weiterhin Gas und Öl aus Russland beziehen muss. Die polnische Blockade der Verhandlungen über die Verlängerung des EU-Russland Partnerschafts- und Kooperationsabkommens schadet Europa. Warum kann man dem Produzentenland Russland nicht Zugeständnisse machen und eine neue Energiecharta entwerfen, in der die Interessen der Exportländer, Konsumenten und Transitländer gleichmäßiger verteilt würden? Auf eine Eindämmungspolitik des Westens würde Russland mit einer militärischen Absicherung seiner Versorgungswege nach Kaliningrad reagieren.

Ostpolitik II

Die von der Bundesregierung vorsichtig angedachte Ostpolitik II weist in die richtige Richtung. Der heutige Außenminister Deutschlands schlägt eine Fortsetzung der erfolgreichen Aussöhnungspolitik des Wandels durch Verflechtung mit Moskau vor. Am Ende des langen Weges sollte eine historische Vereinigung Russlands mit Europa stehen.

Die Ostpolitik I des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt zielte auf eine friedliche Koexistenz mit dem damaligen Feind – der kommunistischen Supermacht UdSSR. Dreißig Jahre waren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen. Westdeutschland, von sowjetischen Raketen bedroht, suchte, parallel zu den USA, nach Wegen, den Kalten Krieg in eine „Entspannungspolitik“ überzuführen. Die Ölkrise der siebziger Jahre hatte die Verwundbarkeit des Westens von Energielieferungen aus dem Persischen Golf deutlich gemacht; Europa musste dringend handeln, um seine Energieimporte zu diversifizieren. Westdeutschland erkannte in den sowjetischen Gaseinkäufen die sicherste Alternative zum arabischen Öl. In den folgenden Jahrzehnten wurden Mammutpipelines von den Gasfeldern Sibiriens über Osteuropa nach Westen gelegt. Es entstanden gegenseitige Abhängigkeiten zwischen dem Energieproduzenten UdSSR und seinem wichtigsten Konsumenten – Deutschland und der EU. Die Gas- und Röhrenbaugeschäfte, die deutsche Firmen mit der Sowjetunion betrieben, sollten den politischen Wandel im kommunistischen Osten durch Handelsverflechtungen mit dem Westen befördern.

Es ist nicht im europäischen Interesse, dass ein neues politisches Eurasien mit russisch-chinesischer Dominanz entsteht, das die EU aus dem zentralen und östlichen postsowjetischen Raum gänzlich verdrängen würde.

Heute streiten sich die Historiker, welche Ursachen zum Sieg des Westens im Kalten Krieg geführt haben: Die Ostpolitik „Wandel durch Handel“, die kommunistische Systeme zur Öffnung und Reformen zwang, oder die Reagansche Politik der Tot-Rüstung des ehemaligen Feindes. Die Kooperation im Energiesektor wurde indessen zum wichtigsten Bestandteil der neuen „strategischen Partnerschaft“ zwischen der erweiterten EU und dem postkommunistischen Russland. Rückblickend muss verzeichnet werden, dass in den vergangenen dreißig Jahren – bis zum Wendepunkt in der russischen Energiepolitik 2006 – Russland stets ein verlässlicher Öl- und Gaslieferant gewesen war. Wäre Gerhard Schröder Bundeskanzler geblieben, hätte die europäisch-russische Energiepartnerschaft wahrscheinlich noch stärkere politische Züge erhalten. Schröder war einer der

wenigen westlichen Politiker, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch an ein „erweitertes Europa“ mit Russland glaubten. So wie nach dem Zweiten Weltkrieg die ehemaligen Erzfeinde Deutschland und Frankreich über gegenseitige wirtschaftliche Verflechtungen die Kohle- und Stahlunion vorantrieben und aus ihr Jahre später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft formierten, gingen deutsche und russische Überlegungen in den Jahren 2001–2005 so weit, über eine Energieallianz EU – Russland eine feste Freihandelszone von Brest bis Wladiwostok zu kreieren.

Als ein wesentliches Problem für die Popularisierung einer neuen Ostpolitik durch die deutsche Ratspräsidentschaft entpuppt sich bedauerlicherweise aber die Leidenschaftslosigkeit der westeuropäischen Eliten und der öffentlichen Meinung dieser Idee gegenüber. In den Nachkriegsjahren und in den Jahren der Wende hatte sich ganz Europa Gedanken über die Lösung der deutschen Frage für die Stabilität Europas gemacht. Inzwischen ist Deutschland ein integrierter Bestandteil eines friedlichen, prosperierenden Europas.

Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und dem Westen muss elementarer Bestandteil der neuen Weltordnung bleiben.

Normalerweise müsste man annehmen, dass für den gesamteuropäischen Einigungsprozess nun die positive Lösung der russischen Frage anstehen sollte. Wenn schon Russland nicht

in die EU und NATO aufgenommen werden kann, welche Formen der Integration sollten entwickelt werden, um in den kommenden Jahrzehnten die zweitgrößte Atommacht der Erde, die seit 2000 eine der größten Wirtschaftswachstumsraten der Welt aufzeigt, deren Bevölkerung sich europäisch empfindet und sich mit den Sicherheitsproblemen Europas identifiziert, in ein „Gemeinsames Europäisches Haus“ aufzunehmen?

Es ist nicht im europäischen Interesse, dass ein neues politisches Eurasien mit russisch-chinesischer Dominanz entsteht, das die EU aus dem zentralen und östlichen postsowjetischen Raum gänzlich verdrängen würde. Es wäre unverzeihlich wenn West- und Osteuropa, zwei Jahrzehnte nach dem Kalten Krieg, wieder gespalten würden. Es wäre falsch, voreilige Schlüsse über die Unberechenbarkeit Russlands zu ziehen. Russland hat seinen Platz in der Weltordnung nach dem Kalten Krieg noch nicht gefunden, auch ist die eigene Identitätssuche nach fast achtzig Jahren Kommunismus noch nicht abgeschlossen. Russland braucht eine aktivere Rolle bei den europäischen Integrationsprozessen, die es selbst bisher nicht definiert hat. Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und dem Westen muss elementarer Bestandteil der neuen Weltordnung bleiben.

Zukunftsperspektiven

Der russische Wirtschaftsaufschwung hält nach wie vor an. Er ist nicht nur auf den hohen Energieweltmarktpreisen gegründet. Nach dem Zusammenbruch der Realeinkommen durch die Finanzkrise im August 1998 haben sich russische Einkommen wieder erholt. Der Konsum ist jährlich um fast zehn Prozent gestiegen. Das russische Wirtschaftswachstum steht kurzfristig auf drei Füßen – Export, Konsum, Investitionen – und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass es schwächer werden sollte, vor allem wenn der Ölpreis weiterhin das jetzige Niveau halten sollte.

Russland ist nach Wachstumsraten Spitzenreiter in der Weltwirtschaft und wird heute nur von China übertroffen. Das Industriewachstum liegt seit drei Jahren bei fünf Prozent. Dies ist umso überraschender, als vor vier Jahren Russland noch die schlechtesten Wirtschaftsdaten fast aller Staaten der Welt aufzeigte. Einige Schätzungen gehen davon aus, dass die russische Wirtschaft im Jahre 2050 zu den größten der Welt gehören wird. Es muss davon ausgegangen werden, dass Russland in Europa der zentrale Exportmarkt mit hohen Wachstumsraten sein wird. Russland ist imstande, von relativer Rückständigkeit zu profitieren, indem es Technologien, Know-how und bessere Verfahren importiert. Dies müsste sich nur endlich auf die ausländischen Direktinvestitionen auswirken, die bis jetzt von der Regierung vernachlässigt wurden.

Russland ist ein kompliziertes Land. Potentiell gilt es als das reichste Land der Welt. Russland besitzt die größten Eisenerzvorräte der Welt, reiche Lagerstätten von Nickel, Platin, Palladium. Russland ist der zweitgrößte Aluminiumproduzent und der größte Aluminiumexporteur der Welt. Russland besitzt das größte Erdgasreservoir der Welt. Viele Bodenschätze sind geologisch noch gar nicht erfasst worden. Überraschungen sind möglich. Doch das Land ist arm. Für die Modernisierung der alten Industrie und der Bergwerke fehlt das Geld, vor allem für den Übergang zur teureren Umwelttechnologie. Das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung beträgt nur ein Zehntel der deutschen Bevölkerung. Das Territorium umfasst acht Zeitzonen, Russland ist fast 50 Mal so groß wie Deutschland. Das Riesenland ist menschenleer: Russland hat nur eine Bevölkerung von 147 Millionen – wie Deutschland und Frankreich zusammen. Laut Prognosen werden in fünfzehn Jahren 25 Millionen Menschen weniger als heute in Russland leben, die Bevölkerung wird sich um ein Sechstel verringern. Nun steckt der russische Präsident einen Teil der in den Jahren 1999/2000 durch den weltweiten Ölboom und die hohen Energiepreise verdienten Petrodollars sogleich in die Modernisie-

rung und den strategischen Ausbau des Pipelinenetzwerks Richtung Westen. Die Modernisierungspolitik Putins beinhaltet auch den Ausbau von Transport- und Kommunikationsstrukturen. Russland wollte Anfang des 21. Jahrhundert seine Rolle als Brücke zwischen Europa und Asien ausnutzen. Russland hat den Spitzenplatz auf dem internationalen Rüstungsmarkt zurück gewonnen. Auch verkauft Russland wieder – wie vor der Oktoberrevolution 1917 – Getreide ins Ausland. Während des Kommunismus musste Getreide bekanntlich aus dem Westen in die Sowjetunion importiert werden.

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung Russlands ist aber nach wie vor offen. Welches der weiter unten besprochenen Szenarien Realität wird, hängt vor allem vom künftigen Wirtschaftsaufschwung ab. Kann Russland seine Wirtschaft erfolgreich reformieren, werden sich auch die demokratischen Strukturen verfestigen. Ein neuerlicher wirtschaftlicher Zusammenbruch, der zu einer Verschlechterung der sozial-wirtschaftlichen Lage führen würde, könnte zu einem Stillstand im Reformprozess führen und restaurativen Kräften Aufwind verleihen.

Nachfolgend sollen vier typische Entwicklungsoptionen für die nächsten zehn Jahre (bis 2017) besprochen werden: Erstens: Demokratisierung und Ankopplung an den Westen; zweitens: Demokratisierung nur in Teilbereichen, ansonsten Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft mit der Politik der „harten Hand“; drittens: Kriminalisierung der Staatsmacht und Entwicklung zu einem Mafiastaat; und viertens: totalitäre Regierungsform und Hinwendung zum Faschismus.

Das erste Szenarium wäre ein Gelingen des Transformationsprozesses. Dafür müsste der künftige russische Präsident die Reformen beschleunigen und den Kampf gegen die reformresistente alte Sowjetbürokratie gewinnen. Er müsste, statt auf die Gewaltministerien, seine Politik auf die jungen Unternehmer, zivilisierte Oligarchen, den Mittelstand und die Intelligenzia ausrichten. Der Transformationsprozess müsste somit weniger von der „gelenkten Demokratie“ kontrolliert, als von unten untermauert werden. Mehr Eigeninitiative, verbunden mit einer sozial-wirtschaftlichen Verbesserung der Lage des Großteils der Bevölkerung, würde Russland dem ersten Szenarium näher bringen. Vorausgesetzt, die Modernisierungspolitik würde tatsächlich zur Ausbildung funktionstüchtiger marktwirtschaftlicher Strukturen und eines Rechtsstaates führen, könnte Russland viel enger als in den 90er Jahren an die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens anknüpfen. Die Eliten scheinen nach wie vor davon überzeugt zu sein, dass es zu einer engen Partnerschaft mit dem Westen keine Alternativen gibt.

Europa und Russland könnten sich einem gemeinsamen Jahrhundertprojekt – dem wirtschaftlichen Aufbau des riesigen Rohstoffreservoirs Sibiriens – verschreiben. Russland würde seine Toren dem westlichen Technologie- und Demokratietransfer weiter öffnen und endlich die Voraussetzungen für westliche Investitionen schaffen, an dessen Fehlen heute das Land krankt.

Warum ist dieses Szenarium bisher nicht verwirklicht worden? Putin wollte das Risiko nicht eingehen, dass der ganze Transformationsprozess, wie so oft in den neunziger Jahren, aus dem Ruder läuft. Er hat Russland in eine autoritäre Phase geführt, um mit dem Chaos der Jelzin-Ära aufzuräumen, Korruption und Kriminalität mit allen Mitteln der Staatsgewalt zu bekämpfen und einen Modernisierungsschub zu bewerkstelligen, an dessen Ende die Errichtung eines Rechtsstaates stehen müsste.

Die Fortsetzung dieser Entwicklung wäre das zweite Szenarium: ein Lavieren zwischen Demokratie und einer Politik der harten Hand. Verbündete des künftigen Kremlchefs für eine Kontinuität dieser politischen Richtung wären die Sicherheitsdienste und die Armee, große Teile der Bürokratie, reformwillige Kommunisten und Russlands Riesenarmee an Mitarbeitern des Rüstungskomplexes und der Monopolstrukturen. Sie alle würden von der Idee der schnellen Wiederauf-erstehung Russlands als Großmacht geleitet werden. Diesem Ziel wären sie bereit, andere Interessen unterzuordnen. Putins Nachfolger Sergei Iwanow könnte zu einer noch bedeutsameren Symbolfigur für diese Großmachtambitionen, die auch in der breiten Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen, werden. Auch bei einer weniger liberalen Entwicklung – Fortsetzung der Modernisierung ohne Ausbildung der Zivilgesellschaft – würde sich der russische Markt westlichen Investoren nicht verschließen. Im Gegenteil: Westliche Unternehmer könnten das Risiko ihrer Investitionen in einem von einer „harten Hand“ geführten Russland besser einschätzen.

Sollte die politische und wirtschaftliche Macht allerdings wieder in die Hände solcher Oligarchen geraten, die nur am Ausplündern russischer Bodenschätze interessiert sind, droht Russland zu einem Mafiastaat auszuarten. Dieses dritte Szenarium könnte beispielsweise nach einer Entmachtung des pro-Putinschen Präsidenten realisiert werden. Die russischen Oligarchen sind zwar unter sich verfeindet, finden aber in Notzeiten, wenn ein gemeinsamer Gegner am Horizont auftaucht, schnell zusammen. Eine solche Entwicklung könnte infolge größerer Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Oligarchen-Finanzimperien und der Administration im Zuge der Privatisierung der letzten Schmuckstücke des

ehemaligen sowjetischen Staatsvermögens nach Putins Weggang 2008 eintreten. Die Oligarchen würden wieder den Spieß umdrehen und die Geheimdienste für ihre Ziele instrumentalisieren. Der Präsident würde zu einer Marionette von Industrie- und Finanzgruppen degradiert, ähnlich wie Jelzin in seiner zweiten Amtszeit. Die Wirtschaft wäre den Interessen der mächtigen Oligarchengruppen angepasst, ein Rechtssystem würde nicht geschaffen. Russland würde sich freiwillig zu einem 100-Prozent-Rohstofflieferanten des Westens und Rüstungsverkäufer an asiatische und arabische Länder entwickeln. Der staatliche Schwerindustrie- und Rohstoffsektor würde endgültig ausverkauft werden. Der Westen würde sich über vagabundierendes Nuklearmaterial Sorgen machen. Das soziale Gefälle zwischen rohstoffreichen und rohstoffarmen Regionen würde wachsen, um die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung würde man sich im Kreml nur soweit kümmern, um soziale Unruhen zu vermeiden. Nach einer kurzen Phase wilden Kapitalismus wäre die eigentliche Staatsmacht kriminalisiert, die Modernisierung und Reformen auf halbem Wege gestoppt, die Schattenwirtschaft hätte Hochkonjunktur, dem regionalen Separatismus wären Türen und Tore geöffnet. Ausbleibende strukturelle Wirtschaftsreformen, politische Instabilitäten und leere Staatskassen würden das Land in eine tiefe Krise stürzen. Am Ende dieser Entwicklung stünde entweder ein Staatszerfall oder ein erneuter Coup der Gewaltministerien.

Das vierte Szenarium wäre die Abwendung Russlands von der Orientierung an westlichen Werten als Folge eines politischen Bruchs mit dem Westen, oder durch eine Militarisierung der Innenpolitik. Neue terroristische Anschläge könnten zur Verhärtung der russischen Innenpolitik führen, demokratische Institutionen und die Pressefreiheit einschränken. Eine neue nationalistische Welle könnte nichtdemokratische Politiker an die Macht bringen. Ein Rechtsruck könnte auch als Folge einer Verschlechterung der Wirtschaftskonjunktur eintreten. Soziale Unruhen könnten die linke Opposition und Nationalisten, wie nach dem Finanzkrach 1998, wieder in die Regierung katapultieren. Liberale Regierungsmitglieder würden durch weitere Schergen aus den Geheimdiensten ersetzt werden. Die Demokratisierung würde der Idee der Aufrüstung Russlands zu einer anti-westlichen Großmacht geopfert werden. Die Privatisierung würde größtenteils zurückgenommen werden, Banken verstaatlicht, Konten eingefroren. Die Oligarchen würden verfolgt und aus dem Land gedrängt werden. Die wichtigsten Industriezweige würden verstaatlicht werden. Russland würde im Außenhandel protektionistische Maßnahmen ergreifen, sich nicht mehr mit internationalen Finanzmärkten vernetzen wollen und das Geld in den Wiederaufbau der einheimischen Industrie kanalisieren. Der Kreml würde ein staatliches Wiederaufbauprogramm in die Wege leiten, das das Hauptaugenmerk auf den

Rüstungs- und Energiesektor legen würde. Ein Mittelstand und eine neue Art von Intelligencia könnten sich unter staatlicher Obhut entwickeln.

Die Idee, Russland wieder als eurasische Großmacht zu installieren würde sich zu einer neuen nationalen Ideologie der „geistigen und nationalen Wiedergeburt“ entwickeln. Russland würde aber langfristig Gefahr laufen, seine inneren Ressourcen zu überdehnen, der westliche Technologietransfer bliebe aus, der Separatismus in den Regionen – vor allem in den islamischen Republiken – würde verstärkt. Unabhängigkeitsbestrebungen und andere politische Proteste würden mit Polizeigewalt unterdrückt.

Eine Diktatur würde Russland außenpolitisch isolieren, mit den USA und den Westen auf gefährlichen Konfrontationskurs bringen. Eine Diktatur im Kreml könnte auf lange Sicht nicht erhalten bleiben. Am Ende stünde entweder der Staatszerfall oder – wie so oft in der russischen Geschichte – der Versuch eines demokratischen Neuanfangs.

Die Wahrscheinlichkeitsverteilung für die vier Szenarien würde folgendermaßen ausfallen: Erstens: Durchbruch zu einem genuinen westlichen marktwirtschaftlichen und liberalen Staat – 15%. Dafür müssten der politische Konsens und der Wirtschaftsaufschwung aufrechterhalten werden. Zweitens: Fortsetzung einer Modernisierungspolitik des „Systems Putin“ durch ein ständiges Lavieren zwischen autoritärem Führungsstil und Demokratisierung in Teilbereichen, wie oben beschrieben, – 60%. Drittens: Russlands Entwicklung zurück zum korrupten „System Jelzin“ mit einem ausgeprägten Oligarchenregime – 10%. Viertens: Machtergreifung rechter restaurativer Kräfte, die ein quasi-faschistisches Regime aufbauen würden – 15%.

Zum Autor: Dr. Alexander Rahr ist Programmdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin.

Anmerkungen:

- 1 Medwedew ist seit Dezember 2007 nun offiziell Putins Kandidat für die Präsidentschaftswahl im März 2008

Die Römischen Verträge – die Entwicklung hin zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Dr. Mathias Jopp



Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik

Mit den Römischen Verträgen – Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), EURATOM und EWG-Vertrag – wurde der Grundstein für eine europäische Friedensstruktur durch Integration gelegt. Dabei ging es um die Schaffung gemeinsamer Institutionen und die Festlegung von Verfahren und Spielregeln zur Problemlösung oder Konfliktregelung, zur Festigung der Demokratie und zur Förderung des Wohlstands durch die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes, einer Zollunion,

einer Gemeinsamen Handelspolitik sowie einer Regional- und Strukturpolitik und einer Gemeinsamen Agrarpolitik sowie schließlich die Schaffung einer Gemeinsamen Rechtsordnung mit einer obersten richterlichen Instanz, dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Das Gelingen dieses Vorhabens nur zwölf bis dreizehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und seine Ausdehnung auf große Teile Europas, das ist die eigentliche große sicherheits- und friedenspolitische Leistung des europäischen Integrationsprozesses, die es nunmehr noch durch den Verfassungsvertrag oder einen europäischen Grundlagenvertrag zu verfestigen gilt. In der Verbindung zwischen Integration, Sicherheit und Frieden liegt die entscheidende Leistung des europäischen Integrationsprozesses, nicht in ihrem militärisch-sicherheitspolitischen Aspekt.

Rückblick

Das Ursprungsmuster der Europäischen Gemeinschaften wie auch der Europäischen Union heute besteht in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die 1952 gegründet wurde. Sie hatte die klare Ambition der Kontrolle kriegswichtiger Industrien und ihre Unterstellung unter eine oberste internationale Behörde. Der nächste Schritt bestand in der Planung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG), was den direkten Zugang zu einer föderalen politischen Einigung

Europas bedeutet hätte. Dieser direkte Zugang auf die politische Einigung Europas scheiterte aber 1954 in der französischen Nationalversammlung. Als Auffanglösung wurde aus dem Brüsseler Vertrag von 1948, der noch gegen Deutschland geschlossen worden war, der veränderte Brüsseler Vertrag oder WEU-Vertrag (Vertrag der Westeuropäischen Union), um französische Rüstungskontrollbedürfnisse gegenüber Deutschland zu befriedigen und gleichzeitig den Weg für die Aufnahme Deutschlands in die NATO 1956 zu ebnen.

Die Phase der symbiotischen Koexistenz

Von 1956/57 an wurden Sicherheit und Integration voneinander getrennt. Die NATO war exklusiv unter der Schirmherrschaft der USA für die Sicherheit und Verteidigung in Europa zuständig, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Diesen Weg beschritt die EWG Schritt für Schritt: Mitte der sechziger Jahre errichtete sie eine Gemeinsame Zollunion und gegen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre eine gemeinsame Handelspolitik.

Mit der gemeinsamen Handelspolitik wurden bilaterale Präferenzbeziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und ehemaligen Kolonialstaaten oder Drittländern gewissermaßen vergemeinschaftet. Hieraus resultierte der Zwang, auch die Außenpolitiken der Mitgliedstaaten stärker zu koordinieren. Es entwickelte sich zu Anfang der siebziger Jahre die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), zunächst im informellen Rahmen. Sie fand eine ideale „Spielwiese“ für ihre weitere Entwicklung durch die damals sich entfaltende KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) während der heraufziehenden Entspannungsphase. Die USA fanden zunächst wenig Interesse an der KSZE, und so konnte die EPZ diese Lücke füllen. Die EPZ entwickelte sich zu einem sehr nützlichen Instrument der informellen Abstimmung zwischen den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten, aber außerhalb des normalen EG-Rahmens.

Mit den Römischen Verträgen – Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), EURATOM und EWG-Vertrag – wurde der Grundstein für eine europäische Friedensstruktur durch Integration gelegt.

Eine Situation, die heute noch von manch einem der damaligen Diplomaten hoch gelobt wird, da sie doch mit einer exklusiven Klubatmosphäre verbunden war, die so manches Gespräch über das Abendessen oder am Kamin zuließ, was heute eher im formalisierten Rahmen stattfindet. Erst Mitte der achtziger Jahre gelang

es dann mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA, 1986/87), die EPZ zu formalisieren und zum Bestandteil der Verträge zu machen. Politische Aspekte der Sicherheit im Rahmen der EPZ konnten nun erörtert werden. Die Verteidigungspolitik jedoch blieb nach wie vor unangetastet eine Sache der NATO.

Das Ende des Ost-West-Konflikts

Das Ende des Ost-West-Konflikts beschleunigte Überlegungen zur Überarbeitung des EG-Vertrages im Sinne einer Fortsetzung des Verbesserung der Einheitlichen Europäischen Akte, vor allem auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, um das vereinigte Deutschland aus französischer Sicht und der Sicht anderer Partnerstaaten fester in europäische Strukturen einzubetten. Im Vertrag von Maastricht (1991/93) wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) anstelle der EPZ geschaffen und nach Art. J 4 des Vertrags auf alle Fragen der Sicherheitspolitik ausgedehnt. Parallel dazu waren übrigens Überlegungen, den Gemeinsamen Markt mit einer gemeinsamen Währung zu krönen, so weit gediehen, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) mit dem Vertrag von Maastricht geschaffen und gleichzeitig als Element der Demokratisierung der Europäischen Union zum ersten Mal das Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament (EP) eingeführt wurden.

Im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich wurde die WEU als Brücke zwischen der EU und der NATO auserkoren, indem alle Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen zwar beraten, in ihrer Ausführung aber an die WEU verwiesen werden konnten, die zu einem integralen Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses erklärt wurde. Immerhin wurde im Maastrichter Vertrag das Ziel einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die über die Zeit auch zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, festgelegt. Vier Jahre später, nach dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages, wurde erneut über eine Reform der EU verhandelt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Institutionen und Verfahren nach der so genannten Norderweiterung (Schweden, Finnland und Österreich) der größer gewordenen EU angepasst werden mussten. Dies betraf auch den sicherheits- und verteidigungspolitischen Teil der GASP. Im Vertrag von Amsterdam 1997/99 wurden die „Petersberg-Aufgaben“ der WEU – Rettungs- und Evakuierungsmissionen, friedenserhaltende und friedens erzwingende Operationen –, die diese 1992 auf dem Petersberg bei Bonn verabschiedet hatte, in Art. 17 des EU-Vertrages übernommen. Dies war nicht zuletzt auch durch das Engagement der nicht paktgebundenen Staaten Schweden und Finnland möglich geworden, denen eine eindeutige Verortung der europäischen Verteidigungspolitik im

Bereich des Krisenmanagements und damit jenseits von allianzpolitischen Verpflichtungen wichtig gewesen war. Im Übrigen änderte sich das Verhältnis zwischen EU und WEU in der Weise, dass die WEU stärker an die EU gebunden wurde und letztere sich die WEU zur Implementierung ihrer verteidigungspolitischen Beschlüsse verfügbar machen konnte. Schließlich wurde mit Blick auf die kommende Erweiterung der EU um zehn Mitgliedstaaten die dringende Runderneuerung der EU immer offensichtlicher, was in den im Dezember 2000 ausgehandelten Vertrag von Nizza führte, der zum ersten Mal die Erweiterung der EU um die zehn neuen Mitgliedstaaten anerkannte und jene Staaten z.B. in den neuen Stimmengewichtungstabellen für die Beschlussfassung in der EU nach qualifizierter Mehrheit berücksichtigte. Der Nizza-Vertrag selbst bezog sich in Art. 17 überhaupt nicht mehr auf die WEU, sondern beschrieb die Krisenmanagementaufgaben des Petersberg-Typus als alleinige Zuständigkeit der Europäischen Union in den dafür zuständigen Gremien, womit faktisch der mittlerweile Zug um Zug betriebene Aufbau eines EU-Militärstabes, eines EU-Militärausschusses und eines zivilen Krisenmanagementkomitees indirekt sanktioniert wurde. Außerdem wurde mit dem Vertrag von Nizza das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) etabliert, dem vom Rat die politische und strategische Kontrolle über die Krisenmanagementoperationen der EU übertragen werden kann.

Der Nizza-Vertrag ...beschrieb die Krisenmanagementaufgaben des Petersberg-Typus als alleinige Zuständigkeit der europäischen Union...

Wie kamen Sicherheit und Verteidigung zur EU bei paralleler Existenz der NATO?

Erstens: Das Ende des Kalten Krieges bzw. des Ost/West-Konfliktes und die deutsche Einheit hatten die Reformbestrebungen in Richtung einer Vertiefung in der EU bestärkt. Gleichzeitig war mit dem Ende des Kalten Krieges die Abhängigkeit von den USA geringer geworden. Das alte Motiv der Selbstbehauptung und Selbstbestimmung Europas auch in den internationalen Beziehungen und in der Sicherheitspolitik erlebte eine gewissen, wenn auch noch verhaltene Renaissance.

Zweitens: Aus deutscher Sicht sollten ohnehin schon immer alle Bereiche im europäischen Integrationsprozess berücksichtigt werden, wozu auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehörte, selbst wenn Experten über einen „defence at all“- oder „defence last“-Ansatz hierbei schon seit langem diskutierten.

Drittens: Die Fehlschläge und Schwächen der europäischen Politik auf dem Balkan hatten die Notwendigkeit einer besseren europäischen Außen- und Sicherheitspolitik unterstrichen und entsprechende strukturelle Reformen überfällig werden lassen. Dies fand zumindest seinen unmittelbaren Niederschlag im Vertrag von Amsterdam, der ja auch zum ersten Mal die Position des Hohen Beauftragten für die GASP einführte, die bis heute von Javier Solana besetzt wird.

Viertens: Ein entscheidender Punkt waren die Erfahrungen der Europäer während des Kosovo-Luftkrieges der NATO. Nicht nur dass hierbei die Schwächen der Europäer im Vergleich zu den USA, die rund 80 Prozent der Einsätze übernahmen, beschämend deutlich geworden waren; es gab auch Schwächen im Kommunikations- und Konsultationsregime innerhalb der NATO zwischen den Alliierten

Von 1956/57 an wurden Sicherheit und Integration voneinander getrennt. Die NATO war exklusiv unter der Schirmherrschaft der USA für die Sicherheit und Verteidigung in Europa zuständig, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung Europas.

während der Kriegführung unter dem dominanten Einfluss der USA. Dies hatte selbst auf britischer Seite starke Trends zum Umdenken in der europäischen Integrationspolitik und auch gegenüber der Frage einer europäischen Verteidigungspolitik verstärkt. Downing Street hatte schon 1998 angesichts des Heraufziehens der Kosovo-Krise Möglichkeiten eines Einsatzes der WEU in der Kosovo-Frage in Erwägung gezogen und dabei angesichts der komplizierten Abstimmungsmodalitäten zwischen EU und WEU sowie zwischen WEU und NATO wie auch umgekehrt reichlich Frustration erfahren. Hinzugekommen war noch ab 1998 die Überlegung, wie Großbritannien eine Führungsmacht in Europa werden könne, obwohl sie ab 1999 nicht an der dann in der dritten Stufe etablierten Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen würde. Hier schien die Verteidigungspolitik aufgrund der militärischen Stärke und Fähigkeiten Großbritanniens ein taugliches Feld zu sein. Die von Großbritannien lange Zeit verfochtene WEU-Lösung erwies sich dabei aber eher als Stolperstein denn als Vehikel, um die Verteidigungspolitik zu einem aufgewerteten Bereich integrationspolitischen Handelns zu machen.

Möglichkeiten eines Einsatzes der WEU in der Kosovo-Frage in Erwägung gezogen und dabei angesichts der komplizierten Abstimmungsmodalitäten zwischen EU und WEU sowie zwischen WEU und NATO wie auch umgekehrt reichlich Frustration erfahren. Hinzugekommen war noch ab 1998 die Überlegung, wie Großbritannien eine Führungsmacht in Europa werden könne, obwohl sie ab 1999 nicht an der dann in der dritten Stufe etablierten Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen würde. Hier schien die Verteidigungspolitik aufgrund der militärischen Stärke und Fähigkeiten Großbritanniens ein taugliches Feld zu sein. Die von Großbritannien lange Zeit verfochtene WEU-Lösung erwies sich dabei aber eher als Stolperstein denn als Vehikel, um die Verteidigungspolitik zu einem aufgewerteten Bereich integrationspolitischen Handelns zu machen.

Nur so ist zu erklären, dass es in Saint Malo im Dezember 1998 zur britisch-französischen Erklärung über die europäische Verteidigungspolitik kam, bei der das Ziel einer autonomen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Verteidigungspolitik und im internationalen Krisenmanagement festgelegt wurde. Die darauf folgende deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 griff diese Erklärung auf und setzte sie im ersten Bericht einer Präsidentschaft zur

ESVP um, wonach eine europäische Verteidigungspolitik auf zwei Säulen beruhte, die alternativ genutzt werden sollten: auf der NATO einerseits und auf autonomen Fähigkeiten der EU andererseits. Dieser Bericht der deutschen Ratspräsidentschaft wurde konsensual vom Europäischen Rat in Köln im Juni 1999 verabschiedet und im Dezember 1999 durch die finnische Ratspräsidentschaft fortgeschrieben, nicht nur im Hinblick auf die in der EU aufzubauenden militärischen Institutionen, sondern auch auf das erste „headline goal“, das als Planungsgröße 60.000 Soldaten vorsah, verfügbar innerhalb von 60 Tagen für ein Jahr, sowie 5.000 Polizisten, von denen 1.000 in dreißig Tagen verfügbar sein sollen.¹

Alles in allem war dies eine rasante Entwicklung hinsichtlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses im Vergleich zu den Dekaden des Kalten Krieges. Verständlich war auch, dass in dieser Zeit von nahezu allen EU-Mitgliedstaaten keine Gefährdung der amerikanischen Schutzgarantien für Europa und eine Unterminierung der NATO riskiert werden wollte. Verständlich war aber auch, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und den Erfahrungen auf dem Balkan, nicht zuletzt in der Post-Kosovo-Phase und dem schrittweisen Rückzug der Amerikaner aus dem Balkan sowie der Umorientierung ihrer Interessen auf strategische Regionen im Nahen und Mittleren Osten die Europäer nicht nur aus eigenem Drang, sondern auch in gewisser Weise aus externem Zwang zum Aufbau von sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsmöglichkeiten genötigt waren, um in ihrem unmittelbaren sicherheitspolitischen Umfeld und insbesondere auf dem Balkan verstärkt Verantwortung zu übernehmen. Die EU ist deshalb noch lange keine Militärallianz geworden, und die Rolle des militärischen Elementes kann allenfalls als ergänzend zum gesamten verfügbaren zivilen Instrumentarium gesehen werden. Dies erschließt sich auch aus der im Dezember 2003 verabschiedeten europäischen Sicherheitsstrategie, durch die die Prinzipien des Multilateralismus und der Konfliktprävention, die Kooperation, das Verhandeln und friedlich Konfliktlösungsmuster angestrebt werden, wenngleich auch der Einsatz des Militärs als letztes Mittel vorbehalten bleibt.

Aus deutscher Sicht sollten ohnehin schon immer alle Bereiche im europäischen Integrationsprozess berücksichtigt werden, wozu auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehörte.

Aktueller Stand der ESVP

Bis heute gibt es im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union etwa 200 Mitarbeiter militärischen Personals oder besser gesagt, Personals, das mit Krisenmanagement beschäftigt ist. Die EU hat insgesamt sechzehn zivile und/oder

militärische ESVP-Operationen durchgeführt, von denen vier bereits abgeschlossen sind. Darüber hinaus wurde im Jahre 2003 ein neues „headline goal“ bis zum Jahre 2010 verabschiedet, das den Aufbau einer Verteidigungsagentur und einer zivil-militärischen Zelle (beides im Jahre 2004 geschehen) und von so genannten „battle groups“ oder Kampfverbänden bis 2007 vorsieht (was in diesem Jahr also abgeschlossen wird) sowie darüber hinaus einen britisch-französischen Flugzeugträger bis 2008, ein europäisches Lufttransportkommando und ein Kommunikationsnetzwerk (network linkage of communication equipment and assets) bis 2010 vorsieht.

Das „battle group“-Konzept wurde im Übrigen aus der Erfahrung mit der Operation Artemis in Ostkongo entwickelt und sieht von den insgesamt dreizehn gemeldeten „battle groups“ jeweils zwei im Stand-by-Verfahren vor, so dass die Europäische Union über ca. 3.000 – 4.000 Mann in relativ kurzer Zeit zum Einsatz in Krisenregionen verfügen kann. Dies ist nicht viel im Vergleich zu dem,

Das Verhältnis zwischen der EU und der NATO wird schwierig bleiben, da Frankreich einerseits auf die Autonomie der EU und entsprechend autonome Operationen drängt und Großbritannien andererseits auf eine enge Anbindung der ESVP an die NATO.

was Bundeskanzler Kohl einmal im Jahre 1990 gemeinsam mit dem damaligen französischen Staatspräsidenten Mitterrand als das Vorhaben der Schaffung einer europäischen Armee bezeichnete oder auch jüngst die deutsche Bundeskanzlerin mit dem Hinweis auf die langfristige Entwicklung einer Europaarmee bezeichnete. Aber es sind

zweifelloos erste militärische Instrumente, die in begrenztem Umfang eine Untermauerung der EU-Außenpolitik erlauben und die über die bisher installierten institutionellen Strukturen und Verfahren zu einem starken Engagement der EU auf dem Balkan in Bosnien-Herzegowina geführt haben und künftig voraussichtlich auch zu einer zivilen Mission im Kosovo führen werden.

Europäische Union und NATO

Das Verhältnis zwischen der EU und der NATO hat sich keinesfalls unkompliziert entwickelt. Das, was jahrelang vermieden werden sollte, eine Duplizierung von NATO-Strukturen wie internationaler Militärstab und militärisches Komitee ist längst spiegelbildlich zur Realität in der EU geworden. Seitdem wird zwischen „necessary“ und „unnecessary duplication“ auf beiden Seiten, d.h. in der NATO wie auch in der EU, unterschieden und gegebenenfalls auch gestritten. Eine Unterminierung der NATO durch die bisherigen EU-Strukturen ist nur schwer zu erkennen, allein schon, wenn man die Relationen betrachtet: In der NATO sind

zur Zeit etwa 16.000 Militärs und zivile Mitarbeiter tätig, in der EU befassen sich mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen ca. 200 Militärs und Beamte im Generalsekretariat und vermutlich 20 Beamte in der Europäischen Kommission. Die zivil-militärische Zelle in der EU umfasst 30 Soldaten und 2 Kommissionsmitglieder. Sie verfügt noch über eine kleine spiegelbildliche Einheit bei SHAPE in Mons, wo ca. 3.000 Offiziere die strategische und operative Planung der NATO durchführen. Wichtig wird es sein, dass vor dem Hintergrund dieser Realitäten EU und NATO ihren Dialog über jene Bereiche des Krisenmanagements verbessern, in denen sie gemeinsam oder parallel tätig werden. Das betrifft die Operation in Bosnien, die künftige Operation im Kosovo (wenn die EU die UNMIK-Nachfolge übernimmt) und die geplante EU-Polizeimission in Afghanistan. Darüber hinaus wäre es auch von Vorteil, wenn der direkte Dialog zwischen der EU und den USA im Bereich des Krisenmanagements – und hier insbesondere hinsichtlich des zivilen Krisenmanagements – geführt und ausgebaut werden könnte.

Die Europäische Union und Russland

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland sind im engeren sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich nicht einfach zu gestalten. Troika-Treffen und auch Unterrichtungen des russischen Vertreters in Brüssel finden regelmäßig statt, ebenso die EU-Russland-Gipfeltreffen. Eine unmittelbare Involviertheit in GASP- und ESVP-Entscheidungsprozesse ist nicht möglich. Das Modell des NATO-Russland-Rates ist nicht auf 27 plus 1 übertragbar, schon alleine deswegen, weil viele der neuen östlichen Mitgliedstaaten im Rahmen der EU hierzu gar nicht bereit wären. Unabhängig davon ist es Russland jederzeit möglich, an ESVP-Operationen teilzunehmen und dann im Rahmen des CCC (Committee of Contributing Countries) (gleichberechtigt) an den taktischen und operativen Entscheidungen mitzuwirken.



Dr. Rudolf Adam, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, mit Prof. Dr. Jopp bei der Diskussion über „50 Jahre Europäische Union“

Der Weg in die Zukunft

Für die Zukunft ist eine inkrementalistische Weiterentwicklung der ESVP ohne große Quantensprünge zu vermuten. Das Verhältnis zwischen der EU und der NATO wird schwierig bleiben, da Frankreich einerseits auf die Autonomie der

EU und entsprechend autonome Operationen drängt und Großbritannien andererseits auf eine enge Anbindung der ESVP an die NATO. Deutschland muss hier in der Mitte ausgleichend wirken. Insgesamt scheint sich ohnehin zwischen der EU und der NATO wie insbesondere der EU und den USA eine regionale und funktionale Arbeits- oder Aufgabenteilung – zumindest inoffiziell – herauszubilden. Das betrifft das überwiegende Engagement der EU auf dem Balkan und in Afrika und hierbei in weniger militärisch ambitionierten Operationen einerseits, und das betrifft das Engagement der NATO in schwierigen Situationen wie im Kosovo oder in Afghanistan oder das militärische Engagement der USA im Irak andererseits. Das Verhältnis zu den USA hat sich jüngst mit Blick auch auf den Nahost-Konflikt, die Versuche zur Revitalisierung des Nahost-Quartetts und der Road Map verbessert, und es bleibt zu hoffen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Auch wird sich die Kooperation zwischen der EU und der NATO zwangsläufig intensivieren müssen mit Blick auf Kosovo und Afghanistan. Das Verhältnis zwischen beiden Organisationen wird im Übrigen nicht alleine von einigen europäischen Verbündeten bestimmt, sondern auch von den USA und deren Umgang mit Alliierten und der NATO als Institution. Hier hat es in den letzten Jahren Anzeichen eines sinkenden Interesses der USA an der NATO trotz deren Erweiterung auf neue Mitgliedstaaten abgezeichnet. Letztendlich ist von einer noch lange andauernden Koexistenz beider Organisationen auszugehen, wobei ein symbiotisches Verhältnis wohl kaum wieder erreichbar sein wird, ein arbeitsteiliges aber nicht ausgeschlossen und absolut erstrebenswert wäre.

Zum Autor: Professor Dr. Mathias Jopp ist Direktor des Instituts für Europäische Politik, Berlin.

Anmerkungen:

1 Diese Zahl an Polizeikräften wurde mit dem zivilen Headline Goal 2004 festgelegt.

41. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft am 17. und 18 August 2007 in Hamburg

Über die Konfliktregionen Naher und Mittlerer Osten und die aktuelle sicherheitspolitische Lage Deutschlands. Zusammenfassender Bericht.

Werner Baach

Zu einer viel beachteten Tagung am 17. und 18. August 2007 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg begrüßte der Präsident der Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, über dreihundert Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Schwerpunktthemen der hochrangig besetzten Tagung waren die Konfliktregionen Naher und Mittlerer Osten und der sicherheitspolitische Vortrag des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung. Die weiteren Themen waren: Fünfzig Jahre Führungsakademie der Bundeswehr: Bilanz und Ausblick; Clausewitz' Einfluss auf das japanische Militärwesen und militärische Denken; sowie der Bericht über die Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums.

Teil I: Naher Osten – die israelisch-palästinensischen Gegensätze sind groß

Das ungeheure Dilemma des Konflikts im Nahen Osten mit der zentralen israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung wurde den Zuhören in einer beeindruckenden Panel-Diskussion eindringlich vor Augen geführt. Diskussions Teilnehmer waren Dipl. Ing. Mohammed Nazzal, Generaldelegation Palästinas, Berlin; Botschafter a.D. Avi Primor, Direktor des Zentrums für Europäische Studien, Universität Herzliya, Israel und Professor Dr. Udo Steinbach, Direktor GIGA/ Institut Nahost-Studien. Die Moderation hatte Oberst im Generalstab Dr. Peter Forster, schweizerische Sektion der Clausewitz-Gesellschaft.

Dr. Steinbach: „Die Eskalation der Radikalität in der Region ist unübersehbar.“

Einführend schlug Professor Dr. Steinbach einen pessimistischen Grundton an. Er sei besorgt, der Konflikt könne sich zu einem größeren Regionalkonflikt ausweiten, wenn es nicht gelinge, bald einen „fairen“ Ausgleich zwischen den Interessen Israels und der Palästinenser zu schaffen. Schon der Libanonkrieg 2006 sei eigentlich ein Stellvertreterkrieg auf libanesischem Boden unter Beteiligung wichtiger Regionalmächte gewesen, allen voran Israel und Iran. Die „Eskalation der

Radikalität“ in der Region sei unübersehbar, spätestens seit der Machtübernahme durch die Hamas im Gaza-Streifen. Diese „Machtergreifung“ sei ein Schock für die moderaten Länder der Region gewesen, für Jordanien, Saudiarabien und Ägypten, aber auch für deren Partner weltweit. Auch habe sich der Iran erstmals „unmittelbar aus eigenem Interesse“ eingemischt, wie überhaupt der Handlungsspielraum des Iran in der Region ständig wachse. Die USA hätten schon damit begonnen, den Iran als politischen Buhmann aufzubauen, doch sitze die Regierung Ahmadinedschad fest im Sattel und zeige sich von den Drohungen der USA unbeeindruckt.

Dr. Mohammed Nazzal: „Die Wege der Menschen führen nirgendwo hin. Sie haben kein lebenswertes Leben, kein positives Morgen.“

Entscheidend für die weitere Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konflikts werde es sein, ob die für diesen Herbst geplante internationale Nahost-Konferenz wenigstens ein Minimum an

Übereinkunft erziele, woran er allerdings wegen der politischen Schwäche sowohl des israelischen Ministerpräsidenten Olmert als auch des Palästinenserpräsidenten Abbas zweifle. Bei einem Scheitern der Konferenz werde das Konfliktpotential im Nahen Osten, aber auch in der erweiterten Region, weiter zunehmen. „Der Ball liegt nun im Hof der internationalen Akteure, nicht bei den Regionalmächten“, so Dr. Steinbach abschließend. Er bezweifelte, dass diese genug tun würden. Sein Fazit: „Der nächste Konflikt ist programmiert.“

Er könne dem Pessimismus seines Vorredners leider keinen Optimismus entgegenstellen, merkte Dipl. Ing. Mohammed Nazzal, der gerade von einem Palästina-Besuch zurückgekehrt war, in seinem Kurzvortrag einleitend an. Er sehe wenig Hoffnung für den Nahen Osten. Die Lage der Menschen in den Palästinensergebieten sei erschütternd. Sie sähen keine Perspektive („Die Wege der Menschen führen nirgendwo hin. Sie haben kein lebenswertes Leben, kein positives Morgen.“). Israel zerstöre buchstäblich jedes lebenswerte Leben. Vor Jahren hätten die

Botschafter a.D. Avi Primor: „Die Lösung des Problems ist klar und lauter: Sicherheit für Israel.“

Palästinenser, auf Druck der westlichen Mächte, voran der USA, den gewagten Weg zu demokratischen Wahlen eingeschlagen. Gleichzeitig aber habe Israel nichts getan, um die Palästinenserführung

„in eine stabile (politische) Lage zu bringen“, im Gegenteil: Israel habe „kleinlichen Landgewinn vor den Frieden gestellt“. Das Resultat sei nun der Aufstieg der Hamas. Die Palästinenser seien sogar bereit gewesen, um des Friedens willen Kompromisse einzugehen – selbst wenn dadurch über 70 Prozent palästinensischen Landes in das israelische Staatsgebiet übergegangen wären. Nazzal äußerte die Befürchtung, dass Israel auch in Zukunft eine Hinhaltenaktik verfolge und der Westen nichts tue, dies zu verhindern. Er appellierte an die Europäer,

weiter den Versuch zu machen, Frieden für die Region zu schaffen. Der palästinensisch-israelische Konflikt sei der Kernkonflikt der gesamten Region. Ohne seine gerechte Lösung werde es im Nahen Osten und weit darüber hinaus keinen Frieden geben.

Er könne den pessimistischen Betrachtungen seiner Vorredner nicht zustimmen, erwiderte Botschafter a.D. Avi Primor aus israelischer Sicht. Die Lösung des Problems sei klar und laute: „Sicherheit für Israel“. Die westlichen Mächte würden eine Lösung (gegen Israel) nicht erzwingen, vor allem die USA nicht („Nur Dank des Vetos der USA ist Israel in seiner derzeitigen starken Position.“). Eine Verständigung mit den Palästinensern könne deshalb nur das israelische Volk selbst erzwingen. Dieses müsse man überzeugen und für einen Ausgleich mit den Palästinensern gewinnen, dann und nur dann werde es Druck auf seine Regierung ausüben. Auch das israelische Volk habe nie in Sicherheit gelebt, stellte Dr. Primor weiter fest. Selbst während des „Oslo-Prozesses“ hätten die Palästinenser nicht auf Terror verzichtet. Wenn jetzt die „wackeligen Regierungen Olmert und Abbas“ über einen „weit reichenden Friedensentwurf“ sprächen, glaube das israelische Volk doch nicht an eine Normalisierung der Beziehungen. Aus seiner Sicht gibt es nur ein Mittel: Sicherheit müsse durch eine glaubhafte, robuste Ordnungsmacht in der Region garantiert werden. Die Europäer sollten in diese Richtung initiativ werden, sie könnten dann durchaus die USA für die Unterstützung einer Friedenslösung gewinnen.



Vertraten gegensätzliche Positionen: Botschafter a.D. Avi Primor, Israel, und Dr. Mohammed Nazzal, Generaldelegation Palästinas, Berlin (im Bild von links).

In der Diskussion wurden die oben dargestellten Positionen im Wesentlichen bekräftigt. Professor Dr. Steinbach nahm dabei verstärkt für die Palästinenser Partei: Israel habe immer nur zu Lasten Palästinas verhandelt. Der Aspekt der Sicherheit sei immer nur vorgeschoben worden, in Wirklichkeit sei es stets um territoriale Erweiterung gegangen. Aber er stimme der Einschätzung zu, dass „eine realistische Chance für eine Annäherung“ bestehe. Allerdings könne er sich eine internationale Truppe als Ordnungsmacht, wie von Primor vorgeschlagen, erst nach einer politischen Lösung des Nahost-Konflikts vorstellen. Avi Primor räumte ein, dass selbstverständlich nicht nur das Prinzip „Sicherheit für Israel“ gelten müsse, sondern auch „Sicherheit für die Palästinenser“: Mohammed Nazzal begrüßte diese Feststellung, ergänzte aber, das palästinensische Volk brauche auch Respekt, Ehre

und Würde. Eine gerechte Teilung und ein „anständiger“ Kompromiss würden von seinem Volk akzeptiert, nicht aber Heuchelei und zweierlei Maß.

In einem war sich die Runde bei aller Uneinigkeit einig: Beide Völker müssten von der Notwendigkeit einer gerechten Friedenslösung überzeugt werden, sollte sie von Dauer sein. Als Fazit eines (nachdenklichen) Zuhörers aber bleibt: Die gegenseitige Respektierung der beiden Völker ist der Schlüssel zur Entspannung des zentralen israelisch-palästinensischen Konflikts. Ohne die Lösung dieses „Kernkonflikts“ scheint Entspannung in der gesamten Nahost- und Mittelostregion nicht möglich. Aber die Gegensätze in den Positionen sind groß, und der Weg zur Verständigung ist (unverändert) steinig, auch wenn derzeit ein Hoffnungsschimmer für eine Lösung besteht (Dr. Forster). Nur wenn es gelingt, Ängste abzubauen, Gräben zu überwinden und Brücken (statt neuer Mauern) zu bauen, wird vielleicht Frieden in die Region einkehren.

Teil II: Der Mittlere Osten – Konflikte, Gefahren und Chancen

Unter der Moderation von Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen befassten sich in einer weiteren Panel-Diskussion Dr. John Hulsman, USA, zurzeit Oppenheim Scholar, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Loay Mudhoon, Chefredaktion Deutsche Welle, Bonn, und Dr. Guido Steinberg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, mit dem Konflikt der Mittlerer Osten. Dr. Hulsman legte den Schwerpunkt seines einführenden Statements darauf, die Auswirkungen des Irak-Kriegs auf die amerikanische Innen- und Parteienpolitik aufzuzeigen. Das gegenwärtige Grundproblem im Irak sei es, dass das Land vorrangig durch militärische Maßnahmen gehalten werden solle, aber nur eine politische Lösung könne von Dauer sein. Das politische Washington warte fieberhaft auf den angekündigten Bericht des US-Oberbefehlshabers im Irak, General David Petraeus.¹ Falls der Bericht negativ ausfalle, werde das für die ohnehin im Umfragetief liegenden Republikaner verheerende Folgen haben. Aber auch die Demokraten seien unter Druck. Denn bei den letzten Kongress-Wahlen seien sie hauptsächlich in der Erwartung gewählt worden, dass sie den Irakkrieg schnell beendeten. Nun aber finanzierten sie den Krieg weiter mit, und die Wähler fühlten sich betrogen. Das könne sich sowohl auf die Präsidentenwahl als auch die nächsten Kongresswahlen nachteilig für die Demokraten auswirken, zum Beispiel benötigten sie im Senat noch 15 Sitze, um die Mehrheit im Kongress insgesamt zu erlangen. Die Irak-Politik sei deshalb zum wichtigsten Wahlkampfthema geworden („set for elections“). Eine mögliche Chance, in der verfahrenen Lage doch noch zu einer akzeptablen politischen Lösung des Irak-Problems zu kommen, sieht

Dr. Hulsman dann, wenn die Empfehlungen des Baker-Hamilton-Berichts umgesetzt werden.

Der Iran-Konflikt sei grundsätzlich anders als der Irak-Konflikt, in seiner Dimension weiter reichend („a big thing coming“). Eine militärische Option, zum Beispiel Luftangriffe („bombing“) auf das Land, würde zahlreiche zivile Opfer fordern, dem Terrorismus dadurch weltweit Zulauf bringen und die prowestlichen arabischen Staaten der Region in eine schwierige Lage manövrieren. Sie scheide daher aus. Die Alternative, nichts zu tun, könne aber genauso wenig zur Konfliktlösung beitragen. Einen eher zum Ziel führenden Weg sieht Dr. Hulsman in massiven Sanktionen gegen die Wirtschaftskraft des Iran, insbesondere bei Investitionen. Die Europäer als größte Handelspartner des Landes spielten hier eine entscheidende Rolle: Je konsequenter und härter sie solche Sanktionen einsetzten, desto größer würden die Chancen für ein Einlenken des Iran. Zugleich würde auch den neokonservativen Hardlinern in Washington der Boden entzogen.

Nach Auffassung von Dr. Steinberg steht der Irak-Konflikt dem israelisch-palästinensischen Konflikt an regionalpolitischer Bedeutung in nichts mehr nach. Es seien die immer deutlicher zutage tretenden Eskalationsgefahren des Irak-Konfliktes, die seine Beendigung so dringlich machten. Durch den Regimewechsel 2003 und den Zerfall des irakischen Staates steige die Gefahr von Interventionen der Nachbarstaaten – insbesondere dann, wenn sich die USA ganz oder teilweise aus dem Land zurückziehen sollten. Außerdem habe der Aufstieg des Iran zur regionalen Hegemonialmacht das Gleichgewicht in der Region ein weiteres Mal empfindlich gestört. Rund um den Persischen Golf seien die Vorbereitungen für eine Konfrontation zwischen dem Iran und seinen Gegnern bereits im Gange. Spätestens seit Ende 2006 reagiere die US-Regierung verstärkt auf den Aufstieg des Iran, der in Washington als größte Bedrohung für die regionale Stabilität betrachtet werde. Die USA verfolgten hier eher klassische Formen der Bündnispolitik, indem sie ihre Beziehungen zu den „moderaten“ Gegnern des Iran in der Region stärkten. Der Irak aber drohe bei einer möglichen Verschärfung des Konflikts zum Schlachtfeld eines neuen Regionalkonfliktes zu werden, dessen Protagonisten die USA, Saudi-Arabien und der Iran sein würden. Mittlerweile seien es vor allem die regionalen Eskalations-



Diskussion über den Mittleren Osten. Im Bild von links: Loay Mudhoon, Deutsche Welle; Dr. Klaus Olshausen, Clausewitz-Gesellschaft; Dr. John Hulsman, USA; Dr. Guido Steinberg, Stiftung Wissenschaft und Politik.

risiken rund um den Irakkrieg, die die Regionalpolitik in den kommenden zwei Jahren prägen. Sie hätten das Potential, sich zu einer regionalen Konfrontation auszuweiten. Der Aufstieg des Iran zur Hegemonialmacht der Golfregion ist nach Einschätzung von Dr. Steinberg² kaum noch zu verhindern.

Der Irak-Krieg habe, so Loay Mudhoon, Deutsche Welle, ein „Frankenstein’sches Monster“ in der Region geschaffen. Die Entwicklung sei ganz anders verlaufen als die USA sich das bei Kriegsbeginn mit ihrer Idee vom demokratischen Leuchtturm in der Region vorgestellt hätten: In einem ehemaligen Kerngebiet sunnitischer Staatsmacht sei eine schiitische Macht aufgestiegen. Das wiederum habe einen radikal-islamisch-sunnitischen Terror ohne Beispiel ausgelöst. Damit einher gehe ein Aufstieg „substaatlicher“ Organisationen und der Rückzug staatlicher (nationalstaatlicher) Stärke. Die Summe aller Folgen habe die gesamte Region erschüttert und die Konfliktlinien verschoben: von einem territorial begrenzten Konflikt

Loay Mudhoon: „Der Irak-Krieg hat ein Frankenstein’sches Monster in der Region geschaffen.“

hin zu einem konfessionell bestimmten Regionalkonflikt mit (weltweiten) überregionalen Auswirkungen. Die einzige realistische Chance, das Konfliktpotential im Nahen und Mittleren Osten zu entschärfen und die Region zu stabilisieren, sieht Mudhoon darin, dass die USA „zu einer klassischen Realpolitik“ zurückkehren mit entsprechender Einbeziehung aller wichtigen Kräfte der Region. Das beinhalte vor allem auch die Notwendigkeit, den Nahost-Konflikt mit seinem israelisch-palästinensischen Kernkonflikt schnell, pragmatisch und dauerhaft zu lösen.

In der anschließenden Diskussion wurden die oben dargestellten Positionen in einzelnen Punkten weiter vertieft. Für den Zuhörer ergab sich insgesamt als Erkenntnis: Die Gefahr einer Eskalation im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu einem Regional-

Die Gefahr einer Eskalation im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu einem Regional-konflikt ist erheblich.

konflikt ist erheblich. Eine Deeskalation setzt einen pragmatischen, realpolitischen Umgang zwischen allen Konfliktparteien voraus, in den der Iran, dessen Streben nach einer hegemonialen Position in der Golfregion unverkennbar ist, eingebunden werden muss. Amerika und die Europäer sind gefordert, auf ein solches pragmatisches, koordiniertes Vorgehen aller beteiligten Mächte in der Region hinzuarbeiten.

Teil III: Zur aktuellen sicherheitspolitischen Lage Deutschlands, zur vernetzten Sicherheit und zur Notwendigkeit einer Verfassungsklarstellung

Zu Beginn der Tagung hatte Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung das Wirken der Clausewitz-Gesellschaft „als Forum für strategisches Denken in Deutschland“ gewürdigt. Die Gesellschaft, einschließlich des Internationalen Clausewitz-Zentrums, und die Führungsakademie der Bundeswehr leisteten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung des Erbes des Carl von Clausewitz, sie seien auch Sinnbild für strategisches Denken in Deutschland und für kritische sicherheitspolitische Auseinandersetzung und Diskussion über Politik- und Parteigrenzen hinweg. Diesen breiten sicherheitspolitischen Diskurs benötige Deutschland zurzeit dringender denn je. Der Minister dankte in diesem Zusammenhang für die Unterstützung, welche die Clausewitz-Gesellschaft insbesondere für die Bundeswehr durch ihre Bemühungen bei der Belebung der sicherheitspolitischen Diskussion leistet.

Die Sicherheit von Staaten sei im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr an territoriale Grenzen gebunden. Die Akteure, die unsere Sicherheit gefährdeten, besäßen häufig einen nichtstaatlichen Charakter. Die neuen Gefahren seien vielschichtiger, diffuser und komplexer als früher. Das gelte nicht nur für den internationalen Terrorismus. Weitaus gefährlicher sei die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel. Unkontrollierte Migration und Ressourcenknappheit seien weitere Faktoren, die in immer größerem Maße die nationale Sicherheit beeinträchtigten. Dr. Jung weiter: „Deshalb benötigen wir neue Strategien, um derartigen Risiken entgegenzuwirken und vorzubeugen – dort, wo sie entstehen.“

Mit der „vernetzten Sicherheit“ verfüge Deutschland über ein gutes, zukunftsfähiges Konzept, das auf einem koordinierten Gesamtansatz aller verfügbaren und relevanten Instrumente basiere. Ziel sei höchstmögliche Wirkung durch Ausnutzung aller verfügbaren Ressourcen. Das Spektrum reiche von kulturellen, militärischen, diplomatischen, entwicklungstechnischen Instrumenten bis hin zu wirtschaftlichen und politischen. Vernetzte Sicherheit beinhalte eine nationale und eine internationale Dimension, denn „in einer globalisierten Welt werden die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit fließend und verlieren ihre Trennschärfe.“ Auf nationaler Ebene schaffe vernetzte Sicherheit einen wirksamen Schutz durch gesamtstaatliche Sicherheits-

Die Bundeswehr ist ein wichtiges und unverzichtbares Instrument im Rahmen der gesamtstaatlichen vernetzten Sicherheitsvorsorge nach außen und innen.

vorsorge und intensivierte ressortübergreifende Zusammenarbeit. Alle national verfügbaren Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung müssten in Zukunft aber noch enger verzahnt werden. Beispielsweise müsse es möglich werden, Mittel der Bundeswehr dann einzusetzen, wenn polizeiliche Kräfte zum Aufrechterhalten der Sicherheit nicht ausreichen. Zu diesem Zweck ist aus Sicht des Ministers eine Verfassungsklarstellung zwingend erforderlich.

Aber auch auf internationaler Ebene sei ein vernetzter sicherheitspolitischer Ansatz notwendig, der die Fähigkeiten nicht nur einzelner staatlicher Akteure, sondern von internationalen Organisationen, besonders von NATO, Europäischer Union und Vereinten Nationen effektiv zusammenführe. Diese Interaktionen müssten jedoch noch besser strukturiert und in einer gemeinsamen politischen Strategie verbunden werden. Die NATO bleibe dabei „der Anker unserer Sicherheit“. Doch sei auch die Europäische Union inzwischen – der Kongo-Einsatz habe das gezeigt – in ihren Fähigkeiten, zur „vernetzten Sicherheit“ international beizutragen, einen Schritt weiter gekommen, wenngleich weitere „Entwicklungsmöglichkeiten“ bestünden.

Die Bundeswehr sei ein wichtiges und unverzichtbares Instrument im Rahmen der gesamtstaatlichen vernetzten Sicherheitsvorsorge nach außen und innen. Denn nur eine leistungsfähige Bundeswehr ermögliche es Deutschland, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf internationaler Ebene aktiv mitzugestalten. Der Minister betonte, dass es nach wie vor die zentrale Aufgabe der Bundeswehr sei, den Schutz und die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger gegen eine



Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit deutschen Soldaten des ISAF-Hauptquartiers.

Bedrohung von außen zu gewährleisten. Und weiter: „Wir müssen in immer stärkerem Maße Risiken und Bedrohungen unserer Sicherheit dort begegnen, wo sie entstehen“. Die Antwort der Bundeswehr sei die Anpassung ihrer Strukturen und Instrumente im Rahmen des Transformationsprozesses gewesen. Die Bundeswehr habe sich dabei in den letzten beiden Jahrzehnten „dem größten Anpassungsprozess ihrer Geschichte gestellt – bei zugleich steigender Belastung durch immer mehr Einsätze

in immer größerer Entfernung zur Heimat“. Mit dem erwarteten Anstieg des Verteidigungshaushalts 2008 um mehr als 900 Millionen Euro könne, so die Einschätzung des Ministers, Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen im europäischen wie im transatlantischen Rahmen auch in Zukunft nachkommen. Aber um

dies langfristig zu gewährleisten, müsse auch in den nächsten Jahren der Verteidigungshaushalt kontinuierlich weiter steigen; das sei angesichts der Tatsache, dass die Haushaltsmittel in den zurückliegenden Jahren zu stark gekürzt worden seien, umso dringlicher. Minister Jung widmete den Auslandseinsätzen breiten Raum. Deutschland habe durch seine Wiedervereinigung ein größeres politisches Gewicht in der internationalen Staatengemeinschaft erhalten, aber auch mehr Verantwortung. Die gestiegenen Auslandseinsätze und die erhöhten Anforderungen an die Soldaten in den Einsätzen unterstrichen diese neue Rolle Deutschlands. In derzeit zehn Einsätzen auf drei Kontinenten trügen deutsche Soldaten zu unserer aller Sicherheit bei. Einige dieser Regionen seien von besonderer Bedeutung. Zu ihnen gehöre der Balkan, dessen Sicherheit unmittelbar Einfluss auf unsere eigene Sicherheit habe. Er sei besorgt, dass trotz der erzielten Fortschritte der Friedensprozess auf dem Balkan stagnieren könne, in Bosnien-Herzegowina ebenso wie im Kosovo, wo sich Deutschland derzeit mit rund 2.200 Soldaten an der NATO-Operation KFOR beteilige. Die weitere Entwicklung dort sei vom Ausgang der Statusentscheidung für den Kosovo abhängig. Gelingen es nicht, eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden, drohe der Rückfall in eine kritische Situation.

Die zahlreichen Brennpunkte im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan, aber auch auf dem Balkan fordern alle Akteure, auch die Bundeswehr, stark.

Der Nahe und Mittlere Osten spielten bei der Gestaltung der internationalen Sicherheitsstruktur eine wichtige Rolle. Der Minister begrüßte es sehr, dass sich die Clausewitz-Gesellschaft dem Thema widmet. Es sei „von großer Relevanz“, und weiter: „Noch vor einigen Jahren war es für Deutschland nicht denkbar, Soldaten in diese Region zu senden. Heute finden Einsätze an der Schnittstelle zum Nahen und Mittleren Osten und zu Zentralasien statt. Dies unterstreicht den Wandel der Einsatzrealität und die Weiterentwicklung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.“

Der für Deutschland derzeit wichtigste und zugleich schwierigste Einsatz finde in Afghanistan statt: „Hier engagieren wir uns gemeinsam mit unseren Partnern für Stabilität und Frieden für das Land, aber auch für die gesamte Region“. Der Minister beklagte, dass die Öffentlichkeit zu wenig wahrnehme, „was an Positivem“ in Afghanistan geschehe, beispielsweise in den Bereichen Verfassung, Bildungs- und Schulwesen, Integration der Frauen. Ziel der Taliban sei es, diese Fortschritte zu zerstören. Das Sicherheitsumfeld bleibe schwierig, die Lage sei fragil. Der Gegner sei nur schwer zu fassen; er halte sich weder an das Völkerrecht, noch beachte er die Menschenrechte oder habe dieselben moralischen Werte wie

wir. Die Aufgabe, das Land dauerhaft zu stabilisieren, sei komplex. Militärisches Engagement allein reiche dazu nicht aus, es bedürfe einer sorgfältigen Koordination von militärischen und zivilen Maßnahmen. Mit den regionalen Wiederaufbauteams sei man auf dem richtigen Weg: Diplomatie, Entwicklungshilfe und Militär wirkten hier in einem ressortübergreifenden Ansatz zusammen. Dieser Weg müsse noch konsequenter beschritten werden, denn „ohne Sicherheit gibt es keinen Wiederaufbau und ohne Wiederaufbau keine Sicherheit“. Der Minister beurteilte abschließend die Lage im Libanon und das UNIFIL-Mandat als wichtig und positiv. Bei der Problematik des iranischen Nuklearprogramms zeigte er sich vorsichtig optimistisch, doch müsse die internationale Gemeinschaft „alle Anstrengungen“ unternehmen, das Problem zu lösen. Die Lage im Irak beurteilte er als schwierig. Alle beteiligten Akteure müssten jetzt ihre Anstrengungen darauf richten zu verhindern, dass der politische Prozess im Irak zusammenbreche und das Land im Bürgerkrieg versinke.

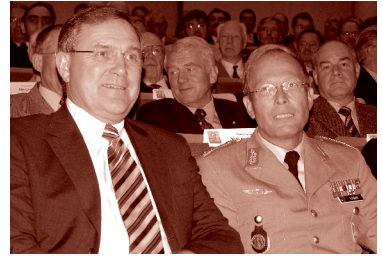
Insgesamt forderten die zahlreichen Konfliktherde alle Akteure stark, auch die Bundeswehr. Die internationale Sicherheitslage verlange vor allem Flexibilität: „Wir müssen neue Wege finden, Konflikte zu lösen, wir müssen umdenken, und wir müssen konsequent entlang einer Strategie handeln. Und wir müssen vor allem gemeinsam handeln! Nur so werden wir instabile Regionen dauerhaft befrieden und Gefahren für unsere eigene, nationale Sicherheit abwenden können. Das erfordert von allen Seiten Engagement, Mut und Verantwortungsbewusstsein.“ Der Minister schloss seinen Vortrag mit dem Clausewitz-Zitat „Ohne Mut und Entschlossenheit kann man in großen Dingen nie etwas tun, denn Gefahren gibt es überall“.

50 Jahre Führungsakademie der Bundeswehr – Clausewitz’ Einfluss auf das japanische militärische Denken – Über die Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums

Der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor Wolf Dieter Löser, gab einen Überblick über die Akademie im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens. Er beleuchtete die Umsetzung der neuen Konzeption der Staboffizierausbildung, die auf gutem Wege sei. Im Rahmen der Überlegungen zur Weiterentwicklung der Führungsakademie hob der Kommandeur die besonderen Anstrengungen bei der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Organisationen hervor, deren Ziel es sei, das Grundverständnis der Staboffiziere für eine stärker vernetzten Sicherheit noch zu verbessern. Auf Initiative der Führungsakademie werde seit 2005 zu diesem Zweck ein ressortübergreifender Ansatz intensiviert.

Ziel sei es, bereits in der Ausbildung des Führungspersonals das Zusammenwirken von Gesellschaft, Politik und Militär sowie die daraus resultierende Chancen und Möglichkeiten zur Erzeugung von Synergieeffekten in Einsätzen angemessen abzubilden.

Professor Yasuyuki Kawamura, Nationale Verteidigungsakademie, Tokio, Japan, trug über den Einfluss der Lehren des Carl von Clausewitz auf das militärische Denken in Japan seit dem Ende des 19. Jahrhunderts vor. Er erläuterte, wie das Denken von Clausewitz das Militärwesen und das militärische Denken Japans vor dem Zweiten Weltkrieg beeinflusst hat und wie sein Denken nach dem Zweiten Weltkrieg in Japan bewertet worden ist. Das Fazit des Vortragenden lautete: „Wir leben heute in einer Welt, in der die Aussage von Clausewitz immer noch Gültigkeit hat, dass alles unter einem höchsten Gesetz steht: unter der Waffenentscheidung, das heißt, dass wir den neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen auch mit Streitkräften Rechnung tragen müssen.“



Bundesminister Dr. Franz Josef Jung und der Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Wolf Dieter Löser.

Starke Beachtung fanden die abschließenden Ausführungen von Kapitän zur See a.D. Professor Dr. Lennart Souchon³, insbesondere seine Gedanken zur Bedeutung des Carl von Clausewitz in der heutigen Zeit. Sein Werk „Vom Kriege“ sei heute philosophisches Standardwerk zum Thema Krieg und Politik. Seine philosophische Herangehensweise an komplexe Situationen, seine analytisch-dialektische Methode des Denkens und seine zeitlosen Erkenntnisse seien auch heutzutage für Analysen von sicherheitspolitischen Aufgaben von singulärer Bedeutung und könnten dadurch geistiges Rüstzeug und Richtschnur bei der Formulierung eines Einsatzrationalis militärischer Machtmittel im Rahmen der Politik sein.

Zur Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums (ICZ) überleitend stellte Dr. Souchon fest, mit der Gründung des ICZ an der Führungsakademie der Bundeswehr 1999 sei ein Forum für einen intensiven sicherheitspolitischen Diskurs an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und der „Strategic Community“ institutionalisiert worden, welches das Erbe des Militärphilosophen Carl von Clausewitz bewahrt und weiterentwickelt.

Dank und Ausblick

Mit dem Dank an alle Teilnehmer, insbesondere die Führungsakademie der Bundeswehr als Hausherr und Gastgeber, schloss der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, die 41. Sicherheitspolitische Informationstagung 2007. In der anschließenden Jahresversammlung der Gesellschaft verabschiedete der Präsident Generalmajor a.D. Manfred Eisele aus seiner langjährigen Aufgabe als Sprecher des Beirats der Clausewitz-Gesellschaft. Er dankte ihm persönlich und im Namen aller Mitglieder für seine herausragende Arbeit. Die Clausewitz-Gesellschaft zeichnete General Eisele mit der Ehrennadel in Gold aus.

Anmerkungen:

- 1 Der Bericht ist am 15. September 2007 vorgelegt worden
- 2 Der Vortrag von Dr. Steinberg ist im Anschluss an diese Zusammenfassung im vollen Wortlaut dokumentiert
- 3 Die Vorträge von Dr. Kawamura und Dr. Souchon sind auf den Seiten 72 bis 95 im vollen Wortlaut veröffentlicht

Der Irak und seine Nachbarn. Eskalationsrisiken des Bürgerkriegs

Dr. Guido Steinberg

Insbesondere in Deutschland ist die These, der israelisch-palästinensische oder israelisch-arabische Konflikt sei der „Kern-“ oder „Schlüsselkonflikt“ des Nahen und Mittleren Ostens, weit verbreitet. Dennoch ist sie falsch. Der Irak-Konflikt steht heute dem israelisch-palästinensischen Konflikt an regionalpolitischer Bedeutung und weltpolitischen Implikationen in nichts mehr nach. Während es lange so schien, als ließen sich seine Auswirkungen auf den Irak selbst begrenzen, treten seine Eskalationsgefahren immer deutlicher zutage. Diese sind wesentlich größer als im israelisch-arabischen Konflikt, und sie sind es, die seine Beendigung schon heute zur vordringlichsten Aufgabe der Regionalpolitik machen. Seit dem Regimewechsel 2003 und infolge des Zerfalls des irakischen Staates aufgrund von Aufstand und Bürgerkrieg steigt die Gefahr von Interventionen der Nachbarstaaten. Insbesondere dann, wenn sich die USA ganz oder teilweise aus dem Land zurückziehen sollten, ist mit einer aktiveren Einmischung Irans, der Türkei, Syriens, Jordaniens und Saudi-Arabiens zu rechnen. Dies ist besonders gefährlich, weil der in den letzten Jahren zu beobachtende Aufstieg des Iran zur (sub-)regionalen Hegemonialmacht das Gleichgewicht am Persischen Golf ein weiteres Mal empfindlich gestört hat. Der offensichtliche Versuch Irans, die Geschehnisse im Irak zu seinen Gunsten zu beeinflussen, provoziert Widerstände in Riad, Kairo und Amman. Deshalb haben rund um den Persischen Golf bis nach Ägypten die Vorbereitungen für eine Konfrontation zwischen dem Iran und seinen Gegnern bereits begonnen. Offen bleibt lediglich, inwieweit dieser Konflikt offen oder verdeckt ausgetragen werden wird. Im schlimmsten Fall kann der Irak zum Schlachtfeld einer Auseinandersetzung zwischen dem Iran und Syrien einerseits und den USA, Saudi-Arabien und ihren Verbündeten andererseits werden.

Der Aufstieg des Iran zur Hegemonialmacht der Golfregion ist zwar kaum noch zu verhindern. Sein Ausgreifen auf den Nahen Osten jedoch ist durchaus noch aufzuhalten.

Eine Stabilisierung des Irak?

Schon im Sommer 2003 brach im Irak ein Aufstand sunnitischer Gruppierungen aus, die bis heute eine Stabilisierung des Landes verhindern. Die aufständischen Gruppierungen wenden sich dabei nicht nur gegen die amerikanischen Besatzungstruppen, sondern auch gegen den neuen irakischen Staat, dessen Stabilisierung sie mit allen Mitteln verhindern wollen. Da dieser neue irakische Staat auf-

grund der Mehrheitsverhältnisse im Land stark schiitisch geprägt ist, gewannen ihre Angriffe auf Politiker, Sicherheitskräfte und auch sonstige staatliche Einrichtungen einen anti-schiitischen Charakter. Jihadistische Gruppierungen wie vor allem al-Qaida im Zweistromland erhoben diese Ausrichtung zu einer Strategie: Sie versuchten schon ab 2003, durch gezielte Angriffe auf schiitische Ziele Gegenreaktionen der schiitischen Bevölkerungsteile und damit einen Bürgerkrieg zu provozieren. Ab 2005 eskalierte die Gewalt zu einem Bürgerkrieg, weil schiitische Milizen vermehrt Sunniten angriffen. Immer seltener wurde zwischen Kämpfern und Unbeteiligten unterschieden, so dass die Zahl der zivilen Opfer der Auseinandersetzung schnell anstieg. Die US-Regierung reagierte mit einer Änderung ihrer Strategie: Ab Frühjahr 2007 stockte sie die Zahl ihrer Truppen im Irak um 21.500 auf nunmehr 162.000 auf und versuchte, die Eskalation der Gewalt zwischen den Konfessionen zu stoppen. Zu diesem Zweck konzentrierte sie sich seit Januar 2007 darauf, die Aktivitäten der Aufständischen und Milizen in Bagdad und im sunnitischen Westen des Landes einzudämmen. Hierbei konnte sie im Sommer 2007 durchaus erste Erfolge vorweisen: Es gelang den US-Truppen vor allem, die schiitische Mahdi-Armee – die stärkste Miliz im Irak – zurückzudrängen und die Gewalt im Zentralirak deutlich zu reduzieren. Es ist fraglich, ob diese Vorgehensweise nachhaltige Erfolge zeitigen wird, insbesondere, weil keine parallelen politischen Fortschritte erreicht wurden. Ganz unabhängig von der Lage im Zentralirak drohen allerdings neue Gewalteskalationen im Norden und Süden des Landes. Schnell könnten sich im Norden zwischen den Kurden einerseits und Arabern und Turkmenen andererseits sowie im Süden zwischen rivalisierenden schiitischen Gruppierungen neue Konfliktherde entwickeln.

Eskalationsrisiken im Norden und Süden des Irak

Im Norden des Irak fordern die beiden führenden Kurdenparteien Patriotische Union Kurdistans (PUK) und Demokratische Partei Kurdistans (KDP) den Anschluss der Stadt und Provinz Kirkuk an die seit 1991 bestehende autonome Kurdenregion. Zu diesem Zweck planen sie für Dezember 2007 ein Referendum in der Provinz. Hierbei geht es auch um den Zugriff auf das Ölfeld von Kirkuk, eines der größten des Landes. Araber und Turkmenen, die in dieser Gegend die wichtigsten Minderheiten stellen, wehren sich gegen die Pläne der Kurden. In den Jahren 2006 und 2007 ist die Gewalt in der Region bereits eskaliert. Der Anschlag auf Angehörige der jesidischen Religionsgemeinschaft Mitte August 2007, bei dem mehr als 400 Menschen starben, gehört in diesen Kontext. Die größte Gefahr für die Stabilität des Nordirak besteht jedoch im Widerstand der Nachbarstaaten gegen die Pläne der Kurdenparteien. Sie befürchten, dass

die nordirakischen Kurden sich unabhängig machen und damit die kurdischen Bevölkerungen in der Türkei, Iran und Syrien ermutigen könnten, ähnliche Projekte mit mehr Nachdruck als bisher zu verfolgen. Die Regierungen der Nachbarstaaten glauben, die Kurden wollten sich Kirkuks bemächtigen, um so wirtschaftlich unabhängig vom Restirak zu werden. Zwar droht die Türkei häufig mit einer militärischen Intervention, sollte Kirkuk an das Kurdengebiet angeschlossen werden. Dennoch ist unwahrscheinlich, dass die Türkei aufgrund von Kirkuk im Nordirak intervenieren würde. Viel wahrscheinlicher sind begrenzte Militärationen gegen die kurdische PKK, die im kurdischen Nordirak ein kleines Berggebiet kontrolliert. Sollte die Türkei intervenieren, wüchse auch die Gefahr entsprechender Reaktionen seitens des Iran und Syriens. Im Süden und Zentrum des Landes beabsichtigt der schiitische Irakische Islamische Hohe Rat – die mächtigste schiitische Organisation im Irak – eine eigene, von ihm kontrollierte Region zu gründen. Sie soll alle neun mehrheitlich schiitisch besiedelten Provinzen südlich von Bagdad umfassen. Ein entsprechendes Gesetz wurde bereits verabschiedet, seine Implementierung jedoch auf Frühjahr 2008 verschoben. Beim Hohen Rat handelt es sich ironischerweise um den wichtigsten schiitischen Verbündeten der USA und auch um den wichtigsten Verbündeten des Iran in der irakischen Politik. Wie den Kurden geht es auch den Schiiten des Hohen Rates darum, im Süden ein sicheres Rückzugsgebiet zu kontrollieren, sollte sich der Bürgerkrieg in und um Bagdad intensivieren. Das Projekt des Hohen Rates hat jedoch die Konflikte zwischen schiitischen Gruppierungen eskalieren lassen. Da sich die konkurrierende Sadr-Bewegung und die kleinere Fadila-Partei gegen die Pläne des Hohen Rates wehren, ist im Süden des Irak ein Kleinkrieg ausgebrochen. Seit Frühjahr 2006 hat er seinen Schwerpunkt in der Ölmetropole Basra. Setzt sich die Eskalation der Gewalt hier im Jahr 2008 fort, wird der Iran versuchen, direkter als bisher Einfluss auf die Geschehnisse im Südirak zu nehmen. Saudi-Arabien dürfte dann vermehrt sunnitische Gruppierungen unterstützen.

Eine neue regionale Konfliktlinie?

Die Gefahr einer regionalen Eskalation ist vor allem groß, weil sie unter veränderten Rahmenbedingungen stattfinden würde. Seit 2003 waren der Irak-Konflikt und seine Lösung das wichtigste Anliegen der amerikanischen Regierung in der Region. Hier hat seit spätestens Ende 2006 eine Akzentverschiebung eingesetzt: Seither reagiert die US-Regierung verstärkt auf den Aufstieg des Iran, der in Washington als wichtigste Bedrohung für die regionale Stabilität betrachtet wird. Hierzu besinnt sie sich auf eher klassische Formen der Bündnispolitik, indem sie ihre Beziehungen zu den „moderaten“ Gegnern des Iran in der Region stärkt.

Der Begriff „moderat“ für durchaus autoritäre Regime geht auf die Wortwahl der amerikanischen Regierung zurück und bedeutet hier vor allem prowestlich. Es handelt sich um Saudi-Arabien, den wichtigsten Gegner Irans in der arabischen Welt, zudem Ägypten und Jordanien, die Regierung von Ministerpräsident Siniora im Libanon und die palästinensische Fatah. Implizit gehört auch Israel zu diesem antiiranischen Block. Zu den gegnerischen „Extremisten“ gehören nach amerikanischer Auffassung der Iran, Syrien, die libanesische Hizbullah und die palästinensische Hamas. Ziel dieser Blockbildung ist es, iranischen Versuchen entgegenzuwirken, Einfluss im Irak, im Libanon und im israelisch-palästinensischen Konflikt zu nehmen. Zudem dürfte es sich um den Versuch der US-Regierung handeln, schon heute Grundlagen für eine künftige Eindämmung des Iran zu schaffen – für die nicht mehr ferne Zeit, wenn der Iran über Atomwaffen verfügt.

Die USA schließen sich damit der Wahrnehmung ihrer „moderaten“ Bündnispartner an: Demnach ist der Iran die wichtigste Bedrohung der regionalen Stabilität. Die regionalen Partner der USA sehen diesen Konflikt mit dem Iran aber nicht nur in machtpolitischen, sondern auch in konfessionellen Dimensionen. Sie sehen die Gefahr, dass ein schiitisch dominierter Irak oder Südirak zu einem iranischen Satellitenstaat würde. Der könnte dann versuchen, die schiitischen Bevölkerungsgruppen in Saudi-Arabien und den kleinen Golfstaaten aufzuwiegeln. Hierdurch nimmt der Konflikt an Schärfe zu. Zudem mehren sich die Anzeichen, dass auch der Iran infolge der nun verschärften Sanktionen eine zunehmend aggressive Außenpolitik verfolgen könnte. Die Ausweisung von mehr als 100.000 afghanischen Flüchtlingen seit Frühjahr 2007 war eine erste Warnung. Sollte diese Maßnahme auf einen Trend in der iranischen Außenpolitik hinweisen, dürfte er sich zuerst im Irak auswirken. Dort hat der Iran die größten Einwirkungsmöglichkeiten und kann eine Stabilisierung des Landes nachhaltig verhindern. Schon jetzt ist in der amerikanischen Presse von verstärkter Unterstützung des Iran für schiitische Aufständische die Rede. Auch wenn diese Angaben schwer zu prüfen sind, scheinen sie zumindest teilweise zuzutreffen. Eine verstärkte iranische Intervention im Irak zeichnet sich heute bereits ab.

Der Irak als Schlachtfeld eines neuen Regionalkonfliktes

Der Irak droht zum Schlachtfeld eines neuen Regionalkonfliktes zu werden, dessen Protagonisten die USA, Saudi-Arabien und der Iran sein werden. Ermutigend ist lediglich, dass die saudi-arabische Regierung sich der Logik der Konfrontation zumindest zeitweilig zu entziehen sucht. So vermittelte sie im Frühjahr 2007

– sehr zum Unwillen der US-Regierung – zwischen der Fatah und der Hamas. Auf diese Weise wollte sie verhindern, dass der Iran zum wichtigsten Geldgeber der Hamas wird und damit Einfluss auf den israelisch-palästinensischen Konflikt nimmt. Das Ergebnis war das Abkommen von Mekka und die Einrichtung der bereits gescheiterten Regierung der nationalen Einheit. Das Ereignis verdeutlichte, dass Riad nicht bereit ist, die von den USA und Israel betriebene Isolierung der Hamas mitzutragen. Im Libanon ging die saudi-arabische Regierung noch weiter und suchte gemeinsam mit Teheran nach Lösungsansätzen für die innenpolitische Krise. Angesichts der eigenen Schwäche gegenüber dem mächtigen Nachbarn Iran, versucht die saudi-arabische Regierung immer noch, einer Konfrontation aus dem Wege zu gehen. Es ist allerdings zweifelhaft, ob sie hiermit Erfolg haben wird, da der Konflikt zwischen den USA und dem Iran bereits im Laufe des Jahres 2007 an Schärfe zugenommen hat. Die saudi-arabische Führung ist sich bewusst, dass sie im Konfliktfall von amerikanischem Schutz abhängig ist. Die kurzfristig wichtigste Frage für die Entwicklung der Region ist, ob und wenn ja inwieweit die USA ab Frühjahr 2008 Truppen aus dem Irak zurückziehen werden. Schon jetzt ist abzusehen, dass ein nachlassendes Engagement im Irak die inneren Konflikte wiederum verschärfen würde. In diesem Zusammenhang stellt sich die für die internationale Politik noch wichtigere Frage, wie sich die Auseinandersetzung zwischen den USA und Iran fortentwickeln wird. Begrenzte Militärschläge sind für 2008 nicht auszuschließen. Die Instabilität im Irak würde anschließend wahrscheinlich zunehmen.

Ging es bisher primär um eine Stabilisierung des Irak, ist die vordringliche Aufgabe künftig, verstärkte Interventionen der Nachbarn zu verhindern. Diese hätten nämlich das Potential, sich zu einer regionalen Konfrontation auszuweiten. Der Aufstieg des Iran zur Hegemonialmacht der Golfregion ist zwar kaum noch zu verhindern. Sein Ausgreifen auf den Nahen Osten jedoch ist durchaus noch aufzuhalten. Hierzu müsste in erster Linie Syrien aus seiner Allianz mit dem Iran gelöst werden. Dies könnte beispielsweise als Ergebnis von Friedensverhandlungen mit Israel geschehen. Die Europäische Union könnte einen solchen Prozess unterstützen, indem sie die wirtschaftlichen Folgen eines Bruchs zwischen Damaskus und Teheran in Syrien auffederte. Will man eine Eskalation der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten verhindern, ist der Versuch, Syrien zu gewinnen, alternativlos.

Zum Autor: Dr. Guido Steinberg arbeitet in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Clausewitz' Einfluss auf das japanische Militärwesen und militärische Denken

Yasuyuki Kawamura

Vorwort



Prof. Dr. Yasuyuki Kawamura, Oberst a.D., lehrt Militärgeschichte an der japanischen Nationalen Verteidigungsakademie in Tokio

Seit dem Aufbau des Staatswesens Japans im Verlauf der Ära der Meiji-Restauration, die 1867 begann, hat Clausewitz' Denken sämtliche Aspekte der militärischen Angelegenheiten in vielerlei Weise beeinflusst. Doch die japanischen Militärs waren eher erpicht darauf zu lernen, wie man eine militärische Operation nach deutschem Vorbild plant und durchführt als zu begreifen, was das Wesen des Krieges ist, wie es äußerst deutlich in dem Buch „Vom Kriege“ dargelegt wird. Daher ist der direkte Einfluss Clausewitz' in Bezug auf das Wesen des Krieges unter den damaligen Umständen gering gewesen. Er könnte jedoch in einem nicht zu unterschätzenden Maße indirekte Wirkung gehabt haben.

Wir erkennen mittlerweile eine Reihe von Ähnlichkeiten zwischen dem deutschen und dem japanischen Militärwesen, insbesondere in der Form, wie es vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland und vor dem Zweiten Weltkrieg in Japan bestand. Schließlich hatten Deutschland und Japan mit der Trennung von militärischer Führung (Großer Generalstab der Armee seit 1825 in Preußen, die Schaffung des Generalstabsamtes im Dezember 1878 in Japan) und Kriegsministerium ein gemeinsames einzigartiges Merkmal ihres Militärwesens. Dieses duale System wird als Unabhängigkeit der obersten Führung bezeichnet und stellt eine Entwicklung dar, die den Intentionen von Clausewitz in Bezug auf den Primat der Politik zuwiderläuft. Im Falle Japans diente die Unabhängigkeit der obersten Führung in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts den Militärs als Mittel, um Einfluss auf die Politik auszuüben, und hatte schließlich die Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg zur Folge.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Japan vollkommen demilitarisiert und verabschiedete eine neue Verfassung, die den Verzicht auf Krieg und eine fortdauernde Demilitarisierung vorsah. In der Anfangszeit war das Studium des Krieges vollkommen ausgeschlossen, und militärische Angelegenheiten waren kein Thema

für die öffentliche Meinung. Aber in den 70er Jahren begannen Wissenschaftler aus dem Bereich der internationalen Politik, Clausewitz' Werk „Vom Kriege“ zu studieren, und es wurden kontinuierlich einige Ergebnisse veröffentlicht. Eine deutlich ausgeprägte Tendenz zum Studium der Klassiker ist in den Kreisen zu verzeichnen, die bei den Selbstverteidigungskräften mit der Landesverteidigung befasst sind. Sie studierten die Militärgeschichte und die Geschichte des militärischen Denkens und erarbeiteten Ergebnisse zur Theorie und den ideellen Grundlagen von Clausewitz'. Der eigentliche Grund dafür war, dass es selbst unter dem Schirm der nuklearen Abschreckung eine Vielzahl konventioneller Kriege gegeben hatte.

Nach dem „Kalten Krieg“ haben sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen weltweit drastisch geändert. Insbesondere in der durch Ungewissheit geprägten Welt entwickelt sich eine neue nationale Verteidigungspolitik, in deren Rahmen internationale Friedenssicherungs- oder Katastrophenhilfeinsätze propagiert werden. Diese Tendenzen zeigen, dass Clausewitz' Gedanken ‚vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ immer noch umgesetzt werden, auch wenn es keine offenen Diskussionen in Bezug auf Clausewitz gab, als die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien beschlossen wurden.

In diesem Vortrag werde ich erörtern, wie das Denken von Clausewitz das Militärwesen und das militärische Denken Japans vor dem Zweiten Weltkrieg beeinflusst hat und wie sein Denken nach dem Zweiten Weltkrieg in Japan bewertet worden ist.

Von der Ära der Meiji-Restauration bis zum Russisch-Japanischen Krieg

1. Begegnung mit der deutschen Militärwissenschaft

Die neu eingerichtete Restaurationsregierung beschloss, die Streitkräfte so zu gliedern, wie es eines modernen Nationalstaats würdig ist. Die japanische Armee sollte in der Anfangsphase nach dem französischen Vorbild aufgebaut werden, aber in den 80 Jahren des 19. Jahrhunderts musste sich Japan auf Grund des Streits um die koreanische Halbinsel auf die Zerrüttung der chinesisch-japanischen Beziehungen einstellen, während es gleichzeitig eine umfassende Neugliederung der Streitkräfte durchführte. Bei dieser Gelegenheit wurde die japanische Armee nach dem deutschen System umstrukturiert, und diese Linie wurde bis zum Zweiten Weltkrieg beibehalten. Der vollständige Sieg Deutschlands im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 dürfte einen Wendepunkt für den Wandel darstellen,

doch die Auffassung, dass das Modell des deutschen Militärwesens das geeignetste für die Gegebenheiten unseres Landes sein könnte, wirkte sich tiefergehend aus .

Taro Katsura, der später General und Premierminister wurde und der einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Armeeführung in der Meiji-Ära leistete, studierte mehrere Jahre vor und nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges in Deutschland und wurde nachhaltig durch „die Lehre vom Heerwesen“ von Lorenz von Stein beeinflusst. Andererseits studierte auch der Vertreter des Heeresführungskreises, Soroku Kawakami - der später General und Generalstabschef wurde -, ebenfalls zweimal in Deutschland und diente im deutschen Generalstab, wobei er dessen praktische Arbeit unter der Führung des älteren Moltke erlebte. Die Eröffnung der Kriegsakademie des Heeres im Jahre 1883 war ein Ergebnis von Erkenntnissen aus dem Studium von Moltkes Methode der Ausbildung von Generalstabsoffizieren. Im dritten Jahr nach ihrer Eröffnung lud die Kriegsakademie des Heeres 1885 auf Empfehlung Moltkes Major i. G. Meckel aus Deutschland als Ausbilder für drei Jahre ein. Die Zahl der Lehrgangsteilnehmer, die von ihm unterrichtet wurden, belief sich auf mehr als sechzig, und die meisten von ihnen wurden später zu führenden Persönlichkeiten, die im Chinesisch-Japanischen Krieg (1894 bis 1895) und im Russisch-Japanischen Krieg (1904 bis 1905) bedeutende Dienstposten im Obersten Hauptquartier und in den Armeen innehatten. Auch nachdem Major Meckel nach Hause zurückgekehrt war, blieben bis 1895 nacheinander mehrere deutsche Ausbilder in Japan.

Die japanische Armee erwarb das Clausewitz'sche Gedankengut hauptsächlich indirekt über die Beschäftigung mit der deutschen militärischen Denkweise zur Zeit des Zweiten Deutschen Reiches. Sie wurden in den Grundlagen der Taktik und der angewandten Taktik für den Einsatz auf Divisionsebene ausgebildet. Kennzeichnend für diese Ausbildung war die Einheit von Theorie und Praxis, auf die auch Clausewitz sehr viel Wert legte. Die Ergebnisse dieser Ausbildung waren so bemerkenswert, dass diese Ausbildungsmethode als stolzes Erbe der Kriegsschule des Heeres bis zum Zweiten Weltkrieg beibehalten wurde. Der Kaiserliche Generalstab übersetzte viele Bücher deutscher Offiziere wie von Schellendorff, von Verdy du Vernois, von Blume und anderen. So wurden beispielsweise Paul Bronsart von Schellendorffs *Der Dienst des Generalstabes* (1875) 1881 und Karl Wilhelm Hermann von Blumes *Strategie*, eine Studie (1882) 1891 übersetzt und veröffentlicht. Diese Bücher waren für die neu aufgestellte japanische Armee unerlässlich, um zu lernen, wie die Stabsdienstaufgaben im Kaiserlichen Generalstab wahrzunehmen und die Großverbände auf dem Gefechtsfeld zu führen sind.

2. Clausewitz und der Russisch-Japanische Krieg

Wie bereits erwähnt, erwarb die Armee das Gedankengut Clausewitz' zur Kunst des Krieges indirekt über das deutsche Heer in der Ära des älteren Moltkes. Aber man kann nicht sagen, dass es keine Bestrebungen gab, dieses unmittelbar über sein Werk zu erschließen. Diese Bestrebungen wurden unerwarteterweise eher früher eingeleitet. 1899 unterrichtete Ohgai Mori (der später Generalarzt und ein berühmter Autor wurde), Hauptmann Hayakawa (der später Generalleutnant wurde und in der Zeit des Russisch-Japanischen Krieges Stellvertretender Stabschef war) in Berlin einmal wöchentlich über einen Teil des Werks „Vom Kriege“. Und 1903, kurz vor dem Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges, wurde das gesamte Werk „Vom Kriege“ vollständig übersetzt und innerhalb des Heeres veröffentlicht. Der deutsche Originaltext des Ersten und Zweiten Buches wurde von Ohgai Mori übersetzt. Die weiteren Bücher wurden von der Militärakademie auf der Basis der französischen Ausgabe übersetzt. Sie wurden unter dem Titel „Die Theorie großer Kriegführung“ zusammengefasst. Dieses Buch wurde bis 1934 in mehreren Auflagen herausgegeben.

Folgende maßgeblichen Gründe für den siegreichen Verlauf des Russisch-Japanischen Krieges wurden herausgearbeitet. Erstens verstanden die führenden Persönlichkeiten, die an der Führung des Krieges beteiligt waren, in vollem Maße das Wesen und die Natur des Krieges und konnten die Gesamtstrategie mit der militärischen Strategie verfolgen. Zweitens strebten die Befehlshaber der groß angelegten Operationen in der Mandschurei danach, die entscheidende Schlacht so zu führen, dass die feindlichen Armeen vernichtet wurden, und erzielten brillante Ergebnisse.

Der erste dieser Gründe, Führung innerhalb der gesamten Bandbreite des Krieges, beruhte auch in hohem Maße auf der traditionellen japanischen Kriegskunst und den Erfahrungen der Ära der Meiji-Restauration. Was jedoch den zweiten Grund angeht, so war er zu einem großen Teil auf die Theorie von Clausewitz und auf die deutsche Taktik zurückzuführen. Es gab zahlreiche Episoden im Russisch-Japanischen Krieg, die das Verhältnis zwischen der japanischen Armee und Clausewitz verdeutlichen. Ich möchte nur auf ein einziges Beispiel eingehen. Während des Russisch-Japanischen Krieges übersandte Ferdinand Duemmlers Verlag dem japanischen General Graf Kuroki, der als Kommandeur der Ersten Armee durch seinen kühnen Rechtsschwenk die Schlacht bei Liaoyan (25.8. bis 3.9.1904) entschieden hatte, ein Exemplar der fünften Auflage des Werkes „Vom Kriege“. In seinem Dankschreiben an den Verlag erklärte Graf Kuroki im Hinblick auf den

Wert des Buches: „Dieses Werk ist schon in unsere Sprache übersetzt und viel gelesen. Ich glaube, dass es auch für den Erfolg im gegenwärtigen Feldzug viel beigetragen habe, denn wir Offiziere haben ihre (sic!) Fachkenntnisse alle von Deutschland her entnommen (zitiert in ‘Das Clausewitzbild Einst und Jetzt’ in: Vom Kriege, 16. Auflage, herausgegeben von Werner Hahlweg, 1952, S. 52).

Die Zeit nach dem Russisch-Japanischen Krieg bis zum Zweiten Weltkrieg

1. Die Präferenz der Armee für die militärische Operation

Das japanische Oberkommando hatte die Zuständigkeit für die Landesverteidigung auf der Grundlage des Systems und im Wesentlichen seit ihrer Aufstellung wahrgenommen. Sie hatte in der festen Überzeugung, dass der Sieg im Russisch-Japanischen Krieg nur auf den Erfolg im Bereich der militärischen Operation zurückzuführen sei, zu sehr auf die militärische Operation gesetzt und 1907 den offensiven Einsatz für eine rasche siegreiche Entscheidung des Krieges zur grundpolitischen Richtlinie der Landesverteidigung erhoben.

Die Kriegsakademie des Heeres legte auch größten Wert auf die Operation des Großverbandes und deren Ausbildung. Gleichzeitig wurde 1914 eine geheime Vorschrift mit dem Titel „Allgemeine Grundsätze für das Oberkommando“ herausgegeben, um den Gedanken der operativen Führungskraft zu fördern. Wer dies heute liest, stellt fest, dass es sich um Führungsgrundsätze für die Truppenführer der Frontverbände im Einsatz handeln könnte, die aber für die höchstrangigen Kriegsführer oder die Befehlshaber von Landstreitkräften, die ihnen unmittelbar unterstellt sind, von geringem Nutzen sind.

Dies führte zu zwei bedeutsamen Ergebnissen: Erstens wurde die militärische Strategie ohne eine umfassende Gesamtstrategie ähnlich der Strategie für die Einsatzarmee erarbeitet. Der berühmte Satz ‚Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln‘ war zwar nicht in Vergessenheit geraten, er wurde aber eher zu sehr auf die leichte Schulter genommen. Zweitens kam es im Rahmen der Durchführung von Operationen des Feldheeres zur Entwicklung von Formalismus und Starrheit. Das gesamte Heer geriet in die Falle des ‚Methodismus‘, vor dem Clausewitz gewarnt hatte. ‚Der Methodismus‘ kann im Hinblick auf seine Einsatzeffektivität jedoch nur für kleine Truppenteile (Taktik) zugelassen werden. Er ist für größere Verbände nicht geeignet. Die freie und aktive Operationsführung als Kunst der Kriegsführung wurde kaum mehr berücksichtigt. Danach wurden die Werke Clausewitz‘ niemals wieder an der Kriegsakademie gelehrt. Da das

Heer zu viel Wert auf die technische Seite der Operationen legte, widmete es sich weiterhin in erster Linie der Ausbildung und der Disziplin, während das Studium der Theorie vernachlässigt wurde.

2. Theorie und Praxis im Verhältnis zwischen den politischen und militärischen Instanzen

Die einzigartigen Wesensmerkmale der japanischen Instanzen lassen sich anhand der Unabhängigkeit des Oberkommandos feststellen, das die militärischen Angelegenheiten in rechtlicher Hinsicht auf die gleiche Ebene wie die Politik erhob. Daher beruhten die rechtlichen Beziehungen zwischen den politischen und militärischen Instanzen in hohem Maße auf wechselseitigen Beziehungen, die durch Vertrauen und die zwischen ihnen herrschenden Machtverhältnisse geprägt waren, wenngleich davon ausgegangen wurde, dass theoretisch die politischen Instanzen Vorrang vor den militärischen Instanzen bei der Führung des Krieges haben sollten.

Die Umkehr des Verhältnisses zwischen ihnen erfolgte nicht während des Russisch-Japanischen Krieges, da die politischen und militärischen Führer sehr viel Vertrauen ineinander setzten und jeder einzelne von ihnen seine Pflicht erfüllte. Dabei mischten sie sich gegenseitig nicht ein. Weiterhin sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Kaiser Meiji als hervorragender Koordinator zwischen ihnen wirkte. Doch nach dem Ersten Weltkrieg verschlechterte sich das Verhältnis zwischen ihnen allmählich. Dies begann mit der Entstehung von Misstrauen unter den militärischen Führern gegenüber der Parteipolitik, die angesichts der einflussreichen Welle des weltweiten Pazifismus nach dem Krieg eine Tendenz zur Vernachlässigung der Landesverteidigung zeigte. Doch Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde die Lage in Asien so gespannt, dass es dringend erforderlich wurde, über die Landesverteidigung und den Ausbau der Streitkräfte ernsthaft nachzudenken. Als dann die politischen Instanzen sich außerstande zeigten, damit umzugehen, mussten die Streitkräfte zwangsläufig eigenständig damit fertig werden. Hierdurch verkehrte sich unausweichlich das Verhältnis zwischen ihnen ins Gegenteil. Die Auffassungen von Ludendorff über den „Totalen Krieg“ in dem ‚die Politik der Kriegführung zu dienen‘ hat (Ludendorff, E., *Der totale Krieg*, München 1936, S. 10) stimmen nicht mit den Vorstellungen von Clausewitz überein, fanden bei den militärischen Führern möglicherweise besondere Beachtung und wurden im Verlauf dieser Entwicklung besonders zitiert. Die Auffassungen Ludendorffs wurden jedoch nicht immer richtig verstanden, daher wurden nur seine Ansichten zur alleinigen Ausübung der Kontrolle durch die militärischen Instanzen und deren wirtschaftliche

und ideologische Unterstützung angeführt. Wie bereits erwähnt, war das Privileg der obersten Führung auf die Schaffung des Generalstabsamtes zurückzuführen, das in dem Gesetz über die Schaffung des Generalstabsamtes, erlassen im Dezember 1878,



41. Sicherheitspolitische Informationstagung: Blick ins Plenum

festgelegt wurde. Das bedeutete die Unabhängigkeit des Generalstabs, der operativen Führung von Streitkräften, vom Kriegsministerium. Diese Bestimmung sah vor, dass die operative Führung und die administrative Tätigkeit gleichberechtigt waren. Allerdings waren das Generalstabsamt und die Führung von Streitkräften auf Grund des Status des Kaisers, der für Japan kennzeichnend war, der Kontrolle durch das Parlament entzogen:

Die Streitkräfte wurden durch Verkündung eines entsprechenden Erlasses, der den Soldaten ausgehändigt wurde, unmittelbar dem Kaiser unterstellt. Die Streitkräfte verteidigten dieses Privileg der obersten Führung hartnäckig gegen die Einmischung von Politikern. Im Laufe der Zeit wurde dieses Privileg über seine ursprüngliche Bedeutung hinaus ausgelegt und entsprechend gestärkt. In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts bedeutete die Unabhängigkeit des Privilegs der obersten Führung die Gleichberechtigung zwischen der administrativen und der operativen Führung innerhalb der japanischen Regierung. Hinsichtlich der Organisationsstruktur wurde die oberste Führung der Streitkräfte als unabhängig von der Regierung betrachtet.

Dies ist das Militärwesen, das für Japan bis 1945 kennzeichnend war und zur Entstehung des Militarismus führte. Im Hinblick auf ein solches Verhältnis zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich vor dem Zweiten Weltkrieg schrieb Samuel Huntington in seinem Buch *The Soldiers and the State*, dass sich die japanische Armee ein hohes Maß an Autonomie von der Zivilregierung erhalten hatte und dass die japanische Regierung in zwei Bereiche – den zivilen und den militärischen – geteilt war und damit eine zweigleisige Gliederung der Regierungsorganisation darstellte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

1. Während des Kalten Krieges

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Japan vollkommen demilitarisiert und verabschiedete die neue Verfassung, die den Verzicht auf Krieg und die fortdauernde Demilitarisierung vorsah. In der Anfangszeit nach dem II. Weltkrieg war das

Kriegsstudium in Japan vollkommen ausgeschlossen, militärische Angelegenheiten waren kein Thema für die öffentliche Meinung. Daher stand die breite Öffentlichkeit der tatsächlichen Situation der internationalen Politik, wie zum Beispiel dem Volkskrieg in China und dem Korea-Krieg gleichgültig gegenüber. Der utopische Pazifismus wurde allgemein akzeptiert, und das Streben nach Frieden gemäß der Charta der Vereinten Nationen wurde zur Richtlinie. Pazifisten erklärten sogar, dass Streitkräfte und Krieg im Nuklearzeitalter nicht als wirkungsvolle Mittel der Politik betrachtet werden könnten.

Die Japanischen Selbstverteidigungskräfte wurden unter diesen Gegebenheiten mit dem Status von nationalen Streitkräften ohne Kriegführungspotenzial aufgestellt. Als der Korea-Krieg ausbrach, begannen die Vereinigten Staaten, die darauf erpicht waren, Japan in die Unabhängigkeit zu entlassen, auf den raschen Abschluss eines Friedensvertrages zu drängen, damit Japan seinen Platz als Mitglied des westlichen Lagers einnehmen konnte. Im September 1951 schloss Japans Friedensdelegation unter der Leitung von Premierminister Shigeru Yoshida den Friedensvertrag mit 48 weiteren Staaten (die Sowjetunion nahm zwar an der Konferenz teil, unterzeichnete jedoch den Vertrag nicht).

Seitdem unterhält Japan seine Selbstverteidigungskräfte, die heute als de facto Streitkräfte wie die anderer Länder gelten, obwohl die japanische Verfassung unverändert Gültigkeit hat. Und während des Kalten Krieges waren die Selbstverteidigungskräfte auf die Verteidigung gegen einen Einmarsch der Sowjetunion in das nördliche Gebiet Japans vorbereitet, da es hier eine gemeinsame Grenze im Seegebiet zwischen Sachalin bzw. den Kurilen und Japan gibt. Deutschland und Japan dürften während des Kalten Krieges in Mitteleuropa bzw. in Nordasien in vergleichbarer Lage gewesen sein und dadurch auch zum Ende des Kalten Krieges beigetragen haben.

In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts begannen Wissenschaftler aus dem Bereich der internationalen Politik, Clausewitz' Werk „Vom Kriege“ zu studieren, und es wurden beständig Ergebnisse veröffentlicht. Eine deutlich ausgeprägte Tendenz zum Studium der Klassiker war in den Kreisen zu verzeichnen, die bei den Selbstverteidigungskräften mit den Anliegen der Landesverteidigung befasst sind. Sie studierten die Militärgeschichte und die Geschichte des militärischen Denkens und erarbeiteten Ergebnisse zur Theorie und den ideellen Grundlagen von Clausewitz.

Es war zwar höchst unwahrscheinlich, dass Nuklearmächte einander bekämpfen würden, aber gerade deshalb waren sie in vielen Fällen, in denen entweder nur eine oder keine Seite über Nuklearwaffen verfügte, nicht in der Lage, vor konventionellen Kriegen abzuschrecken. Innerhalb einer breiten Palette von möglichen Konflikten erschien es unverändert so wichtig wie eh und je, zu siegen – oder zumindest nicht zu verlieren. Es war, sofern dies möglich war, noch viel weniger zulässig als in der Zeit bis 1939, dass Regierungen offen davon sprachen, den Krieg als ein Mittel der Politik anzuwenden, dennoch war dies der Fall im Korea-Krieg, im Vietnam-Krieg, bei Argentiniens Versuch, die Falkland-Inseln zu erobern, und bei Saddam Husseins Besetzung und Annektion von Kuwait.

2. Nach dem Kalten Krieg

Während des Kalten Krieges gab es zahlreiche Kriege und Konflikte auf der Welt, doch die Konfrontation zwischen West und Ost entwickelte sich nicht zu einem heißen Krieg, weil sowohl Washington als auch Moskau alles taten zu verhindern, dass die Konfrontation außer Kontrolle geriet und zu einem direkten Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion führte. Diese Situation fand mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989/90 ihr Ende. Religiöser Fanatismus, lange unterdrückte ethnische Feindschaften und ungelöste territoriale Streitigkeiten haben seitdem zum Ausbruch von zahlreicher neuer Gewalt und zu neuen Kriegen geführt. Dementsprechend nahmen VN-Friedenssicherungseinsätze bis heute in ungeheurem Maße zu.

Dieser Wandel fand insbesondere zur Zeit des (ersten) Golfkrieges im Jahre 1991 statt, als der multinationale Verband unter VN-Mandat gegen die Annektierung von Kuwait durch Saddam Hussein vorgehen sollte. Japan konnte an dieser Operation auf Grund seiner pazifistischen Politik nicht teilnehmen und musste dafür von der Völkergemeinschaft Vorwürfe hinnehmen, wenngleich es anderweitig Mittel in der Größenordnung von 13 Milliarden Dollar für den multinationalen Einsatzverband zur Verfügung stellte.

Auch als Folge der Vorwürfe entsandte die japanische Regierung nach dem Golfkrieg einen Minenräumverband der MSDF in den Persischen Golf. Dies war der erste Einsatz der SDF im Ausland. Seither haben SDF-Truppen gemäß einem neu erarbeiteten japanischen Gesetz für VN-Friedenssicherungseinsätze an zahlreichen VN-Operationen wie z. B. in Kambodscha, Ruanda, Ost-Timor oder auf den Golan-Höhen teilgenommen. Nach dem Anschlag vom 11. September erließ die japanische Regierung neue Gesetze, um SDF-Verbände in den Indischen

Ozean und in den Irak entsenden zu können, das Gesetz für Sondermaßnahmen gegen Terrorismus und das Gesetz über Sondermaßnahmen der humanitären und Wiederaufbauhilfe im Irak.

Um diesen wichtigen Veränderungen im Bereich des sicherheitspolitischen Umfeldes gerecht zu werden, beschloss die japanische Regierung dieses Jahr (also 2007!), die bisherige Verteidigungsbehörde in ein Verteidigungsministerium umzuwandeln. Gleichzeitig wird der Stellenwert von Operationen zur Erhaltung des Weltfriedens zusammen mit dem Auftrag, unser eigenes Land zu verteidigen, von dem Status zweitrangiger Einsätze zu dem vorrangiger Einsätze der SDF aufgewertet. Die folgenden Aktivitäten, die zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völkergemeinschaft – einschließlich Japans – beitragen, werden in diesem Sinne aufgewertet werden: internationale Katastrophenhilfeinsätze, Operationen im Rahmen der internationalen Friedenskooperation, Operationen auf der Grundlage des Gesetzes für Sondermaßnahmen gegen den Terrorismus und Einsätze auf der Grundlage des Gesetzes für Sondermaßnahmen humanitären und Wiederaufbauhilfe im Irak.

Verteidigungsfähigkeit an sich ist ein Ausdruck des Willens und der Fähigkeit eines Staates, Angriffe abzuwehren und letztlich die Sicherheit des eigenen Landes zu gewährleisten, wobei diese Funktion nicht ohne weiteres durch ein anderes Mittel ersetzt werden kann. Aus diesen Gründen hat die japanische Regierung Bestrebungen unternommen, ein angemessenes Verteidigungspotenzial aufzubauen, das US-japanische Sicherheitsabkommen aufrecht zu erhalten und dadurch die Glaubwürdigkeit dieser Abkommen zu erhöhen. Doch sieht Artikel 9 der Verfassung Japans den Verzicht auf Krieg, auf den Besitz von Kriegspotenzial und die Ablehnung des Rechts auf Kriegführung seitens des Staates vor. Wie ist diese Diskrepanz zwischen dem verfassungsgemäßen Ideal und der Realität der Verteidigungspolitik in Japan beurteilt worden? Gleichwohl wird, so lange Japan ein unabhängiger Staat bleibt, zweifelsfrei anerkannt, dass ihm durch diese Bestimmungen nicht das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung verweigert wird, das ihm zusteht, um seinen Status als souveräner Staat aufrecht zu erhalten. Da das Recht auf Selbstverteidigung somit nicht in Abrede gestellt wird, legt die Regierung dies so aus, dass die Verfassung es Japan erlaubt, über den erforderlichen Mindestumfang an Streitkräften zu verfügen, der die Wahrnehmung dieses Rechts ermöglicht. So ist beispielsweise die japanische Regierung der Auffassung, dass die Wahrnehmung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung über das Maß der Selbstverteidigung hinausgeht, das gemäß Artikel 9 der Verfassung eingeräumt wird und damit gemäß der Verfassung nicht zulässig ist.

Gegenwärtig ist das japanische Kabinett daran interessiert, die Verfassung hauptsächlich wegen der darin auferlegten Einschränkung des Rechts auf Selbstverteidigung – insbesondere des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung – zu ändern. Das Kabinett geht davon aus, dass die Einschränkung des Rechts auf Selbstverteidigung für die enge Zusammenarbeit mit den USA im Bereich der Flugkörperabwehr oder im Falle des Konflikts um die koreanische Halbinsel schädlich sein könnte, auch wenn es keine offenen Diskussionen gegeben hat, in denen auf Clausewitz verwiesen wurde, als diese neuen grundsatzpolitischen Richtlinien der Landesverteidigung beschlossen wurden. Doch all das, was ich hier angesprochen habe, entspricht den Realitäten in der Verteidigungspolitik, die von der Hoffnung des japanischen Volkes, das sich dauerhaften Frieden wünscht und hierfür Artikel 9 der Verfassung aufrecht erhalten will, weit entfernt ist.

Fazit: Wir leben heute in einer Welt, in der die Aussage von Clausewitz immer noch Gültigkeit hat, dass ‚alles unter einem höchsten Gesetz steht; unter der Waffenentscheidung‘, das heißt dass wir den neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen auch mit Streitkräften Rechnung tragen müssen. An dieser Stelle möchte ich folgende Sätze aus General Naumanns Buch „Frieden; der noch nicht erfüllte Auftrag“ zitieren: „Die Lage 1991 zeigte, dass Krieg als Mittel der Politik keineswegs ausgestorben war; schlimmer noch, er war nach Europa zurückgekehrt, wie der Anfang des blutigen Zerfalls Jugoslawiens zeigte... Deutschland war fast 40 Jahre Konsument, Importeur von Sicherheit gewesen; es muss nun dazu beitragen, Sicherheit zu exportieren.“ Diese Sätze gelten auch für die heutige Lage Japans, wenn wir zusammen mit anderen Staaten bereit sein wollen, zu Stabilität und Frieden in der Welt beizutragen.

Zum Autor: Prof. Dr. Yasuyuki Kawamura, Oberst a.D., lehrt Militärgeschichte an der japanischen Nationalen Verteidigungsakademie in Tokio

Anmerkungen zu Clausewitz' Theorie und Aktuelles vom Internationalen Clausewitz-Zentrum 2006/2007

Dr. Lennart Souchon

Traditionsgemäß und entsprechend dem Auftrag des Internationalen Clausewitz-Zentrums: Das Erbe des Militärphilosophen und preußischen Reformers Carl von Clausewitz zu wahren und weiterzuentwickeln, beginnt dieser Bericht mit vier Anmerkungen zur Clausewitz-Theorie. Dabei wende ich mich zunächst der Clausewitz' Methode des Denkens, dann dem „Maß der Mittel“, dem Primat der Politik und schließlich der Bedeutung der Theorie zu. Anschließend präsentiere ich die Aktivitäten des Internationalen Clausewitz-Zentrums des Jahres 2006/2007 im Bereich der Veranstaltungen und Publikationen und den Stand der Dinge bei der Institutsgründung.

Anmerkungen zu Clausewitz' Theorie

1. Die Aktualität des Clausewitz' Hauptwerkes „Vom Kriege“

Der preußische Offizier Carl von Clausewitz formulierte seine Theorie im Klima der politischen und sozialen Reformen Preußens und angesichts der französischen Revolutionskriege sowie der Befreiungskriege gegen Napoleon. Sein fundamentaler Eifer, über Krieg und Politik grundsätzlich nachzudenken, sowie seine philosophische Gedankentiefe sind nur in ihrer Reziprozität zum völligen Zusammenbruch Preußens, zu den dann einsetzenden Reformen und zu dem inspirierenden philosophischen Umfeld zu verstehen.

Sein Hauptwerk „Vom Kriege“ ist in einer analytischen, logischen und sehr verständlichen Sprache verfasst. Der umfangreiche Inhalt und die komplexe Clausewitz' Vorstellungswelt zwingen den Leser, sein Hauptwerk nicht nur durchzublättern, sondern es zu studieren. Dabei vermisst der Studiosus in den 1.000 Seiten einen roten Faden. Vielmehr ist das Manuskript, wie Clausewitz selber sagt, eine Sammlung von „Werkstücken“ unterschiedlichen Datums, das erst nach seinem Tode von seiner Ehefrau Marie, geb. Gräfin Brühl, am 30. Juni 1832 im Marmorpalais in Potsdam veröffentlicht worden ist. „Vom Kriege“ ist heute ein philosophisches Standardwerk zum Thema Krieg und Politik.

Natürlich gibt es eine ganze Reihe weiterer wichtiger Strategen: Sun Tzu, Jomini, Liddell Hart und Raymond Aron, um nur einige zu nennen. Gleichwohl sind die

Clausewitz' Kernaussagen von besonderem Wert, weil er den Krieg grundsätzlich als ausschließliches Instrument der Politik einschätzt. Seine kritische Herangehensweise an komplexe Situationen und seine analytisch-dialektische Methode des Denkens sind für Analysen von sicherheitspolitischen Lage von singulärer Bedeutung. Sie können heute – maritim ausgedrückt – „Kompass“ und „Kurs“ für das Einsatzrational von militärischen Machtmitteln im Rahmen der Politik sein.

Die Clausewitz' Theorie ist ein wahrer Goldschatz für eine grundlegende Neuorientierung und für die Ausbildung von militärischem und zivilem Führungspersonal. Sie bietet eine philosophische Basis, mit der für Streitkräfte der Einsatzzweck, die Ziele und das Maß der bereitzustellenden Mittel überzeugend begründet werden können.

Die Clausewitz' Theorie ist ein wahrer Goldschatz für eine grundlegende Neuorientierung und für die Ausbildung von militärischem und zivilem Führungspersonal. Sie bietet eine philosophische Basis, mit der für Streitkräfte der Einsatzzweck, die Ziele und das Maß der bereitzustellenden Mittel überzeugend begründet werden können.

Clausewitz darf jedoch keinesfalls in einer aktuellen Beurteilung der Lage – ohne zeitgeschichtlichen Bezug – als Zitatenschatz benutzt werden. Wir müssen uns bemühen, seine kritische Methode des Denkens und des Handelns zu verstehen, um die vieldimensionale Natur des Krieges zu begreifen. Clausewitz offeriert eine Vielzahl von Betrachtungen der Dinge, die eine Schulung des Geistes im Erkennen und selbständigen Beurteilen des Krieges und seiner Wesenszüge in ihrer Gesamtheit bieten.¹ Darauf aufbauend sollte heute eine Ausbildungsmethode erarbeitet werden, die zum Ziel hat, Theorie und Praxis kennen zu lernen, zu begreifen, zu erfahren und zu beherrschen, ohne den utopischen Anspruch zu erheben, das Geheimnis des Erfolges zu vermitteln! Die Auseinandersetzung mit der Clausewitz' Theorie bleibt somit aktuell.

Clausewitz schreibt:

„Die Theorie des großen Krieges oder die sogenannte Strategie hat außerordentliche Schwierigkeiten, und man kann wohl sagen, dass sehr wenig Menschen von den einzelnen Gegenständen deutliche, d. h. bis auf das Notwendige in beständigem Zusammenhange zurückgeführte Vorstellungen haben. Beim Handeln folgen die meisten einem bloßen Takt des Urteils, der mehr oder weniger gut trifft, je nachdem mehr oder weniger Genie in ihnen ist.“²

Heutzutage wird meist ein anderer Weg beschritten: Der politische Auftrag eines aktuellen Einsatzes der Bundeswehr ist Ausgangspunkt, um die Mittel zu diskutieren und die Dislozierung sowie den Einsatz zu planen. Es dominiert die praktische Durchführung die Theorie in allen Fragen der politisch-militärischen Zusammenarbeit auf Regierungsebene. Clausewitz empfiehlt eine eher theorieorientierte Verfahrensweise. Er begründet dies in der „Nachricht“ mit den folgenden Worten:

„Wenn es darauf ankommt, nicht selbst zu handeln, sondern in einer Beratung andere zu überzeugen, dann kommt es auf klare Vorstellungen, auf das Nachweisen des inneren Zusammenhangs an; und weil die Ausbildung in diesem Stück noch so wenig fortgeschritten ist, so sind die meisten Betrachtungen ein fundamentloses Hin- und Herreden.“⁴²

Die klaren Vorstellungen und das Nachweisen des inneren Zusammenhangs sind nur mit einer systematischen Denkmethode – basierend auf philosophischer Theorie – zu erreichen. Ein fruchtbarer Dialog zwischen Regierung und Streitkräften kann dann auf dieser theoretischen Grundlage erreicht werden. Die geringen Fortschritte bei den aktuellen Auslandseinsätzen sollten zum Neudenken der theoretischen Grundlagen und hinsichtlich der Beratung anderer anregen. Ein Kernbereich des Neudenkens betrifft die Sinnhaftigkeit, das Ziel und die Bereitstellung der Mittel.

2. Das Maß der Mittel

Clausewitz ist es gelungen, die Politik in eine analytische Definition des Gesamtphänomens Krieg mit einzubeziehen. Dabei schließt der Arbeitsbegriff Krieg sämtliche Intensitätsstufen zwischen einem Niederwerfungskrieg und einer bewaffneten Beobachtung mit ein. Letztere ist heute eine Art bewaffnete Dienstleistung der Streitkräfte für die Regierung im Sinne eines „robust peace keeping“.

Dabei ist der militärische Einsatz immer auch – in einem tripolaren Spannungsfeld zwischen: Politik, Volk und Militär zu beurteilen, das Clausewitz als „Wunderliche Dreifaltigkeit“ im ersten Kapitel des Ersten Buches definiert. Diese Sichtweise kann zugleich falsch und irreführend sein, weil Clausewitz einen Krieg in einem innenpolitischen Spannungsfeld zwischen dem eigenem Volk, Militär und Regierung platziert. Gleichwohl ist heute nicht das eigene Volk ausschlaggebend, sondern die Menschen, Kulturen und Religionen im Einsatzland. Die wesentlichen politischen, sozialen und militärischen Wechselwirkungen in Kriegen

waren natürlich auch vor 200 Jahren bekannt. Erst im achten Kapitel, unter der Überschrift Maß der Mittel, schließt Clausewitz die drei innenpolitischen Pole: Volk, Militär und Regierung in eine analytische Definition mit den außenpolitischen Polen zusammen.

Dabei ist Politik nicht eine diplomatische Dimension oder ein Handlungsfeld des Kriegsgeschehens, sondern dominiert jede Phase der militärischen Gewaltanwendung im Krieg. Das Verständnis für die politischen Auswirkungen militärischer Vorgehensweisen bis hin zum militärischen Sieg muss auch den Blick auf die politische Nachkriegsordnung einschließen. Clausewitz – zitiert nach Paul

„Die Mitwirkung in politischen Fragen auch dem militärischen Ratgeber zuzugestehen, kostet auch heute unsere Politiker Selbstüberwindung.“

Dr. Eberhard Wagemann

Paret³ – weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „ein Sieg selten eine definitive Beilegung des Konflikts mit sich bringt.“ Ein Sieg produziert veränderte militärische, politische und psychologische Verhältnisse mit einer eigenen Dynamik. Besonders das schwierige Unterfangen, die ursprüngliche Gewaltbarkeit seines Elementes, den

Hass und die Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb wirken, im Einsatzland zu beseitigen, kommt bei den gegenwärtigen Einsätzen zu kurz! Ausgangspunkt jeder sicherheitspolitischen Analyse sollte der gegnerische Akteur sein. Ein Einsatz militärischer Kräfte – modern ausgedrückt – raumfremder intervenierender Mächte, löst, selbst wenn er erfolgreich ist und stabile Verhältnisse erzwingt, keine Konflikte, sondern er verlagert sie und er schafft neue.

Das Ziel, die „Herzen der Menschen zu gewinnen“, kann darum nur ein erster Schritt sein zur Lösung von bewaffneten Konflikten, um die ursprüngliche Gewaltbarkeit seines Elementes, den Hass und die Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb wirken, zu beseitigen. Der Zweck, das Ziel und die Mittel sollten für diesen ersten Schritt, einschließlich der Schnittstelle der Übergabe von der militärischen Verantwortung an zivile Stellen sorgfältig definiert werden. Geschieht das nicht, so verharren die Streitkräfte nach dem Erreichen der militärischen Ziele – angesichts der eben bezeichneten Konfliktverlagerung – in einer ausgewogenen Situation.

Clausewitz hinterließ in seinem Werk kein Lehrbuch politischer Theorie. Er schrieb in einer Situation des fundamentalen politischen Umbruchs mit dem Ziel, neue Orientierungen zu schaffen. Clausewitz verfolgte mit seiner Kriegphilosophie in erster Linie politische Ziele. Er war ein in seiner Einstellung Realpolitiker, geprägt durch einen neu-humanistischen Idealismus, der Klassenunterschiede

ablehnte.⁴ Clausewitz formuliert, dass aufbauend auf eine strenge wissenschaftliche Analyse eine Beurteilung der wichtigsten „Gegenstände und Verhältnisse“ durch den „Takt des Urteils“ erfolgen sollte. Nur wenn alle Faktoren sorgfältig beurteilt werden, kann die Komplexität des Krieges durchdrungen werden. Clausewitz sieht im tripolaren Kraftfeld aus eigenem Volk, Militär und Regierung die Rahmenbedingungen, um die inhärenten variablen Faktoren zu beurteilen. Er nennt in diesem Zusammenhang den eigenen politischen Zweck und den des Gegners sowie die Kräfte und Verhältnisse und den Charakter der Regierungen des eigenen und des gegnerischen Volkes.

„Hier verlässt also die Tätigkeit des Verstandes das Gebiet der strengen Wissenschaft, der Logik und Mathematik, und wird, im weiten Verstande des Wortes, zur Kunst, d.h. zu der Fertigkeit, aus einer unübersehbaren Menge von Gegenständen und Verhältnissen die wichtigsten und entscheidenden durch den Takt des Urteils herauszufinden.“⁵

Diese Qualität der Urteilsfähigkeit aufzubauen angesichts der höchst komplexen Gegebenheiten moderner Konflikte und Kriege sollte Ziel einer modernen Auseinandersetzung mit den Lehren des Carl von Clausewitz sein. Zugleich sollte aber die theoretische Analyse – basierend auf der strengen Wissenschaft der Logik und Philosophie – sorgfältig gelehrt werden.

Eberhard Wagemann mahnt, dass man sich bei Clausewitz nicht darauf beschränken darf, die

“von ihm in seiner Zeit neu als relevant erkannten politischen Kräfte und Konfliktformen oder die von ihm damals als gültig erkannten militärischen Regeln in unserer Zeit wieder zu finden. Die eigentliche Aufgabe im Sinne von Clausewitz ist, die heute neuen Erscheinungsformen und Kräfte in ihren Zusammenhängen und ihren Abhängigkeiten zu erkennen.“⁶

Somit liegt der Sinn der Clausewitz' Theorie nicht in den philosophischen Erkenntnissen, sondern in der Methode des Denkens, um heutige komplexe Risiken, Konflikte und Kriege kompetent beurteilen zu können. Dies gilt ebenso für die militärische wie auch für die politische Seite, deren Entscheidungskompetenzen Clausewitz mit dem Axiom des Primates der Politik bestimmt.

3. Primat der Politik

In der Clausewitz' Theorie ist die Politik dem Krieg – in allen Phasen – übergeordnet und durchdringt ihn. Die hierarchische Abhängigkeit bezeichnet man als Primat der Politik. Sie ist eingebunden in einem tripolaren Kraftfeld zusammen mit dem Volk und dem Feldherren mit seinem Heere und der Politik. Clausewitz analysiert in seinem Werk die Aufgaben der Regierenden gegenüber dem Feldherrn und seinem Heer und vice versa. Er verlangt von der politischen Führung eine „gewisse Einsicht in das Kriegswesen“⁷ und setzt den politisch Handelnden Grenzen hinsichtlich der Forderungen an militärische Einsätze. Er fordert andererseits, die Expertise des obersten Feldherren in militärischen Angelegenheiten zu nutzen und diesen

*„zum Mitglied des Kabinetts zu machen, damit dasselbe teil an den Hauptmomenten seines Handelns nehme“.*⁸

Um diese Formulierung hat es in Deutschland immer wieder harte Diskussionen gegeben. Selbst in den verschiedenen Ausgaben „Vom Kriege“ finden sich konträre Formulierungen.⁹

Der Berliner Erlass des Verteidigungsministeriums vom 21. Januar 2005 regelt die politisch-militärische Schnittstelle der Zusammenarbeit mit der Formulierung: Der Generalinspekteur ist

„militärischer Berater der Leitung des BMVg und der Bundesregierung“.

Das Primat der Politik ist ein dynamisches Handlungsprinzip, das zu Recht eine Entscheidungshoheit der Politik am Ende einer Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage festlegt. Die Frage sollte gestellt werden, inwieweit heute von militärischer Seite die Expertise bei der Entscheidungsfindung der Regierung hinsichtlich des Zwecks, der Ziele und Mittel hinreichend mit eingebracht wird, bzw. eingebracht werden kann. Wagemann formulierte bereits 1990:

*„Die Mitwirkung in politischen Fragen auch dem militärischen Ratgeber zuzugestehen, kostet auch heute unsere Politiker Selbstüberwindung.“*¹⁰

Bei der Untersuchung dieser sachlichen Fragestellung könnte die Clausewitz' Theorie sehr behilflich sein. Eine Mitwirkung militärischer Ratgeber am politischen Entscheidungsprozeß ist angesichts der tripolaren Kraftlinien: Regierung, Volk

und Feldherr mit seinem Heer logisch, weil jede politische Entscheidung Auswirkungen auf das Volk und die Streitkräfte hat. Die Partizipation militärischer Ratgeber darf sich nicht auf die praktische Seite der Einsatzdurchführung beschränken. Gleichwohl ist auch die Frage zu beantworten, inwieweit die militärische Seite das sicherheitspolitische Einsatzrational – von der Theorieseite her – diskutieren soll. Eine heutige politische Neuanalyse sollte schließlich die Philosophie als Denkmethode nutzen. Auf der Grundlage Clausewitz' Theorie sollten eigene Strategien – im Sinne von Methoden des Handelns – entwickelt werden, welche die jetzigen komplexen Risiken und Gegebenheiten eines Einsatzes militärischer Macht zum Zwecke der Politik vor dem Hintergrund der sozialen und historiologischen Gegebenheiten der Menschen im Einsatzgebietes sinnvoll machen. Sie ist systematisch und analytisch sowie zusammen mit einem „Takt des Urteils“ zu entwickeln, die politische, soziale und militärische Erfahrungen gleichermaßen mit berücksichtigt.

In den Vorbemerkungen zur 18. Auflage „Vom Kriege“ urteilt Hahlweg:

„Clausewitz' Werk „Vom Kriege“ vermittelt eine Schulung des Geistes überhaupt im Erkennen und selbständigen Beurteilen des Krieges und seiner Wesenszüge in ihrer Gesamtheit. Es ist ein Bildungsgang, schafft klare Vorstellungen, lässt den Geist die Dinge in ihrem inneren Zusammenhang begreifen und bietet ihm gültige Maßstäbe, mit anderen Worten Urteilsgrundlagen.“⁴¹

Die Theorie des Carl von Clausewitz wird leider oft zitiert – aber praktisch nie verstanden. Deswegen werde ich einige Gedanken zur Bedeutung von Theorie und Praxis vortragen.

4. Bedeutung der Clausewitzschen Theorie

Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass sich Clausewitz nie zu maritimen Fragen geäußert hat, möchte ich ein maritimes Bild von Clausewitz zur Erläuterung der Relation von Theorie und Praxis verwenden:

„Jeder Krieg ist reich an individuellen Erscheinungen, mithin ist jeder ein unbefahrenes Meer voll Klippen, die der Geist des Feldherrn ahnen kann, die aber sein Auge nie gesehen hat, und die er nun in dunkler Nacht umschiffen soll. Erhebt sich noch ein widriger Wind, d. h. erklärt sich noch irgendein großer Zufall gegen ihn, so ist die höchste Kunst, Geistesgegen-

*wart und Anstrengung da nötig, wo dem Entfernten alles von selbst zu gehen scheint. Die Kenntnis dieser Friktion ist ein Hauptteil der oft gerühmten Kriegserfahrung, welche von einem guten General gefordert wird.*¹²

Um im maritimen Bild von Clausewitz zu bleiben, nur wer die theoretischen Grundlagen der Seefahrt beherrscht: die Seekarte, den Kompass und die Navigation, kann ein Schiff führen. Er lernt die praktische Seite: in navigatorisch schwierigen Gewässern zu operieren und in einen Hafen einzulaufen nur aus der erfahrenen Praxis. Diese Manöver bei wenig Wind und ruhiger See zu fahren, übt und ist Voraussetzung, um ein Schiff bei Nacht und im Sturm an Klippen vorbei sicher zu führen. Clausewitz hat mit einer maritimen Metapher die Relation von Theorie, mit dem Takt des Urteils und der Praxis aufgezeigt. Der Nur-Theoretiker, der sämtliche Verfahren perfekt beherrscht, scheitert an den Friktionen: Dunkle Nacht, widriger Wind und das Meer voll gefährlicher Klippen. Gleichfalls wird der Nur-Praktiker, der die Navigation nicht beherrscht, das Schiff nicht sicher führen können. Solide Theorie ist Voraussetzung für gutes Führen und für einen konstruktiven Dialog mit der Politik. Theorie eröffnet Optionen für individuelles Handeln, Flexibilität und Innovation und ist Grundlage für das Beurteilen von neuen Formen der Auseinandersetzung. Erst das Beherrschen der Theorie führt zum Wissen.

Interdisziplinäre sicherheitspolitische Risikoanalysen und strategisches „Vordenken“ sind in Deutschland gegenwärtig nur defizitär vorhanden.

Clausewitz schreibt:

*„Keine Tätigkeit des menschlichen Verstandes ist ohne einen gewissen Reichtum an Vorstellungen möglich... Diese werden erworben und machen sein Wissen aus.“*¹³

Aufbauend auf ein solides Wissen und nach nachhaltiger Erfahrung baut sich das Können auf. Es entwickeln sich der Takt des Urteils, die Fähigkeit, mit Friktionen umzugehen, ein eigener fester, begründbarer Standpunkt und die Fähigkeit, sorgfältig auf Kritik einzugehen. Der Takt des Urteils führt zur Urteilssicherheit, Begriffsklarheit, Verständlichkeit in der Handlungsweise, ermöglicht einen festen Standpunkt und fördert Ruhe, Entschlossenheit und – darauf aufbauend – Mut, Flexibilität und Initiative. Alles dies kann man in die maritime Metapher von Clausewitz hinein interpretieren.

Interdisziplinäre sicherheitspolitische Risikoanalysen und strategisches „Vordenken“ sind in Deutschland gegenwärtig nur defizitär vorhanden. In der öffentlichen Diskussion werden zu Recht, bezogen auf die militärische Sicherheitsvorsorge, kritisch-konstruktives Engagement und höhere Finanzmittel gefordert. Aber die Defizite bei Auslandseinsätzen hinsichtlich klarer Zielsetzung, eindeutiger politischer Begründung und einer breiten gesellschaftliche Debatte sind philosophischer Natur. Um dieses Delta zwischen Clausewitz' Theorie und heutiger Lage zu überbrücken, sind Maßnahmen zum besseren Verständnis des Clausewitz' Werkes und seiner aktuelle Bedeutung vonnöten. Ein aktiver Diskurs in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft und bei den Streitkräften sollte erfolgen.

Das Internationale Clausewitz-Zentrum 2006/2007

Mit der Gründung des Internationalen Clausewitz-Zentrums an der Führungsakademie der Bundeswehr (ICZ) – im Jahre 1999 – ist ein Forum für einen intensiven sicherheitspolitischen Diskurs an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und der „Strategic Community“ institutionalisiert worden, welches das Erbe des Militärphilosophen Carl von Clausewitz bewahrt und weiterentwickelt. Die Auseinandersetzung ist in kritischer Loyalität – aber ohne formale Bindung an offizielle BMVg-Positionen – zu führen.

Das ICZ wird inzwischen als Gesprächsforum von der Führungsakademie der Bundeswehr und deren Lehrgangsteilnehmern, den Universitäten und Instituten im In- und Ausland und der interessierten Öffentlichkeit aktiv genutzt. Erfolgreiche Kooperationen bestehen in Hamburg mit dem Übersee-Club, der Amerika-Gesellschaft, dem Harvard-Club, der Katholischen Akademie und dem Haus Rissen sowie der Universität Potsdam.

Die im Berichtsjahr durchgeführten Clausewitz-Gespräche mit beispielsweise Ernst Uhrlau, Helga Haftendorn, Gunter Pleuger, Andreas Herberg-Rothe und Franz Josef Jung sowie die drei publizierten Clausewitz-Informationen des ICZ intensivieren den sicherheitspolitischen Diskurs und die Kenntnisse über die Lehren des Carl von Clausewitz sowie über deren aktuelle Relevanz. Zudem wird die Gründung eines Internationalen Clausewitz-Institutes für Strategische Studien an der Universität Potsdam vorbereitet. Beides wird – mit aktiver Unterstützung der Führungsakademie der Bundeswehr und der Clausewitz-Gesellschaft e.V. – erreicht werden.

ICZ-Veranstaltungen 2006 bis 2007

Bis dato hat das ICZ 49 Clausewitz-Gespräche, Workshops und Kolloquien durchgeführt. Im Berichtszeitraum sind das:

23. Aug. 2006 Clausewitz-Gespräch/ Überseeclub:
„Herausforderungen für die Sicherheitspolitik der
Bundesrepublik Deutschland“
Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung
02. Nov. 2006 Clausewitz-Gespräch / Führungsakademie der
Bundeswehr: „Die Gedanken des Carl von Clause-
witz über Politik, Krieg und Frieden und ihre Aus-
wirkungen auf das 19. und 20. Jahrhundert“
Brigadegeneral a. D. Dr. Wilhelm Woermann ehem.
Direktor Ausbildung, Lehre und Forschung und stv.
Kdr. FüAkBw
30. Nov. 2006 Clausewitz-Gespräch / Führungsakademie der
Bundeswehr: „Die Vereinten Nationen vor neuen
Bedrohungen und Herausforderungen im
21. Jahrhundert“
Dr. Gunter Pleuger, Botschafter und Staatssekretär
a.D., Auswärtiges Amt
07. Febr. 2007 Clausewitz-Gespräch / Führungsakademie der
Bundeswehr: „Lehrstück Kosovo – zwei Thesen zur
Inneren Führung“
Generalmajor a.D. Gerhard Brugmann, ehemaliger
Befehlshaber Territorialkommando Süd
14. März 2007 Clausewitz-Gespräch / Führungsakademie der
Bundeswehr: „Krisenkontinent Afrika – Konflikte,
Kriege und Lösungsmöglichkeiten“
Prof. Dr. Volker Matthies, Universität Hamburg/
FüAkBw
11. April 2007 Clausewitz-Gespräch / HAUS RISSEN: „USA und
Europa – unterschiedliche Perzeptionen aktueller
Krisenregionen“
Prof. em. Dr. Helga Haftendorn, Freie Universität
Berlin

14. Mai 2007 Clausewitz-Gespräch / Führungsakademie der Bundeswehr: „Neue Herausforderungen für den BND und die aktuelle Sicherheitslage“
Ernst Uhrlau, Präsident des Bundesnachrichtendienstes

Für 2007/2008 sind aktuell folgende Clausewitzgespräche geplant:

18. Okt. 2007 Clausewitz-Gespräch mit Generalleutnant Karlheinz-Viereck, Befehlshaber Einsatzführungskommando der Bundeswehr, Potsdam: „Die Bundeswehr im Einsatz“.

29. Nov. 2007 Clausewitz-Gespräch mit Prof. em. Dr. Alfred Schmidt, Institut für Philosophie, Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/M: „Friedrich der Große als Repräsentant der deutschen Aufklärung“

18. Dez. 2007 Clausewitz-Gespräch mit General a.D. Hans-Henning von Sandrart: „Was kann Clausewitz Politikern und Soldaten heute geben?“

ohne Termin Clausewitz-Gespräch zusammen mit der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und der Führungsakademie der Bundeswehr: Prof. Dr. Hugh Smith, University of New South Wales at the Royal Military College and the Australian Defense Force Academy: „On Clausewitz“

Anfang 2008 Clausewitz-Workshop mit der Führungsakademie der Bundeswehr: Teilnehmer: Studenten der Politikwissenschaft, Universität Potsdam, Offiziere Führungsakademie der Bundeswehr und ausgewählte Personen aus Administration und Medien: „Clausewitz' Theorie und aktuelle Konflikte“

Publikationen 2006/2007

In gründlicher redaktioneller Zusammenarbeit mit Frau Karen Schäfer, der Leiterin der Bibliothek der FüAkBw, und Herrn Oberst i.G. Hans-Joachim Krüger sind folgende ICZ - Publikationen entstanden:

Clausewitz-Information 1/2006, Lennart Souchon (Hrsg.)
Andreas Herberg-Rothe:
„Clausewitz und Napoleon – Jena, Moskau, Waterloo“.

Clausewitz-Information 1/2007, Lennart Souchon (Hrsg.)
Alfred Schmidt, Karen Schäfer, Hans-Joachim Krüger:
„Romantik, Deutscher Idealismus, Hegel und Clausewitz.“

Clausewitz-Information 2/2007, Lennart Souchon (Hrsg.)
Eva Maria Strickmann, Stefan Holz, Eckard Bolsinger:
„Carl von Clausewitz – Konflikte und Strategien.“

Clausewitz-Information 3/2007, Lennart Souchon (Hrsg.)
Wilhelm Woermann:
„Die Hauptlineamente der Clausewitzschen Ansicht vom Kriege.“

Internationales Clausewitz-Institut für Strategische Studien an der Universität Potsdam

An deutschen Universitäten gibt es in den historischen und geschichtswissenschaftlichen Fakultäten renommierte Kenner Clausewitzscher Lehren. Eine Institution, welche die theoretischen und praktischen Erkenntnisse aus Politikwissenschaft, Streitkräften und Politik zusammenführt und aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen – anhand der Clausewitzschen Kriegsphilosophie – kritisch analysiert und bewertet sowie Möglichkeiten des Handelns entwirft, fehlt jedoch bisher. Deshalb erscheint es – orientiert an den Zielsetzungen des Internationalen Clausewitz-Zentrums und der Clausewitz-Gesellschaft – wichtig, zusammen mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam ein Internationales Clausewitz-Institut für Strategische Studien zu gründen.

Dabei kommt es darauf an, die Methodik des Denkens und die zeitlosen Erkenntnisse des Carl von Clausewitz hinsichtlich ihrer Aktualität zu analysieren und – in einem zweiten Schritt – auf die heutigen globalen sicherheitspolitischen Risiken und Konflikte anzuwenden. Hierbei sollte ein interdisziplinärer Ansatz dominieren, der Wissenschaftler, Militärs und Politiker zusammenführt. In einem Kolloquium an der Führungsakademie der Bundeswehr wurden am 6. April 2004 mit 20 Universitätsprofessoren, Wissenschaftlern und Militärexperten Grundzüge und Vorgehensweisen eines Institutes formuliert. Es wurde das Ziel vereinbart, dieses Projekt zur Gründung eines Institutes an der Universität Potsdam im Professorium vorzutragen. Dieses ist am 15. Juni 2005 erfolgt. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät unterstützt die Gründung des Institutes.

Zum Thema: „Clausewitz und eine Strategie Europas“ werden von mir – seit dem Sommersemester 2004 – Seminare an der Universität Potsdam, zusammen mit der Freien Universität Berlin und der Humboldt Universität, im Hauptstudium Politikwissenschaft, durchgeführt. Zahlreiche Diplom- und Magisterarbeiten sind – mit teilweise exzellenten Ergebnissen – zum Thema Clausewitz verfasst worden. Die studentische Resonanz über die Verbindung Clausewitz' Theorie mit heutigen geostrategischen Herausforderungen ist hoch. Ganz entscheidend für die Institutsgründung ist nunmehr die aktive Unterstützung der Institutsgründung durch die Clausewitz-Gesellschaft und die Bundeswehr.

Goethe schreibt in Maximen und Reflektionen, 897: „Wie viele Jahre muß man nichts tun, um nur einigermaßen zu wissen, was und wie es zu tun sei“

Zum Autor: Professor Dr. Lennart Souchon, Kapitän zur See a.D., ist Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums, Hamburg. Er hat seit 1993 einen Lehrauftrag an der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Europäische Strategie und Clausewitz sowie von 2002 bis 2004 einen Lehrauftrag an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg.

Anmerkungen:

- 1 Werner Hahlweg (Hrsg.), 1973, „Vom Kriege“, Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 18. Auflage, S.8f
- 2 Ebda., 182
- 3 Peter Paret (1980), Die politischen Ansichten von Clausewitz, in: Clausewitz-Gesellschaft (Hrsg.): Freiheit ohne Krieg, Bonn, S.336
- 4 Ebda., 338
- 5 Ebda., 961
- 6 Eberhard Wagemann, (1980), Zwischenbilanz, in: Clausewitz-Gesellschaft (Hrsg.): Freiheit ohne Krieg, Bonn, S.398
- 7 Vom Kriege, Fußnote 376
- 8 Ebda., 996
- 9 Vom Kriege, S.996, Fußnote 378, vergleiche die Formulierung in der 2. mit der 18. Auflage
- 10 Eberhard Wagemann, 1990, „Neues Denken: Rückkehr zu Clausewitz, in: Militärgeschichtliches Beiheft zur Europäischen Wehr/Wehrwissenschaftliche Rundschau, 5. Jahrgang, September 1990, 20
- 11 Vom Kriege, S.8f
- 12 Ebda., 263
- 13 Ebda., 297

Forum 2007 der Clausewitz-Gesellschaft am 26. und 27. Oktober 2007 an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München

Führung in multinationalen Kriseneinsätzen und Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr. Zusammenfassender Bericht.

Werner Baach

Das Forum 2007 behandelte die Themengruppen „Der zentrale Sanitätsdienst“ und „Führung in multinationalen Krisenreaktionseinsätzen“ – Themen, die durch die starke Einbindung aller Kräfte des Sanitätsdienstes der Bundeswehr in Auslandseinsätze eng miteinander verflochten sind. Zu dieser dritten zentralen Veranstaltung begrüßte der Präsident der Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, über einhundert Persönlichkeiten aus Politik, Streitkräften, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Zentrale Sanitätsdienst – eine Struktur für die Zukunft

Die Zusammenfassung nahezu aller Sanitätskräfte in einem eigenen Organisationsbereich, dem „Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ im Jahr 2002 habe sich bewährt, so lautete vorbehaltlos die Einschätzung des Inspektors, Generaloberstabsarzt Dr. Kurt-Bernhard Nakath. Das Grundprinzip der neuen Struktur bestehe in der „ressourcenorientierten Bündelung der Sanitätskräfte in einem Behandlungs- und Ausbildungsverbund unter einheitlicher truppen- und fachdienstlicher Führung“. Neben der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung (UTV) aller Soldaten der Bundeswehr gelte das besondere Augenmerk der Optimierung des Sanitätsdienstes im (Auslands-)Einsatz, dessen Qualität international hoch anerkannt werde. Seine Wichtigkeit zeige allein schon der hohe Anteil des Sanitätsdienstes am Auslandseinsatz: Von derzeit (42. Kalenderwoche 2007) ca. 6.600 Soldaten im Auslandseinsatz seien fast 540 Angehörige des Sanitätsdienstes. Der Einsatz sei „das Maß aller Dinge“, der Sanitätsdienst werde sich auch in Zukunft seinen herausfordernden Aufgaben stellen, so der Inspekteur weiter. Den vollständigen Text des Vortrags von Generaloberstabsarzt Dr. Nakath finden Sie im Anschluss an diese Zusammenfassung.

Hohe Qualität und Verlässlichkeit seien für den Sanitätsdienst unverzichtbare Größen, führte Oberstarzt Dr. Ulrich Baumgärtner, Abteilungsleiter G3 im Sanitätsführungskommando, Koblenz, im anschließenden Vortrag aus, der sich schwerpunktmäßig mit der Führung und Leistung von Sanitätstruppen im Ein-

satz befasste. Die Einsatzerfordernisse seien Struktur bestimmende Elemente des Sanitätsdienstes. Schon Mitte der 90er Jahre sei eine fachliche Leitlinie für den Einsatz entwickelt worden, die in ihrem Kern die folgende Forderung enthalte: „Maxime der sanitätsdienstlichen Auftragsbefriedigung ist es, den Soldaten im Falle von Erkrankung, eines Unfalls oder einer Verwundung eine medizinische Versorgung zuteil werden zu lassen, die im Ergebnis dem fachlichen Standard in Deutschland entspricht.“ Dieser hohe Anspruch bestimme Struktur, Einsatzgrundsätze und Ausbildung des Zentralen Sanitätsdienstes. Dr. Baumgärtner beschrieb danach ausführlich die Planung und Durchführung der Einsätze, die sich nach den hohen Anforderungen an die zeitlichen Vorgaben für die Rettung Verletzter oder Verwundeter („Rettungsfenster“) richte. Diese stringenten zeitlichen Vorgaben bestimmten die Planung der so genannten „Rettungskette“, eines abgestuften Systems von rettungsmedizinischen, chirurgischen und weiteren fachärztlichen Fähigkeiten und Maßnahmen zur schnellen Rettung und Versorgung Verwundeter. Die Funktionsweise einer solchen „Rettungskette“ erläuterte der Vortragende am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Der Vortrag von Dr. Baumgärtner ist ebenfalls im Anschluss an diese Zusammenfassung in seinen wesentlichen Aussagen im Wortlaut dokumentiert.

Der Vortrag von Generalarzt Dr. Dirk Raphael, Kommandeur der Sanitätsakademie der Bundeswehr, München, vervollständigte die Vorstellung des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Nach einer Erläuterung der Aufgaben und Gliederung der Sanitätsakademie konzentrierte der Vortrag sich darauf, die tiefgreifende Neuordnung der sanitätsdienstlichen Ausbildung in den letzten Jahren vorzustellen. Ziel ist es, so Dr. Raphael, die Ausbildung im Sinne der Maxime „Behandlung nach deutschen Standards“ im Auslandseinsatz weiter zu professionalisieren. Das Spektrum der Erneuerung und Weiterentwicklung reicht von der Modernisierung der Ausbildung zum Rettungssanitäter über die weitere Verbesserung der postuniversitären Ausbildung der Sanitäts-offiziere mit Approbation bis hin zu einer neuen Form der Führer- und Truppenausbildung im Rahmen eines Sanitätseinsatzverbandes. Ein besonders beeindruckendes Beispiel der qualitativen Verbesserung zeigt sich beim neuen Ausbildungsprofil des Rettungsassistenten: Die Ausbildung wurde von früher drei Monaten (!) auf nun zwei Jahre verlängert,



Der Sanitätsdienst stellt sich vor: Im Bild von rechts: Generaloberstabsarzt Dr. Nakath, Generalarzt Dr. Raphael, Dr. Olshausen, Oberstarzt Dr. Baumgärtner

der frühere Dienstgrad des Rettungsassistenten von Unteroffizier/ Stabsunteroffizier auf Feldwebel angehoben. Diese Ausbildungsverbesserung stehe beispielhaft für „einen qualitativen Sprung in der rettungsmedizinischen Ausbildung insgesamt“, so Generalarzt Dr. Raphael.

Besonderes Augenmerk richtete der Vortragende auf das neu aufgebaute „Zentrum für Einsatzausbildung und Übungen des Sanitätsdienstes der Bundeswehr – kurz: ZEUS genannt. Dieses Zentrum ist im Oktober 2006 eingerichtet und dem Sanitätslehrregiment in Feldkirchen zugeordnet worden. Der Auftrag des Zentrums ist es, die Angehörigen des Sanitätsdienstes auf Auslandseinsätze vorzubereiten. Seine Aufgabengebiete sind hauptsächlich: Führer- und Truppeneausbildung im Rahmen eines Sanitätseinsatzverbandes; fachspezifische Truppeneausbildung; Beiträge zur Weiterentwicklung der Ausbildung und zur Fortschreibung der Lehre.

Das Zentrum bietet unter anderem eine einwöchige Einsatzausbildung an, die den Übungsteilnehmern als Höhepunkt die Bewältigung eines „Großschadensereignisses“ – eines Hubschrauberabsturzes – abverlangt. Die erste Jahresbilanz, so Dr. Raphael, könne sich sehen lassen: über 1.700 Teilnehmer in 15 Übungsdurchgängen. Gleiches gelte für die Gesamtbilanz 2007 der Sanitätsakademie: 8.000 Soldatinnen und Soldaten durchliefen in den unterschiedlichsten Lehrgängen die Akademie – ganz ausgerichtet auf das Ausbildungsziel: fachlich und militärisch voll einsatzfähiges Sanitätspersonal und optimale Versorgungs- und Unterstützungsfähigkeit durch den Sanitätsdienst für alle Bereiche der Streitkräfte.

Führung in multinationalen Kriseneinsätzen – der deutsche Beitrag

Der zweite Themenkomplex des Forums 2007 befasste sich mit den komplexen Mechanismen der Führung multinationaler Einsätze, im Wesentlichen erläutert am Beispiel des ISAF-Einsatzes¹ in Afghanistan. Im Eingangsvortrag stellte Brigadegeneral Erhard Bühler, Stabsabteilungsleiter V im Führungsstab der Streitkräfte und Leiter des Koordinierungsstabes für Einsatzaufgaben im Bundesministerium der Verteidigung, das deutsche Vorgehen bei Planung und Durchführung von Auslandseinsätzen vor. Mit Stand Oktober 2007 seien rund 6.800 deutsche Soldaten in zum Teil sehr unterschiedlichen Auslandseinsätzen engagiert; dabei sei die deutsche Beteiligung an der von der NATO geführten ISAF-Mission in Afghanistan mit über 3.000 Soldaten die zahlenmäßig umfangreichste und zugleich wichtigste. Er werde deshalb den Schwerpunkt seiner weiteren Ausführungen auf diesen Einsatz legen. Die Gefährdungslage in Afghanistan reiche von „niedrig bis mittel“ im Norden bis zu „erheblich oder hoch“ in den Kerngebieten der Ausein-

andersetzung im Süden und Südosten des Landes. Aber auch in dem unter deutscher Führung stehenden Regionalkommando Nord hätten seit dem Sommer 2007 sicherheitsrelevante Vorkommnisse zugenommen. Die „politische Sensibilität“ in Deutschland sei dadurch gestiegen. Interessant sei, dass die afghanische Bevölkerung in Befragungen die Entwicklung der Sicherheitslage im Regionalkommando Nord subjektiv als „stark verbessert“ einschätze.

Den deutschen ISAF-Beitrag bewertete General Bühler als wesentlich. Er betonte zugleich die Bedeutung der Operation Enduring Freedom (OEF) für den Erfolg der ISAF-Mission. Auf Kritik am Einsatz der deutschen Truppen vorwiegend im Norden des Landes eingehend, stellte der Vortragende fest, dass es gute Gründe für die Konzentration in diesem Raum gebe. Dies habe zu relativer Sicherheit und Stabilität in der Nordregion geführt; eine Erweiterung auf andere Gebiete würde die deutsche Operationsbasis überdehnen. Er habe den Eindruck, dass in dieser Diskussion der Blick gelegentlich zu Ungunsten Deutschlands verstellt werde.

Der Vortragende erläuterte anschließend die „operative Idee“, die insbesondere dem erfolgreichen Einsatz der deutschen „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT) zu Grund liege und beschrieb die zum Teil schwierigen Einsatzbedingungen der Soldaten auf Grund großer räumlicher Ausdehnungen der Einsätze unter zum Teil schwierigsten Geländebedingungen, zum Beispiel im Hochgebirge bis über 7.000 Meter.

Besondere Schwerpunkte in Afghanistan werde man aus deutscher Sicht in Zukunft auf die Weiterentwicklung in drei Bereichen legen:

Erstens: die verstärkte Unterstützung der afghanischen Streitkräfte, vor allem durch militärische Ausbildung in Deutschland, Ausbildungsleistungen in Afghanistan selbst sowie durch Ausrüstungshilfe.

Zweitens: die Erweiterung der Unterstützung für die afghanische Polizei (ANP); hier gebe es noch (erhebliche) Schwächen – auch in der Unterstützung –, die dringend beseitigt werden müssten.

Drittens: innerhalb des Regionalkommandos Nord die Erhöhung der Präsenz im Lande durch „Ausfächerung in die Fläche“ – das heiße konkret: durch die Bildung von so genannten „Provincial Advisory Teams“ (PAT) in Stärke von jeweils bis zu 50 Personen zusätzlich zu den bestehenden „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT) in Provinzen, in denen zurzeit noch keine ISAF-Präsenz besteht.

Auf der politisch-strategischen Führungsebene in Deutschland selbst gebe es Überlegungen, sowohl das ressortübergreifende Zusammenwirken als auch die bundeswehrinterne Arbeit bei Planung und Durchführung der Einsätze weiter zu optimieren. So werde beispielsweise geprüft, wie die Arbeitsabläufe bei Planung und Durchführung eines Einsatzes im BMVg in einem Einsatzstab zusammengefasst und optimiert werden könnten mit dem Ziel, alle auf ein Einsatzgebiet bezogenen Kenntnisse zu bündeln, Informationsverluste zu minimieren (z.B. bei Übergaben der Verantwortung) sowie schließlich die Informations-/ Arbeitsbeziehungen so effektiv und transparent wie möglich zu gestalten.

Das Resümee des Vortragenden insgesamt lautete: Deutschland muss sich mit seinem Afghanistan-Beitrag nicht verstecken. Es ist, nach den USA und Großbritannien, der drittgrößte Truppensteller; die deutschen Leistungen werden von der afghanischen Bevölkerung anerkannt, die Soldaten werden nicht als „Besatzer“ wahrgenommen, man vertraut ihnen. Andererseits bestehe in der deutschen öffentlichen Debatte die Gefahr, dass „Wahrnehmung und Wirklichkeit“ des Afghanistan-Engagements auseinanderdriften. Dieser „Wahrnehmungslücke“ müsse durch Information entgegengewirkt werden. Viel hänge davon ab, dass es gelinge, die Fähigkeiten der afghanischen Streitkräfte so zu verbessern, dass eine „Exit Strategy“ – eine Strategie zur Beendigung der internationalen militärischen Einsatzverpflichtung – dadurch realisierbar wird, dass die afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung eigenständig wahrnehmen können.

Multinationale Einsätze – Perspektive und Realität: Beispiel Afghanistan

Einheit der Führung und vereinte Anstrengung oder Aufteilung und Zersplitterung der Führung – auf diese griffigen Gegensatzpaare versuchten drei profunde Kenner der Einsatzplanung und -führung von NATO und Europäischer Union (EU) in Vortrag und Diskussion Antworten zu geben.

General a.D. Rainer Schuwirth, bis Mitte September 2007 Chef des Stabes SHAPE², schlug einen eher skeptischen Ton an. „Die Verantwortung der militärischen Führung ist unteilbar“, so stehe es in der Heeresdienstvorschrift (HDv) 100/100 des deutschen Heeres³, und weiter: „Führen mit Auftrag ist oberstes Führungsprinzip – im Krieg noch mehr als im Frieden; der Führer unterrichtet über seine Absicht, setzt klare Ziele und stellt die erforderlichen Kräfte und Mittel bereit“⁴. Ähnliche Formulierungen stünden in einschlägigen Dokumenten von NATO und EU in Bezug auf „Command and Control“. Nach außen und auf den ersten Blick, so Schuwirth, scheine die geforderte Einheit der Führung und

der Planung auch zu funktionieren: Die Mitgliedsländer billigen im Konsensverfahren den gemeinsamen Operationsplan, die Einsatzregeln (Rules of Engagement/ ROE) und das benötigte Streitkräftedispositiv. Soweit die Verfassung der Mitgliedsländer es erfordert, ist dieser Plan eine wesentliche Grundlage für die Beschlussfassung der Parlamente. Die Nationen stellen dann die Streitkräfte für den Einsatz über den so genannten „Force Generation Process“ zur Verfügung und unterstellen sie dem NATO- oder EU-Befehlshaber. Die Kräfte werden verlegt und eingesetzt, sie erzielen Fortschritt und Erfolge, werden reduziert und schließlich zurückverlegt. So sehe die „reine Lehre“ aus, doch weiche die Praxis von dieser Idealbeschreibung oft in unterschiedlichem Maße ab. Das wolle er an den Begriffen „Absicht der Führung“, „Bereitstellen von Kräften und Mitteln“ und „Unteilbarkeit der Führung“ erläutern.

Zum Thema „Absicht der Führung“: Die Entscheidungen zu multinationalen Krisenoperationen würden aus den unterschiedlichsten Gründen initiiert: Das habe die Praxis gezeigt. Zum Beispiel sei der NATO-Einsatz in Bosnien aus der Notwendigkeit entstanden, die Vereinten Nationen und die Evakuierungsplanungen für VN-Truppen zu unterstützen; der EU-Einsatz in Mazedonien 2003 sei geboren worden, um die Funktionsfähigkeit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) unter Beweis zu stellen; der ISAF-Einsatz in Afghanistan schließlich sei die direkte Folge des Terroranschlags vom 11. September gewesen. Aus all dem sei zu folgern, dass „nur selten tief greifende Beratungen über Absicht, Ziele und Folgen des multinationalen Eingreifens vor den Entscheidungen“ stünden. Eher sei es die Regel, dass die Länder sich mit einem bereits bestehenden Entwurf eines Operationsplans befassen und ihn vor dem Hintergrund der „heimischen Szenerie“ interpretierten und billigten, um ihn dann später auch in unterschiedlicher Art und Weise auszufüllen. Geschlossenheit, Solidarität und Glaubwürdigkeit im Einsatz könnten dadurch Schaden nehmen. Hinzu komme, dass Krisenoperationen nicht nur militärischer Natur seien, sondern einen „vernetzten“ Ansatz (comprehensive approach) verlangten. Eine Vielzahl von Akteuren – nationale Staaten, NATO, EU, VN, die G8-Staaten und andere – könnten beteiligt sein. Bei derart komplexen Kräftekonstellationen gelinge es in der Regel zwar noch, die gemeinsame übergeordnete Absicht zu definieren (Beispiel: Petersberg-Konferenz zur Hilfe für Afghanistan); aber schon die „Verantwortungsaufteilung



Diskutierten über multinationale Einsatzführung; Im Bild von links: Brigadegeneral Bühler, Brigadegeneral Ammon, General a.D. Schuwirth

nach geordneten und koordinierten Teilzielen“ gestalte sich ungleich schwieriger, und oft fehle dann – trotz guter Ansätze im Einsatzgebiet – „eine ständige und kompetente Muskulatur“ für die Gesamtdurchführung der Operation. Eine koordinierte, zielgerichtete Arbeit werde dadurch kompliziert, dass oft auch noch unterschiedliche Sichtweisen „zwischen und innerhalb der Nationen“ erschwern hinzukämen. Für die Einsatzkoordination zwischen den beiden hauptsächlichen Akteuren NATO und EU beispielsweise gebe es keine Vereinbarung, denn die NATO selbst könne „aus sich heraus einen comprehensive approach nicht leisten“. Gebraucht werde ein „übergreifendes Gremium, um das Gesamtziel in Unterziele aufzugliedern und zu koordinieren“.

Zum Thema „Kräfte und Mittel“: Um einen Auftrag zu erfüllen, seien ausreichende Kräfte und Mittel erforderlich. Der geforderte Bedarf sei das Ergebnis einer detaillierten Analyse über alle Führungsebenen hinweg. Diesen Bedarf dann zu erfüllen, gelinge oft aber nicht. Als Beispiele nannte General Schuwirth insbesondere die Bereiche Lufttransport und Reserven. So gebe es in den NATO-Mitgliedsstaaten zwar rund 10.000 (!) Hubschrauber, dennoch aber könne der Bedarf für Afghanistan nicht gedeckt werden. Ähnliches gelte für gemeinsame Beschaffungen aus NATO-Finanzmitteln: Sie seien auf Grund umständlicher Verfahren oft langwierig (Schuwirth: „Im NATO-Hauptquartier gibt es Prozeduren wie vor 20 Jahren in einer Zeit, in der wir schnelllebige Operationen durchführen.“) Insgesamt müssten die Kommandeure vor Ort zu oft risikoreich „jonglieren, mit allen damit verbundenen Problemen bis hin zu Rückschlägen und Verlusten“.

Zum Thema „Einheitlichkeit der Führung“: In den Operationsplänen gebe es diese Einheitlichkeit noch, die praktische Umsetzung sehe oft jedoch anders aus. Die Gründe dafür liegen nach Auffassung von Schuwirth meist in den nationalen Verhaltensweisen und „verdeckten“ Vorbehalten. Hinzu komme, dass es, je nach Operationsgebiet, unterschiedliche Mandate und damit getrennte Führungsstränge gebe. Als Beispiel nannte er die NATO-geführte ISAF-Mission und die US-geführte Operation Enduring Freedom in Afghanistan. Zwar werde die Führung zum Teil dadurch erleichtert, dass Kommandeure „in Doppelhutfunktion“ führten, gleichwohl seien Führung und Koordination unterschiedlich mandatiertes Operationen im selben Einsatzgebiet komplizierter als solche unter einheitlichem Mandat.

Das Resümee des Generals: Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit in der Verantwortung seien so lange gegeben wie sie „in nationale Gesichtspunkte“ passten. Wo dies nicht der Fall sei, entstünden Divergenzen mit der unvermeidlichen Folge

von Aufsplitterung in der Führung von Einsätzen. Was ist zu tun? Nach Auffassung von General Schuwirth wäre schon viel gewonnen, wenn es gelänge es, dass sich die an Einsatzplanung und -durchführung beteiligten Organisationen, insbesondere NATO und EU vorher ausreichend mit den Zielen und Konsequenzen von Operationen auseinandersetzen und „zu einer soliden Übereinstimmungsbasis kämen, Entscheidungen trafen und diese konsequent und solide umsetzen“. Diese Herausforderung anzunehmen und auf Lösungen hinarbeiten, um die Erfolgsaussichten zu verbessern, das sei wesentlicher Schlüssel zum Erfolg.

Aus der Sicht seiner Tätigkeit in Afghanistan als „Director Combined Joint Operations Centre“ im ISAF-Hauptquartier Kabul in den Jahren 2006 und 2007 ergänzte Brigadegeneral Hans-Christoph Ammon, Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK), Calw, die obigen Ausführungen. Der NATO-Operationsplan sehe im Wesentlichen drei Aufgaben vor: Erstens müsse die „Governance“, also die Regierungsfähigkeit Afghanistans gesichert werden. Das zweite Ziel sei es, die „Reconstruction“, den Wiederaufbau des Landes voranzubringen, denn in 25 Jahren seien die Ordnungsstrukturen weitgehend zerschlagen worden. Drittens gelte es, „Security“ dauerhaft zu gewährleisten, damit die beiden erstgenannten Ziele erreicht werden könnten. Die sorgfältige Koordination dieser drei Aufgaben und ein „ausgeglichenes, balanciertes Vorgehen“ seien entscheidend. Das müsse und könne nur „durch und mit Afghanistan geschehen – auch unter Einbindung der geistlichen Führer, der Mullahs“. Die Koordination der Operationsziele erfolge im ISAF-Hauptquartier, einem Hauptquartier mit 28 beteiligten Nationen und entsprechend vielen nationalen Vorbehalten (Caveats) in vielen Operationsbereichen. Dadurch überlagerten nationale Intentionen und Vorgaben oft die Absichten und Planungen der NATO und beeinträchtigten so die „Unity of Effort“, die Einheit des Handelns. Trotz dieser Schwächen sei es immer wieder erstaunlich, was in Afghanistan erreicht worden sei und weiterhin erreicht werde. Das Land verdiene aber auch jede Anstrengung der internationalen Gemeinschaft. Das müsse man in der öffentlichen Diskussion allen Zweiflern immer wieder deutlich machen.

Man schließe Afghanistan in sein Herz, wenn man einmal dort gewesen sei, mit diesen Worten leitete Generalmajor Ton van Loon, Niederlande, derzeit Chef des Stabes des „Allied Land Component Command Headquarters“ der NATO in Heidelberg seine Ausführungen ein. Van Loon, 2006/2007 Kommandeur des niederländisch geführten „Regional Command South“ in Afghanistan, beschrieb Afghanistan „als eines der ärmsten Länder der Erde“. 60 Prozent der Menschen kämpften Tag für Tag ums Überleben. Deshalb gebe es auch keinen „einfachen Feind“, alle könnten zu „potentiellen Taliban“ werden, wenn dies ihnen im

Überlebenskampf Vorteile bringe. Organisierte Kriminalität und vor allem der Mohnanbau für die Drogenherstellung (Heroin) seien die größten Probleme im Land; rund 80 Prozent des in Afghanistan im Umlauf befindlichen Geldes stamme aus „illegalen“ Aktionen. Die wesentliche Zielsetzung in Afghanistan, „Governance“ herzustellen, sei aus diesem Grund schwierig, aber auch, weil eine ganze Generation nur vom und im Krieg gelebt habe und ein großer Teil der Afghanen nicht lesen und schreiben könne. Sie habe kaum Erfahrungen in politischer Organisation und Verwaltungsstrukturen, noch solche im Bereich der Polizei und anderer wichtiger staatlicher Angelegenheiten. Hier sei die internationale Gemeinschaft gefordert, zum Beispiel bei der Ausbildung und Betreuung der afghanischen Polizei. Vor allem die Europäer müssten hier ihre Anstrengungen verstärken.

Erfolg versprechend, um auf Dauer eine funktionierende staatliche Ordnung zu erreichen, so Generalmajor van Loon weiter, sei auf längere Sicht am ehesten das Konzept der „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT), die in allen Regionen bestehen und bislang vor allem im Bereich des unter deutscher Führung stehenden Regionalkommandos Nord praktische Erfolge erzielt haben. Ein solcher gesamtgesellschaftlicher Ansatz (comprehensive approach), der Wiederaufbau und Sicherheit in ausgewogener Weise miteinander verbinde, müsse für ganz Afghanistan angestrebt werden. Das verlange aber auch, so seine Erfahrung, dass man offensiv mit Information auf die Bevölkerung zugehe, sie überzeuge und Vertrauen in die afghanische Regierung aufbaue. Wenn das gelinge, könne es auch gelingen, die Taliban im Bewusstsein der Afghanen „zu Verlierern“ werden zu lassen.

Auf die Frage der Einheit der Führung im Afghanistan-Einsatz eingehend vertrat van Loon die Auffassung, dass die Zusammenführung der ISAF-Operation und der Operation Enduring Freedom eine pragmatische Lösung wäre. Dadurch könnten die Fähigkeiten der Kräfte maximiert und Duplikationen vermieden werden. Vor Ort sei eine Unterscheidung zwischen den beiden Einsätzen ohnedies kaum zu vermitteln und zu begründen. Als wirkliches Problem dagegen erweise sich immer wieder die mangelhafte Interoperabilität zwischen den beteiligten Streitkräften, die „noch immer so schlecht ist wie zu der Zeit als ich Leutnant war“. Insgesamt auf die Tätigkeit der beteiligten Nationen in Afghanistan eingehend stellte General van Loon abschließend mit einem Anflug von Sarkasmus fest: „Soldiers will make it work, but it could be so much easier“.

Die anschließende Diskussion der Vortragenden unter Leitung des Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen, vertiefte die bereits oben vertretenen Standpunkte. Noch einmal wurde die Bedeutung des

Dreiklangs von „Nation building“, „Security Assistance“ und „Reconstruction and Development“ herausgestellt, der die Voraussetzung für das Erreichen tragfähiger Strukturen in Afghanistan sei. Einhellig wurde auch die Auffassung vertreten, dass das große Engagement der USA in und für Afghanistan in der öffentlichen Wahrnehmung, vor allem in Europa, zu häufig einer „bedauerlichen Fehldarstellung“ unterliege. Die Amerikaner seien keine „seelenlosen Kampfmaschinen“, wie dies oft (bewusst) fälschlich behauptet werde; sie seien gut auf ihre Aufgaben vorbereitet und unterstützten die Bevölkerung oft besser als die Europäer dies könnten. Auch hätten die ISAF-Kräfte, so die Einschätzung, ohne die Unterstützung der Amerikaner im Rahmen von Enduring Freedom viel höhere Verluste erlitten. Die gelegentlich aus NATO-Kreisen gehörte Forderung, deutsche Truppe aus dem Norden in den Süden Afghanistans zu verschieben, sei aus Einsatzgründen nicht sinnvoll, wenngleich man in den südlichen Gebieten durchaus mehr Kräfte – dabei auch deutsche – gut gebrauchen könnte. Allerdings könne sich die Frage nach einer Neuordnung des Kräfteredispositivs in Afghanistan durchaus neu stellen, wenn beispielsweise 2008 das niederländische und 2009 das kanadische Mandat auslaufe: Dann sei „eine neue Lagebeurteilung erforderlich – auch für das deutsche Engagement“.

General Dr. Olshausen betonte am Schluss der Diskussion noch einmal die Bedeutung der „Unity of Effort“, zu der es keine Alternative gebe. Aber auch die Grenzen, in denen 26 + x Nationen und ihre militärischen Kontingente zu einheitlicher Führung oder wenigstens zu einheitlich ausgerichteten Anstrengungen gebracht werden könnten, seien in Vortrag und Panel-Diskussion deutlich geworden. Alle Anstrengungen müssten darauf gerichtet werden, den multinationalen Ansatz in praktischer Weise weiterzuentwickeln und zu optimieren. Denn zum gemeinsamen multinationalen Engagement gebe es keine Alternative: „Multinationale Einsätze oder gar keine Einsätze.“

Mit dem Dank des Präsidenten an alle Teilnehmer, Vortragenden und Organisatoren, insbesondere die Sanitätsakademie der Bundeswehr, endete das Forum 2007 der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 International Security Assistance Force Afghanistan
- 2 Supreme Headquarters Allied Powers Europe der NATO in Mons, Belgien.
- 3 HDv 100/100 vom September 1987, Ziffer 603
- 4 ebenda, Ziffer 604

Lage und Zukunft des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr

Vortrag von Dr. Kurt-Bernhard Nakath, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr



Meine Damen und Herren,
ich freue mich, dass ich heute als Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr vor Ihnen zur Lage und zum Stand der Weiterentwicklung des Sanitätsdienstes berichten kann. Herzlichen Dank für die Einladung. Ebenso freue ich mich, dass Sie für Ihre diesjährige Jahrestagung unser Mutterhaus ausgewählt haben. Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen hier in München.

Die öffentlichen und politischen Diskussionen um die Einordnung des Gesundheitswesens in den Verteidigungsbereich haben bereits im August 1956 den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer veranlasst, von der Bühlerhöhe aus ein Telegramm an den Bundesminister für Verteidigung z. Hd. von Staatssekretär Dr. Rust zu schicken, dessen Inhalt lautete:

„Bei mir werden Bedenken laut, nach dortiger Absicht nicht mehr Sanitäts- und Gesundheitswesen in der Bundeswehr in die Spitzengliederung des Bundesverteidigungsministeriums einzuordnen. Ich halte gerade für einen modernen Krieg und bei der Reserve, die unsere Bevölkerung gegenüber der Wehrhaftmachung beobachtet, Bevorzugung des Sanitäts- und Gesundheitswesens für dringend notwendig. Ich weiß, dass früher in der deutschen Armee dies nicht der Fall war, das darf nicht dazu führen; diese Tradition darf unter den veränderten Verhältnissen nicht fortgesetzt werden. Erbitten auch hierüber schleunigst Bescheid, da ja Organisationsgesetz bald vorgelegt wird. Mit bestem Gruß Adenauer.“

Dieses Zitat führte zu einer grundsätzlichen Diskussion, die bis heute existent ist. Die Notwendigkeit einer angemessen sanitätsdienstlichen Versorgung stand zwar nie zur Disposition, dennoch wurde durchaus kontrovers über die Frage diskutiert, wie und in welchem Umfang der Sanitätsdienst in das Gesamtgefüge der Streitkräfte eingebunden werden soll. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den neunziger Jahren wurde diese Thematik intern wie im politischen Bereich besonders intensiv erörtert.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems in den Warschauer Pakt-Staaten veränderte die Bedrohungslage in Mitteleuropa fundamental. Terrorismus und Proliferation militärischer Massenvernichtungswaffen sind die neuen Herausforderungen. Für den Sanitätsdienst bedeutete dies, dass die bis in die 90er Jahre bestehenden stark mobilmachungsabhängigen Strukturen des überwiegend in den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine integrierten Sanitätsdienstes zur Landesverteidigung mit dem Schwerpunkt der Reservelazarettorganisation nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Redundanzen dem neuen Aufgabenprofil einer Einsatzarmee nicht mehr gerecht wurden.

In der Führung der Bundeswehr bestand im Jahr 2000 Konsens darüber, dass der Sanitätsdienst organisatorisch an die neuen Bedingungen umfassend angepasst werden musste. Drei Alternativen wurden seinerzeit im Wesentlichen untersucht:

Erstens: Bereitstellung eines Dienstpostenmehrbedarfs, der erforderlich gewesen wäre, um innerhalb der bestehenden Strukturen den Auftrag erfüllen zu können.

Zweitens: Zentralisierung als Pilotprojekt bei einer Teilstreitkraft, vorgesehen war hierfür das Heer.

Drittens: Zentralisierung in einem eigenen Organisationsbereich.

Der berechnete Dienstpostenmehrbedarf innerhalb der alten Strukturen ließ sich vor dem Hintergrund der Begrenzung des Streitkräfteumfangs auf 285.000 Dienstposten nicht realisieren, und ein Pilotprojekt „Sanitätsdienst unter Führung des Heeres“ wurde in letzter Konsequenz von den anderen Teilstreitkräften nicht mitgetragen. Damit war der Weg in die Eigenständigkeit, die Zentralisierung vorgezeichnet.

Parallel zu den vorgenannten Überlegungen wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die Neuausrichtung mit Schwerpunkt Auslandseinsatz mittelfristig umkehrbar sei. Diese Hoffnung war trügerisch und hat sich nicht erfüllt. Auch für den Sanitätsdienst wurde damit die Befähigung zum Auslandseinsatz zum Struktur bestimmenden Faktor.

Unsere konzeptionellen Überlegungen zur sanitätsdienstlichen Versorgung basieren, diesen Gegebenheiten folgend, auf einem fähigkeitsorientierten Ansatz, der sich in der sogenannten Rettungskette widerspiegelt. Ich darf diese sanitätsdienst-

liche Rettungskette im Einsatz nochmals in Erinnerung rufen: Am Beginn steht die Selbst- und Kameradenhilfe, in der jeder Soldat der deutschen Streitkräfte umfassend ausgebildet ist. Es folgt der Sanitätstrupp, in dem nach zivilen Richtlinien ausgebildete Rettungssassistenten und -sanitäter die Versorgung und den Weitertransport der Patienten sicherstellen. Als erste Sanitätseinrichtung kommt danach die sogenannte Rettungsstation zum Einsatz. Hier führen Rettungsmediziner und das Assistenzpersonal erste notfallmedizinische Maßnahmen durch. Die weitergehende klinische und fachärztliche Versorgung im Einsatzland findet in Rettungszentren bzw. Einsatzlazaretten statt.

Eine leistungsfähige sanitätsdienstliche Versorgung ist Teil des gesetzlichen Auftrags zur Gewährleistung der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung und Bestandteil der Fürsorgepflichtung des Dienstherrn gegenüber den Soldatinnen und Soldaten.

Die abschließende Behandlung einschließlich ggf. erforderlicher Rehabilitationsmaßnahmen wird in Deutschland durchgeführt. Der Aufbau der Versorgungseinrichtungen erfolgt in Abhängigkeit von Art, Umfang und Dauer des Einsatzes in zelt- oder containergestützten Elementen oder in fester Infrastruktur. Der strategische Verwundetenlufttransport hat sich bei allen Einsätzen als Bindeglied zwischen dem Einsatzland und der weiteren Versorgung in Deutschland als unverzichtbarer Bestandteil der Rettungskette erwiesen. Für die weltweit stationierten übenden und im Einsatz befindlichen Truppenteile stehen zurzeit drei verschiedene Luftfahrzeuge permanent in unterschiedlichen Bereitschaftsstufen in Deutschland zur Verfügung. An dieser Stelle verweise ich durchaus mit Stolz auf unsere beeindruckende Statistik. Bisher haben wir es erreicht, dass keiner der über 2.400, teilweise schwerstverletzten Patienten während einer Langstreckenrückführung verstorben ist. Dies ist ein beachtlicher Erfolg!

Um die notwendigen Fähigkeiten adäquat, aber auch Ressourcen schonend bereit zu stellen, bedarf es zwingend eines flexibel angepassten Personal- und Materialansatzes. Bei größeren Einsätzen mit Gesamttruppenstärken von über 1.000 Soldaten sind in der Regel 10 Prozent sanitätsdienstliche Kräfte bezogen auf das Gesamtkontingent notwendig. Als Versorgungseinrichtungen werden dafür Rettungszentren oder Einsatzlazarette ausgeplant.

Kleinere Einsätze mit Truppenstärken von 100 bis 300 Soldaten an entlegenen oder schwierig zugängigen Einsatzorten, wie im Norden von Afghanistan, verlangen gerade vom Sanitätsdienst einen modifizierten Planungsansatz. Geleitet von dem medizinischen Grundsatz, dass ein Schwerstverletzter innerhalb von einer bis maximal zwei Stunden einer lebensrettenden notfallchirurgischen Versorgung zugeführt werden muss, ist bei unsicherer Rettungskette und fehlender Abstützungs-

möglichkeit auf andere Sanitätseinrichtungen auch bei diesen kleinen Einsätzen eine notfallchirurgische Komponente auszuplanen. Der prozentuale Anteil des Sanitätsdienstes an der Gesamttruppenstärke erhöht sich dann entsprechend.

Für den Sanitätsdienst gibt es damit keine kleinen Einsätze, da bestimmte Kernfähigkeiten im Einsatzland unverzichtbar sind und somit vollständig ausgeplant werden müssen. Sofern durch Mandatvorgaben die erforderlichen Ausplanungen für den Sanitätsdienst beschränkt sind, können unter Umständen angestrebte Fähigkeiten nicht erreicht werden. Dann muss der Entscheidungsträger, d. h. die politische Leitung oder der Truppenführer abwägen, ob für die Erfüllung des jeweiligen Auftrages das höhere Risiko für die eingesetzten Soldaten gerechtfertigt ist. Diese Situation erleben wir im Rahmen unserer UN-Beobachtereinsätze in Afrika, insbesondere im Sudan. Unsere Beobachter sind weit disloziert und im Land verstreut tätig. Sie sind auf die medizinische Versorgung durch die UN oder die „contributing Countries“ angewiesen. Der Qualitätsstandard dieser medizinischen Versorgung ist nach unserem Verständnis „grenzwertig“.

Meine Damen und Herren,

unter den zur Zeit rund 6.600 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sind knapp 10 Prozent Angehörige des Sanitätsdienstes. Im übrigen entspricht dieser Anteil in etwa auch dem Anteil des Sanitätsdienstes am Gesamtumfang der Streitkräfte. Schwerpunkte für den Sanitätsdienst sind derzeit Afghanistan, der Balkan und der Libanon. Im Hinblick auf eine sanitätsdienstliche „Exit-Strategie“ kann der Einsatz in Bosnien-Herzegowina als gelungenes Beispiel dienen. Ich möchte ihn daher etwas ausführlicher erläutern: Nachdem im Herbst 2006 die Wahlen in Bosnien-Herzegowina erfolgreich durchgeführt wurden, hat die EU eine Weiterentwicklung von EUFOR beschlossen und bereits in 2007 eine Reduzierung der militärischen Präsenz eingeleitet. In diesem Zusammenhang wird der deutsche Anteil bis Ende dieses Jahres auf ca. 250 Soldaten reduziert werden. Als sanitätsdienstliche Komponente verbleibt eine Ebene 1-Versorgung in Camp Butmir bei Sarajevo mit begrenzten notfallmedizinischen Fähigkeiten mit einer Stärke von 10 Sanitätssoldaten. Das Gebäude des Einsatzlazarettes soll Ende 2007 zusammen mit der gesamten Liegenschaft in Rajlovac an Bosnien-Herzegowina übergeben werden. In der Anfangsphase dieses Einsatzes haben wir, wie auch die Partnernationen, maßgeblich beim Wiederaufbau einer medizinischen Infrastruktur im Land mitgewirkt, sei es durch allgemeine Unterstützungsleistungen, durch das Einbringen von Fachexpertise oder auch teilweise durch Hilfe bei der Behandlung einheimischer Patienten vor allem mit komplexen Krankheitsbildern. Bereits in den letzten Jahren konnten wir insbesondere in Sarajevo zunehmend auch auf

die medizinischen Fähigkeiten der dortigen Universitätsklinik zurückgreifen, die qualitativ und quantitativ zwischenzeitlich unseren Ansprüchen standhält. Der Ausdruck „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist hier wirklich zutreffend. Das einheimische medizinische System hat sich sozusagen von einem fachlichen Juniorpartner zu einem gleichberechtigten Partner weiter entwickelt. Mit der Schließung des Klinikbetriebes unseres Einsatzlazarettes zum 31. Juli 2007 wurden wir zum Juniorpartner, der sich für fachärztliche und klinische Erstversorgung auf vorhandene und vorher evaluierte Fähigkeiten im Land abstützt.

Eine ähnliche Entwicklung streben wir mittel- und langfristig sowohl im Kosovo wie auch in Afghanistan an, wo wir derzeit aber im Regelfall noch das dortige Gesundheitssystem im Rahmen der vorhandenen freien Kapazitäten mit unserer Expertise und unseren Fähigkeiten unterstützen. Im Kosovo stellen wir die Ebene 3-Versorgung in Prizren sicher. Bei der Einweihung des dort in fester Infrastruktur neu errichteten Einsatzlazarettes konnte sich der Bundesminister der Verteidigung am 3. Mai 2007 persönlich davon überzeugen, dass die fachlichen Forderungen und Pläne beispielhaft umgesetzt wurden. Bei UNIFIL vor der Küste des Libanons

Bei Einsätzen ist die umfassende sanitätsdienstliche Versorgung mit dem Ziel eines qualitativ, dem fachlichen Standard in Deutschland entsprechenden Behandlungsergebnisses zu gewährleisten

wird die notfallchirurgische Versorgung der Marinekräfte durch ein Marineeinsatzrettungszentrum (MERZ) auf einem Einsatz-Gruppen-Versorger (EGV) oder wechselweise durch den um eine chirurgische Komponente verstärkten Bordsanitätsdienst einer Fregatte, übernommen. Die Folgeversorgung wird zivil in Limassol auf Zypern gewährleistet.

In Afghanistan stellt sich die Lage wie folgt dar: Bis zum 15. März diesen Jahres wurde die chirurgische Versorgung in Mazar-e-Sharif in Nordafghanistan durch ein norwegisches Rettungszentrum sichergestellt, das wir mit einer Op-Gruppe und weiterem Fachpersonal und Material unterstützt haben. Zum 15. März hat Norwegen, wie vereinbart, das Personal und Material abgezogen, und der deutsche Sanitätsdienst hat die klinische Versorgung in einem hierfür neu errichteten Einsatzlazarett in fester Infrastruktur übernommen. Auch wenn Planung und Bau des Einsatzlazarettes in Mazar-e Sharif unter immensem Zeitdruck erfolgten, konnte quantitativ und qualitativ ein nahtloser Übergang der Versorgung sichergestellt werden. Die Fertigstellung und endgültige Inbetriebnahme des gesamten Einsatzlazarettes in Mazar-e-Sharif wird in diesen Tagen abschließend vorbereitet. Neben dem Einsatzlazarett werden zwei weitere Rettungszentren in Kunduz und Feyzabad in fester Infrastruktur betrieben.

Kernelement der ersten notfallmedizinischen Versorgung stellen unsere Beweglichen Arzttrupps, BAT, dar, die bei Bedarf durch MEDEVAC-Hubschrauber CH 53 unterstützt werden. Sorge bereitet in diesem Zusammenhang der geschützte Verwundetentransportraum. Er ist eine kritische Größe. Während wir derzeit gerade so in der Lage sind, durch gleichzeitigen Einsatz der Masse unserer verfügbaren Mittel die aktuellen Stabilisierungseinsätze zu unterstützen, wird sich der Zulauf weiterer dringend benötigter Mittel verzögern. Die Serienversion des DURO, der YAK, wird erst ab Anfang 2008 im Einsatz zur Verfügung stehen. Der Zulauf des schweren geschützten Verwundetentransportfahrzeuges BOXER ist ab 2010 zu erwarten. Erst dann wird der Sanitätsdienst in der Lage sein, gepanzerte Eingreifkräfte des Heeres mit einem adäquat geschützten Verwundetentransportfahrzeug sanitätsdienstlich zu unterstützen. Der Einsatz in Nord-Afghanistan hat auch gezeigt, dass eine Fähigkeitslücke im Verwundetentransport mit kleiner dimensionierten geschützten Fahrzeugen besteht. Die vorhandenen Fahrzeuge auf der Basis des WOLF-Fahrzeuges sind zwar klein, wendig und hochgeländegängig, jedoch nicht ausreichend geschützt. Mit dem Rüstungsvorhaben des geschützten Luftlande-Sanitätsfahrzeuges wird diese Lücke nach derzeitigem Kenntnisstand ab 2009 geschlossen.

Mein Damen und Herren,

Auslandseinsatz und Multinationalität stehen naturgemäß in einem inneren Zusammenhang. Nationenübergreifende Zusammenarbeit ist für uns seit Beginn der Einsätze eine Selbstverständlichkeit. Auf diesem Feld wirken wir besonders eng mit Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, der Schweiz und Ungarn zusammen. Voraussetzung für diese Kooperation ist das Vorhandensein eines gleichen Verständnisses bezüglich Umfang und Qualität der anzustrebenden medizinischen Versorgung.

Vor diesem Hintergrund kommt es darauf an, die Interessen des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im internationalen Bereich angemessen zu vertreten. Hier wollen und müssen wir Weiterentwicklungen entscheidend beeinflussen können, um qualitativ wie quantitativ das von uns angestrebte Ergebnis multinationaler Einsatzversorgung zu erzielen. Dabei gilt es zu verhindern, dass die Qualität der sanitätsdienstlichen Versorgung, auf die deutsche Soldaten einen rechtlichen und moralisch-ethischen Anspruch haben, durch immer wiederkehrende Diskussionen über vermeintlich zu anspruchsvolle Standards verwässert wird. Gerade zur effektiven Einflussnahme auf Entscheidungen internationaler Bündnisse und Organisationen ist neben intensiver Koordination und auch Kooperation mit Partnernationen die aktive Mitarbeit in den entsprechenden Gremien zwingend

erforderlich. Meine Berufung zum Chairman des Committee of the Chiefs of Military Medical Services in NATO (COMEDS) trägt ebenso wie die Platzierung deutscher Sanitätsoffiziere an relevanten Stellen in multinationalen Stäben zur Verstärkung der deutschen Präsenz im internationalen Bereich bei. Auf diesem Weg konnten wesentliche sanitätsdienstliche Grundlagendokumente zu Gunsten höherer fachlicher Standards überarbeitet werden und Einfluss auf ein verbessertes „Standing“ des Sanitätsdienstes in den NATO-Kommandostrukturen genommen werden.

Im Hinblick auf die weit reichende Einbindung des Sanitätsdienstes in die laufenden Einsätze, aber auch der erforderlichen Präsenz im multinationalen Bereich, stellt sich zwangsläufig die Frage, ob die neuen Strukturen diesen Anforderungen Rechnung tragen. Über allen Strukturüberlegungen stand unverändert die Forderung, dass der Sanitätsdienst als zentraler Dienstleister der Streitkräfte allen Soldaten im Auslandseinsatz und im Inland eine sanitätsdienstliche Versorgung zukommen lässt wie sie auch von jedem Patienten im zivilen Bereich erwartet werden kann, zum einen orientiert am aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik, zum anderen mit persönlicher Hinwendung und Verständnis für die Belange des Patienten. Ich denke, dies sind berechnete Erwartungen!

Erlauben Sie mir zum besseren Verständnis einige Anmerkungen zur unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung, der so genannten UTV. Als einzige Berufsgruppe unterliegen die Soldaten einer besonderen gesetzlichen Pflicht zur Gesunderhaltung und müssen in diesem Sinne auch Einschränkungen hinnehmen. Zum Ausgleich hierfür geht der Dienstherr im Rahmen seiner Fürsorgepflicht ein über die allgemeine Alimentation hinausgehende Verpflichtung ein und stellt den unentgeltlichen Sachbezug der truppenärztlichen Versorgung bereit. Das erfreuliche Resultat ist für uns u.a. ein wesentlich niedrigerer Krankenstand bei Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften als bei vergleichbaren zivilen Status- und Berufsgruppen. Und schließlich ist die UTV funktional, ökonomisch und somit kostengünstig, da sie vorhandenes Personal, bestehende Einrichtungen des Sanitätsdienstes und sonstige Ressourcen mitnutzt, die die Bundeswehr für die Erfüllung ihres Auftrages benötigt. Dennoch wird in regelmäßigen Abständen die Frage aufgeworfen, ob die UTV nicht eine Besserstellung der Soldaten gegenüber Beamten oder anderen Berufsgruppen darstellt und der Soldat demnach an seiner medizinischen Versorgung finanziell zu beteiligen wäre. Meine Position ist hier eindeutig: Eine Aufgabe der UTV wäre nach meiner Auffassung für den Einzelnen wie auch für das Gesamtsystem fatal. So ist absehbar, dass Soldaten, die einen finanziellen Beitrag leisten müssten, im Gegenzug u.a. das Recht auf freie

Arztwahl einfordern würden. Hieraus resultierend würden das sanitätsdienstliche Versorgungssystem und damit die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte gefährdet.

Der fachliche Bogen des Sanitätsdienstes spannt sich von der Prävention über die Therapie bis hin zur Rehabilitation. Orientiert am neuen Einsatzspektrum der Streitkräfte haben sich auch die fachlichen Herausforderungen für den Sanitätsdienst weit reichend verändert. Plakativ möchte ich zwei Bereiche – Präventivmedizin und Tropenmedizin – herausgreifen. Die körperliche Fitness hat bei den jungen Menschen in den westlichen Industrieländern insgesamt dramatisch abgenommen. Übergewicht, jugendlicher Diabetes, orthopädische Probleme sind nicht mehr die Ausnahme, sondern fast der Regelfall bei Grundwehrdienstleistenden oder Bewerbern für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften. Hier ist der Sanitätsdienst aufgerufen, im engen Zusammenwirken mit der Truppe Konzepte zu erstellen, um Leistungseinschränkungen bei unseren Soldaten zu beheben, eine zugegebenermaßen nicht einfache Aufgabe. Zunehmend Bedeutung gewinnt auch die Tropenmedizin, ein Fachgebiet, das vor 15 bis 20 Jahren in der Bundeswehr noch keine wesentliche Rolle gespielt hat. Nun, nachdem wir uns auch im afrikanischen und asiatischen Raum verstärkt engagieren, werden wir mit Krankheitsbildern konfrontiert, die den Angehörigen des Sanitätsdienstes in der Vergangenheit allenfalls aus dem Lehrbuch bekannt waren. Zu nennen sind hier beispielsweise die Leishmaniose in Afghanistan oder die unterschiedlichsten Formen der Malaria in den verschiedensten Einsatzgebieten weltweit.

Aus diesen Beispielen lässt sich ableiten, dass es zahlreiche neue Aspekte und Herausforderungen gibt, die wir bei unseren Planungen zur Ausgestaltung des Sanitätsdienstes der Zukunft zu berücksichtigen haben. Diese fachlichen Anforderungen an den Sanitätsdienst fanden Eingang in die Konzeption der Bundeswehr vom 9. August 2004 und deren Folgedokumente. Ich zitiere hier auszugsweise:

„Eine leistungsfähige sanitätsdienstliche Versorgung ist Teil des gesetzlichen Auftrags zur Gewährleistung der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung und Bestandteil der Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn gegenüber den Soldatinnen und Soldaten. Sie ist entscheidend für Einsatzbereitschaft und Moral der Truppe. Danach ist der Primärauftrag des Sanitätsdienstes die sanitätsdienstliche Einsatzversorgung, für deren Sicherstellung das Fachpersonal des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr in Bundeswehrkrankenhäusern / regionalen Sanitätseinrichtungen arbeitsfähig aus-/fort-/weitergebildet und in Übung gehalten wird.“

Und an anderer Stelle wird festgehalten:

„Bei Einsätzen ist die umfassende sanitätsdienstliche Versorgung mit dem Ziel eines qualitativ dem fachlichen Standard in Deutschland entsprechenden Behandlungsergebnisses zu gewährleisten.“

Besonders diese zweite, aus meiner Sicht bedeutende Aussage, die so genannte Maxime, ist die logische Folge der ersten. Im Sommer dieses Jahres kam es in den USA zu einer breiten öffentlichen Diskussion. Auslöser waren hygienische und qualitative Defizite im wohl bekanntesten Militärhospital des Landes, dem Walter Reed Krankenhaus in Washington. Anlässlich dieser Diskussion fand ich folgendes Zitat in der Welt online:

„Es zählt zu den hässlichen Ambivalenzen des Irakkrieges, dass das Wunder der modernsten amerikanischen Gefechtsfeldmedizin, die heute fast 90% der Verwundeten zu retten vermag, oft zu einem Albtraum der Überlebenden und ihrer Familien wird.“

Nun, dieses Zitat gilt glücklicherweise nur im ersten Teil für deutsche Soldaten. Es ist unbestritten, dass moderne Wehrmedizin in all ihren Facetten in der Lage ist, Patienten sachgerecht zu versorgen und am Leben zu halten, die noch vor einigen Jahrzehnten unweigerlich ihren Verletzungen erlegen wären.

Bestes Beispiel für die Veränderungen kriegsbedingter Versorgung ist der Soldat, der nach einer schweren Verwundung im Kinnbereich an der Ostfront im II. Weltkrieg ohne adäquate primäre Folgeversorgung für seinen Rücktransport 14 Tage benötigte. Eine derartige Versorgung, Behandlung und Evakuierung ist allenfalls unter Kriegsbedingungen nachvollziehbar. Sie widerspricht den von uns festgelegten Qualitätsvorgaben für heutige Einsätze, die u.a. sicherstellen, dass Patienten, wie beispielsweise der Soldat mit multiplen Splitterverletzungen nach dem Busanschlag in Kabul im Jahre 2003 innerhalb von Stunden eine adäquate Versorgung im Einsatz erhalten, um dann schnellstmöglich repatriert zu werden.

Bezüglich des zweiten Teils des Zitats vertrete ich den Standpunkt, dass in Deutschland sehr wohl alles getan wird, um verletzte Soldaten nach ihrer Repatriierung nach gültigen wissenschaftlichen Standards optimal weiter zu betreuen. Dabei geht es keineswegs nur um traumatologische Verletzungsmuster, die einer chirurgischen Intervention bedürfen. Es gibt zahlreiche Erkrankungen, die eine

langfristige Begleitung erfordern, die im Einsatz nicht möglich ist und den Transport nach Deutschland nötig macht. Beispielhaft verweise ich auf das zunehmend öffentlich diskutierte posttraumatische Belastungssyndrom (PTBS), welches unter Umständen eine jahrelange Nachbetreuung erfordert. Bisher wurden ungefähr 700 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit diesem Krankheitsbild behandelt. Die Entwicklung der Gesamtzahl der Patienten mit PTBS über die Jahre lässt keine eindeutige Tendenz erkennen. Der Abfall der Kurve in 2006 und die bisherigen Zahlen dieses Jahres lassen aber die Hoffnung zu, dass auch in diesem Bereich unsere flankierenden Präventivmaßnahmen ihre Wirkung zeigen.

Das Beispiel PTBS zeigt aber auch, wie wichtig es ist, Gesundheitsleistungen anzubieten, die gezielt auf die Bedürfnisse der Soldaten ausgerichtet sind. Hierzu ist in vielen Fällen eine wehrmedizinische Expertise notwendig, die Sie so in zivilen Einrichtungen nicht ohne weiteres finden werden. Nicht zuletzt deshalb legen wir so viel Wert auf die langfristige Struktursicherheit unserer Bundeswehrkrankenhäuser und der regionalen Sanitätseinrichtungen. Vorschnelles Outsourcing oder unkoordinierte Vermischung von militärischem und zivilem Gesundheitssystem können für die betroffenen Soldaten fatale Folgen haben.

Die Umsetzung der strukturellen Ausplanung des Sanitätsdienstes erfolgte in zwei Schritten – Zentralisierung und danach einsatzorientierte Weiterentwicklung.

Im Jahr 2002 wurden die sanitätsdienstlichen Kräfte und Mittel im Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr zusammengefasst. In den Teilstreitkräften verblieben nur noch der Truppensanitätsdienst der Spezialkräfte von Heer und Marine, der Bordsanitätsdienst schwimmender Einheiten, der Fliegerärztliche Dienst bei den Fliegenden Verbänden, das Flugmedizinische und das Schifffahrtsmedizinische Institut sowie Beratungselemente in den Stäben. Das wesentliche Prinzip der neuen Sanitätsstruktur liegt in der Zusammenfassung der Sanitätskräfte in einem Behandlungs- und Ausbildungsverbund unter einheitlicher truppen- und fachdienstlicher Führung des Inspektors des Sanitätsdienstes der Bundeswehr als Gesamtverantwortlichem für die sanitätsdienstliche Versorgung der Streitkräfte. Die Führungsorganisation des nachgeordneten Bereiches wurde vergleichbar der in den Teilstreitkräften in einer Zwei-Säulen-Struktur abgebildet.

Unterhalb des Ministeriums wird die eine Säule durch das Sanitätsführungskommando gebildet. Dieses nimmt die truppen- und fachdienstlichen Führungsaufgaben im Zentralen Sanitätsdienst wahr. Zudem obliegt ihm die Planungsverantwortung für die Sicherstellung der sanitätsdienstlichen Versorgung im Einsatz.

Ihm nachgeordnet sind vier Sanitätskommandos und das Kommando Schnelle Einsatzkräfte Sanitätsdienst in Leer. Die Sanitätskommandos stellen mit den ihnen unmittelbar unterstellten Bundeswehrkrankenhäusern, Sanitäts- und Lazarettregimentern sowie Sanitätszentren die sanitätsdienstliche Versorgung aller im regionalen Verantwortungsbereich stationierten Verbände, Truppenteile und Dienststellen der Teilstreitkräfte und der Streitkräftebasis sicher und bilden damit den bereits erwähnten Behandlungs-, Ausbildungs- und Einsatzverbund, der, neben einer dauerhaft verbesserten Präsenz des Sanitätsdienstes in den Standorten, eine qualitativ hochwertige fachliche Ausbildung und Inübunghaltung der Einsatzkräfte erlaubt.

Die zweite Säule bildet das Sanitätsamt, in dem die Amts-, Forschungs- und Ausbildungsaufgaben für den Sanitätsdienst wahrgenommen werden. Diesem Amt sind u.a. sämtliche Institute des Zentralen Sanitätsdienstes und die zentralen Ausbildungseinrichtungen unterstellt.

Parallel zu dem Prozess der Zentralisierung des Sanitätsdienstes wurde auch die Einteilung der Streitkräfte in die Ihnen bekannten Kräftekategorien Eingreifkräfte, Stabilisierungskräfte, Unterstützungskräfte vollzogen. Auch dieser Entwicklung trägt der neue Sanitätsdienst Rechnung.

Die Eingreifkräfte des Sanitätsdienstes wurden im Kommando Schnelle Einsatzkräfte in Leer zusammengeführt. Die erforderlichen Kräfte und Mittel für die sanitätsdienstliche Unterstützung von Stabilisierungsoperationen sind in den Sanitäts- und Lazarettregimentern sowie im Truppensanitätsdienst abgebildet. Die Kommandobehörden des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr, die Sanitätsakademie der Bundeswehr, das Zentrum für Einsatzausbildung und Übungen des Sanitätsdienstes



der Bundeswehr (ZEUS), die Fach- und Zentralinstitute, die regionalen Sanitätseinrichtungen und insbesondere auch die Bundeswehrkrankenhäuser generieren die Unterstützungskräfte. Hervorheben möchte ich hierbei, dass unser medizinisches Fachpersonal in allen Kräftekategorien zum Einsatz kommen kann.

Daher muss es außerordentlich breit aus- und fortgebildet werden. Unsere neue Struktur hat sich bewährt, gleichwohl gilt es jetzt, sie im Rahmen der Transformation einsatzorientiert weiter zu entwickeln. Nach Übernahme meiner Aufgabe als Inspekteur habe ich zunächst eine Bestands-

aufnahme aller relevanten Felder der Transformation durch meinen Führungsstab erarbeiten lassen. Das Ergebnis war erfreulich. Auch im Vergleich zu den anderen militärischen Organisationsbereichen liegen wir gut im Zeitplan. Die Stärke- und Ausrüstungsnachweise (STAN) der Kommandobehörden, Ausbildungseinrichtungen, Bundeswehrkrankenhäuser, regionalen Sanitätseinrichtungen und der neuen Versorgungsinstandsetzungszentren SanMat wurden zwischenzeitlich bereits mit dem Haushalt verhandelt und in Kraft gesetzt. Für das nächste Jahr sind noch die STAN-Verhandlungen für die Sanitätstruppe und die Zentralinstitute vorgesehen. Der hohen Einsatzbelastung im Sanitätsdienst wurde durch die Ausplanung von 641 Dienstposten (DP) für Ergänzungspersonal Einsatz (EPE) Rechnung getragen. Damit können wir ein Rotationsprinzip zwischen Einsatz und Grundbetrieb realisieren, das sowohl die Besetzung der Einsatzkontingente als auch die fachliche Inübhunghaltung durch arbeitstägliche Berufsausübung adäquat ermöglicht und die individuelle Einsatzbelastung reduziert.

Mit der konsequenten Weiterentwicklung und zugleich Straffung der Strukturelemente in der Administration wird die Zahl der hierfür benötigten Sanitäts-offiziere auf ein Mindestmaß begrenzt. Der Anteil der Sanitäts-offiziere Arzt, die in Führungsverwendungen zum Einsatz kommen, für die die Approbation nicht zwingend erforderlich ist, wurde inzwischen von rund 5 auf 3 Prozent weiter reduziert. Damit nehmen nun 97 Prozent der Ärzte des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr approbationsgebundene Aufgaben wahr. Gleichzeitig konnte der Anteil von Sanitäts-offizieren in der unmittelbaren und mittelbaren Patientenversorgung von 88 auf 91 Prozent gesteigert werden. In einem weiteren Schritt wird die Einrichtung einer eigenständigen Laufbahn für Truppenoffiziere im Sanitätsdienst vorbereitet, welche die Aufgabenwahrnehmung durch Sanitäts-offiziere in den Führungsstrukturen des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr ergänzen und diese weiter von nichtärztlichen Führungs- und Managementaufgaben entlasten werden. Dies wird sich positiv auf den kurativen Bereich auswirken.

Besonders einschneidende Veränderungen haben unsere Bundeswehrkrankenhäuser erfahren:

1. einsatzorientierte Ausbildung des Personal in einem Rotationssystem unter Berücksichtigung ziviler Qualitätsstandards;
2. durchhaltefähige Bereitstellung von breit qualifiziertem medizinischem Fachpersonal für Einsätze im gesamten Spektrum der Streitkräfte .

Um im Besonderen den ersten Auftrag erfüllen zu können und die dazu notwendigen Fallzahlen zu erreichen, ist die Akquise von zivilen Patienten notwendig. Hierzu sind alle Bundeswehrkrankenhäuser auf dem zivilen Markt positioniert und mit den regionalen Gesundheitsanbietern vernetzt. Es liegt auf der Hand, dass die herrschende Konkurrenz modernste Medizin in den Bundeswehrkrankenhäusern erforderlich macht – entsprechend sind sie ausgerüstet.

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang das Spannungsfeld zwischen der Einsatzausrichtung der Streitkräfte und den Entwicklungen im zivilen Gesundheitswesen. Während wir im Einsatz den umfassend ausgebildeten notfallmedizinisch kompetenten Generalisten benötigen, weist der Weg im deutschen Gesundheitssystem in die Subspezialisierung, in deren Verlauf künftig bestimmte Behandlungen nur noch in speziell zertifizierten Kliniken durchgeführt werden dürfen. Schon dies verdeutlicht, dass die erforderliche ganzheitliche Ausbildung unserer Fachleute nur in spezifischen für die Belange des Sanitätsdienstes organisierten Bundeswehrkrankenhäusern gewährleistet werden kann. Vor diesem Hintergrund konnte erreicht werden, dass zukünftig vier Bundeswehrkrankenhäuser mit einem auf die Einsatznotwendigkeiten abgestimmten Leistungsspektrum sowie das Kooperationsmodell des Bundeswehrkrankenhauses Bad Zwischenahn mit der Ammerland Klinik in Westerstede erhalten bleiben.

Die notwendige wehrmedizinische Expertise in Diagnostik und Therapie wird ergänzt durch die eigene wehrmedizinische Forschung. Unsere Institute und Forschungseinrichtungen garantieren allein oder im Verbund mit zivilen Partnern wissenschaftliche Leistungen auf dem Niveau „state-of-the-art“. In Hamburg kooperieren das Bundeswehrkrankenhaus und das zivile Bernhard-Nocht-Institut im Bereich der Tropenkrankheiten. In unseren Zentralinstituten in München, Koblenz, Berlin und Kiel werden neben der täglichen diagnostischen Routine Verfahren weiterentwickelt, die eine schnelle Bestimmung bestimmter Erreger auch in den Einsätzen ermöglichen. Gleichzeitig werden junge Kollegen für ihre Tätigkeit, z.B. als Truppenarzt im Labor einer mobilen Sanitätseinrichtung, vorbereitet.

Meine Damen und Herren,

Strukturen sind die eine Seite, leistungsfähig werden wir aber erst dann, wenn diese mit Leben erfüllt werden. Erfreulicherweise verläuft der erforderliche Aufwuchs an Sanitätsoffizieren mit Blick auf das Zieldatum 2010 planmäßig. Im Bereich der qualifizierten Dienstpostenbesetzung von Sanitätsoffizieren erfordert die aktuelle Personalstärke von 3.148 Sanitätsoffizieren zunächst noch einen Aufwuchs um

350 bis zum Jahr 2010. Gleichzeitig sind der Umbau des vorhandenen Personalkörpers und die Anpassung der Regeneration für die qualifikationsgerechte Besetzung der Dienstposten, beispielsweise der Fachärzte an den Bundeswehrkrankenhäusern, erforderlich. Mit dem Bestand an Sanitätsoffizieren kann der Bedarf an klinisch tätigen Gebietsärzten derzeit zu ca. 92 Prozent gedeckt werden, während dies im Bereich der regionalen Sanitätseinrichtungen durch Truppenärzte sogar zu ca. 95 Prozent gelingt. Eine Situation, die im Vergleich zu früher als geradezu komfortabel bewertet werden muss. Gleichwohl sind personelle Engpässe, besonders im truppenärztlichen Bereich, zeitweise gegeben.

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über die Tagesantrittsstärken im truppenärztlichen Bereich hatte Minister Dr. Jung angewiesen, die Führungsstrukturen im Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr nochmals zu überprüfen. Hierbei war insbesondere zu untersuchen, ob bei Verzicht auf die Führungsebene Sanitätskommandos die Unterstellung der Regimenter und regionalen Sanitätseinrichtung unter die Bundeswehrkrankenhäuser sachgerecht und sinnvoll wäre. Wir konnten belegen, dass das Aufgeben von Sanitätskommandos keine Optimierung bringt, dass es sich hierbei nur um eine Aufgabeverlagerung ohne nennenswerte Dienstpostensparnis handelt, die gleichzeitig aber mit erheblichen Funktionseinschränkungen im Gesamtsystem erkaufte werden müsste. Ebenso konnten wir belegen, dass die Belastungen im truppenärztlichen Bereich nur zu einem relativ geringen Teil den Einsatzverpflichtungen zuzurechnen war.

Einsatzbedingte Abwesenheiten werden in der Zwischenzeit im Wesentlichen durch das bereits erwähnte Ergänzungspersonal Einsatz kompensiert. Ursächlich für ein Drittel aller Abwesenheiten bei den Truppenärzten sind die fachliche Weiterbildung, Mutterschutz, Elternzeit, Betreuungsurlaub und Teilzeitdienst. Mit Blick auf die überwiegend weiblichen Sanitätsoffiziersanwärter (ca. 52 Prozent) und Sanitätsoffiziersbewerber (ca. 60 Prozent) ist damit zu rechnen, dass familienbedingte Abwesenheit, die den Sanitätsdienst auf Grund des vergleichsweise hohen Anteils an weiblichen Soldaten (heute schon rund 36 Prozent) bereits jetzt in erheblichem Maß betreffen, weiter an Bedeutung gewinnen werden. Hinzu kommt, dass auch zunehmend männliche Soldaten Freistellung für Erziehung und Betreuung in Anspruch nehmen. Eine Verbesserung der ärztlichen Präsenz vor Ort ist nur durch eine Berücksichtigung dieser Faktoren bei zukünftigen Anpassungen der Strukturen möglich. Die dafür erforderlichen Untersuchungen sind durch den Minister angewiesen und eingeleitet. Sie werden aber erst mittelfristig Wirkung zeigen können.

Erfreulicherweise ist das Bewerberaufkommen für die Laufbahn der Sanitätsoffiziere qualitativ wie quantitativ immer noch ausreichend um den Ergänzungsbedarf nach dem Prinzip der Bestenauslese zu decken. Wir erleben allerdings aktuell einen Rückgang der Bewerberzahlen für alle Offizierlaufbahnen, dessen Gründe und mögliche Reaktionen auf diese Entwicklung im Einzelnen noch untersucht werden. Auch für die Laufbahn der Unteroffiziere und Feldwebel des Sanitätsdienstes, also im Bereich der nichtakademischen Heilberufe, wird die Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen einschließlich der Regeneration des erforderlich höheren Ansatzes an qualifizierten Fachpersonal planmäßig bis 2011/2012 andauern. Trotz der derzeit insgesamt noch günstigen Situationen dürfen wir allerdings nicht vergessen, dass wir uns als Arbeitgeber immer auch am zivilen Bereich messen lassen müssen. Wir müssen daher alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Sanitätsdienst am Arbeitsmarkt so zu positionieren, dass er auch zukünftig als attraktiver Arbeitsplatz Bestand hat. Hierbei sind beispielsweise eine adäquate Vergütung von Bereitschaftsdiensten oder die Möglichkeit der Privatliquidation im ärztlichen Bereich nicht zu unterschätzende Faktoren.

Die Forderung nach Attraktivität für die aktive Seite gilt selbstverständlich auch für unsere Reservisten. Die Konzeption für die Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr vom 10. September 2003 zielt vorrangig darauf ab, das Potential der Reserve konsequent zur Ergänzung der Fähigkeiten der aktiven Truppe zu nutzen. Insbesondere wir im Sanitätsdienst der Bundeswehr sind für unsere Auftragsbefriedigung auf motivierte, engagierte und qualifizierte Reservisten angewiesen. Es geht hier u.a. um Bereiche, in denen der Multiplikator beim aktiven Personal gering oder überhaupt nicht verfügbar ist. Exemplarisch seien hier genannt: Gynäkologen, Kinderärzte aber auch Medizingerätetechniker. Wir werden nach dem derzeitigen Planungsstand 14.000 Dienstposten für Angehörige der Reserve ausplanen. Insgesamt glaube ich, dass wir damit unseren Reservistinnen und Reservisten attraktive Betätigungsfelder eröffnen, die einerseits stark am individuellen Leistungsprofil ausgerichtet sind und andererseits interessante Werdegänge bis hin zum Oberarzt eröffnen. Jeder weiterhin beordnungswillige Reservist soll hier eine neue militärische Heimat finden.

Herausheben möchte ich ein Vorzeigeprojekt im Rahmen der Streitkräftetransformation, den Einsatz nicht-aktiver Sanitätsoffiziere als Verbindungselemente zum zivilen Gesundheitswesen. Parallel zur Aufstellung der Bezirks- und Kreisverbindungskommandos (BVK/KVK) in der Streitkräftebasis (SKB) erfolgt die flächendeckende Ausfächerung der Beauftragten Sanitätsstabsoffiziere für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen (BeaSanStOff-

zZMZGesWes). Sie sind künftig die wesentlichen Träger der Zusammenarbeit mit Behörden, Gremien und Organisationen auf diesem Gebiet. Sie sollen enge Arbeitsbeziehungen zu den zivilen Behörden und Hilfsorganisation ihres Bezirkes / Kreises aufbauen, um diese in Fragen sanitätsdienstlicher Hilfeleistung kompetent zu beraten. Die erforderliche hohe Selbständigkeit, gleichzeitig aber auch Teamfähigkeit und das notwendige Organisationsgeschick stellen diese herausfordernde Aufgabe auf eine Stufe mit einer bisherigen Kommandeurverwendung nichtaktiver Verbände. Die Gewinnung von entsprechend qualifizierten Sanitätsoffizieren der Reserve gestaltet sich allerdings insbesondere in den neuen Bundesländern noch schwierig.



Im engen Zusammenhang mit unserem Personal stehen auch die Überlegungen zur Weiterentwicklung bzw. Ausgestaltung unseres Systems der Ausbildung und Inübunghaltung. Herr Generalarzt Dr. Raphael wird hierzu noch vortragen. Daher möchte ich nur einige ergänzende Anmerkungen anfügen. Ausbildung und Inübunghaltung sind Schlüsselfunktionen für die erfolgreiche Bewältigung unserer zukünftigen Aufgaben. Hier gilt es aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen noch einmal nachzuzustieren. Vor allem wollen wir unsere individuelle Ausbildungsplanung und Steuerung deutlich verbessern und die Leistungsfähigkeit unserer Ausbildungseinrichtungen steigern. Es kommt darauf an, ein anpassungsfähiges Teilausbildungssystem Sanitätsdienst zu etablieren, das sich im Sinne einer lernenden Organisation den fortlaufenden Veränderungen im Bereich der zivilen fachlichen Qualitätsstandards anpasst und der zunehmenden Spezialisierung und Akademisierung in den Gesundheitsberufen sowie der betriebswirtschaftlich geprägten Unternehmensführung im Gesundheitswesen Rechnung tragen kann. Um die Komplexität der Situation zu verdeutlichen, einige Zahlen: Wir haben bei Ärzten 52 verschiedene Fachgebiete, Zusatzbezeichnungen und Schwerpunkte und bei unserem Unterstützungspersonal 63 nichtakademische Heilberufe zu berücksichtigen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Berufsordnungen nicht bundeseinheitlich geregelt sind.

Die Arbeiten an einer entsprechenden Einzelkonzeption sanitätsdienstlicher Ausbildung werden wir in Kürze abschließen können und so den zukünftigen komplexen Herausforderungen an die Ausbildung weiter Rechnung tragen. Mit der Einführung des Fachinformationssystems „System für die Ausbildung und zur

Lehrgangsplanung“ haben wir in diesem Jahr einen notwendigen substantiellen Zwischenschritt zur Verbesserung der Ausbildungssteuerung vollzogen, der 2008 greifen wird und die Voraussetzung dafür bildet, voraussichtlich 2012 die Steuerung der Ausbildung über SASPF zu realisieren.

Meine Herren, ich beende damit meine Tour d’horizon zur Lage im Sanitätsdienst der Bundeswehr und fasse zusammen:

Der Einsatz ist unverändert das Maß der Dinge. Mit Blick in die Zukunft sind hierbei für den Sanitätsdienst flankierend zwei Felder von elementarer Bedeutung: zum einen die zukünftigen gesundheitspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die gekennzeichnet sind durch die dynamischen Entwicklungen des Gesundheitswesens in ihrem engen Zusammenhang mit den dramatischen demografischen Veränderungen und zum zweiten, die Entwicklung der fachlichen Herausforderungen, die maßgeblich geprägt und beeinflusst werden durch die Vorgaben des Zivilbereiches. Es liegt auf der Hand, dass bei diesen Rahmenbedingungen der Sanitätsdienst auf ein solides Fundament gebaut sein muss, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Der Sanitätsdienst befindet sich unverändert in einer Phase des Auf- und Umbaus mit dem Zieljahr 2010. Uns allen ist bewusst, dass weiterer Handlungsbedarf auf den klassischen Feldern Personal, Ausbildung, Beschaffung und Struktur besteht. Obwohl uns bereits heute Leistungen abverlangt werden, für die wir noch nicht oder noch nicht ausreichend aufgestellt sind, erfüllen wir unseren Auftrag im Grundbetrieb im Inland ebenso wie in den laufenden Einsätzen. Ich wünsche mir und bin optimistisch, dass ich gemeinsam mit den mir unterstellten Soldatinnen und Soldaten, zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren Sanitätsdienst durch diese stürmische Zeit führen kann.

Dies wird stets getragen von folgenden Leitgedanken:

1. Die unentgeltliche truppenärztliche Versorgung ist Rechtsanspruch und Verpflichtung unseren Soldaten gegenüber. Sie ist unverzichtbare Grundlage sanitätsdienstlicher Versorgung und moralisch ethische Verpflichtung des Dienstherrn.
2. Der Organisationsbereich Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr war kein „Betriebsunfall“, sondern leitet sich konsequent aus den geänderten Rahmenbedingungen ab. Der Auslandseinsatz ist Struktur bestimmend. Die Konzentration sanitätsdienstlicher Kräfte in einem

Organisationsbereich ist unabdingbare Grundlage für die umfassende Unterstützung der Auslandseinsätze.

3. Die Zukunftsfähigkeit des Sanitätsdienstes entscheidet sich in drei Bereichen mit aufsteigender Bedeutung der Reihenfolge:
 - Die materielle Ausstattung muss den Anforderungen im Auslandseinsatz angepasst werden; dies gilt insbesondere für die Mittel des qualifizierten und geschützten Verwundetentransports auf dem Gefechtsfeld, einschließlich des taktischen Lufttransportes;
 - die Ausbildung unseres Personals muss sowohl militärischen wie auch den hohen zivilen Maßstäben genügen und ständig hinsichtlich ihrer Verfahren weiterentwickelt werden;
 - die Attraktivität des Sanitätsdienstes der Bundeswehr ist Kernelement der Personalregeneration und muss sich vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen und ziviler Konkurrenz beweisen.
4. Das integrierte Versorgungssystem aus Krankenhäusern und regionalen Sanitätseinrichtungen arbeitet nach zivilen Qualitätsstandards und ist die fachliche Grundlage effektiven Wirkens im Auslandseinsatz.
5. Die erreichte Qualität unserer Auslandsversorgung ist beispielgebend und international hoch anerkannt. Die ihr zugrunde liegende Maxime der Sanitätsdienstlichen Versorgung hat sich uneingeschränkt bewährt und ist das Fundament der einsatzorientierten Ausplanung unseres Sanitätsdienstes

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe nun für Ihre Fragen zur Verfügung.

Zum Autor: Generaloberstabsarzt Dr. Kurt-Bernhard Nakath ist Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr im Einsatz¹

Dr. Ulrich Baumgärtner

“To the average professional officer the military doctor is an unwillingly tolerated non-combatant who takes sickcall, gives cathartic pills, makes transportation trouble, complicates tactical plans and causes the water to smell bad. Of course he is usefull after an action to remove the debris. But otherwise he is almost – if not quite – a positive nuisance.”²

Nicht selten hat sich dieses so beschriebene Bild des Sanitätsdienstes tradiert: vielleicht für den einen oder anderen Auftrag wichtig, gleichwohl für den heroischen Führer ein Dorn im Auge; mentalitätsgeschichtlich nicht selten als Fremdkörper empfunden, in der Operationsplanung ein möglicher „Showstopper“ – kurzum: Das Vorurteil, er sei ein „notwendiges Übel“, haftete dem Sanitätsdienst seit Beginn der Bundeswehr an. Wie aber stellt sich der Sanitätsdienst der Bundeswehr im 21. Jahrhundert wirklich dar? Im Folgenden soll diese Frage vor dem Hintergrund der aktuellen Einsätze beleuchtet werden.

Kriegsbild und Sanitätsdienst im 21. Jahrhundert

In der Denktradition von Clausewitz können sich Streitkräfte nur aus dem Kriegsbild ableiten – das gilt natürlich auch für den Sanitätsdienst der Bundeswehr. Das Kriegsbild aber hat sich seit dem Ende des kalten Krieges fundamental geändert, was sich anhand der drei operativen Faktoren, Raum, Zeit und Kräfte, ergänzt durch den Faktor Intensität darlegen lässt. Der primäre Einsatzraum der alten Bundeswehr war klar umschrieben: die Bundesrepublik Deutschland. Heute dagegen werden deutsche Streitkräfte weltweit eingesetzt [...] Das neue Kriegsbild ist bestimmt durch die Abkehr vom Zusammenprall symmetrischer, panzerstarker Massenheere auf eigenem Boden hin zu asymmetrischer, infanteriebetonter Krisen- und Konfliktbeherrschung weltweit. Eine weitere wichtige Veränderung ist im Falle eines Einsatzes die weitgehende Aufhebung der Schicksalsgemeinschaft zwischen der Gesellschaft und ihrer Armee: „...heute scheinen die Heimat friedlich und die Einsatzorte der Bundeswehr weit...“, wie es der Bundespräsident formuliert hat.³ Der Einsatz im Frieden bedeutet auch, dass Verluste nicht mehr so akzeptiert werden, wie dies in einem III. Weltkrieg der Fall gewesen wäre. Ein Weiteres: Es gibt natürlich nicht nur eine Revolution in Military Affairs, sondern auch eine in Medical Affairs. In der modernen Medizin haben technologische Entwicklungen bisweilen dramatische Fortschritte ermöglicht. Was heißt das für den Sanitätsdienst? Für die Beantwortung der Frage, wie der

Sanitätsdienst beschaffen sein soll, was er leisten können soll, sind m.E. drei Dimensionen zu unterscheiden: Zunächst eine politische Dimension, die – in einer postheroischen Gesellschaft und mit der gerade beschriebenen Differenz zwischen ziviler und militärischer Lebenswelt – keine Verluste akzeptieren kann und will. Dies entspricht natürlich auch unserem Menschenbild: Wir können nicht dulden, dass unsere Söhne und Töchter für uns ihre Gesundheit riskieren und diese dann nicht einmal optimal versorgt werden! Weiterhin die Motivationsdimension: Als Führer und Führergehilfen wissen wir um die hohe Bedeutung einer funktionierenden sanitätsdienstlichen Versorgung für die Bereitschaft des Einzelnen, überhaupt in den Einsatz zu gehen und dort auch Risiken einzugehen. All das bedeutet, dass hohe Qualität und Verlässlichkeit für einen Sanitätsdienst im 21. Jahrhundert unabdingbare Größen sind. Als Antwort wurde bereits Mitte der 90er Jahre eine fachliche Leitlinie entwickelt, die im Kern die folgende, sogenannte „Maxime“ enthält: Alle sanitätsdienstliche Versorgung im Einsatz soll im Ergebnis der Versorgung in Deutschland entsprechen.

Obwohl der Sanitätsdienst ohnehin derjenige Teil der Bundeswehr ist, der über die längste Erfahrung von Einsätzen außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik verfügt, nahm auch hier die Einsatzbelastung insbesondere seit 1995 kontinuierlich zu. Neben den hier dargestellten Einsatzoptionen mussten zusätzlich kleinere Einsätze unterstützt werden. Auch die einsatzgleichen Verpflichtungen der Standby-Dispositive für die NATO Response Force (NRF) und die EU Battle Groups binden erheblich Kräfte. Und nicht zuletzt war und ist der Zentrale Sanitätsdienst auch immer eingebunden in die Unterstützung ziviler Großereignisse im Inland wie Weltjugendtag, Fußball-WM oder G8-Gipfel. Aber nicht nur die Zahl der Einsätze stieg, sondern auch deren Vielfalt. Ob sanitätsdienstliche Unterstützung für Spezialkräfte oder die Versorgung in der Marine Task Group im UNIFIL-Einsatz – die Rahmenbedingung, unter denen der Sanitätsdienst der Bundeswehr seinen Auftrag ausführen muss, sind sehr variabel. Der Anspruch, aber auch die Belastung ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Zusammenfassung der Herleitungen hinsichtlich Qualität – der „Maxime“ – und Quantität – des dargestellten „level of ambition“ – führt zu der Lagebeurteilung, dass derartig hohe Anforderungen nur durch synergetisches Wirken aller sanitätsdienstlichen Fähigkeiten der Bundeswehr erfüllt werden können.

Im Sanitätsführungskommando (SanFüKdo), dem Führungskommando des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr (ZSanDstBw), ist diese Synergie gleichsam wie in einem Brennglas gebündelt: Es stellt mit seinen Kräften nicht nur die ambulante und stationäre Versorgung aller Soldaten der Bundeswehr si-

cher, es unterstützt darüber hinaus auch die Truppe in Ausbildung und Übungen. Die zentrale Aufgabe in einer Einsatzarmee ist natürlich die des Truppenstellers; ich werde dies im Folgenden noch vertiefen. Der strategische Verwundetentransport wird unmittelbar aus KOBLENZ gesteuert. Wir sind verantwortlich für die zivilmilitärische Zusammenarbeit in allen Fragen des Sanitätsdienst. Und: Wir nehmen die so genannten „öffentlich-rechtlichen Aufgaben“ wahr. Auf Grund der so genannten Eigenvollzugskompetenz, die der Bundeswehr zuerkannt ist, sind wir verantwortlich z.B. für alle Fragen der Hygiene in der Bundeswehr. Dabei ist das SanFüKdo im Vergleich mit anderen Führungskommandos der Bundeswehr personell sehr schlank ausgelegt.

Der Sanitätsdienst im Einsatz: Einsatzplanung und Führung

Ziel der Transformation der Bundeswehr ist es, die Einsatzfähigkeit zu erhöhen. Das gilt folgerichtig auch für den Zentralen Sanitätsdienst. Allerdings hat der Sanitätsdienst auch einen Versorgungsauftrag im Inland. Im Gegensatz zur Masse der Kräfte der Teilstreitkräfte, deren wesentliche Aufgabe im Inland „nur“ die Ausbildung auf den Einsatzauftrag ist, müssen z.B. die regionalen Sanitätseinrichtungen sowohl die unentgeltliche truppenärztliche Versorgung vor Ort sicherstellen, zugleich aber noch die Truppe mit Sanitätsstaffeln für Übung und Einsatz unterstützen. Diese doppelte Anforderung, Aufgaben im Grundbetrieb und im Einsatz mit demselben Personal zu erfüllen, führte zum Konzept des so genannten Verbundsystems. Dabei haben wir zum einen Behandlungs- und Ausbildungsverbund mit

Alle sanitätsdienstliche Versorgung im Einsatz soll im Ergebnis der Versorgung in Deutschland entsprechen.

Einrichtungen des zivilen Gesundheitssystems etabliert, zum anderen den so genannten Einsatzverbund, in dem die Sanitätstruppe im Zusammenspiel mit den Krankenhäusern und regionalen Sanitätseinrichtungen die Fähigkeiten für den Einsatz bereit stellt, aber gleichzeitig auch die Ausbildung für den Einsatz wechselseitig sicherstellt. Es kommt also bei der Einsatzplanung im Zentralen Sanitätsdienst darauf an, die beiden Versorgungsaufträge, den im Inland und den im Einsatz, in die Balance zu bringen: und dies mit dem schon angesprochenen, selbst auferlegten hohen Qualitätsanspruch und der notwendigen Durchhaltefähigkeit.

Wie sieht der Planungsprozess für die Einsätze aus? Bei der Beantwortung dieser Frage ist eine Besonderheit des Sanitätsdienstes zu berücksichtigen, die in der Verantwortung und Kompetenz des Inspektors des Sanitäts- und Gesundheitswesens begründet ist: Er ist dem Bundesminister der Verteidigung für die sanitätsdienstliche Versorgung der Bundeswehr unmittelbar verantwortlich. Daraus

ergibt sich, dass die sanitätsdienstliche Planung nicht im Einsatzführungskommando der Bundeswehr (EinsFüKdoBw) durchgeführt wird, sondern im Sanitätsführungskommando. Das SanFüKdo ist es, das – natürlich in Abstimmung mit dem Einsatzführungskommando der Bundeswehr und den Führungskommandos der Teilstreitkräfte sowie mit multinationalen Stäbe und unseren Verbündeten – die sanitätsdienstlichen Einsatzkontingente ausplant. In einem parallelen Planungsprozess beteiligen wir dabei die uns nachgeordneten Stäbe. Auch auf dieser nachgeordneten Ebene stellen wir fest, dass der Zentrale Sanitätsdienst deutlich schlanker strukturiert ist als der Rest der Streitkräfte. Das hat zur Folge, dass wir strukturell im Bereich der Stabilisierungskräfte unterhalb der Ebene des Leitkommandos unmittelbar das Regiment haben – ohne eine Brigadeebene. Für die Einsatzplanung bei den Eingreifkräften bildet das Kommando SES gar die Ebene Leitkommando und Leitverband zusammen ab.

Wie geht die Einstzplanung konkret vonstatten? Zunächst ist es natürlich erforderlich, relevante Informationen durch Erkundungskommandos zu erhalten. Der Zentrale Sanitätsdienst beteiligt sich daher mit sanitätsdienstlich-operativer, aber auch mit präventiv- und veterinärmedizinischer Expertise an den Fact-Finding- und Site-Survey-Teams des EinsFüKdoBw. In Zusammenarbeit mit dem Sanitätsamt der Bundeswehr und unter Nutzung dessen Fähigkeit zur Medical Intelligence wird dann die Lage hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Risiken umfassend beurteilt. Anschließend erfolgt die Ausplanung der notwendigen Einsatzkräfte. Die Grundlage der sanitätsdienstlichen Planung ist der operative Faktor Zeit, denn die Planung rettungsmedizinischer Maßnahmen richtet sich nach den Erkenntnissen zur Überlebensfähigkeit Verwundeter.



Die „Rettungskette“: Erstversorgung eines Verwundeten, hier bei einer Übung

Das in Deutschland verbindliche „rettungsmedizinische Zeitfenster“ beträgt eine Stunde vom Unfallzeitpunkt bis zum Eintreffen im Krankenhaus. Auf Grund der hohen Überlebensquote bei fachärztlich-chirurgischer Hilfe innerhalb dieser ersten Stunde wird diese auch als „Goldene Stunde“ bezeichnet. Bei diesem ersten lebenserhaltenden chirurgischen Einsatz sprechen wir von „Damage Control Surgery“. Die zeitlichen Vorgaben setzen wir um in der Ausplanung der sogenannten „Rettungskette“. In dieser Kette wird ein abgestuftes System von rettungsmedizinischen, chirurgischen und weiteren fachärztlichen Fähigkeiten so zusammengestellt, dass es lage- und auftragsgerecht eben jene genannten Zeitfenster nicht

nur einhält, sondern wenn möglich unterbietet. Dabei verwenden wir Standard-Einsatz-Module, die aber sehr flexibel modular ergänzt und kombiniert werden können. Die Rettungskette endet auf der sogenannten Ebene 4, die immer hier in Deutschland in einem Bundeswehrkrankenhaus abgebildet ist, und in der der Patient abschließend bis zur Ausheilung versorgt wird.

Der Weg zurück nach Deutschland erfolgt im strategischen Verwundetentransport (STRATAIRMEDEVAC), dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Dabei ist ein Aspekt entscheidend: Der strategische Transport des Verwundeten in ein Bundeswehrkrankenhaus im Inland ist ein komplexer, mehrstufiger Prozess, von dem der eigentliche Flug zwar ein wesentlicher, aber eben nur ein Baustein ist. Von gleicher Bedeutung ist der meist landgebundene



Die „Rettungskette“ - Rettungszentrum

Transport zum Luftfahrzeug und später wieder von diesem zum Bundeswehrkrankenhaus. Der gesamte Prozess wird abhängig vom Gesundheitszustand des oder der Patienten bestimmt. Die Abstimmung, welches Rettungsmittel einzusetzen ist, ist somit eine primär medizinische Entscheidung. Auch die Frage, wohin der Flug gehen soll, wird durch

die sanitätsdienstliche Lagebeurteilung bestimmt. Daher war die grundsätzliche Entscheidung, für den Prozess des STRATAIRMEDEVAC das Sanitätsführungskommando und nicht das Luftwaffenführungskommando (federführend) zuständig zu machen, richtig [...]

Die Kräfte der verschiedenen Behandlungsebenen und des Verwundetentransports werden als fähigkeitsbezogenes Kräftedispositiv in einem Sanitätseinsatzverband zusammengefasst. Geführt wird dieser Verband von einem Kommandeur im Range eines Oberstarztes. Vielen mag es als etwas hypertroph (überzogen) erscheinen, einen Verband in Bataillonsgrößenordnung von einem Oberst führen zu lassen. Dieser Kommandeur hat aber über die Einsatzführung hinaus noch mehr „Hüte auf“: Er ist in der Regel zugleich der Leitende Sanitätsoffizier im Einsatz, d.h. der höchste fachdienstliche Vorgesetzte; und er ist gleichzeitig noch der Berater des Truppenführers in einem multinationalen Stab als sogenannter „Medical Advisor“. Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass angesichts dieser Bündelung von Zuständigkeiten die Aufgaben von einem Offizier im Dienstgrad Oberst mit größerer Durchsetzungskraft im multinationalen Bereich wahrgenommen werden können.

Aus dem fähigkeitsbezogenen Kräftedispositiv wird eine Dienstpostenliste erarbeitet, die aus den verschiedenen Truppenteilen und Einrichtungen des ZSanDstBw befüllt wird. Dabei versuchen wir natürlich auch, den Gedanken der „kleinen Kampfgemeinschaft“ zu berücksichtigen. Mit dem Konzept des Leitverbandes haben wir auch einen Kern für den Einsatztruppenteil. Dennoch kann aus der vorhin dargestellten Doppelaufgabe der Inlands- und der Einsatzversorgung eine Mischung der Verbände häufig nicht vermieden werden. Wir haben dabei einen Standardeinsatzzyklus entworfen, der zum einen garantieren soll, dass jeder Soldat seine Einplanung spätestens sechs Monate vor Einsatzbeginn erhält. Zweitens soll sichergestellt werden, dass insbesondere die Führer auch detailliert eingewiesen und im Rahmen der Einsatzauswertung die wesentlichen Erkenntnisse direkt aus erster Hand an das SanFüKdo gegeben werden, um den Lessons-learned-Prozess schnell und zielgerichtet einzuleiten.

Für die Stand-by-Dispositive der Eingreifkräfte im Rahmen der NATO Response Force (NRF) und der EU Battle Groups (EU BG) sind die Vorbereitungen noch umfangreicher. Daher beginnt hier der Planungsprozess auf der Ebene SanFüKdo bereits 24 Monate vor Beginn der Stand-by-Phase. Dieses Verfahren gewährleistet eine umfassende Ausbildungs- und Übungstätigkeit, allerdings werden Kräfte und Mittel auch über einen langen Zeitraum gebunden. Mit der häufigen Übernahme der Funktion der „Lead Nation“ für den Sanitätsdienst der NRF und der EU Battle Group haben wir unseren Anspruch unterstrichen, einen der leistungsfähigsten Sanitätsdienste im Bündnis und in der EU zu stellen.

Analog zum Personal wird auch das Material zwar aus Standardpaketen entnommen, aber dennoch auf den Einsatz „maßgeschneidert“. Ein Erkundungs- und Planungstool hilft uns dabei, die oftmals komplexe Planung der sanitätsdienstlichen Einrichtungen schnell und zuverlässig zu leisten.

Die Leistung des Sanitätsdienstes im Einsatz – das Beispiel Afghanistan

Es muss betont werden, dass der Sanitätsdienst schon seit 1960 über Erfahrung in Aus-landseinsätzen verfügt. Durch ein – im Grund genommen – Kontinuum von akkumulierter Erfahrung war es deshalb auch möglich, die nach 1995 zunehmenden Verpflichtungen angemessen wahrzunehmen. Hervorzuheben ist aus dieser Vielzahl an Einsätzen der humanitäre Hilfeinsatz in Südostasien im Zusammenhang mit der Tsunami-Flutkatastrophe. Dieser Einsatz wurde in der Anfangsphase vom Sanitätsführungskommando aus geplant und geführt. Darüber hinaus war der deutsche Kontingentführer im Einsatz erstmals ein Sanitätsoffizier.

Der Schwerpunkt des deutschen Einsatzengagements, folglich auch der des Sanitätsdienstes liegt derzeit in Afghanistan, und zwar im Regionalkommando Nord. Wie sieht dort der Sanitätsdienst im Einzelnen aus? Wir haben unseren Schwerpunkt analog zu der zu versorgenden Truppe in MASAR-E-SHARIF, wo wir ein Einsatzlazarett der Ebene 3 betreiben, das in etwa die Funktionalitäten eines Kreiskrankenhauses erfüllt. Teilweise gehen die Fähigkeiten sogar noch über diese hinaus: So verfügt das Einsatzlazarett z.B. über eine Oralchirurgie, die im zivilen Krankenhaus nicht anzutreffen ist. Das Lazarett ist in einem festen Gebäude untergebracht und verfügt über eine materielle Ausstattung, die in Afghanistan in dieser Qualität kein zweites Mal vorhanden ist, auch nicht bei unseren Verbündeten. Natürlich haben wir dort, wie in jedem anderen Standort auch, Fahrzeuge zur Verwundetenrettung und zum Verwundeten-



Die „Rettungskette“: Luftrettung

transport. Zur Luftrettung setzten wir in Afghanistan den Hubschrauber CH-53 ein. Weiterhin werden so genannte Rettungszentren der Ebene 2 in den PRTs KUNDUZ und FEYZABAD betrieben. Diese sind erforderlich, um die

„Goldene Stunde“ auch gesichert einhalten zu können. Kann der Patient nicht zum Chirurgen kommen, muss eben der Chirurg zum Patienten kommen. Eine derartige Fähigkeitsorientierung hat natürlich zur Folge, dass der Sanitätsdienst quantitativ überproportionalen Anteil an der Gesamteinsatzstärke hat. So betrug in der Aufbauphase des Standortes FEYZABAD der Anteil des Sanitätsdienstes ca. 20 Prozent des Gesamtumfanges.

Wie sieht nun die Rettungskette in Afghanistan aus? Betrachten wir einen Anschlag auf eine Patrouille des PRT KUNDUZ, wie er erst vor ein paar Wochen stattfand. Die Patrouille wird grundsätzlich von einem beweglichen Arzttrupp begleitet, der auf Grund seiner rettungsmedizinischen Kompetenz und seiner erweiterten Ausstattung die sogenannte Ebene 1 abbildet. Der durch den Anschlag Verwundete kann so umgehend rettungsmedizinisch versorgt, stabilisiert und transportiert werden. Ist auf Grund der Entfernung zum Rettungszentrum und der Schwere der Verwundung eine Luftrettung erforderlich, so kann diese umgehend aus MASAR-E-SHARIF angefordert werden. Im Rettungszentrum KUNDUZ wird der Patient dann von einem Chirurgenteam versorgt. Ist jetzt noch eine fachärztliche Behandlung nötig, kann diese im Einsatzlazarett in MASAR-E-SHARIF oder aber unmittelbar nach strategischem Verwundeten-

port im Bundeswehrkrankenhaus in Deutschland stattfinden. Somit gewährleistet die Rettungskette auch eine entscheidende Flexibilität, die den lageangepassten Einsatz der Kräfte erst zum Erfolg führt. Zentral für die Verwundetensteuerung ist das sogenannte „Rescue Coordination Centre“(RCC).⁴ Es steuert den Einsatz aller Verwundetenransportmittel zentral aus einer Hand – ein Konzept, das zunehmend auch von unseren Partnern übernommen wird.

Wie sind nun die Leistungen des Sanitätsdienstes im Einsatz zu bewerten? Die Nagelprobe für den Sanitätsdienst im Einsatz ist der Massenansturm von Verwundeten, der sogenannte MASCAL. Die Definition des Massenansturms ist einfach: es sind so viele Verwundete, dass die zunächst verfügbaren Kräfte und Mittel zur Versorgung und zum Transport nicht ausreichen. MASCAL ist daher vor allem eine Führungsaufgabe. Der Zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr hat – insbesondere auch durch das gute Zusammenspiel mit unseren Partnern – bewiesen, dass er den hohen Ansprüchen und Erwartungen selbst unter solchen extremen Lagen umfassend gerecht wird. Für die Truppe wurde und wird deutlich: Sie kann sich auf ihren Sanitätsdienst verlassen.

Die Luftwaffe pflegt zu sagen: „Flexibility is the key to air power.“ Das stimmt, aber Flexibilität ist auch etwas, was dem Sanitätsdienst umfassend abverlangt wird. So unterstützte der Sanitätsdienst unlängst im Westen des Verantwortungsbereichs des RC NORTH mit einem verminderten Luftlandrettungszentrum leicht. Vom Vorbefehl bis zur Verlegung vergingen nur sechs Tage; das beeindruckte selbst die kritische Stabsabteilung Fü S V des BMVg. Auch solche kurzfristigen Unterstützungsleistungen müssen mit der oben beschriebenen gleichen Ergebnisqualität sichergestellt werden – ein hoher Anspruch an die (Vor)Planung, aber insbesondere auch an die Flexibilität und Professionalität des Personals.

Zusammenfassung

Der Zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr versteht sich als ein integraler Bestandteil der Streitkräfte. Die sanitätsdienstliche Versorgung sicherzustellen im Inland wie im Einsatz weltweit, unter allen Rahmenbedingungen, und das mit der Qualität der medizinischen Versorgung in Deutschland. Das ist unser Auftrag, das ist unsere Verpflichtung, das ist unser Selbstverständnis, das ist unser Ethos.

In der Zukunft sehen wir den Sanitätsdienst aber nicht nur in der Rolle des reinen Force enabler. Vielmehr verfügt der Sanitätsdienst über weitergehende Fähigkeiten, die im Sinne von Effect Based Approach Operations eingesetzt werden können.

Als Bestandteil diplomatischer Initiativen, z.B. bei der Behandlung von VIPs im Einsatzland, kann er dazu beitragen, politisch Zeichen zu setzen und Regierungen zu unterstützen. Durch seine hohe Visibilität und Anerkennung im Einsatzland bei der Versorgung der Bevölkerung trägt er wesentlich zur Kampagne des Gewinnens der „Hearts and Minds“ bei. Selbst auf dem Feld des Wiederaufbaus kann der Sanitätsdienst Beiträge leisten, beispielsweise durch die Mithilfe beim Aufbau eines Gesundheitswesens im Einsatzland. Diese Erweiterung des Auftrages wird Auswirkungen bis auf das Selbstverständnis des einzelnen Sanitäters haben: Er kann sich nicht mehr ausschließlich als Helfer zur Versorgung seiner Kameraden und

Die sanitätsdienstliche Versorgung sicherzustellen im Inland wie im Einsatz weltweit, unter allen Rahmenbedingungen, und das mit der Qualität der medizinischen Versorgung in Deutschland. Das ist unser Auftrag, das ist unsere Verpflichtung, das ist unser Selbstverständnis, das ist unser Ethos.

ggf. notleidender Zivilbevölkerung sehen, sondern eher als Bestandteil der Operationsplanung, der im Einsatzland Wirkungen oder Effekte erzeugen soll und kann, die auch außerhalb seines traditionellen, rein sanitätsdienstlichen Auftrages liegen.

Somit wird offensichtlich, dass der Grundsatz der Transformation der Bundeswehr, nämlich ein Kontinuum von Veränderung darzustellen, auch für den Sanitätsdienst gilt. Scharnhorst schrieb einmal: „Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren.“ In diesem Sinne versucht der Zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr, sehr konservativ zu sein.

Zum Autor: Oberstarzt Dr. med. Ulrich Baumgärtner ist Sanitätsstabsoffizier (Arzt) und Abteilungsleiter G3 im Sanitätsführungskommando in Koblenz

Anmerkungen:

- 1 Der vorliegende Aufsatz ist die an einigen Stellen gekürzte Fassung des während des Forums 2007 gehaltenen Vortrags.
- 2 H. Zinsser, in: Rats, Lice and History, S. 135.
- 3 HDv 100/100 vom September 1987, Ziffer 603
- 4 Köhler, Horst: Rede bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn, 10.10.2005

Weitere Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft

Beiträge zu Sicherheitspolitik, Strategie und Streitkräften

Vom jüngsten Wandel des Chamäleons Krieg*

Professor Dr. Herfried Münkler

Für Klaus Hildebrand zum 65. Geburtstag

I.

Es besteht wohl kein Zweifel, dass sich das, was wir als Krieg bezeichnen, in den letzten zwei, drei Jahrzehnten erheblich verändert hat. Die Übergänge zwischen Krieg, kriegerischem Konflikt, organisierter Gewalt und internationaler Kriminalität sind fließend geworden. Nicht dass es früher immer und überall messerscharfe Trennungen gegeben hätte – aber die jeweilige Zuordnung ist doch erheblich leichter gefallen.

Als Ausgangspunkt der nachfolgenden Überlegungen soll die Hypothese dienen, dass ein Wandel des Krieges stattgefunden hat, in dessen Folge nicht nur unsere herkömmlichen Vorstellungen, sondern auch die klassische Begrifflichkeit des Krieges ihre ordnende Kraft verloren haben. Das aber ist nicht bloß für die Wissenschaft ein Problem, sondern auch politisch gefährlich, weil an der analytischen Kraft von Begriffen nicht nur die Ordnung der Wissenschaft, sondern auch die Beurteilung von Situationen sowie die Reaktion auf entsprechende Herausforderungen hängen. Die aus der neuen Unübersichtlichkeit erwachsenden Probleme betreffen also keineswegs nur die Wissenschaft, sondern auch die Politik.

Nun gibt es von Seiten der Wissenschaft unterschiedliche Reaktionen auf eine solche Konfusion:

- Entweder man vermehrt die Bezeichnungen für Krieg, bis es schließlich zu einer regelrechten Bindestrich- und Attributinflation kommt. Daraus entsteht die Tendenz, dass jeder Krieg seine eigene kategoriale Bezeichnung erhält. Damit ist freilich nichts gewonnen: Unter dem Anschein wissenschaftlicher Präzision wird nur die Konfusion bzw. Unübersichtlichkeit gesteigert.
- Oder die veränderten Konstellationen werden begrifflich neu geordnet, um sie überschaubar zu machen und auf diese Weise die Beurteilungs-

wie Handlungsfähigkeit von Wissenschaft und Politik wieder herzustellen. Letzteres ist der anspruchsvollere Weg, denn er ist, wie nicht anders zu erwarten, mit einer Reihe von Kontroversen gepflastert.¹ Solche Kontroversen sind jedoch das Lebenselixier des wissenschaftlichen Betriebs. Es wäre darum ganz falsch, sie zu meiden oder nicht zu suchen.

II.

Vergewissern wir uns zunächst noch einmal dessen, was man als die „neuen Kriege“ bezeichnen kann.² Ich schlage vor, drei Typen von Kriegen zu unterscheiden, wobei ich davon ausgehe, dass diese drei Typen das Kriegsgeschehen der nächsten Jahrzehnte bestimmen werden.

1. Transnationale Kriege an den Rändern der Wohlstandszonen; es handelt sich dabei weder um Staaten- noch Bürgerkriege in Reinform, sondern um eine Vermischung von beidem; häufig geht es in diesen Kriegen um die Kontrolle von Ressourcen oder um Renten, die aus der Verfügung über Bodenschätze bezogen werden. Es ist nicht die Armut, die solche Kriege auslöst, sondern die Aussicht auf gewaltige Gewinne. Der Schlüssel zur Analyse dieser Kriege ist die Ökonomie. Durch das Andocken der Kriegsökonomien an die Kanäle der Schattenglobalisierung finanzieren sich diese Kriege selbst. Bei der Einspeisung von Rauschgift, Diamanten, tropischen Edelhölzern, Koltan oder was auch immer kooperieren die Kriegsparteien mit der international organisierten Kriminalität. Beispiele dafür sind die Kriege in Westafrika (Liberia, Sierra Leone); der (inzwischen wohl zu Ende gegangene) Krieg in und um Angola; der Krieg an den afrikanischen großen Seen mit Ruanda und Kongo als Schwerpunkt; der Krieg in und um Somalia; der Krieg in Darfur mit Ausweitung auf den Tschad; selbstverständlich der Afghanistankrieg, usw. An diesen Kriegen sind Staaten, aber auch klassische Bürgerkriegsfraktionen beteiligt, vor allem aber Kriegsunternehmer (Warlords) sowie transnationale Netzwerke, die über die Verbindung zu Diasporagemeinden immer wieder Geld, Menschen und Legitimität in den Konflikt pumpen. Es handelt sich um Kriege, die nicht enden wollen. In ihnen ist die Kommerzialisierung kriegerischer Gewalt am deutlichsten ausgeprägt.

2. Abrüstungskriege und Pazifizierungsinterventionen; zu ihnen zählen die Intervention im Kosovo, vor allem aber die beiden Golfkriege von 1991 und 2003. Es

geht dabei häufig um Regionen, die weltwirtschaftlich von herausragender Bedeutung sind. Der Gewaltherd kann in diesem Falle nicht links liegen gelassen werden. Ziel der Intervention ist die Pazifizierung des Raumes und seine Reintegration in die Weltwirtschaft. Dazu kann auch ein Regimewechsel zählen, von dem man sich positive Effekte für die Gesamtregion verspricht. Wenn eine solche Intervention scheitert, schlägt der Konflikt in einen lange währenden transnationalen Krieg um. Das kann seit einiger Zeit am Irak beobachtet werden. Ein solcher Krieg scheitert, wenn das westliche Angebot, Gewaltverzicht mit Prosperitätstransfer zu begleichen, von einer der maßgeblichen Kriegsparteien nicht angenommen wird oder aus anderen Gründen nicht funktioniert. Letzten Endes ist der Erfolg der Pazifizierungsinterventionen auf diese Form von Gewaltabkauf angewiesen, da es die Kräfte der Interventen übersteigt, den Gegner in einem lange währenden Krieg niederzuringen.

3. Verwüstungskriege in Form terroristischer Attacken auf die zivile Infrastruktur moderner Gesellschaften, vor allem aber auf die labile Psyche ihrer Bevölkerung. Sie sind das unmittelbare Pendant zu den Abrüstungs- und Pazifizierungsinterventionen, die aus den Zentren heraus in der Peripherie unternommen werden. Sollen diese Interventionen den Weg zu wirtschaftlicher Prosperität bahnen, so zielt der als Verwüstungskrieg zu begreifende Terrorismus auf die Prosperität der OECD-Welt. Die Anschläge vom 11. 9. waren der vorläufige Höhepunkt dessen: Nicht die militärische Wehrlosmachung des Gegners ist hier das Ziel, sondern seine psychologische und ökonomische Ermattung. Man kann den (neuen) transnationalen Terrorismus deswegen als eine Variante des Ermattungskrieges begreifen.

III.

Dem ließe sich noch mancherlei hinzufügen. Ich möchte es jedoch mit dieser Kurzcharakterisierung der drei Typen neuer Kriege bewenden lassen. Ohnehin ist die Beschreibung der verschiedenen Kriege bereits mit Begriffen unterlegt, wenn von transnationalen, von Pazifizierungs- und von Verwüstungs- bzw. Ermattungskriegen die Rede ist. Betrachten wir also zunächst die begriffliche Arbeit an der diffusen Phänomenalität des Geschehens. Clausewitz hat den Krieg als „ein wahres Chamäleon“ bezeichnet.³ Damit wollte er herausstellen, dass sich der Krieg immer wieder aufs Neue seiner Umgebung anpasst. Heißt: Wer die Veränderungen des Krieges erklären will, muss bei den Veränderungen seiner Umgebung, seiner Rahmenbedingungen beginnen. Damit aber verlassen wir die Nahperspektive auf das blutige Geschehen und seine Opfer und betrachten die politischen und wirtschaftlichen Kräfte sowie die kulturellen Faktoren, die zu diesem Geschehen

führen und es strukturieren. Für Clausewitz selbst führte der Blick auf die Rahmenbedingungen, die Umwelt des Krieges zur Beschäftigung mit den Ergebnissen der Französischen Revolution.⁴ Sie hat das Kriegsgeschehen entscheidend verändert. Das ist die Perspektive, mit der Scharnhorst und sein Schüler Clausewitz an das Geschehen herangetreten sind: Statt eines Heeres wird nun ein ganzes Volk in die Waagschale des Krieges geworfen, schreibt Clausewitz. Das hat die alte Kriegskunst der Kabinette zertrümmert. Die Kräfte, die nun aufgeboten werden müssen, sind sehr viel größer als in der Zeit der Kabinette. Aber: der Krieg bleibt ein politisches Instrument, und er läuft weiterhin auf ein Messen der moralischen und physischen Kräfte mit Hilfe der letzteren hinaus. Daran hat sich, so Clausewitz, auch unter dem Einfluss der Revolution nichts geändert.

IV.

Auch nach der Französischen Revolution ist in Europa der Staatenkrieg dominant geblieben, wenngleich ihm in Form der Volksbewaffnung neue Energien zugeführt worden sind. Durch die im Wiener Kongress vorgenommene politische Neuordnung des Kontinents sind die zentralen Trennlinien zwischen Staaten- und Bürgerkrieg, Großem und Kleinem Krieg wieder hergestellt worden. Der Wiener Kongress läuft also auf eine Wiederherstellung dessen hinaus, was man die Westfälische Ordnung genannt hat: ein politisches System, in dem das Politische wesentlich verstaatlicht war, der Staat also als der Monopolist des Politischen agierte. Damit war die Durchsetzung des Staates als allein kriegführungsfähiger Akteur verbunden. Alle Konkurrenten um die Kriegführungsfähigkeit sind damit verschwunden: die feudalen Ritter, die städtischen Milizen, die Söldnerheere der Condottieri. Die politikgeschichtliche Wasserscheide ist das Jahr 1648, also der Westfälische Friede, der nicht bloß den Dreißigjährigen Krieg beendete, sondern auch eine neue politische Ordnung in Europa völkerrechtlich festschrieb: die der Staaten, genauer: der institutionellen Flächenstaaten, die einen spezifischen Typus der Verkörperung des Politischen darstellen.

Aber diese politisch-juridische Wende hatte materielle Voraussetzungen, die kaum zu überschätzen sind, und in deren Mittelpunkt steht die dramatische Verteuerung des Krieges, infolge der militärischen Revolution der Frühen Neuzeit.⁵ Dadurch scheiden immer mehr zuvor selbständig handlungsfähige Akteure aus dem Kriegsgeschehen aus. Ausgangspunkt dieser Verteuerung ist die Kanone, die aufgrund einiger technologischer Innovationen zu Beginn des 16. Jahrhunderts größere Einsetzbarkeit erlangt. Kanonen sind freilich teuer, handelt es sich bei ihnen doch um wahre Kunstwerke. Noch teurer aber sind die Effekte, die sie verursachen, denn von nun an sind die Befestigungen der Burgen und Städte,

deren Verteidigungswert proportional zu ihrer Höhe wuchs, mit einem Schlag entwertet. Sie werden durch beschussresistente Defensionsanlagen abgelöst, die sehr viel komplexer sind als zinnenbewehrte Mauern mit einem Wehrgang. An die Stelle der hochragenden Mauern treten Wälle und tief gestaffelte Systeme. Vor allem brauchen sie eine größere Besatzung und mehr Spezialisten, was heißt: Ihre Verteidigung ist erheblich teurer als die der Burg- und Stadtmauern, die ein multifunktionales und insofern kostengünstiges Verteidigungssystem dargestellt haben. Der Niedergang des Rittertums wie der selbständigen Bürgerschaft vollzieht sich parallel zu diesen Veränderungen.

Aber die Effekte des militärischen Großgeräts Kanone bleiben nicht auf den Belagerungskrieg beschränkt; die Kanone revolutioniert auch die Feldschlacht, insofern sie die tiefgestaffelten „Haufen“ der Landsknechtsheere als taktische Formation wertlos macht. Diese erwiesen sich bei direktem Beschuss als hochgradig verletzlich und mussten in langgezogene Linien mit geringer Tiefe verwandelt werden, um die Einwirkung von Kanonenbeschuss zu vermindern. Die neue Lineartaktik aber lässt sich nicht mit eilig zusammengeworbenen Söldnern, sondern nur mit lange exerzierten Berufssoldaten anwenden. Kriegführung mit „just in time“ aufgestellten Truppen ist nicht mehr möglich, und auch das verteuert Krieg und Kriegführungsfähigkeit erheblich. Die langgezogenen Infanterielinien, die die Besusseinwirkung verringern, sind für Kavallerieattacken anfällig und müssen darum ihrerseits durch Kavallerie geschützt werden. Wer Krieg führen will, braucht somit alle drei Waffengattungen, und das macht den Krieg noch einmal teurer. Schon bald ist nur noch der Staat zur Führung von Kriegen fähig, weil er diese über Steuern und Kredite finanziert und mit ihnen nicht die Erwartung eines kurzfristigen kommerziellen Gewinns verbindet, wie dies bei den Söldnern und Condottieri der Fall war.

Der Krieg bzw. die Herstellung von Verteidigungsfähigkeit wurde zum Beschleuniger technologischer Entwicklungen. Das gilt vor allem für die Zeit seit der industriellen Revolution.

Diese Verteuerungsspirale hat, solange die Staaten die Monopolisten des Krieges blieben, nie geendet: Es folgten immer neue Rüstungsspiralen aufeinander, immer neues Großgerät wurde erfunden, erprobt und eingeführt, immer neue Sphären wurden für die Kriegführung erschlossen, etwa in der Militarisierung des Luft- und schließlich des Weltraums. Der Krieg bzw. die Herstellung von Verteidigungsfähigkeit wurde zum Beschleuniger technologischer Entwicklungen. Das gilt vor allem für die Zeit seit der industriellen Revolution.

Die immer größere Zerstörungskraft der Waffensysteme, gleichzeitig die wachsende Verletzlichkeit von Industriegesellschaften führten schließlich dazu, dass nicht mehr einzelne Staaten, sondern nur noch Bündnisse von Staaten kriegsführungsfähig waren. Unter diesen Umständen entwickelte sich, nicht zuletzt gestützt auf die permanente Verteuerung von Krieg und Kriegsvorbereitung, die Erwartung eines stabilen und dauerhaften Friedens. Auch in Immanuel Kants Friedensschrift spielt der Umstand, dass Krieg mehr kostet als er im besten Fall einbringt, die entscheidende Rolle. Der rechenhafte Geist der Bürger stellt sich gegen die spielerische Ehrbegier des Adels. Mit der Republikanisierung der politischen Ordnung setzen sich die Bürger gegen den Adel durch, usw.

Entscheidend ist dabei jedoch, dass der Staat der Monopolist des Politischen und der einzig kriegsführungsfähige Akteur bleibt. Das ist in vielen hoffnungsvollen Erwartungen der letzten Jahre übersehen worden: dass die Rechnung auf die Unattraktivität des Krieges nur so lange aufgeht, wie die Staaten die Monopolisten des Krieges sind und Kosten, Verluste und Gewinne in einer Gesamtrechnung zu Buche schlagen. Wo Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden können, wie das bei den Warlords der neuen Kriege der Fall ist, gewinnt der Krieg wieder an ökonomischer Attraktivität. Der Krieg kann den Krieg wieder selbst ernähren, um die Formel aus dem Dreißigjährigen Krieg aufzugreifen. In der Gestalt des Staates war das Politische obendrein in eine Kombination von erhöhter (auch militärischer) Handlungsfähigkeit mit erhöhter Verletzbarkeit gebracht worden, die für die Berechenbarkeit der Akteure sorgte. Territorium, Bevölkerung, Souveränität – diese Grundelemente des Staates sorgen für klare und eindeutige Verantwortlichkeiten. Das gilt nicht für Netzwerke, wie etwa die christlichen Ritterorden. Auch nicht für Kaufmannsbünde, wie die Hanse. Sie alle mussten dem politischen Gesamtmonopolisten Staat unterworfen werden.

Erst die Gleichgestaltigkeit der politischen Akteure ermöglicht Symmetrie. Auf sie gründet sich Reziprozität: Was einer von ihnen einem anderen antun kann, kann der ihm seinerseits antun. Auf der Grundlage einer Reziprozität ermöglichenden Symmetrie entwickelte sich nicht nur das Ethos der Ritterlichkeit, sondern auch die Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts, bis hin zur Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen. Nicht nur die Art des Krieges, sondern auch die Form seiner Regulierung hängt an Voraussetzungen, die alles andere als selbstverständlich sind.

V.

Der symmetrische Krieg zwischen den Staaten,⁶ in dem die Kriegsgewalt politischen und nicht kommerziellen Direktiven folgte, schloss ein, dass es zu einer bis dahin unvorstellbaren Eskalation der Gewalt kam, vor allem dort, wo der Krieg nach dem Grundsatz der Konzentration der Kräfte in Raum und Zeit geführt wurde. Der Staatenkrieg zielte, jedenfalls dann, wenn er zu Lande geführt wurde, auf die Entscheidung auf dem Schlachtfeld. Das Schlachtfeld wurde in der Westfälischen Ordnung zum Inbegriff des Krieges. Dort tobte sich die konzentrierte Gewalt aus, während sie sich gleichzeitig von einem diffusen Einwirken auf die Gesellschaft zurückzog.

Dabei haben die Französische Revolution und die an sie anschließende Verbindung des Staatsprinzips mit der Nationsidee zu einer Erhöhung der Gewaltintensität durch die Mobilisierung einer breiten Opferbereitschaft der Bevölkerung beigetragen. Die Revolution hat die Gesellschaften heroisiert; wer dem nicht folgen konnte oder wollte, verlor seine kriegerische Handlungsfähigkeit. Die Symmetrie des Krieges blieb jedoch solange gewahrt, wie die Synchronität von technologischen Innovationen und gesteigerter Opferbereitschaft gewahrt blieb. Asymmetrien entstehen dort, wo beides asynchron verläuft, technologische Innovationen mangelnde Opferbereitschaft wettmachen sollen oder erhöhte Opferbereitschaft technologische Defizite kompensieren muss, und dies auch noch von Akteuren vorangetrieben wird, die nicht die gleiche politische Gestalt haben, also unterschiedlichen Rationalitäten folgen, weil sie nicht denselben Risiken unterliegen, nicht dieselbe Verletzlichkeit haben, usw. Das ist die Situation der heutigen Welt, die durch große Asymmetrien geprägt ist – von der strategischen Kreativität über die politische Rationalität bis zur völkerrechtlichen Legitimität. Doch zurück zu den heroischen Gesellschaften Europas zwischen 1789 und 1918. In ihnen war die Vorstellung des rettenden Opfers zur gesellschaftlichen Leitidee avanciert. Aber die Dynamik des Heroischen war staatlich domestiziert. Als sie im Ersten Weltkrieg in Verbindung mit der Erosion der Grenzlinie zwischen Staaten- und Bürgerkrieg aus dieser Domestikation ausbrach, wurde das zur „Urkatastrophe“ Europas. Heroische Gesellschaften haben, wo sie auf engstem Raum versammelt sind, eine ausgeprägte Neigung zur Selbsterstörung. Sie mobilisieren eine ungeheure Kraftanspannung ihrer Bürger, aber sie sind kaum in der Lage, diese in Zaum zu halten.

Die Staaten sind nicht länger die alleinigen Herren des Krieges. Neue Akteure drängen herein, die eine andere Gestalt als die Staaten haben und anderen Rationalitäten folgen. Kurzum: das Ende des staatlichen Monopols auf Kriegsführungsfähigkeit ist auch das Ende des symmetrischen Krieges.

Doch der Erste Weltkrieg bzw. das Jahr 1918 stellen noch in anderer Hinsicht eine politische Wasserscheide dar, die der von 1648 korrespondiert: Die Separierung zwischen Staaten- und Bürgerkrieg, die eine der Grundlagen der Westfälischen Ordnung darstellte, wurde porös. Man kann sagen: Der Erste Weltkrieg begann als klassischer Staatenkrieg und endete, zumindest in Mittel- und Osteuropa, als Bürgerkrieg. Dem Zusammenspiel von Ludendorff und Lenin kam dabei eine zentrale Bedeutung zu. Damit war eine Trennlinie durchbrochen, die 1648 errichtet und 1815 auf dem Wiener Kongress erneuert worden war. An ihrer Wiedererrichtung scheiterten die Pariser Vorortverträge.

VI.

Man kann das Begriffspaar von Staaten- und Bürgerkrieg als eine binäre Codierung des Kriegsgeschehens bezeichnen: Was nicht Staatenkrieg ist, ist demnach

*Die Auflösung der
Grenzziehung zwischen
Staaten- und Bürger-
krieg ist in den neuen
transnationalen Kriegen
zur Regel geworden.
Parallel dazu stellt der
klassische Staatenkrieg
ein historisches Auslauf-
modell dar.*

Bürgerkrieg. Während aber der Begriff des Staatenkrieges sehr genau gefasst ist, ist der Bürgerkriegsbegriff definitiv unterbestimmt. Er ist die Sammelbezeichnung für alles, was nicht eindeutig als Staatenkrieg zu klassifizieren ist. Es handelt sich somit um einen unpräzisen Sammelbegriff, der die begrifflich abgesicherte politische Ordnung nur so lange nicht gefährdet, wie das in ihm Zusammengefasste nicht in die Wirklichkeit tritt, sondern im Begriff gebannt bleibt. Demgemäß konzentrierte sich die Entwicklung des Kriegsrechts mit seinen Geboten und Verboten auf die Entwicklung des Staatenkriegs, zumal man es hier mit auf Dauer gestellten Politikakteuren

zu tun hatte, während in Bürgerkriegen die unterschiedlichsten Akteure eine Rolle spielten. Bürgerkriege wurden in der Westfälischen Ordnung zum Inbegriff des Ordnungsverlusts und der Abwesenheit aller Normen und Regeln. Für sie galt, was für Staatenkriege gerade nicht gelten sollte: *Inter arma silent leges*. Nur wo der Bürgerkrieg als ein Element der Beschleunigung des geschichtlichen Fortschritts begriffen wurde, bekam er eine politische Ordnungsfunktion; er hieß dann Revolution. Durch den Einbezug von teleologisch gerichteter Zeit konnte er zum Versprechen zukünftiger Ordnungsgewinne werden – freilich nur bei denen, die an diesen Ordnungsgewinn glaubten oder von ihm zu profitieren hofften. Auf dieser Basis konnte es nicht zur Herausbildung einer Reziprozität kommen, die eine unverzichtbare Voraussetzung für die Normierung und Regulierung der Gewaltanwendung ist. Die Auflösung der Grenzziehung zwischen Staaten- und Bürgerkrieg ist in den neuen transnationalen Kriegen zur Regel geworden. Parallel dazu stellt der klassische Staatenkrieg ein historisches Auslaufmodell dar. Man muss ihm sichtlich nicht nachtrauern. Aber er hatte den Vorteil, dass man wuss-

te, wie man ihn vermeiden, verhindern, jedenfalls bändigen konnte. Das ist bei den neuen transnationalen Kriegen nicht der Fall. Wer hier begriffliche Ordnung schaffen will, muss an dem ansetzen, was früher Bürgerkrieg hieß. Er muss also gleichsam den alten Papierkorb durchwühlen, in dem all das gelandet war, was der Klassifikation als Staatenkrieg nicht genügt hatte.

VII.

Grundlage der begrifflichen Konfusion, mit der wir es seit geraumer Zeit zu tun haben, ist die Erschöpfung jener Entwicklungsdynamik, die der Verstaatlichung des Kriegsgeschehens zugrunde gelegen hat und die im Westfälischen System „in Ordnung“ gebracht worden ist. Die permanente Verteuerung bei der Herstellung von Kriegsführungsfähigkeit war nicht zuletzt eine Folge der Amalgamierung von Krieg und technologischer Entwicklung. Weil der klassische Staatenkrieg immer auch eine technologische Innovationsagentur war, wurde er teurer und teurer. Vergleichbares hat für den Bürgerkrieg nie gegolten: Er hatte und hat keine dem Staatenkrieg vergleichbaren Rüstungsanstrengungen zur Voraussetzung; in der Regel genügte, dass man Kleinwaffen zur Verfügung hatte. Das Dominantwerden des Bürgerkriegs verbindet sich mit einer Entwicklung, die so von der Friedens- und Konfliktforschung nicht oder nur unzureichend antizipiert worden ist: die Verbilligung von Kriegsführungsfähigkeit, die Rekommerzialisierung organisierter Gewalt, und damit verbunden eine dramatische Absenkung der Eintrittsschwellen zur Kriegsführungsfähigkeit.

Was sich abzeichnet ist vielmehr die Konfrontation postheroischer Gesellschaften mit heroischen Gemeinschaften, die keinen großen Krieg, aber einen Zustand permanenter Unsicherheit hervorbringen wird.

Die Staaten sind nicht länger die alleinigen Herren des Krieges. Neue Akteure drängen herein, die eine andere Gestalt als die Staaten haben und anderen Rationalitäten folgen. Kurzum: das Ende des staatlichen Monopols auf Kriegsführungsfähigkeit ist auch das Ende des symmetrischen Krieges. Dass der in dieser Weise nur für innereuropäische Kriege bestimmend war und in außereuropäischen Kriegen fast immer Asymmetrie vorherrschte, sei gerne zugestanden. Es ist ein häufig vorgebrachtes Argument gegen das Theorem der „neuen Kriege“, das aber nicht leistet, was die, die es vorbringen, von ihm erwarten: Die Vorstellung von einer stabilen Weltordnung beruhte nämlich auf der generalisierten Erwartung, dass sich das Symmetriemodell in globalem Rahmen durchsetzen werde und auf dieser Grundlage eine dauerhafte Weltfriedensordnung errichtet werden könne. Deswegen werden von vielen, die an ihren alten Erwartungen festhalten und sich auf Neues nicht einstellen wollen, die neuen Kriege auch als Staatsbildungskriege

bezeichnet. Tatsächlich handelt es sich bei den neuen Kriegen jedoch um Staatszerfallskriege.

VIII.

Der Eintritt nichtstaatlicher Akteure in das normlogisch wie faktisch relevante Kriegsgeschehen hat eine Fülle von Effekten, von denen hier nur die wichtigsten herausgestellt werden können.

1. Die Rekommerzialisierung des Krieges in Verbindung mit dem vermehrten Auftreten substaatlicher und quasi-privater Akteure. Dabei handelt es sich einerseits um die Warlords, die den Krieg zu einem Geschäft und einer Form des Lebensunterhalts gemacht haben und für die der während des Dreißigjährigen Krieges geläufige Satz gilt, dass der Krieg den Krieg ernähren müsse. Zu ihnen zählen in wachsendem Maße aber auch die Private Military Companies (PMCs),⁷ ohne die inzwischen selbst Akteure wie die USA nicht mehr handlungsfähig sind. Sie haben in den letzten Jahren von beständig steigenden Umsätzen profitiert, und es bleibt vorläufig abzuwarten, ob sich dies nach dem Ende des Irakkriegs wieder ändert. In jedem Fall ist es zu einem „Outsourcing“ bei der Sicherheitsgenerierung gekommen, das sich zur Zeit noch harmlos als Verbesserung der Kostenstruktur darstellt, das aber schon bald politische Effekte zeitigen wird, die weitreichende Folgen haben dürften.

2. Die Asymmetrierung des Kriegsgeschehens führt durch die Verbindung mit der Entterritorialisierung einiger Akteure zu einer Asymmetrierung von strategischer Kreativität, politischer Rationalität und völkerrechtlicher Legitimität. Die Folge dessen ist das Unmöglichwerden stabiler Abschreckungs-, aber auch Verhandlungs- und Vertragssysteme. Das Misstrauen, das bekanntlich ein nicht nur störendes, sondern auch hilfreiches Element der Politik ist, kann unter diesen Umständen nicht mehr ordnungskonstitutiv wirken. Das führt zu einer Vermehrung präventiven Handelns, auch mit militärischen Instrumenten.

3. In einer Reihe von Fällen, zumal dort, wo ein terroristisches Kalkül ins Spiel kommt, ist der Krieg kein Messen der moralischen und physischen Kräfte mit Hilfe der letzteren mehr, wie es bei Clausewitz heißt, sondern ein unmittelbares Agieren gegen erstere. Dies wird durch die Asynchronie von technologischer Entwicklung und der Mobilisierung von Opferbereitschaft noch verstärkt. Dadurch sind satellitengesteuerte Lenkwaffen und Selbstmordattentäter zu Funktionsäquivalenten geworden. Eine Symmetrie bilden sie deswegen noch lange nicht heraus. Was sich abzeichnet ist vielmehr die Konfrontation postheroischer Gesellschaften

mit heroischen Gemeinschaften,⁸ die keinen großen Krieg, aber einen Zustand permanenter Unsicherheit hervorbringen wird.

Zum Autor: Dr. Herfried Münkler ist Professor der Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- * Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den Professor Dr. Münkler aus Anlass des 65. Geburtstag des Bonner Historikers Klaus Hildebrand gehalten hat.
- 1 Zu den jüngsten Debatten über den Begriff des Krieges vgl. Anna Geis (Hg.), *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*, Baden-Baden 2006.
- 2 Vgl. Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege*, Frankfurt/M. 2000, sowie Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek b. Hamburg 2002.
- 3 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1980, S. 212.
- 4 Dazu Peter Paret, *Clausewitz und der Staat*, Bonn 1993, S. 35ff., 81ff.
- 5 Vgl. Geoffrey Parker, *Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens*, Frankfurt/M. – New York 1990.
- 6 Dazu ausführlich Herfried Münkler, *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist 2006.
- 7 Vgl. Peter W. Singer, *Die Kriegs-AGs. Über den Aufstieg der privaten Militärfirmen*, Frankfurt/M. 2006; Thomas Jäger/Gerhard Kümmel (Eds.), *Private Military and Security Companies*, Wiesbaden 2007.
- 8 Dazu Münkler, *Der Wandel des Krieges* (Anm. 6), S. 310ff.

Zwischen humanitärer Intervention und Neuen Kriegen Neue Herausforderungen für die Bundeswehr*

Sebastian Stamm MA

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat Deutschland mehr als 150.000 Soldaten und Soldatinnen in Auslandseinsätze entsandt (Stand 2005). Dabei reicht das Aufgabenspektrum von rein humanitärer Hilfe bis zum Kampfeinsatz. Erfolgt frühere Einsätze ausschließlich im Rahmen der Katastrophenhilfe, änderte sich in den 90er Jahren schrittweise die Qualität der Einsätze. Die erste nach außen hin sichtbare Annäherung der Bundeswehr an out-of-area-Einsätze bildete die Teilnahme an der VN-Mission in Kambodscha 1992. Der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle sprach von einem „Signal“ für zukünftige Einsätze. Deutsche Soldaten trugen zum ersten Mal die Insignien der Vereinten Nationen. Die Vielschichtigkeit von VN-Einsätzen und das Zusammenspiel mit internationalen Behörden waren für die Bundeswehr ebenso neu wie der Umgang mit neuartigen Anforderungen an Verlegefähigkeit sowie Versorgung und Führung von Soldaten fern der Heimat.

1992 zogen die Gräueltaten des Krieges auf dem Balkan immer größere Kreise. Das menschenverachtende Vorgehen der „ethnischen Säuberung“ zeigte sich direkt vor den Toren der Europäischen Union. Europas diplomatische Versuche, die Gewalt einzudämmen, wirkten hilflos, waren teilweise kontraproduktiv und scheiterten allesamt kläglich. Eine Verbindung zwischen Diplomatie und Militär fehlte schlichtweg. Deutschland beschränkte die Rolle der Bundeswehr anfänglich auf umfangreiche humanitäre Hilfsflüge, die aber die Aggression nicht eindämmen konnten. Auch die deutsche Beteiligung am VN-Embargo gegen Jugoslawien blieb „zahnlos“. Die Marine war zwar anwesend – aber auch nicht viel mehr. Die Überwachung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina durch AWACS -Flugzeuge wurde zudem zu einem innenpolitischen Problem. Die FDP-Bundestagsfraktion klagte erfolgreich gegen die Bundesregierung, an der sie selbst beteiligt war.

Somalia war schon lange ein Krisenherd. Zu Beginn der 90er Jahre verschärfte ein Bürgerkrieg zusehends die Situation im Land. Ein ‚Krieg der Bilder‘ hielt Einzug in deutsche Wohnzimmer und zwang die deutsche Politik zum Handeln. Ab Dezember 1992 begannen in der Bundeswehr die Planungen für einen Einsatz in Somalia. Um Verfassungsstreitigkeiten zu umgehen, wurde wieder der ausschließlich humanitäre Charakter der Mission betont. Bestandteil war die Bedingung, dass deutsche Truppen nur in friedlichen, sogenannten secure areas, zum Ein-

satz kommen sollten. Im Juli 1993 wurde ein rund 1.700 Mann starkes Kontingent nach Somalia verlegt. Aufgrund der veränderten Lage in Somalia war die indische Brigade, die von der Bundeswehr unterstützt werden sollte, im Süden des Landes eingesetzt. Es wird oft behauptet, „die Inder seien nicht gekommen“. Dass der eigentliche deutsche Auftrag nie durchgeführt werden konnte, lag jedoch an den selbstauferlegten Beschränkungen. Die Soldaten in Belet Uen agierten als „Samariter in Uniform“, halfen der Bevölkerung und bohrten letztlich etwas verloren Brunnen in der Wüste. Mit dem plötzlichen Ende der amerikanischen Beteiligung an der VN-Mission im März 1994 endete auch der Einsatz der Bundeswehr. Nach Abzug der Blauhelme flammte der Bürgerkrieg wieder auf, und die Tragödie Somalia nahm weiter ihren Lauf. Was weltweit als humanitäre Intervention begrüßt wurde, endete als Enttäuschung: „Somalia war ein Flop“, meint General Dr. Reinhardt. Auf Seiten der Bundeswehr bildete der Somaliaeinsatz den Einstieg in richtige Auslandseinsätze, man scheute nicht länger den Vergleich mit anderen Armeen: „Wir sind zurück in der Familie,“ betonte General Ramms.

*Die „ethnische Säuberung“
auf dem Balkan war viel
zu lange von Erfolg gekrönt.
Daher war der Krieg im
Kosovo notwendig, kam
aber für die Region, nach
Jahren des Zuschauens,
deutlich zu spät.*

Die rechtswissenschaftliche Diskussion über die Zulässigkeit von Auslandseinsätzen zeigte schnell, dass man die strikte Haltung der Bundesregierung, ein Einsatz out-of-area sei verfassungsrechtlich nicht gedeckt, keineswegs so absolut aus dem Grundgesetz ableiten konnte. Was man politisch nicht klären konnte oder wollte, wurde mit der Hilfe des Bundesverfassungsgerichtes geklärt, das am 12. Juli 1994 sein Grundsatzurteil zu den umstrittenen Bundeswehreinsetzungen sprach. Grundsätzlich hielt es fest, dass das Einsatzverbot des Artikels 87a GG nicht auf Einsätze im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme (Art. 24 Abs. 2 GG) zutrifft. Damit waren die bisherigen Einsätze der Bundeswehr verfassungskonform, und sie betrat nun hoch offiziell und richterlich abgesegnet die neue Welt ihrer neuen Aufträge.

Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens offenbarte Bilder des Schreckens (z.B. das Massaker von Srebrenica) und zwang auch die Bundesrepublik zum Handeln. Im Laufe der Balkankonflikte engagierte sich die Bundeswehr in allen Missionen der internationalen Gemeinschaft (UNPROFOR, IFOR, SFOR, EUFOR). Im Rahmen der Operation Deliberate Force 1995 beteiligte sich die deutsche Luftwaffe von Italien aus mit Tornados, die für die Aufklärung eingesetzt wurden oder nur mittels elektronischen Kampfs gegnerische Luftverteidigung lahm legten. Da sie keinen einzigen Schuss abfeuern mussten, wird dieser erste Kriegseinsatz oft vergessen. Unter dem Namen „Operation Libelle“ ordnete Bundeskanzler Kohl

am 13. März 1997 die Evakuierung von 100 Personen aus Tirana, Albanien, an. Nachdem man drei Jahre zuvor bei der Evakuierung von Mitarbeitern der Deutschen Welle aus Ruanda noch auf Hilfe belgischer Fallschirmjäger vertrauen musste, übernahm diesmal die Bundeswehr selbst die Evakuierung Deutscher und anderer Ausländer aus Albanien.

Am 24. März 1999 begann der Krieg der NATO und damit der Bundeswehr gegen Jugoslawien. Dadurch entstand eine Debatte über das Mittel der humanitären Intervention.

So dürften auch in Zukunft die Menschenrechte nur dann und dort qua militärischer Intervention zur Geltung gebracht werden, wo sich ihr Schutz mit vitalen Interessen handlungsfähiger Staaten verbindet. Man mag dies aus moralischen Gründen bedauern. Aber politisch liegt darin auch ein starker Schutz gegen einen leichtfertigen Interventionismus.“ (Münkler; Über den Krieg; 251

Für manche war es die legitimierende Rückkehr der mittelalterlichen Theorie des *bellum iustum*. Für andere war damit die Büchse der Pandora eines „Menschenrechtsimperialismus“ (Samuel Huntington) geöffnet worden. Wiederum andere begrüßten den Vorgang und sahen darin den entscheidenden Schritt zum „kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft“ (Jürgen Habermas) und den Aufbruch in eine „rechtsverbindliche Weltgesellschaft der Individuen“ (Ulrich Beck).

Im Zentrum der völkerrechtlichen Debatte steht dabei das Spannungsverhältnis zwischen dem Grundziel der Charta der Vereinten Nationen, der Wahrung von Frieden und internationaler Sicherheit, und dem Auftrag, die Achtung der Menschenrechte zu unterstützen. Die Einführung des Programms zum internationalen Schutz der

Menschenrechte in die Charta der Vereinten Nationen war im Bereich des Völkerrechts etwas grundlegend Neues. Allerdings besitzen die Vereinten Nationen weder Einrichtungen noch Verfahren, die eine Durchsetzung dieser Verpflichtung ermöglichen.

In der Charta der Vereinten Nationen ist ein generelles zwischenstaatliches Gewaltmonopol festgeschrieben (Art. 2 Abs. 4), und zusammen mit dem Prinzip der staatlichen Souveränität (Art. 2 Abs. 7) bildet es die Grundlage des internationalen Rechts. Während des Kalten Krieges lag der Sicherheitsrat die meiste Zeit buchstäblich auf Eis. Wenn es galt, den Weltfrieden zu erhalten, so galt es, zwischenstaatliche Kriege zu verhindern. Innerstaatliche Vorgänge fielen unter das Interventionsverbot. Nach dieser klassischen Rechtsposition, die bis in die frühen 90er Jahre weitgehend als unbestritten galt, sind humanitäre Interventionen unzulässig. Jedoch ist der zwischenstaatliche Krieg eher zur Ausnahme geworden.

Die innerstaatlichen Kriege sind der dominierende Faktor des Kriegsgeschehens der letzten 50 Jahre.

Die Vereinten Nationen haben deswegen den strikten Begriff der Souveränität, nach dem ein Staat einer black box gleichkommt, durchlässiger gemacht, um so zumindest den Versuch zu unternehmen, auf Menschenrechtsverletzungen einwirken zu können, die bisher im Biotop der Souveränität gedeihen konnten. Allerdings führte dies nicht zu einer völkerrechtlichen Fixierung von Interventionen. Die Vereinten Nationen schlugen einen anderen Weg ein: Ansatzpunkt wurde der Artikel 39 (Feststellung über Bedrohung oder Bruch des Friedens), der fortan nicht mehr vor Staatsgrenzen halt machte. Als Ergebnis dieser Entwicklung kam es 1992 mit Blick auf Somalia zur Resolution 794. Diese Resolution stützte sich erstmals in der Geschichte des Völkerrechts ausschließlich auf innerstaatliche Zustände.

Das Legitimationsmonopol bleibt dabei stets beim Sicherheitsrat, denn nur er kann eine Gefährdung des Friedens konstatieren. Im Falle von Regelverletzungen kann er, muss aber nicht tätig werden. Dieses Dilemma der Selektivität trat 1999 im Kosovo ein. Zwar stellte sich die NATO so eng wie möglich an die Vereinten Nationen, aber sie startete die Angriffe ohne ein Mandat des Sicherheitsrates. Hier entbrannte ein Disput über die Legalität dieses NATO-Einsatzes. Dieser spiegelt sich auch unter den befragten Militärs deutlich wider. Zum einem General Hübner: „Also, zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich damals den Einsatz im Kosovo – also den Angriff der NATO – für völkerrechtswidrig gehalten habe und bis heute halte.“ General Dr. Reinhardt äußert sich entgegengesetzt: „Wenn Sie die Staatsrechtler und die humanitären Völkerrechtler anschauen, finden Sie sehr unterschiedliche Positionen. Die kommen auch zu dem Ergebnis, wenn eine Mehrheit entscheidet und es keine großen Widerstände dagegen gibt, wird damit humanitäres Völkerrecht praktisch geschaffen. Das ist der englische Ansatz, die Macht des Faktischen.“

Es gab auch Begründungsansätze, die Intervention nach bereits bestehendem Völkerrecht als legal zu definieren. Ein Vertreter, der das Gewaltverbot und die kodifizierten Menschenrechte als gleichrangig ansieht, ist Dieter Senghaas. Wenn nun „Verstöße gegen die elementaren Normen der internationalen Gemeinschaft (Aggression, Völkermord, Apartheid etc.)“ vorliegen, sieht er sogar „für den Sicherheitsrat eine Art von Rechtspflicht zu intervenieren“. Wenn dieser gelähmt sei, könne das in seinen Augen nicht dazu führen, dass „bestehendes Völkerrecht“ nicht geschützt werden könne. (Senghaas: Nothilfe, 105) Ähnlich argumentiert

Jürgen Habermas, der den NATO-Angriff ebenfalls als eine völkerrechtliche Notwendigkeit ansieht; man sei durch die fehlerhafte Struktur im Völkerrecht dazu genötigt einzugreifen.

Neben diesen Argumenten finden sich völkerrechtliche Konstruktionen, die über den Weg eines Rechts auf Nothilfe oder einer weiter gefassten Vorstellung von Selbstverteidigung versuchen, solche Aktionen in das bestehende legale System einzubinden. Diese Ansätze basieren auf einer Absage an ein dogmatisches Festhalten am Gewaltverbot, wenn es dazu führen sollte, bei massiven Menschenrechtsverletzungen zuschauen zu müssen; dies stünde im eklatanten Widerspruch zum „Geist der Charta“. Wie problematisch diese Position rechtlich war, erkennt man auch daran, dass stark betont wurde, das Vorgehen der NATO solle ein Einzelfall bleiben. Warum soll ein legales Verhalten eine Ausnahme bilden?

Die Diskussion hatte die Legalitätsebene recht schnell verlassen. Entscheidend wurde die Legitimation des Einsatzes. Leitlinie der Befürworter des Einsatzes wurde ein: „Wir dürfen nicht wegsehen!“ Letztlich kam es zur Formel: „Menschenrecht bricht Völkerrecht“. Im Zuge der Debatte wurde die langegehegte Auffassung, es gäbe keine gerechten Kriege, wieder in Frage gestellt: „Nicht alle Gewalt ist gleichermaßen zu verurteilen, nicht alle Kriege sind gleich ungerecht. [...] Es gibt radikale Bosheit auf der Welt, und das ist der Grund, weshalb es gerechte Kriege gibt.“ (Sonntag, Sarajewo; 71) Die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik, wie in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben, hat aber nicht dazu geführt, dass der Krieg aus dem internationalen System verschwunden wäre. Es sieht im Gegenteil danach aus, als würde man im Rahmen der humanitären Intervention wieder dort anfangen, wo die Eingrenzung des Krieges einst begonnen hatte.

Bei Carl Schmitt taucht ein Kritikpunkt auf, den er stets der Völkerbundidee entgegenhielt: „Der Genfer Völkerbund hebt die Möglichkeit von Kriegen nicht auf, so wenig wie er die Staaten aufhebt. Er führt neue Möglichkeiten von Kriegen ein, erlaubt Kriege, fördert Koalitionskriege und beseitigt eine Reihe von Hemmungen des Krieges dadurch, dass er gewisse Kriege legitimiert und sanktioniert.“ (Schmitt, Politik, 44.) Für Carl Schmitt wäre die humanitäre Intervention demnach das Paradebeispiel hierfür gewesen. Man findet diesen Ansatz auch bei Ulrich Beck wieder, der das Dilemma sieht, auf das man zusteuert: „Die Rechtsordnung, die dazu führen soll, die Rechte der Anderen anzuerkennen und zu schützen, trägt dazu bei, dass mit dem Segen des Rechts Kriege »gerecht« und wahrscheinlicher werden. [...] Die Mittel, die Frieden stiften sollten, begründen und legitimieren neue Formen des Krieges.“ (Beck, Blick; 199f.)

Im Rahmen des Jubiläumsgipfels der NATO im April 1999 wurde das Neue Strategische Konzept verabschiedet. Grundsätzlich hielt man an dem breiten sicherheitspolitischen Ansatz der Strategie von 1991 fest. Zwei bemerkenswerte Sachverhalte blieben jedoch nebulös: Der Aktionsraum der NATO wird nicht klar definiert, und es erschließt sich, dass der Operationsbereich potentiell global ist. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass die NATO die entscheidende Frage nach der Mandatierung militärischer Operationen nicht beantwortet. Da dieses Konzept zeitgleich mit einer Militäroperation ohne Mandat der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, ist auch das Fehlen einer klaren Antwort auf die Frage der Mandatierung vielsagend. In Konfliktsituationen will die NATO unabhängig sein.

Für die NATO im Kosovo eröffnen sich somit neue Perspektiven. Noam Chomsky beurteilt die Beweggründe: „Ziel der Aktion war also offensichtlich, die Glaubwürdigkeit der NATO zu sichern.“ (Chomsky, People, 123) Der Hauptansatzpunkt seiner Kritik, bspw. auch durch General Heinz Loquai belegt, betrifft vor allem die Beurteilung der humanitären Lage im Kosovo vor den Luftschlägen. Unter Hinweis auf zahlreiche offizielle Dokumente, unter anderem auch aus dem Auswärtigen Amt, zeigt Chomsky ein gänzlich anderes Bild von der Lage im Vorkriegs-Kosovo auf als es die NATO, aber auch führende Vertreter der deutschen Regierung zeichneten. Chomsky und andere Stimmen bestreiten das Vorhandensein einer Völkermordsituation und sehen keine Grundlage für eine Legitimation eines Völkerrechtsbruches. Diese Kritik fand aber kein weites Gehör, die Geschlossenheit der euro-atlantischen Nationen fand die Akzeptanz der öffentlichen Meinung. In der Debatte deutscher Politiker wäre es darauf angekommen, die beiden Paradigmen „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Auschwitz!“ miteinander zu versöhnen, letztlich wurden sie jedoch nur gegeneinander ausgespielt. Die politische Debatte wurde mehr und mehr auf moralische Argumente verkürzt.

Joschka Fischer und Rudolf Scharping betonten die besondere deutsche Pflicht, einen weiteren Völkermord auf europäischen Boden zu verhindern. Je länger der Krieg dauerte, desto heftiger wurden die Rechtfertigungen. Rudolf Scharping benutzte kaum politische Argumente, sondern moralisierte die Debatte zunehmend. Er sprach von Deportation, Völkermord und Konzentrationslagern und versuchte, anhand der vermeintlichen Existenz des sogenannten „Hufeisenplans“ eine planmäßige Vernichtung durch die serbische Seite zu belegen. Das beschwören nationalsozialistischer Bilder diente nicht einer realitätsnahen Darstellung des Konfliktes, sondern vielmehr der eigenen Gewissheit und Legitimation. Über den Wert der verbreiteten Information macht sich General Hübner keine Illusionen: „Aber wenn man sich entschließt, Waffen einzusetzen, sich zu beteiligen, dann

muss man Bilder bringen, dann muss man in der Bevölkerung eine bestimmte Stimmung erzeugen, und das ist hier gemacht worden. Dann geht eben die Wahrheit den Bach hinunter.“ General Dr. Reinhardt kommt zu einer ähnlichen Beurteilung der Lage: „Wobei ich die Argumente von Scharping überhaupt nicht akzeptiere, denn alles, was Scharping erzählt hat, vom Hufeisenplan und die vielen Leute, die in Pristina im Gefängnis bzw. Stadion saßen, wie in Auschwitz – kein Wort wahr. Ich bin diesen Dingen intensivst nachgegangen, vor Ort, und habe nach Anzeichen dafür gesucht: null Komma null. [...] das Ziel, ein weiteres Auschwitz zu verhindern, war weit, weit übertrieben.“

Jedoch muss festgestellt werden, dass diese emotionale Argumentation politisch Früchte trug und den Weg für den Kriegseintritt geebnet hat. So kam es, obwohl Deutschland wieder in den Krieg zog, zu keiner nennenswerten Antikriegsbewegung. Zwar rang vor allem die Partei der Grünen mit sich und „ihrem“ Außenminister. Doch dass die neue rot-grüne Bundesregierung für den Kriegseinsatz im Namen der Menschenrechte eintrat, nahm ehemals friedensbewegten Geistern den Wind aus den Segeln. Weil aber das erhoffte schnelle Ende des Krieges auf sich warten ließ, kamen die Streitkräfte der NATO in der Öffentlichkeit zunehmend unter Druck. Die angewandte Militärstrategie – ausschließlich Einsatz von Luftstreitkräften – führte immer mehr zum Widerspruch mit der erklärten humanitären Intervention. Die überwältigende Luftüberlegenheit reichte nicht aus, ein Einlenken der serbischen Seite zu erwirken. Es ist unbestreitbar, dass sich nach Beginn der Luftschläge die humanitäre Lage im Kosovo erheblich verschlechterte. Das propagierte Bild eines Krieges von chirurgischer Präzision erwies sich erneut als Illusion. Angesichts der Abfolge der Ereignisse wurde die Motivation des Krieges als humanitäre Intervention immer fragwürdiger. Es wurde darauf verwiesen, dass mit dem Beginn der Luftschläge die jugoslawische Bundesarmee ihren Krieg am Boden gegen die albanische Minderheit intensiviert habe und nun stärker und schneller das umsetze, was bereits geplant sei. Dies stellt aber die gewählte Militärstrategie nur stärker in Frage.

Zu einem Einsatz von Bodentruppen war die politische Führung der intervenierenden Länder nicht bereit, der Krieg sollte für die eigene Seite „blutlos“ ablaufen. General Reinhardt betont: „Es ist natürlich für die Politiker faszinierend, einen chirurgischen Schlag mit kaum eigenen Verlusten zu haben, der den anderen zum Einlenken bringt. Ich persönlich bin der Meinung, dass Milosevic nicht durch die Lufteinsätze [...] eingelenkt hat, sondern er hat eingelenkt, als Athissari und Tschernomyrdin damals hingegangen sind und die Russen dem jugoslawischen Regime die Unterstützung aufgekündigt haben [...] Luftkrieg kann durchaus et-

was politisch mitbewirken, aber er wird es im Grunde genommen nur sehr begrenzt – aus meiner Sicht überhaupt nicht – schaffen, zu einem Endprodukt zu kommen.“

Die gewählte Kriegsführung stellte nach dem Krieg ein unerwartetes Problem für die weitere Operationsführung dar. Dass die NATO-Kräfte dort waren, um jegliche Gewalttaten zu unterbinden, musste die kosovarische Seite erst noch schmerzlich lernen. Denn, wie General Reinhardt berichtet, drehte sich kurze Zeit später die Täter-Opfer-Konstellation um. Bald musste die Bundeswehr Übergriffe der albanischen Seite unterbinden. Eine Situation, die beim sofortigen Einmarsch so nicht hätte eskalieren müssen. Gerade durch den Verlauf der humanitären Situation im Kosovo während des Krieges sahen sich viele Kritiker darin bestätigt, dass die humanitäre Begründung nur eine vorgeschobene Propaganda darstellte. General Meyer kommt zu dem ernüchternden Fazit, „dass man feststellte, dass humanitäre Gründe für aktive Kriege manchmal sehr fadenscheinig sein können.“

Die Grundmotivation bleiben weiterhin harte Eigeninteressen. Herfried Münkler betont, „dass auch im Falle menschenrechtlich begründeter Interventionen weiterhin die Interessen der daran beteiligten Staaten, also die jeweilige Staatsräson, eine entscheidende Rolle spielen wird.“ Für Münkler ist der Schutz der Menschenrechte „letztlich eine zu schwache Motivation für ein riskantes und kostenträchtiges Eingreifen“ (Münkler; Über den Krieg; 237ff.). Er legt sein Hauptaugenmerk auf die Ökonomie des Krieges und sieht darin die Motivationsgrundlage für eine Intervention. Ähnlich betont auch General Meyer die Rolle der Ökonomie: „Jeder Krisenherd in der Welt ist ein kaputter Markt, in dem kaputte Menschen leben. Beides kann nicht unser Interesse sein. Wir haben so viel Wohlstand und sind auf den Sprossen der demokratischen Entwicklung so weit fortgeschritten, dass uns jede dieser Krisen schadet.“ Im Vordergrund steht die durch Eigeninteressen geprägte Verhinderung eines Übergreifens negativer Auswirkungen einer humanitären Katastrophe. Diese können sowohl lokaler Art (Destabilisierung direkter Nachbarländer), als auch globaler Art sein (Beeinträchtigung der Handelsströme, Verbindung des Krisengebietes mit der organisierten Kriminalität und/oder mit dem internationalen Terrorismus). Im Fall Jugoslawien kam das Interesse hinzu, die „ethnische Säuberung“ zu stoppen. Diese sollte geächtet bleiben, da sie sonst bei der Zieldurchsetzung und Machtsicherung von Despoten Schule machen würde. Diese Punkte ergeben eine hinreichende Motivationsgrundlage für eine Intervention in Jugoslawien. Die „ethnische Säuberung“ auf dem Balkan war viel zu lange von Erfolg gekrönt. Daher war der Krieg im Kosovo notwendig, kam aber für die Region, nach Jahren des Zuschauens, deutlich zu spät.

Die angeführten Punkte zeigen, dass moralische Kategorien alleine für eine Intervention nicht ausreichen. „Dass davon auch der Schutz der Menschenrechte profitiert hat, ist moralisch befriedigend. Aber allein hätte er, aller offiziellen Rhetorik zum Trotz, kaum dazu ausgereicht, die Risiken einer militärischen Intervention auf sich zu nehmen. So dürften auch in Zukunft die Menschenrechte nur dann und dort qua militärischer Intervention zur Geltung gebracht werden, wo sich ihr Schutz mit vitalen Interessen handlungsfähiger Staaten verbindet. Man mag dies aus moralischen Gründen bedauern. Aber politisch liegt darin auch ein starker Schutz gegen einen leichtfertigen Interventionismus.“ (Münkler; Über den Krieg; 251) Es kann und es wird sich wohl wiederholen, dass Regierungen mit Abscheu grobe Menschenrechtsverletzungen registrieren, ihre Bürger nach einem traurigen Achselzucken jedoch weiter ihren alltäglichen Geschäften nachgehen.

Eine Regelung der humanitären Intervention durch Herausarbeitung abrufbarer Kriterien erscheint naheliegend, ist aber auf internationaler Ebene nur schwer vorstellbar. Militärische Intervention kann ein Mittel zum Schutz der Menschenrechte sein, ihre Wirksamkeit ist im Vorfeld jedoch kaum absehbar. Entscheidend für die Legitimation ist der Erfolg. Dieser lässt sich aber erst feststellen, wenn die Intervention die Situation für die Menschen im intervenierten Land dauerhaft verbessert hat. Betrachtet man die Bilanz der humanitären Interventionen der 90er Jahre, so muss man ein Phänomen der Ernüchterung feststellen. Wurde

Militärische Intervention kann ein Mittel zum Schutz der Menschenrechte sein, ihre Wirksamkeit ist im Vorfeld jedoch kaum absehbar. Entscheidend für die Legitimation ist der Erfolg. Dieser lässt sich aber erst feststellen, wenn die Intervention die Situation für die Menschen im intervenierten Land dauerhaft verbessert hat.

zunächst der gestiegene Aktionsrahmen der Bundeswehr begrüßt, so hat sich dies mittlerweile geändert, exemplarisch formuliert durch General Hübner: „Am Anfang war man gerne bereit zu sagen, jawohl, wir machen mit. Aber mittlerweile ist Ernüchterung eingeleitet. Man sieht immer weniger Licht am Ende des Tunnels.“ Und General Dr. Reinhardt kann zu den bisherigen Interventionen nur ein negatives Fazit ziehen: „Es [...] hat ja nirgends hingehauen. Somalia war ein Flop, Bosnien-Herzegowina als Erfolg zu bezeichnen, da muss man schon sehr pervers denken. [...] Im Kosovo sind wir weit entfernt von jeder Art von Erfolg, wir sind hier deutlich auf dem Weg zurück.“ Neben Ernüchterung macht sich aber auch Frustration breit, wenn General Meyer

unterstreicht: „Insofern waren wir in den 90er Jahren sehr blauäugig, politisch wie militärisch. Wir haben geglaubt, wenn wir erst mal den Leuten klar machen, dass Sicherheit an und für sich ein Wert ist, der Prosperität von allein zeitigt, der Zukunft schafft, dann klappt es schnell und gut. Es war alles viel zu kurz gedacht.“

Und General Dietrich gibt zu bedenken: „Alles kann der Soldat nun doch nicht! In einer Übergangsphase muss sich der Soldat daran natürlich beteiligen, aber dann muss eine Phase folgen, in der sich der Soldat aus dieser Arbeit zurückzieht und andere hauptverantwortlich agieren. Es wird dann auch Länder geben, in denen der Soldat sehr lange vor Ort sein wird, weil der Prozess einfach nicht so schnell voranschreitet wie gewünscht. Aber auf die Dauer kann der Soldat zivile Aufgaben wie Wiederaufbau nicht übernehmen. Das würde ihn überfordern und zudem können dies andere Organisationen besser.“ Die Debatte um die humanitäre Intervention ist längst nicht abgeschlossen.

Mit dem 11. September 2001 und den sogenannten Neuen Kriegen traten neue Themengebiete auf, die auch in Deutschland die politische wie militärische Führung vor neuen Herausforderungen stellten. „Der Krieg ist [...] ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur ändert.“ Carl von Clausewitz beginnt mit diesem Satz seine abschließenden Bemerkungen zur Frage „Was ist Krieg?“ Seit dem Ende des Kalten Krieges versuchen zahlreiche Autoren, neue Facetten dieses Chamäleons zu beschreiben. Der Begriff der Neuen Kriege – in Deutschland vor allem populär durch die gleichnamige Publikation Herfried Münklers – entwickelte sich zu einem regelrechten Modewort in der sicherheitspolitischen Debatte. Bereits 1991 postulierte Martin van Creveld mit seinem Buch „The Transformation of War“ dramatische Änderungen im Verständnis des Krieges. Für ihn trat eine neue Art Krieg ins Blickfeld: Der „low intensity conflict“, der zumeist innerstaatlich durch nicht-staatliche Akteure geprägt ist. Der Begriff Neue Kriege wurde von Mary Kaldor im Jahre 2000 weiter systematisiert.

Clausewitz definiert Krieg als einen „Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“ Diese Definition unterstellt, dass es sich bei „uns“ und „dem Gegner“ um Staaten handelt, denn nur der Staat ist bei Clausewitz einzig legitimer Akteur des Krieges. In Neuen Kriegen dominieren parastaatliche und private Akteure das Geschehen: Warlords, Söldnerfirmen, Terrornetzwerke, letztlich ein diffuses Gemisch unterschiedlicher Gruppierungen. Die Neuen Kriege spielen sich überwiegend im Inneren von Staaten ab, gelegentlich fasn sie aus und nehmen den Charakter transnationaler Kriege an. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind sie verstärkt in das Bewusstsein des (deutschen) (Fach-)Publikums gerückt. Die konstatierte dramatische Zunahme ist aber weniger eine Frage der Quantität, als vielmehr eine Frage der Wahrnehmungsqualität. Während der klassische Staatenkrieg durch eine völkerrechtlich geregelte Hegung der Kampfhandlungen charakterisiert ist, sind die Neuen Kriege durch eine ungehemmte Anwendung von Gewalt gekennzeichnet. Die Verbote und Einschränkungen

kungen der Kriegskonventionen finden in den neuen Kriegen kaum Anwendung. Im Gegenteil, die Vorgehensweisen, die im Sinne des klassischen Kriegsrechts als geächtet galten, „bilden heute ein wesentliches strategisches Element des neuen Modus der Kriegführung.“ (Kaldor; Kriege; 18). Massaker, Gräuel und Massenvertreibungen werden zum alltäglichen Kriegsgeschäft, Anwendung sexueller Gewalt wird zu einer Waffe.

Der klassische Staatenkrieg war in seinem Kern ein symmetrischer Krieg, gleichartige Gegner standen sich gegenüber. Die tendenziell gleiche Chance, getötet zu werden, bewirkte die gegenseitige Anerkennung als Gleiche. Damit war es für beide Seiten von Nutzen, sich an Konventionen des Krieges zu halten. Dies beschränkte sich jedoch auf europäischen Boden. „Weltgeschichtlich betrachtet, handelt es sich bei den dreihundert Jahren symmetrischer Kriegführung in Europa eher um einen Sonderfall als um die Regel. Asymmetrische Kriege dürften das Wahrscheinliche, symmetrische Kriege das Unwahrscheinliche sein.“ (Münkler; Asymmetrie; 651)

Asymmetrische Kriegführung versucht, den Krieg in Raum und Zeit auszudehnen. Eine offene Schlacht, gar eine Entscheidungsschlacht, wird nicht angestrebt. An die Stelle der Schlacht treten das Scharmützel, der Hinterhalt, der Terroranschlag oder das Massaker.

Während der klassische Krieg von den Bürgern beteiligter Staaten finanziert wird, unterliegen die Akteure der Neuen Kriege dem Beschaffungszwang von Finanzmitteln. Allerdings sind Neue Kriege billig vorzubereiten und zu führen. Es werden keine technologisch komplexen Waffensysteme benutzt, die neben der teuren Beschaffung und Wartung auch gut ausgebildetes Personal benötigen. Hinzu kommt der Umstand, dass sich die kämpfenden Einheiten im Bedarfsfall durch die Plünderung ihrer Aktionsgebiete versorgen. Das alte Schlagwort des *bellum se ipse alet* erfährt eine ungeahnte Renaissance. Zumeist besteht eine Verbindung zur globalen Schattenwirtschaft, es formen sich offene Kriegswirtschaften. Der Handel mit Drogen, Menschen, Waffen, Rohstoffen und Verbindungen zur organisierten Kriminalität stellen Einkommensquellen dar. Die Neuen Kriege haben weder einen zeitlich klar datierbaren Beginn, noch kommen sie zu einem dauerhaften Ende. Sie ermatten zeitweise, flackern aber immer wieder auf und nehmen an Intensität zu, um sodann abermals an Kraft zu verlieren. Dies liegt sicherlich auch daran, dass der Krieg zu einer Erwerbsquelle geworden ist. Gerade diese ökonomische Komponente der Neuen Kriege stellt für Herfried Münkler eine entscheidende Eigenschaft dar. Der Krieg wird zu einem lohnenden Geschäft.

Um den bekannten Satz von Clausewitz dementsprechend umzuwandeln, wird der Krieg nun zur bloßen Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln. Der genauere Blick auf die Ökonomie des Krieges bietet zwar eine Erklärung, warum der Frieden so schwer zu erreichen ist, aber die Entstehung kann damit nicht hinreichend erklärt werden. Die Reduzierung der Kriegsmotivation auf rein ökonomische Beweggründe, sie als von Gier getriebene räuberische Kriege zu betrachten, erscheint als nicht ausreichend.

Sicherlich ist es schwer, eine Kriegsmotivation, die für alle Neuen Kriege gelten soll, an einem einzigen Element festzumachen. Viel wahrscheinlicher ist es, dass die Motivationen der Neuen Kriege sich vielschichtig aus einer Gemengelage von ideologischen, ökonomischen, ethnischen und religiösen Gründen speisen.

Der generelle Einwand gegen das Theorem der Neuen Kriege ist stets gegen die Neuartigkeit gerichtet. Das Thema der Neuen Kriege hat in Deutschland eine lebhaftige Debatte über den Krieg entfacht. Allein dieser Umstand war neu und schärfte den Blick auf die veränderten Verhältnisse nach dem Ende des Kalten Krieges. Dass Deutschland und die Bundeswehr wieder mit kriegerischen Aktionen konfrontiert sind, ist dabei das eigentlich Neue an den Neuen Kriegen.

Während der klassische Staatenkrieg durch eine völkerrechtlich geregelte Hegung der Kampfhandlungen charakterisiert ist, sind die Neuen Kriege durch eine ungehemmte Anwendung von Gewalt gekennzeichnet.

In den Kriegen im Kosovo, in Afghanistan und im Irak zeigte sich deutlich, wie sich der Westen den Modus der Kriegführung vorstellte: stets mit technologischer Überlegenheit, schnell, „chirurgisch“ präzise und mit wenigen Opfern. Im Kosovo setzte man ausschließlich auf Luftüberlegenheit. In Afghanistan begann der Krieg mit cruise missiles. Im jüngsten Irakkrieg konnte die irakische Armee dem überwältigenden Ansturm der Amerikaner nichts entgegensetzen. All diese schnellen Kriege waren das sichtbare Ergebnis der am Ausgang des 20. Jahrhunderts proklamierten Revolution in Military Affairs, also die Einführung sogenannter intelligenter Wirksysteme, die Optimierung der Treffsicherheit von Distanzwaffen und eine Verschmelzung von Informations- und Kommunikationssystemen auf dem „digitalisierten Schlachtfeld“. Dennoch halten die Konflikte an und mit Blick auf Afghanistan und Irak fällt es schwer, die Frage zu beantworten, ob diese Kriege eigentlich beendet sind. Der Grund ist einfach: Die Revolution in Military Affairs orientierte sich nahezu ausschließlich an den großen Kriegen der Vergangenheit. Was den asymmetrischen Krieg für eine moderne, westliche Armee so schwierig macht, ist der gegensätzliche Einsatz der Mittel. Die Partei der technologischen

Stärke versucht, mit ihren Kampfsystemen militärisch entscheidenden, aber zivil so geringen Schaden wie möglich anzurichten, während hingegen die technologisch unterlegene Seite das Gegenteil versucht. Dabei nutzt der asymmetrische Kämpfer die Gegebenheiten seiner Umwelt, um aus ihr nadelstichartig zuzustoßen und sogleich darin wieder zu verschwinden. Hier kommt Maos Diktum vom „Fisch im Wasser“ wieder zu Ehren. Er versucht einer Entscheidungsschlacht zu entgehen und stattdessen den Kampf in Raum und Zeit auszudehnen. Dabei setzt er darauf, dass die angegriffene Armee durch seine ständigen Aktionen demoralisiert wird bzw. dass der politische Wille, der hinter der Armee stehen muss, schwindet und der Frustration weicht. Er hat Geduld, denn er muss den Krieg militärisch nicht gewinnen, er darf ihn nur nicht verlieren. Er hält sich an keinerlei Konventionen.

Asymmetrische Kriegführung versucht, den Krieg in Raum und Zeit auszudehnen. Eine offene Schlacht, gar eine Entscheidungsschlacht, wird nicht angestrebt. An die Stelle der Schlacht treten das Scharmützel, der Hinterhalt, der Terroranschlag oder das Massaker.

Terroristische Anschläge stellen ein Kampfmittel für ihn dar, Zivilisten gibt es für ihn nicht. Er ist bereit, Verluste hinzunehmen und setzt bewusst darauf, dass seine Leidensfähigkeit größer ist als die der Gegenseite. Am deutlichsten wird dies durch Selbstmordattentäter versinnbildlicht. Eine Trennlinie zwischen Front und Hinterland ist nicht mehr auszumachen. Das sind keine neuen Charakteristika, sie sind bekannt aus den Partisanenkriegen. „Die neue Qualität ist nun aber, dass man sich nun ausschließlich auf solche Verfahren stützt und nicht mehr in den offenen Krieg hineingeht“, verdeutlicht General Ramms. Die Frage, die sich für die Ordnungsmacht vordringlich stellt, ist, wie man den irregulären Kampfformen begegnet.

Wie schwierig diese Situation ist, betont General Hübner: „Das ist ungeheuer schwierig, das ist ein schmutziger Krieg. Es erfordert vom einzelnen Soldaten und dessen Führer ein neues Denken in Kategorien des möglichen Gegners, der sich nicht mehr an althergebrachte Regeln hält. Wenn man dagegen kämpfen will oder muss, stellt sich die Frage, mit welchen Methoden man dagegen vorgehen kann. Dabei läuft man schnell Gefahr, dass diese in Konflikt mit den eigenen Rechts- und Moralvorstellungen geraten. Diese Art Krieg lässt sich mit unseren Werten und Moralvorstellungen, die wir als Bürger schätzen, sehr schwer vereinbaren. Von daher sind wir grundsätzlich im Nachteil.“

Überlegungen, ob man gezwungenermaßen seine Vorstellungen über die Kriegskonventionen über Bord werfen sollte, müssen jedoch deutlich abgelehnt werden. Denn der Soldat ist nicht nur Soldat, sondern auch kultureller Botschafter. Dies erfordert, laut General Gliemeroth, eine zusätzliche Ausbildung im Vorfeld des Einsatzes: „Bei der Vorbereitung ist es aber auch wichtig, dass sehr viel Zeit darauf

verwendet wird, dem einzelnen Soldaten so die Augen zu öffnen, damit das erste Erleben und auch die ersten strittigen Situationen nicht gleich zu einer Art Af-fekthandlung führen.“ Eine Abkehr von den eigenen Kriegskonventionen würde eine Eskalationsdynamik in Gang setzen, an dessen Ende westliche Kräfte nur verlieren können.

Ein anderer Weg, die Privatisierung der Gewalt von Staats wegen, erscheint nicht minder gefährlich. Heutzutage etablieren sich Söldnerfirmen, die sich am professionellen Aufbau moderner Unternehmen orientieren. Ihre Aufgabengebiete decken bisher klassisch militärische Bereiche ab, von Ausbildung über logistische Unterstützung bis zu Planungen. Kein anderes Land setzt so sehr auf die Hilfe solcher Firmen wie die USA. Im Irak agiert mittlerweile eine Vielzahl solcher Unternehmen. Auftraggeber sind sowohl das Pentagon als auch private Firmen. Zwar werden die privaten Unternehmen hauptsächlich im Objekt- oder Personenschutz eingesetzt, aber auch Gefechtshandlungen sind für die Mitarbeiter nicht selten.

Mögliche Verluste tauchen in der offiziellen Armeestatistik nicht auf. Ein Söldnerleben hat weit weniger politische Folgekosten als das Bild eines mit der Nationalflagge bedeckten Zinksarges. Zudem unterliegen Firmen nicht der Militärgerichtsbarkeit und damit dem Kriegsrecht. Ein Umstand, der politisch wie militärisch nutzbar ist. Wenn der schmutzige Krieg es erfordert, sich auf die Kampfformen des Gegners einzulassen und in gleicher Weise zu kämpfen, so bieten sich Söldner für diesen Zweck geradezu an. Die Verwendung von Söldnerfirmen scheint ein Weg, Parlament und Öffentlichkeit zu umgehen, wie General Hübner befürchtet:

„Solche Aufträge an Privatfirmen geschehen aus vielerlei Gründen. Sicherlich ist ein Grund, die eigenen Streitkräfte nicht zu überlasten. Der zweite ist, dass es in Gegenden stattfindet, wo man nicht gerne mit eigenen Streitkräften auftreten will. Der dritte Punkt ist, dass man so verdeckt agieren kann und sich so nötigenfalls auch davon distanzieren kann.“ Zustimmend sieht es General Ploeger: „Ich denke, es ist eine Mischung. Es ist einmal die Überforderung der Streitkräfte selbst, weil schlichtweg nicht genügend Kräfte bereitstehen, um alle Aufträge zu erfüllen. Zweitens ist es die Möglichkeit, mit diesen außerhalb des militärischen Regelwerks stehenden Firmen Aktionen durchführen zu können, die den Streitkräften selbst eigentlich nicht zugänglich wären [...] Das



Im Einsatz: Deutsche ECR-Tornados auf dem Einsatzflughafen Piacenza, Italien

geht dann zum Teil weit über das hinaus, was man überhaupt noch als zulässig betrachtet. Die Amerikaner machen das vielleicht sogar, um damit selbst nicht mehr im Rahmen der üblichen Regeln zu agieren.“

Die Erkenntnis, wie man am Besten auf den asymmetrischen Kampf reagiert, ist so banal wie schwierig: Eine eskalierende asymmetrische Gewaltpirale muss verhindert werden. Der Kampf um hearts and minds muss schnell gewonnen werden. Dies verlangt, die Kontrolle eines Landes so bald als möglich in die Hände landeseigener Kräfte zu übergeben. Der Einsatz muss zeigen, dass es mit Hilfe der Ordnungsmacht möglich ist, eine sichtbare, positive Entwicklung im gesamten Land herbeizuführen. Der Aufbau einheimischer Kräfte wird den Menschen aber nur bedingt ein sicheres Gefühl beschern, wenn die Versorgung mit Wasser oder Strom nicht funktioniert. „Es ist ganz wichtig, dass man nicht nur das militärische Mittel sieht. Wir müssen uns überlegen, wie kann ich eine Situation stabilisieren, dazu gehören wirtschaftliche wie auch kulturelle Mittel, ein Mix an Mitteln. Der Soldat alleine wäre völlig verloren“, betont General Meyer. Die NATO in Afghanistan versucht eine Stärkung der civil military cooperation (CIMIC) durch die Schaffung von Provincial Reconstruction Teams (PRT). Diese sorgen in ihren Bereichen nicht nur für Ordnung, sondern leisten auch Aufbauhilfe. Zunächst muss eine sofortige Bereitstellung humanitärer Hilfe erfolgen. Danach sollte (über)lebenswichtige Infrastruktur wieder hergestellt werden und ein zügiger Aufbau von Sicherheitskräften und ziviler Verwaltung stattfinden. Letztlich muss versucht werden, alsbald einen wirtschaftlichen Aufbau zu organisieren. Aber auch die kulturelle Komponente kann einer Ordnungsmacht viele Sympathien einbringen, wenn sie die kulturelle Identität des Einsatzlandes achtet und kulturelle Einrichtungen schützt.

Unter den Bedingungen der Neuen Kriege gibt es keine formelle Kapitulation des Gegners. Die Zäsur eines militärischen Sieges oder auch nur eines Waffenstillstands gibt es nicht. Für die Aufbauarbeit der zivilen Seite gibt es daher keinen definitiven Beginn, weder zeitlich noch räumlich. Die militärische Seite muss sich zwangsläufig um Bereiche kümmern, die eigentlich von der zivilen Seite zu erledigen wären. Missverständnisse und Kritik bleiben nicht aus. So wird der militärischen Seite vorgeworfen, was sie mache, entspräche nicht einer nachhaltigen Entwicklungspolitik, sondern dies seien lediglich quick-fixes, um sich Ruhe im jeweiligen Gebiet zu erkaufen. Ganz von der Hand zu weisen ist der Vorwurf nicht, denn die NATO definiert die Ziele von CIMIC stets unter dem Gesichtspunkt, dem militärischen Auftrag Priorität einzuräumen und die Truppe zu schützen. Auf der anderen Seite wird den Hilfsorganisationen oft eigennütziges

und unkoordiniertes Handeln vorgeworfen: „Jede einzelne Hilfsorganisation sieht mehr Vorteile darin, alleine zu handeln, alleine die Gelder der Geberinstitutionen einzustreichen, alleine in ein Einsatzgebiet zu gehen und ihr Fähnlein in ihrem Flüchtlingslager aufzustellen, vor dem dann ihre Mitarbeiter Fernsehinterviews geben, als mit allen anderen Hilfsorganisationen Strategien zur Finanzierung und Projektplanung abzusprechen.“ (Götze, Hilfe, 214.)

Aufgabe der militärischen Seite muss es sein, eine gesicherte Plattform zu schaffen, auf der dann die zivilen Kräfte ihre Planungen koordinieren können. Die oftmals gescholtene Salamitaktik der Ausweitung der Auslandseinsätze durch humanitäre Einsätze entwickelt sich hierbei unerwartet als Erfahrungsbonus für die Bundeswehr. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob das Militär selbst eine gewisse Anzahl solcher zivil-militärischer Formationen aufbaut oder ob man die Koordination zwischen Militär und Hilfsorganisationen verbessert. Gefährlich bleibt auch diese Phase, denn der asymmetrische Kämpfer will nicht, dass es zu einer stabilen, positiven Entwicklung kommt. Militärische Kräfte sind also für lange Zeit erforderlich. Je eher und je mehr der zivile Aufbau in der einheimischen Bevölkerung das Bewusstsein durchsetzt, dass Anschläge Verbrechen gegen die eigene positive Entwicklung sind, desto leichter wird es, der Gewalt im Land Einhalt zu gebieten. Ein nationaler Koordinator erscheint erforderlich, um die Abfolge von der rein militärischen Operation der Neuen Kriege über die Ordnungsmacht, die militärische Sicherheit und zivilen (Wieder) Aufbau vereint, bis hin zu einer rein zivilen nachhaltigen Entwicklungspolitik zielgenau zu steuern.

Hinsichtlich der Neuen Kriege bleibt das Problem, dass die Leidensfähigkeit westlicher Länder, eigene Opfer zu ertragen, sehr gering ausfällt, solange die nationale Sicherheit nicht unmittelbar gefährdet erscheint. Als Paradebeispiel hierfür gilt Somalia. Die Bilder verstümmelter Soldaten, die die amerikanische Heimat erreichten, ließen die Zustimmung zu diesem Einsatz rapide sinken. Die politischen Folgekosten waren für die amerikanische Regierung zu hoch, als dass man den Einsatz fortsetzen wollte. Auf die Formel: „Je mehr Opfer, desto schneller sinkt die politische Unterstützung in der Heimat“ setzen seitdem alle asymmetrischen Kämpfer. Die Bundeswehr ist dabei in einer ungünstigen Ausgangsposition. Über Jahrzehnte hinweg wurden die Soldaten als Samariter in Uniform der Öffentlichkeit präsentiert. Symptomatisch war der Umgang mit Opfern in der Bundeswehr. Erst zum Ende seiner Amtszeit hat Verteidigungsminister Struck darauf verwiesen, dass Deutschland beim Einsatz seiner Soldaten mit Toten rechnen muss. So banal diese Erkenntnis erscheint, so neu war die offene Aussprache. „Bisher gab es da eher die Haltung: Bloß nicht drüber reden“, so General Hübner, und auch

General Gliemeroth räumt ein, „dass in der Öffentlichkeitsarbeit versucht wurde, in der Tat Gefallene vorzugsweise als „ums Leben gekommene“, wie das bei jedem anderen Umstand hätte passieren können, zu apostrophieren.“ Diese Haltung entstammt der Zeit, in der man die Bundeswehr schrittweise an das neue Aufgabenspektrum der Auslandseinsätze heranführte. Es wurde suggeriert, der Tod habe nichts mit dem Umstand des Soldatseins zu tun. Man kann es als vorauseilenden Gehorsam oder ein Verstecken hinter dem Anliegen der Politik kritisieren, dass auch die Führung der Bundeswehr nicht immer offen mit eigenen Todesopfern

umzugehen verstand. An dem Beispiel eines gefallenen Oberstabsarztes, der im Rahmen einer Mission der Vereinten Nationen in Georgien eingesetzt war und General Hübner unterstand, wird dies deutlich: „Am 08. Oktober 2001 wurde ein Oberstabsarzt, der im Rahmen der Vereinten Nationen in Georgien eingesetzt war, in einem Hubschrauber abgeschossen. [...] Mir unterstand dieser Einsatz. Ich habe dann versucht, deutlich zu machen, dass dieser Mann im Rahmen des

Die Bundeswehr und die politische Führung werden gut daran tun, der Öffentlichkeit ehrlich mitzuteilen, dass die aktuellen und möglichen zukünftigen Einsätze der Soldaten mit großen Risiken für Leib und Leben verbunden sind. Eine sichere Verankerung der Einsätze in der heimischen Öffentlichkeit bietet eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihr längerfristiges Gelingen

Einsatzes der Bundeswehr zu Tode kam und dass nun auch in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums genau dies so dargestellt werden muss. Das war eine Schwelle, die die Bundeswehr vorher noch nicht überschritten hatte. Aber es ging mir auch darum, diesen Menschen und seine Familie entsprechend zu würdigen. Nun war es aber so, dass zu diesem Zeitpunkt die Frage Afghanistan anstand. Ich bin von meinen militärischen Vorgesetzten bis hoch zur höchsten Führung nur abgebügelt worden. [...] Die militärische Führung hat versucht, das alles runterzuspielen, weil es politisch gerade sehr heikel gewesen wäre. [...] In der Öffentlichkeit wurde es überhaupt nicht thematisiert, weil man es nicht wollte. Und es ist heute zum Teil immer noch der Fall. Ich bin in dieser Hinsicht skeptisch, ob unsere militärischen Führer nicht zu sehr in politischen Kategorien denken und handeln, anstatt zu sagen, hier ist ein Opfer, und wir erwarten, dass die politische Führung und auch die Öffentlichkeit dazu steht.“ Die Bundeswehr und die politische Führung werden gut daran tun, der Öffentlichkeit ehrlich mitzuteilen, dass die aktuellen und möglichen zukünftigen Einsätze der Soldaten mit großen Risiken für Leib und Leben verbunden sind. Eine sichere Verankerung der Einsätze in der heimischen Öffentlichkeit bietet eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihr längerfristiges Gelingen, wie auch General Ploeger betont: „Auf diese Situationen müssen wir uns einstellen, und was mich mit großer Sorge umtreibt, ist, dass dann blitzschnell die breite Unter-

stützung, die wir derzeit noch in der Bundesrepublik für unsere Auslandseinsätze haben, umschlagen könnte in eine Ablehnung oder in eine Forderung „zurück“. Und das womöglich auch bei Einsätzen, bei denen wir gut daran tun, weiter beteiligt zu sein, weil diese eben auch für unsere eigene Sicherheit wichtig sind.“ Entscheidend für die Zustimmung der Bevölkerung zu einem Einsatz ist die Sinnhaftigkeit. Wenn diese in der Heimat in Frage gestellt wird, reichen bereits geringe Opferzahlen, um einen Einsatz scheitern zu lassen.

Dem internationalen Terrorismus allein mit militärischen Mittel beizukommen, war von Anfang an ein zweifelhaftes Unterfangen. Noch heute zeigt sich General Meyer betroffen: „Und als dann im Zuge des „Krieges“ gegen den Terror der Artikel 5 in der NATO ausgerufen wurde, habe ich Gift und Galle gespuckt. Das ist doch etwas, was man nicht umsetzen kann.

Wie will man das machen? Der erklärte Krieg gegen den Terrorismus konnte nicht eingelöst werden. [...] Es war ein riesiger Schlag ins Wasser! Und heute, hat man den Artikel eigentlich beendet? Hat man da nicht ein Instrument ein für alle mal verschlissen? Oder musste man die Lernkurve durchlaufen, um festzustellen, dass die NATO mittels Artikel 5 in der Terrorismusbekämpfung nichts ausrichten kann? Das hätte man doch vorher auch durch Nachdenken wissen können.“

Zwar konnte man in Afghanistan Ausbildungslager der Al Qaida zerstören, Al Qaida zu zerschlagen, gelang nicht. General Ploeger gibt diesbezüglich zu bedenken: „Ich denke, auch den Amerikanern wird deutlich, was wir schon immer sagen, dass das Militär subsidiäre Fähigkeiten hat. Es ist nicht der primäre Adressat für eine Ausschaltung des Terrorismus. Wir können allenfalls unterstützend bei einem umfassenden politischen Ansatz gegen den Terrorismus vorgehen. Dieser umfassende Ansatz muss versuchen, die Ursachen des Terrors auszumerzen. Das wird uns wahrscheinlich nicht so ohne weiteres gelingen.“ Terrorismusbekämpfung bleibt auch im globalen Maßstab das, was es schon immer war, nämlich Verbrechensbekämpfung, allerdings unter Nutzung aller Mittel der Inneren und Äußeren Sicherheit.

Es fehlt noch immer ein nationales Sicherheitskonzept, an dem alle Ressorts beteiligt sind und das sie in die Pflicht nimmt, obwohl militärische Auslandseinsätze zu einer politischen Handlungsoption geworden sind.

Das grundlegende Defizit in der deutschen Sicherheitspolitik taucht mit erneuter Vehemenz auf: Die deutsche Politik will oder kann die deutschen Interessen nicht klar formulieren. Sicherlich ist es richtig, dass sich Deutschland aus historischen

Gründen schwerer dabei tut als andere Nationen. Dies sollte aber nicht dazu führen, so zu tun, als könne man ohne nationale Interessen auskommen. Gerade die schlechten Erfahrungen der Vergangenheit zwingen dazu, endlich viel offener eine Debatte über nationale Interessen zu führen. Auf der 40. Kommandeurtagung der Bundeswehr forderte Bundespräsident Köhler dazu auf: „Diese Debatte braucht klare Analysen, welche deutschen Interessen es zu schützen und zu fördern gilt.“ Die Bundeswehr absolviert mehrere Auslandseinsätze und wird dabei von einem „freundlichen Desinteresse“ der deutschen Bevölkerung begleitet. Im Sinne einer demokratischen Kontrolle der Parlamentsarmee Bundeswehr kann dies nicht ausreichen.

Die Bundeswehr selbst benötigt laut General Ploeger dringend Klarheit über den Sinn und Zweck ihres Einsatzes: „Was wir in der Bundeswehr vermissen, ist, dass es keine gängige, auch einer breiten Öffentlichkeit zugängliche und für die Soldaten beständige Definition der nationalen Interessen gibt. Zumindest ein Bild von möglichen Einsatzfeldern der Bundeswehr fehlt uns definitiv.“ General Ploeger ist nur eine Stimme unter vielen, die dies fordert. Äußere Sicherheit wird zu recht als keine rein militärische Aufgabe begriffen, vielmehr ist eine umfassende Sicherheitspolitik notwendig, die „politische und diplomatische Initiativen sowie den Einsatz wirtschaftlicher, militärischer entwicklungspolitischer, rechtsstaatlicher, humanitärer und sozialer Maßnahmen einschließt.“, so steht es bereits in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003. Allein, es fehlt noch immer ein nationales Sicherheitskonzept, an dem alle Ressorts beteiligt sind und das sie in die Pflicht nimmt, obwohl militärische Auslandseinsätze zu einer politischen Handlungsoption geworden sind. Multinationalität macht das nationale Interesse nicht überflüssig, im Gegenteil, multinationale Einsätze und nationale Interessen sind zwei Seiten derselben Medaille. Der amerikanische Präsident muss dem Kongress jährlich eine National Security Strategy vorlegen, unweigerlich entfacht diese eine Debatte über die amerikanische Sicherheitspolitik. Hier könnten die Vereinigten Staaten uns als Vorbild dienen.

Zum Autor: Sebastian Stamm, MA (Politische Wissenschaften), ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft

Literaturhinweise:

Beck, Ulrich: Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2004.

Chomsky, Noam: People without rights. Kosovo, Ost-Timor und der Westen, Europa Verlag, Hamburg 2000.

Crevelde, Martin van: Die Zukunft des Krieges, Murmann Verlag, Hamburg. 2004.

Götze, Catherine: Humanitäre Hilfe – Das Dilemma der Hilfsorganisationen, in: Der Bürger im Staat, 54. Jahrgang, Heft 4, Stuttgart 2004, S. 210-216.

Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2000.

Münkler, Herfried: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel theoretischer Reflexionen, Velbrück Wissenschaft Verlag, Weilerswist 2002.

Münkler, Herfried: Symmetrische und asymmetrische Kriege, in: Merkur, 58. Jahrgang, Heft 8, 2004, S. 649-659.

Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen. Mit einer Rede über das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen, Duncker & Humblot Verlag, München 1932.

Senghaas, Dieter: Recht auf Nothilfe, in: Merkel, Reinhard (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2000, S. 99-114.

Sonntag, Susan: Das einundzwanzigste Jahrhundert begann in Sarajewo, in: Schirrmacher, Frank (Hrsg.): Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1999, S. 64-73.

Anmerkung:

* Dieser Aufsatz basiert auf der gleichnamigen Magisterarbeit, die unter www.clausewitz-gesellschaft.de zur Verfügung steht. Neben weiterführenden Literaturhinweisen findet sich dort auch der Anlagenband mit den vollständigen Interviews der Generäle Dr. Klaus Reinhardt, Hans Hübner, Wolfgang Meyer, Friedrich Wilhelm Ploeger, Manfred Dietrich und Götz Gliemerth.

Guerrillakrieg, Volksaufstand, Bürgerkrieg und ihre Bekämpfung: Neue Debatten um die „Counterinsurgency“¹

Beatrice Heuser²

Seit Ende 2004 sind die Strategiedebatten unserer englischsprachigen Alliierten von einem Thema dominiert, dem der Counterinsurgency – Aufstandsbekämpfung. Der deutsche terminus technicus ‚Aufstandsbekämpfung‘ wird allerdings im Englischen durch zwei verschiedene Ausdrücke wiedergegeben: die Bekämpfung von nicht nach Kriegsrecht kämpfenden Bewaffneten im engen Sinne, Counter-guerilla, im Gegensatz zu Counterinsurgency, wo der politische Kampf mehr im Mittelpunkt steht als die militärischen Kampfhandlungen. Counterinsurgency (abgekürzt COIN), wie auch die ‚Aufstandsbekämpfung‘, setzen voraus, dass es einen international anerkannten Staat mit einer ebenfalls international anerkannten Regierung gibt, der von aufrührerischen Rebellen in Frage gestellt wird. Hierbei ist es gemäß Völkerrecht irrelevant, ob die Rebellen gute Gründe für ihren Aufstand vorweisen können (oder: ob er legal bzw. legitim bzw. beides ist), wo es etwa eine Regierung an good governance mangeln lässt, korrupt ist, tyrannisch und diktatorisch. Höchst relevant für die Praxis ist aber der moralisch-politische Brennstoff des Aufstandes, der im Zentrum der Anstrengungen zur seiner Bekämpfung stehen muss: Schon im frühen 18. Jahrhundert hat ein spanischer Strategie, Santa Cruz de Marcenado, geschrieben: „Es empört sich selten ein Staat ohne Fehler seiner Regenten: Ehe man also Mittel lernt, Empörungen zu [be]kämpfen, muss man die Mittel lernen ihnen zuvorzukommen.“³

Es wäre also weit gefehlt, die blutigen Konflikte von heute als ‚neue‘ Kriege anzusehen, wie manche Nicht-Historiker behaupten oder jene, die über den europäischen Tellerrand von 1945 bis 1989 nicht hinausschauen. Sie sind vielleicht die ursprünglichste Form aller Konflikte, die bereits stattfanden, als es noch keine voll entwickelten Staaten gab. Für Deutsche spielten sich solche Konflikte (die meist nicht nach dem Völkerrecht als ‚Kriege‘ eingestuft werden) während des Kalten Krieges außerhalb ihres Blickfeldes ab. Während sämtliche Dekolonialisierungskonflikte Elemente von Bürgerkriegen und Volksaufstand hatten, und so etliche der NATO-Partner der Bundesrepublik (etwa Portugal, die Niederlande, natürlich Großbritannien und Frankreich) damit (meist böse) Erfahrungen machten, war der Blick der Deutschen ganz und gar auf die Gefahr eines Dritten Weltkrieges fokussiert, auf den ‚hoch intensiven Konflikt‘, der auch alle NATO Strategien dominierte. COIN ist also ein Thema, das im deutschsprachigen Raum wenig behandelt wird, während es im englischsprachigen Raum heute den Stellenwert

einnimmt, den im Kalten Krieg die Nuklearstrategie einnahm. Das Thema verdient aber auch in Deutschland Beachtung, denn in ihren neuen Einsätzen wird die Bundeswehr nicht selten diesem Problembereich nahegebracht.

Der geschichtliche Hintergrund: Auflehnung und Bestrafung

Insurgency – Auflehnung, Aufstand – ist in der Geschichte Europas fast ausnahmslos als eine widerrechtliche, ja kriminelle und gar gottlose Tätigkeit angesehen worden. Entsprechend sind Aufstände gegen eine sich selbst als legitim sehende Gewalt fast immer grausamst geahndet worden. Im Gegensatz zu Kriegen zwischen christlich legitimierten Fürsten stellten Aufstände mitunter die gesamte weltliche Ordnung in Frage, und konnten somit gar von ihren Gegnern als Ablehnung der göttlichen (christlichen) Ordnung des Universums definiert werden. Erschwerend kam generell dazu, dass die Aufständischen sich nicht an den Kriegsbrauch hielten: Als Schwächere hatten sie gegen die gut ausgebildeten und oft gepanzerten Streitkräfte der Herrscher in offener Feldschlacht – dem ‚fairen‘ Engagement – keine Chance. Sie mussten deswegen den Hinterhalt wählen, das Attentat, die Sabotage, den asymmetrischen Krieg, wobei jeder Erfolg der Aufständischen die Ordnungsmacht der Regierung in den Köpfen der Bevölkerung in Frage stellten, ihre Autorität Stück für Stück untergruben und ihnen gar neue Anhänger gewannen. Entsprechend konnten Regierungen die besonders grausame Strafe rechtfertigen.

Rom maßte sich an, die legitime Autorität vor Ort zu sein und setzte das Beispiel dafür, wie mit einer Rebellion gegen diese umzugehen sei – ein Beispiel, das das Denken bis in unsere Zeit dominieren sollte.

Während das christliche Mittelalter unter Führung der Kirche schon die Schonung von Kriegsgefangenen zur Norm machte und das Töten von Unbewaffneten – Bauern, Händlern, Geistlichen sowie Alten, Frauen und Kindern – bannte, wurde dieser Bann gemeinhin in der Aufstandsbekämpfung missachtet. Auch in anderen Kontexten wurde der Bann bisweilen gebrochen oder aufgehoben, was dann auch von der Kirche oder von Regierungs-Sympathisanten als Missbrauch der Gewalt durch die legitime Autorität angeprangert wurde. In der Aufstandsbekämpfung dagegen sah das anders aus: Da konnte sogar die Kirche wenig Kritik üben an grausamer Bestrafung.

Griechen und Römer⁴ waren nicht die ersten, die Aufstände innerhalb des definierten römischen Machtbereiches – des Imperiums – grausam niederschlugen, aber sie stehen am Anfang unserer europäisch-westlichen Tradition, auf die sich

folgende Jahrhunderte beriefen. Allein schon längerer Widerstand gegen die Einverleibung in den eigenen Herrschaftsbereich wurde von Griechen und Römern durch Versklavung der Bevölkerung oder gar Hinrichtung aller Männer geahndet, wie es etwa die Athener 415 v. Chr. mit den Meliern taten. Auch kam es immer wieder zu Versuchen in römischen Provinzen, die römische Herrschaft abzuschütteln – wie etwa durch die Numider in Nordafrika unter Tacfarinas (17 bis 24 n. Chr.), Kelten im heutigen Wales unter Caractacus (47 bis 51 n. Chr.), und die Iceni im Osten des heutigen Englands unter ihrer Königin Boudicca (60 n. Chr.). Jedes Mal war die Rache der Römer blutig, und der Niederlage der Aufständischen folgte ein Gemetzel ihrer gesamten Bevölkerung, bis hin zu Alten, Frauen und Kindern. Rom maßte sich an, die legitime Autorität vor Ort zu sein und setzte das Beispiel dafür, wie mit einer Rebellion gegen diese umzugehen sei – ein Beispiel, das das Denken bis in unsere Zeit dominieren sollte.

Viele schreckliche Beispiele des Mittelalters und der Neuzeit folgten dieser Tradition. Die anerkannte Sitte der Brandschatzung von Städten, die sich in Kriegen zwischen Prinzen nicht freiwillig ergeben hatten, das Abschlachten von Bevölkerungen, aus denen Rebellen hervorgegangen waren, ihre Verschleppung oder Aushungerung durch eine Politik der Verbrannten Erde wurde von Generation zu Generation weitergegeben. Man braucht bei genozidären Gräueltaten nicht erst bei den Sitten außereuropäischer Kulturen zu suchen, oder bei Handlungen der Europäer bei ihren Kolonialisierungen anderer Kontinente:⁵ Es lassen sich innerhalb Europas für jedes Jahrhundert solche Beispiele finden.⁶

Bis heute bestreitet kein Gesetz das Recht der souveränen Staatsmacht, eine Rebellion gegen sie im eigenen Staatsterritorium gewaltsam zu bekämpfen und niederzuschlagen. Mehr noch, die Haager Landkriegsordnung von 1907 erklärt in ihrem Annex, dass die Bevölkerung eines von einer fremden militärischen Macht besetzten Landes sich dieser Autorität unterwerfen muss, da diese Macht de facto als neue legitime Autorität über dieses Land herrscht. Die militärische Besatzungsmacht hat die Obligation, die besetzten Landstriche gut zu regieren – unter ‚Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit‘ – und so weit wie möglich die lokalen Gesetze zu achten. Im Gegenzug hat die lokale Bevölkerung die Pflicht, mit der neuen Autorität zusammenzuarbeiten (auch wenn sie nicht gezwungen werden kann, ihr gegenüber einen Treueeid zu schwören).⁷ Diejenigen dagegen, die innerhalb der Besatzungszone auf eigene Faust gegen die Militärmacht kämpfen, besonders, wenn sie nicht von Weitem durch das offene Tragen von Uniformen und Waffen als Kombattanten identifiziert werden können, haben keine rechtlichen Schutz gegen sofortige Hinrichtung ohne Prozess oder

andere schlechte Behandlung, den Zivilisten und erkennbare, legitime Kombattanten genießen sollten.

Das Zusatzprotokoll I von 1977 zum Genfer Abkommen verbietet weiterhin ausdrücklich „Heimtücke“, einschließlich des „Vortäuschens eines zivilen oder Nichtkombattantenstatus“, und Kriegslisten wie z. B. „Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen“ – alles Standardinstrumente des Guerillakampfes.⁸ Gleichzeitig wurden Versuche unternommen, den Anwendungsbereich des Schutzes der Gesetze des Krieges so auszuweiten, dass sie auch folgende Kräfte umfassen: Streitkräfte, die „einer Regierung oder einem Organ unterstehen, die nicht von einer gegnerischen Partei anerkannt werden“, paramilitärische Kräfte oder andere „Personen, die an Feindseligkeiten teilgenommen haben“, die den Kriegsgefangenenstatus beanspruchen oder „wenn die Partei, der [solch eine Person] angehört, in einer Mitteilung ... diesen Status für ihn beansprucht“. Aber selbst solch eine Person wird in der Regel nicht hingerichtet. Im Gegensatz dazu hat ein Spion, der bei Ausübung von Spionage gefangen genommen wird, keinen Schutz – ebenso wenig ein Söldner.

Auch das Problem der verdeckten Operationen wurde erneut behandelt:

„Um den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Feindseligkeiten zu verstärken, sind die Kombattanten verpflichtet, sich von der Zivilbevölkerung zu unterscheiden, solange sie an einem Angriff oder an einer Kriegshandlung zur Vorbereitung eines Angriffs beteiligt sind. Da es jedoch in bewaffneten Konflikten Situationen gibt, in denen sich ein bewaffneter Kombattant wegen der Art der Feindseligkeiten nicht von der Zivilbevölkerung unterscheiden kann, behält der den Kombattantenstatus, vorausgesetzt, dass er in solchen Fällen

*(a) während jedes militärischen Einsatzes seine Waffen offen trägt und
(b) während eines militärischen Aufmarsches vor Beginn eines Angriffs, an dem er teilnehmen soll, seine Waffen so lange offen trägt, wie er für den Gegner sichtbar ist.“⁹*

Die mit dem Zusatzprotokoll von 1977 eingeführte große Veränderung hat zur Folge, dass Aufständische oder Parteien eines Bürgerkrieges – wenn sie einer, auch selbsternannten, höheren Autorität unterstehen und unter dieser operieren – den Schutz von Kombattanten erhalten können, selbst wenn die höhere Instanz vom Gegner nicht anerkannt wird. Somit hat das Völkerrecht erst in den späten 1970er Jahren Aufständischen einen gewissen Schutz gewährt, aber auch nur unter der

Voraussetzung, dass der Aufstand als Krieg anerkannt wird (und dass die Aufständischen im Rahmen der oben aufgezeigten Grenzen operieren).

Wie steht es um die Anwendung dieses Zusatzprotokolls? Selbst zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann ein Besatzer leugnen, dass sich das besetzte Land noch im Kriegszustand befindet. Indem er leugnet, dass ein Aufstand gegen die Besatzungsmacht einen Kriegszustand darstellt, können Aufständische weiterhin als Kriminelle eingestuft und entsprechend behandelt werden (z. B. Anklage wegen Mordes statt eines Kriegsverbrechens; letzteres schließt natürlich die offene Tötung eines feindlichen Kombattanten aus).¹⁰ Die Gleichsetzung von Aufständischen mit Kriminellen durch ihre Gegner genießt somit nicht nur große Kontinuität und kontinuierliche Popularität, sondern zeigt auch die grundlegende Haltung auf, die die strenge Behandlung von gefangen genommenen Aufständischen und sogar Nichtkombattanten, die sie unterstützen oder sie lediglich nicht gegenüber der Besatzungsmacht verraten, erklärt.

So ist bis heute – völkerrechtlich gesehen – jeder Widerstand gegen die international anerkannte Staatsmacht in Chechnya, Nagorno Karabakh, Ossetien, im kurdisch-besiedelten Gebiet der Südost-Türkei usw. illegitim, während der Kampf international anerkannter Regierungen (wie der von Afghanistan und Irak) gegen Aufständische im eigenen Land legitim ist und legitim von ausländischen Staaten unterstützt werden kann. Entsprechend ist es – völkerrechtlich gesehen – unangebracht, wenn ein Rechtsstaat eine Militärdoktrin zur Unterstützung von Rebellionen gegen Regierungen entwickelt, aber nicht, dass er eine Doktrin hat für die Unterstützung einer legitimen Regierung eines UN-Mitgliedsstaates bei der Bekämpfung von internen Aufständen. Dass die Schwachstelle dieser Logik in der ‚Legitimität‘ einer solchen Regierung liegt, und unter ihrem unbezweifelbaren Ausüben ‚guter Regierung‘ (good governance), wozu sie wiederum verpflichtet ist, um ihre Legitimität unter Beweis zu stellen, ist die Grundlage der rechtlichen Debatten zu diesem Thema. Das Völkerrecht hinkt hier, wie in anderen Punkten, neueren Entwicklungen hinterher, die weggehen von staatlichem Souveränitätsdenken und hingehen zum besseren Schutz der Menschenrechte.

Vom Zeitalter der Aufklärung zu den dominanten Paradigmen des 20. Jahrhunderts

Hier ist nicht Zeit und Raum, diese Entwicklung, auch im Kontext der Aufstandsbekämpfung, im Einzelnen nachzuvollziehen. Grundsätzlich gab es in jedem Abschnitt europäischer Geschichte Menschen, die unglücklich waren über

die Tendenz, die Interessen der Bevölkerung unbeachtet zu lassen und Aufstände mit brutaler Gewalt niederzuschlagen. Ein solcher war der schon erwähnte spanische Grande, der heute kaum noch bekannte Don Alvaro Navia-Oroso y Vigil, der dritte Marquis Santa Cruz de Marcenado (1684 bis 1732). Nach den Tätigkeiten als Diplomat in Friedenskonferenzen und kriegserfahrener General wurde er schließlich Gouverneur der spanischen Besitzungen in Nordafrika; der Kampf gegen die dortigen Rebellen kostete ihn selbst das Leben. In seinem 11-bändigen Werk der Reflektionen über den Krieg widmete er einen Teil der Aufstandsbekämpfung, die er auf überraschend humanistische Weise betrachtete, sozusagen mit dem Leitmotiv, dass man das „Herz“ und die „Liebe“ der Bevölkerung suche, sie entsprechend gut behandeln müsse und ihnen jeglichen Grund nehmen, die Aufständischen zu unterstützen.¹¹

Einhundert Jahre später hatte auch Clausewitz verstanden, wie viele Beispiele in der Geschichte bewiesen, ‚welch ein ungeheurer Faktor in dem Produkt der Staats-, Kriege- und Streitkräfte das Herz und die Gesinnung der Nation sei‘.¹² Entsprechend entwarf er seine Konzepte zum Volkskrieg gegen die Napoleonische Okkupation, z.B. im 6. Buch seines großen Werkes Vom Kriege.

In den darauf folgenden 100 Jahren waren allerdings jene in der Mehrzahl, die wenig Mitgefühl mit Aufständischen oder mit Kolonialvölkern hatten. In seinem vielzitierten Werk ging etwa Oberst Charles Edward Callwell davon aus, dass „kleine Kriege“¹³ – so der Ausdruck seiner Zeit für Aufstandsbekämpfung – „gegen Barbaren und halb-zivilisierte Rassen“ geführt würden, und allein schon diese Ausdrücke sind Indikatoren dessen, wie er riet¹⁴, mit ihnen umzugehen.¹⁵ Callwells Werk reflektierte eine weit verbreitete Geisteshaltung der Wendezeit vom 19. zum 20. Jahrhundert, die noch in der Zwischenkriegszeit die britische Aufstandsbekämpfung dominieren sollte. Wenig ist zu erkennen von einem grundsätzlichen Respekt vor anderen Menschen (egal welchen Kulturen oder Rassen sie zugehören mögen) in der britischen Bombardierung aus der Luft von Siedlungen im heutigen Irak und Afghanistan, bei denen die Verletzung der Haager Landkriegsordnung damit schulterzuckend quittiert wurde, dass diese Länder diese nicht unterschrieben hätten und sowieso keine „zivilisierten“ Nationen seien.¹⁶

Eine Wende kam erst nach dem Zweiten Weltkrieg, und hier erzielten die Briten einen bis heute als Paradigma geltenden Erfolg in der Aufstandsbekämpfung in Malaya. Die Aufständischen rekrutierten sich fast ausschließlich aus einer ethnischen Minderheit aus Chinesen innerhalb der Föderation Malaya. In den malaiischen Städten lebten zwar auch Chinesen, rund 500.000 besonders arme chi-

nesische Bauern hatten sich jedoch illegal auf Land angesiedelt, das ihnen nicht gehörte. Die britische Regierung verbrachte diese in 423 befestigte und streng überwachte „Neue Dörfer“ und gab ihnen eigenes Land, das sie kultivieren konnten. Die Chinesen erhielten damit einen Anteil am System und unterstützten daher nicht länger die kommunistischen Aufständischen, deren Zahl von 8.000 im Jahr 1952 auf 2.000 im Jahr 1957 zurückging – und davon waren nur zehn Prozent aktive Kämpfer. Dies war zwar ein humanes Beispiel für die Bekämpfung von Aufständen, der sprichwörtliche Erfolg ist jedoch mehr auf die außergewöhnlichen Umstände zurückzuführen, dass es sich um eine äußerlich leicht erkennbare Volksgruppe handelte und dass die Briten unabhängig von den Zielen und Interessen einer einheimischen Regierung operieren konnten, da sie noch bis zur Unabhängigkeit von Malaya im Jahr 1957 die uneingeschränkte Kontrolle über das Land hatten.¹⁷ Dennoch muss man daran festhalten, dass dieses Fallbeispiel die Wiederentdeckung des Kampfes um die „Herzen und Gemüter“ markiert (wie der britische Gouverneur in Malaya, Sir Gerald Templar, es bei Amtsantritt formulierte.¹⁸ Die Überzeugung verbreitet sich inzwischen, dass nur eine respektvolle Einstellung der lokalen bzw. einheimischen Bevölkerung gegenüber, und die Achtung ihrer Menschenrechte dazu führen kann, die Unterstützung der Mehrheit zu gewinnen – wie Santa Cruz es schon im frühen 18. Jahrhundert als Ziel der Aufstandbekämpfung beschrieb.

Wenig zu spüren von einer solchen Einstellung war aber in der Praxis der Aufstandsbekämpfung in Süd-Vietnam durch die Amerikaner in den 1960er und frühen 1970er Jahren. Dies ist das paradigmatische Gegenbeispiel zu Malaya, das in der Fachliteratur immer wieder angeführt wird, insbesondere in einem Buch, das von einer durchschnittlichen Oxforder Doktorarbeit plötzlich zum Geheimitipp unter Fachleuten und dann zur vom Chef der US Armee seinen Generalen verordnete Pflichtlektüre wurde – John Nagls *Learning to Eat Soup with a Knife*. Der Titel bezieht sich auf die Behauptung des berühmten britischen Beraters der Araber in ihrem Aufstand gegen das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg, T.E. Lawrence („Lawrence of Arabia“), der sich zu diesem Zweck in extremen Maße in die lokale Kultur integrierte. Lawrence meinte, im Guerilla-Aufstand (sowie in seiner Bekämpfung) sei alles anders als im regulären Krieg, was gewöhnungsbedürftig sei, so wie man erst lernen müsse, Suppe mit dem Messer zu essen.¹⁹

Auch vor Nagl schon hatten unzählige Kritiker zu erklären versucht, was denn die USA falsch gemacht hätten in diesem Krieg. Am offensichtlichsten ist die Logik, die da sagt, dass die Amerikaner keine Herzen und Gemüter gewinnen konnten mit undisziplinierten, übernervösen Soldaten, die sich in Stresssituationen in

Monster verwandeln und – obgleich eigentlich „ordinary men“ – plötzlich grundlos Zivilisten massakrieren, bis hin zum Säugling. Bernd Greiners hervorragende Analyse des Falles My Lai – ein Meilenstein in der analytischen Militärgeschichte – wird dafür langfristig die vollständigste, systematischste und damit gleichzeitig erschütterndste Abhandlung sein, die es wohl verdient, in andere Sprachen, insbesondere ins Englische, übersetzt zu werden.²⁰

Für das US-Militär kam allerdings die plausibelste Kritik an der Strategie, nach der die USA den Krieg in Vietnam geführt hatten, von Colonel Harry G. Summers von den US-Landstreitkräften, der den Teil von Clausewitz wieder entdeckte, der sich um entscheidende Gefechte, physische Zentren der Kraftentfaltung und den massiven, entscheidenden Einsatz von Streitkräften drehte.²¹ Sie bestätigte all die natürlichen Instinkte des amerikanischen Militärs und dessen „Art der Kriegführung“ (es ist keineswegs vergessen, dass es sich im 18. Jahrhundert einmal selbst der irregulären Kriegführung bedient hatte). Die Amerikaner folgten Ansichten, denen zufolge Amerika in Vietnam vor allem deswegen fehlgeschlagen sei, weil es dem US-Militär nicht erlaubt worden sei, seine eigentlichen Stärken auszuspielen zu dürfen – „Feuerkraft, Manöver, Technologie“²² oder mit „Wucht“ durchgeführte Operationen, Offensive, „vorausschauendes“ Kämpfen und bestenfalls die Streitkräfte anderer Länder für den großen Krieg auszubilden – alles Einsätze, die für die US-Streitkräfte „äußerst leicht zu führen sind“.²³ Somit stieß es auf große Resonanz, dass die USA Vietnam verloren hätten, weil es ihnen nicht erlaubt worden sei, das tatsächliche Zentrum der Kraftentfaltung des Feindes hart zu treffen – die Regierung Nordvietnams, von den beiden kommunistischen Supermächten ganz zu schweigen, die mehrere Male materielle Unterstützung geleistet hatten. Die US-Streitkräfte zogen die Schlussfolgerung, dass es ihnen überlassen werde, den nächsten Krieg, den sie für hierzu geeignet hielten, mit überwältigenden konventionellen Kräften und überwältigender Feuerkraft zu führen. Die Planung war für den 3. Weltkrieg an der zentralen Front bestimmt, die Anwendung kam bei den Golfkriegen von 1991 und in der Tat von 2003 (siehe Kapitel über den großen Krieg).

Die irreguläre Kriegführung wurde unterdessen sehr vernachlässigt. Dies bedeutet nicht, dass es keine Gruppierungen oder Personen und auch Institutionen innerhalb des US-Militärs gab, die sich weiterhin dafür interessierten. Aber es ist klar, dass sie von der vorherrschenden Kultur marginalisiert wurden, und das Fach wäre beinahe aus den Lehrplänen an den Stabsakademien verschwunden. Dazu kam die Erfahrung der USA in Somalia, wo 1992 US-Streitkräfte hingeschickt wurden, um einer Hungersnot entgegenzuwirken. Die Situation vor Ort verwan-

delte sich aber in einen Bürgerkrieg, in dem sich die US-Streitkräfte nicht zurecht fanden. 1994 zog Washington seine Streitkräfte unter erniedrigenden Umständen zurück. Die Lehre war klar: Dies war nicht eine Art von Konflikt, wie die USA sie sich aussuchen würden, nicht ein „war of choice“, und man sollte möglichst von solchen Situationen fernbleiben.

Nach der Schlappe von Vietnam wurde der mit ihr verbundene Begriff „Counterinsurgency“ zu einem Unwort. Ersatzweise wurde von „Konflikt geringer Intensität“ (Low-Intensity Conflict – LIC) gesprochen. Eine Definition von Konflikt geringer Intensität lautete wie folgt:

Der begrenzte Einsatz von Macht zu politischen Zwecken durch Staaten oder Organisationen ..., um die Kontrolle zu erringen oder eine Bevölkerung zu verteidigen, ein Territorium zu kontrollieren oder zu verteidigen oder Rechte zu erkämpfen oder zu verteidigen. Hierzu zählten militärische Operationen durch oder gegen irreguläre Kräfte, friedenserhaltende Operationen, Terrorismus, Terrorismusbekämpfung, Rettungseinsätze und militärische Unterstützung unter Bedingungen bewaffneter Konflikte. Nicht zu dieser Konfliktform zählen lang andauernde Gefechte zwischen einander gegenüberstehenden regulären Kräften.²⁴

Weitere Favoriten im Akronymensalat waren Foreign Internal Defence (FID), d.h. Hilfe bei der Niederschlagung von Aufständen zugunsten einer Regierung, die man aus irgendeinem Grunde unterstützt, unkonventionelle Kriegführung (Unconventional Warfare – UW), irreguläre Kriegführung (Irregular Warfare – IW), nichtkriegerische militärische Operationen (Military Operations Other Than War – MOOTW) und natürlich die Aufstandsbekämpfung selbst (Counterinsurgency – COIN), die in den ersten Jahren nach 2000 eine Renaissance erlebt hat.

Man kann natürlich annehmen, dass die Offiziere, die dieser Fülle neuer Abkürzungen gelegentlich ausgesetzt waren, durch diese ebenso wie durch die unvermeidlichen, sie begleitenden PowerPoint-Präsentationen verwirrt wurden, in denen komplexe Überlegungen zu den Problemen der Aufstandsbekämpfung auf möglichst griffige Schlagworte reduziert wurden („Geld ist Munition“, „Hilfe fördert den Aufbau von Institutionen, nicht nur von Truppen“).²⁵ Aber dies, zusammen mit einem starken Schwerpunkt auf allem Technischen, war das Leitmotiv der Handbücher zum Gebrauch im Felde und der Doktrin der 80er, 90er und auch der frühen 2000er Jahre. Dies illustrieren die Doktrin-Handbücher zur Aufstandsbekämpfung der US Armee und der US Marines aus den achtziger Jah-

ren²⁶ sowie dem 2004 bei Lyons Press erschienenen US Army „Counter guerrilla Operations Handbook“ (Handbuch für die Guerillabekämpfung). Die Dokumente aus den achtziger Jahren wurden zu einer Zeit erstellt, als der Ausdruck Counterinsurgency Tabu war, der in enger Verbindung mit dem Scheitern in Vietnam stand; stattdessen wurde die Bezeichnung „Konflikt geringer Intensität“ (Low-Intensity Conflict) verwendet.²⁷ Im Counter guerrilla Handbook von 2004 werden auf höchstens zehn Prozent der rund 230 Seiten politische Fragen wie z.B. die Ziele der Guerillakräfte, psychologische Faktoren bei der Guerillabekämpfung, soziologische und ökonomische Faktoren behandelt. Der Rest ist in hohem Maße taktisch-technisch und richtet sich ausschließlich gegen das „aktive militärische Element“ einer Aufstandsbewegung.²⁸ Man findet zahlreiche Skizzen von modellhaften Hinterhaltsituationen, Gefahrenbereichen mit Informationen darüber, wie man in ihnen vorrückt, Einsatzunterstützungspunkten, die Vauban gefallen hätten, und getarnten Verstecken. Ein großer Schwerpunkt wird auf Angriffs- und Schusswinkel sowie das Einkreisen feindlicher Kräfte gelegt. Sprachgebrauch und Aufmachung des Handbuchs erinnern an viele Dokumente, die es bereits früher gab und die auf die mit vielen Illustrationen versehenen Handbücher aus dem 18. Jahrhundert mit ihrem Schwerpunkt auf Winkel, Diagramme und Mathematik zurückgehen.

Die Überzeugung verbreitet sich inzwischen, dass nur eine respektvolle Einstellung der lokalen bzw. einheimischen Bevölkerung gegenüber, und der Achtung ihrer Menschenrechte dazu führen kann, die Unterstützung der Mehrheit zu gewinnen.

Weiterhin kann eine Ausrichtung an der Literatur des Gegners festgestellt werden: Die Schriften von Mao zum Revolutionskrieg wurden nicht nur studiert sondern auch – ob passend oder unpassend – auf andere Guerilla-Kriegssituationen übertragen. Mitte der achtziger Jahre wurden so technische Lösungen zur Bekämpfung von Aufständen vorgeschlagen, nach denen man etwa in die Phasen I und III, nicht aber in Phase II des maoistischen Modells eines Revolutionskrieges eintreten würde.²⁹ Die Besessenheit vom maoistischen Modell dauerte sogar bis zum Irak-Krieg von 2003 an: Im Field Manual FM 3-07.22 vom Februar 2003 wird die Aufstandsbekämpfung nach einem Drei-Phasen-Modell definiert, das die drei Phasen Maos für den Volkskrieg nachahmt (obgleich erkannt wurde, dass es nicht auf alle Aufstände anwendbar war).³⁰ Die Operation Iraqi Freedom wurde ebenso nach einem Phasenmodell konzipiert, diesmal einem Vier-Phasen-Modell, wobei Phase 4 die Befriedungsphase darstellte, die nach dem Ende der formellen Kampfhandlungen kommen sollte. Auch dies erwies sich als wenig hilfreich, wie hochrangige amerikanische Truppenführer im Irak feststellten.³¹

Montgomery McFate oder die Wiederentdeckung kultureller Variabler.

Mit dieser Geisteshaltung des Strebens nach dem „War of Choice“ und nach technischen Lösungen politischer Probleme gingen die USA in den Irak-Krieg: Das amerikanische Militär hoffte, in dieser Operation den Erfolg des Golf Kriegs von 1991 zu wiederholen. Alle Bedenkenräger, sowie jene wie das State Department, das sorgenvoll an Plänen für die Politik nach der Konfliktphase arbeitete und im Hinblick darauf die Kampfphase beeinflussen wollte, wurden vom Pentagon aus der engeren Koordination bewusst herausgehalten. Der Erfolg schien 2003 schnell erreicht, aber innerhalb eines Jahres hatte sich der Sieg über Saddam Hussein und seine Armee in einen Kleinkrieg verwandelt, der sowohl Elemente des Aufstandes gegen die Militärokkupation zeigte als auch die Züge eines Religionskrieges zwischen den schiitischen und sunnitischen Bevölkerungen im Irak.

Die Lektüre der Periodika der US-Streitkräfte wie auch einschlägiger wissenschaftlicher Zeitschriften von 2004 an zeigt, wie schnell sich die Einsicht verbreitete, dass die Situation im Irak sich verwandelt hatte und neue Aufgaben stellte. Dies wurde sehr schnell auch amerikanischen Befehlshabern im Irak klar, die anfangs gegen starken Widerstand zum Neu-Überdenken der Lage und der nötigen Strategie appellierten. Was dabei besonders war, ist, dass Schlüsselfiguren wie General David Petraeus, der in kurzer Zeit zwei Abordnungen (Verwendungen?) in den Irak erlebte und dann zum Chef der Training and Doctrine (TRADOC) Institution der US Armee wurde, neuen Ideen, ja auch Ideen aus ganz neuen Richtungen gegenüber, offen war.

Und hier stellte sich wohl zur rechten Zeit der rechte Wissenschaftler ein, der Petraeus entscheidend beeinflusste. Dies geschah ausgerechnet in einem Kontext,

Der Erfolg [im Irak] schien 2003 schnell erreicht, aber innerhalb eines Jahres hatte sich der Sieg über Saddam Hussein und seine Armee in einen Kleinkrieg verwandelt, der sowohl Elemente des Aufstandes gegen die Militärokkupation zeigte als auch die Züge eines Religionskrieges zwischen den schiitischen und sunnitischen Bevölkerungen im Irak.

in dem Fachleute eine besondere Lern- und Neuerungsunfähigkeit des amerikanischen Militärs konstatierten, wo die Generale von heute die erfolgreichen Obristen des Golfkriegs von 1991 sind und sich als unfehlbar einschätzen.³² Weiter war dieser Außenseiter aus der Wissenschaft ein Ziviler, was wiederum Barrieren aufbaute. Und dazu noch eine Frau: Dr. Montgomery McFate. Auf jeden Fall ist es schon ein kulturelles

Wunder, dass McFate sich Gehör schaffen konnte, und spricht in jedem Fall für die außerordentlich offenen (exzeptionellen) Generale, die trotz dieser auch im

Westen existierenden kulturellen Barrieren bereit waren, ihr zuzuhören. Weniger verwundern wird es in Deutschland, wo bei vielen Wissenschaftlern „Regierungs-Beratung“ oder „Politik-Beratung“ als unmoralisch gilt, dass Anthropologen McFates Beratertätigkeit als unethisch und einen Verrat an der Reinheit ihrer Elfenbeinturm-Disziplin anprangerten, so als ob die Beratung der eigenen Regierung gleichkäme mit einer Kollaboration mit einem Verbrecher-Regime.³³

Wenden wir uns McFates Argumenten einmal zu. Viel könne dadurch gewonnen werden, so McFate, wenn man in diese neue Situation das Instrumentarium des Regional-Spezialisten und der Sozial-Anthropologie (auf deutsch meist Ethnologie genannt) einbringen, und sich intensiv mit der Kultur des Landes, mit dem man zu tun habe, befassen würde. McFate, zu dem Zeitpunkt Wissenschaftler im Dienste der US Marine,³⁴ erklärte, dass

das Verstehen fremder Kulturen und Gesellschaften eine nationale Sicherheits-Priorität geworden ist. Je unkonventioneller die Gegner, desto mehr müssen wir ihre Gesellschaft und die ihr zugehörige kulturelle Dynamik verstehen. Um Gegner von außerhalb des westlichen Kulturkreises zu besiegen, die [auch noch zusätzlich] transnational in ihrem Handlungsspielraum sind, nicht-hierarchisch in ihrer Struktur, geheim in ihrem Ansatz, und die außerhalb des Kontexts von National-Staaten operieren, müssen wir unsere Fähigkeit, fremde Kulturen und Gesellschaften zu verstehen, verbessern.³⁵

Es ist schockierend, dass McFate sich genötigt sah, etwas so Offensichtliches neu zu sagen, was mindestens bis Sun Tsu (544 bis 496 v. Chr.) zurückverfolgt werden kann, dessen Lehrsatz immer wieder zitiert wird, dass es hilfreich ist, den Feind zu kennen, und seine Besonderheiten zu berücksichtigen, wenn man ihn bekämpft.³⁶ Die Nachricht selbst war also alles andere als neu, nur hatte sie lange keinen Platz gehabt im American Way of War (Russell Weigley) und im Denken des amerikanischen Militärs. Um diesem Denken darin einen Platz zu schaffen, bedurfte es aber sowohl des Verständnisses und der Aufnahmefähigkeit einiger Schlüsselfiguren in der amerikanischen Militärführung – insbesondere des Generals Petraeus, inzwischen Oberkommandierender der US-Streitkräfte im Irak – als auch einer großen Überzeugungskraft seitens McFates.

Ein dritter Faktor kam dazu: Mentale bzw. kulturelle Unterschiede hatten inzwischen, aus der Anthropologie importiert, seit Jahrzehnten im Zentrum der Forschung der Geschichtswissenschaft gestanden³⁷ und sich Seite an Seite mit

dem „linguistic turn“ in andere Geisteswissenschaften eingeschlichen, im Kampf gegen die dominanten Theorien der Internationalen Beziehungen („Realismus“, „Games Theory“), die kultur-unabhängig alle Phänomene mit Konzepten der europäischen Politik des 19. Jahrhunderts wie „Machtpolitik“ und „nationalem Interesse“ zu erklären versuchten. Letztere Erklärungsansätze, die ironischerweise aus der deutschen Wissenschaft der Zeit von 1871 bis 1945 stammten, hatten über deutsche Emigranten wie Hans Morgenthau die amerikanische Politologie der internationalen Beziehungen der 50er bis 80er Jahre erobert und dominiert.³⁸ Erst ihr völliges Scheitern darin, etwa die Jugoslawischen Kriege der 90er Jahre, oder das Wiederaufleben von opferbereitem Nationalismus in Osteuropa zu erklären, bereitete den Weg für die „Kulturrevolution“ in der Disziplin der internationalen Beziehungen. Kurzum, die Zeit war reif für die Wiederentdeckung der Kultur als Variabler in der internationalen Politik und insbesondere im Konflikt. Aber ohne den beherzten Botschafter dieser Nachricht, Montgomery McFate, wäre diese wohl kaum in der amerikanischen Militärführung angekommen. Ihrem Einfluss ist es zu verdanken, wenn in dem wie oben beschrieben auch teilweise noch sehr problematischen FM 3-07.22 einem neuen Bewusstsein für die kulturellen Gegebenheiten und ihre enorme Bedeutung bei der Kriegführung, insbesondere bei der Aufstandsbekämpfung Rechnung getragen wird. Indem dieses Handbuch in einer sehr Clausewitzschen Art beginnt, hieß es dort:

Das Zentrum der Kraftentfaltung bei Operationen zur Aufstandsbekämpfung ist die Bevölkerung. Daher ist es entscheidend für den Erfolg, die einheimische Gesellschaft zu verstehen und ihre Unterstützung zu gewinnen. Um inmitten einer einheimischen Bevölkerung wirksam zu operieren und ihre Unterstützung zu gewinnen und zu erhalten, ist es wichtig, dass die US-Streitkräfte ein gründliches Verständnis der Gesellschaft und ihrer Kultur einschließlich ihrer Geschichte, Stammes-/Familien-/Gesellschaftsstruktur, Werte, Religionen, Bräuche und Bedürfnisse entwickeln.³⁹

Diese Erkenntnisse wurden aber anfangs nicht umgesetzt. Erst seit 2004, als die Befriedung Iraks offensichtlich zu misslingen drohte, mehrte sich der Chor der Stimmen, denen zufolge die USA Einsätze zur Aufstandsbekämpfung nicht als eine zweit- oder dritrangige Aufgabe für das US-Militär betrachten sollten, die Spezialkräften und zivilen Fachleuten überlassen werden können.⁴⁰ Es besteht eindeutig eine Kontinuität zwischen der mangelnden Anpassungsfähigkeit der US-Streitkräfte an eine von Aufständen geprägte Umgebung in Vietnam sowie im Irak und ihrer übertrieben hierarchischen und selbstzufriedenen Bürokratie, die es versäumt hat, ihre Doktrin und deren Anwendung in Frage zu stellen. Initiativen von

unten, die nahelegen, dass die Dinge ziemlich falsch laufen und verbessert werden müssen, sind nicht willkommen, da selbst das Eingeständnis, dass die Dinge nicht so gut laufen, wie sie sollten, bei den US-Streitkräften einem Eingeständnis des Scheiterns gleichkommt – nicht gerade ein karrierefördernder Faktor.⁴¹

Aber für jeden klugen Kopf auch unter den amerikanischen und britischen Militärs im Irak wurde bald deutlich, dass die angewandte Strategie dabei war, fehlzuschlagen. Z.B. was Aufträge und Ziele anbetrifft, wurden einige interessante Erfahrungen gewonnen. Sie lassen sich in etwa wie folgt zusammenfassen: Bei den US-Streitkräften besteht eine Spannung zwischen der außergewöhnlichen Betonung des Schutzes der eigenen Truppen, ihren eskalierenden Einsatzregeln (durch die sie viel früher das Feuer eröffnen als ihre Verbündeten) und der Betonung der Zerschlagung des Feindes als erstrebenswertes Ziel (mit nahezu unvermeidlichen Kollateralschäden) einerseits und der Notwendigkeit, so viel wie möglich mit der einheimischen Bevölkerung zu interagieren andererseits, um ihr Vertrauen zu gewinnen, ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln und Erkenntnisse aus Nachrichtengewinnung durch Personen (Human Intelligence) über die Aufständischen zu sammeln.⁴² Nachdem seit Malaya Aufstandsbekämpfungs-Experten gefordert haben, man müsse die „Herzen und Gemüter“ der Bevölkerung gewinnen, spricht man im Irak (und in Afghanistan) vom nüchterneren Ziel, ihren Respekt zu gewinnen und ihnen zu geben, woran sie am meisten interessiert sind, und zwar Sicherheit für Leib und Leben, gefolgt von den nötigen Mitteln, um den Lebensunterhalt zu bestreiten und die Familie zu ernähren.⁴³ Das umformulierte Ziel bestände somit nicht darin, Herzen und Gemüter der gesamten Bevölkerung zu gewinnen, indem alle Aufständischen eliminiert würden, sondern darin, die Anzahl der Aufständischen und ihrer Sympathisanten zu verringern, und sogar die Zahl derjenigen zu verringern, die beiden Seiten gegenüber gleichgültig sind, und den Teil der Bevölkerung zu einer deutlichen Mehrheit zu vergrößern, der ein Interesse am Erfolg der sich nach dem Konflikt entwickelnden Gesellschaft, der neuen Wirtschaft, der neuen Regierung, des neuen Staates hat.

Dies könnte, so Montgomery McFate und Andrea Jackson, auch folgende Fähigkeit bedeuten:

...gezielt Sicherheit herzustellen – oder sie wieder wegzunehmen. Aufstandsbekämpfungskräfte müssen zum Schiedsrichter für wirtschaftliches Wohlergehen werden, indem sie für Güter, Dienstleistungen und Einkommen sorgen – oder diese wieder wegnehmen. Aufstandsbekämpfungskräfte müssen Darstellungen, Symbole und Botschaften entwickeln

und verbreiten, die im bestehenden kulturellen System Anklang finden bzw. die denen der gegnerischen Seite entgegentreten. Und schließlich müssen Aufstandsbekämpfungskräfte vorhandene traditionelle Führer einbeziehen, durch deren Autorität die Legitimität der Regierung gestärkt bzw. die gegnerische Seite daran gehindert werden kann, diese einzubeziehen. ... Bei einem Aufstand gibt es drei Methoden zur Aufrechterhaltung der Legitimität [der Regierung, die bestrebt ist, den Aufstand niederzuschlagen]: die Anwendung angemessener Gewalt, die präzise Anwendung gezielter Gewalt sowie die Herstellung von Sicherheit für die Zivilbevölkerung. ... Oft zieht die Anwendung überzogener Gewalt einen negativen, unbeabsichtigten Effekt der Stärkung des Aufstandes nach sich, indem Märtyrer geschaffen, der Zulauf gesteigert und die Brutalität der [Aufstandsbekämpfungs-] Kräfte gezeigt werden.⁴⁴

Die Beherrschung des Propagandakrieges ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig – Thomas Mockaitis wird folgendermaßen zitiert: „Bei der Bekämpfung von Aufständen ist eine Gräueltat nicht unbedingt das, was man tatsächlich tut, sondern das, was einem erfolgreich vorgeworfen wird.“⁴⁵

Nicht nur durften McFate und John Nagl, der oben erwähnte Autor von Learning to Eat Soup with a Knife, jeweils ein Kapitel des neuen Handbuches für den Gebrauch im Felde (Field Manual) FM 3-24 schreiben. Vierzehn Empfehlungen seitens Generalleutnant David H. Petraeus, unter dessen Federführung das „US Army and Marine Counterinsurgency Manual“ von 2006 entstand, stimmen weitgehend mit denen von McFate überein:

1. So viel wie möglich auf die Einheimischen delegieren, so dass sie sich damit identifizieren, was getan wird.
2. Sichtbare Verbesserungen im betreffenden Lande müssen rasch erfolgen, anderenfalls ist die Bevölkerung der Ansicht, dass die Dinge besser waren, bevor die Operationen zur Aufstandsbekämpfung begannen.
3. Finanzielle Investitionen in den Wiederaufbau sind von größter Bedeutung.
4. Die „Erhöhung der Anzahl der Interessenpartner“ ist in der neuen Ordnung „entscheidend für den Erfolg“.

5. Eine militärische Operation darf nur ausgeführt werden, wenn klar ist, dass die politischen (und psychologischen) Kosten (z.B. durch Kollateralschäden, zivile Opfer usw.) nicht den militärischen Gewinn überwiegen.
6. Erkenntnisse über die Identität, Bewegungen und den Verbleib aufständischer Kämpfer sind entscheidend, damit sie einzeln und gezielt bekämpft werden können, ohne dabei zufällig Zivilisten zu verletzen, bei denen sie sich verstecken.
7. Sowohl das Militär als auch nichtstaatliche Organisationen (NGO) bzw. Spezialeinheiten müssen sich an Maßnahmen zum „Aufbau eines Staates“ bzw. zur kommunalen Aufbauarbeit beteiligen, d.h. an Bemühungen zur Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensbedingungen der Bevölkerung im Allgemeinen und zur Erneuerung des sozialen Gefüges und zur Wiederherstellung bzw. Stärkung des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Kräfte.
8. Es genügt nicht, neue Polizeikräfte zu schaffen – um sie zu unterstützen, müssen das Justiz- und das Innenministerium usw. sowie die Verwaltungen, die ihnen dienen, reformiert werden.
9. Landeskundliches Verständnis ist entscheidend, um die einheimische Bevölkerung nicht zu entfremden.
10. Die Aufstandsbekämpfung ist nur erfolgreich, wenn militärische Erfolge mit einer wirtschaftlichen und sozialen Erholung und der Verbesserung der Lebensbedingungen einhergehen.
11. Wenn eine militärische Truppe in einem fremden Land Operationen zur Aufstandsbekämpfung durchführt, um einer verbündeten Regierung zu helfen, hängt der Erfolg letztlich vom Verhalten und von der Akzeptanz der örtlichen Führung ab.
12. Die Umsetzung aller oben stehenden Punkte hängt vom Verständnis und von der Geschicklichkeit der nachgeordneten militärischen Führer ab.

13. Auf allen Ebenen, insbesondere den nachgeordneten Ebenen, müssen die militärischen Führer Initiative, Flexibilität, Vorstellungsvermögen und Innovationsfähigkeit zeigen.
14. „Die wichtigste Aufgabe eines militärischen Führers besteht darin, den richtigen Ton zu treffen“, die Bedeutung von Nichtkampfaufgaben gegenüber vorgeblich rein militärischen Aufträgen zu betonen und Überreaktionen auf besonders kritische Lagen zu vermeiden.⁴⁶

Das neue Field Manual F 3-24

Die Hand dieser Autoren ist also im neuen Handbuch klar zu erkennen, obwohl – typischerweise für ein Werk, das versucht, möglichst viel Konsens zur Grundlage zu haben – viele der Formulierungen im Entwurf vom Juni 2006 in der endgültigen Fassung vom 15. Dezember 2006 verwässert worden sind.⁴⁷ Dennoch ist die Verlagerung des Schwerpunktes von Technik hin zu Kultur überwältigend – kaum zehn Prozent des neuen Handbuches befasst sich noch mit rein technischen Aspekten der Aufstandsbekämpfung. Stattdessen konzentriert sich das Handbuch auf die Analyse der Gesellschaft, in der der Aufstand stattfindet – ihre Kultur oder Kulturen, Überzeugungen, Identität bzw. Identitäten der in ihr lebenden sozialen Gruppen, ihre Strukturen, Organisationen, Institutionen, Rolle, Status, soziale Normen, Werte, Einstellungen und Perzeptionen.⁴⁸

Wir lesen, z.B., “Soldaten und Marines müssen das Folgende über die Bevölkerung im Einsatzgebiet verstehen:

- die Organisation von Schlüsselgruppen innerhalb der Gesellschaft;
- Beziehungen und Spannungen zwischen Gruppen;
- Ideologien und Erzählungen,⁴⁹ die bei diesen Gruppen eine Resonanz auslösen;
- ideelle Werte von Gruppen (einschließlich Stämmen), Interessen, und Motivationen;
- die Art und Weise, wie Gruppen (einschließlich Stämme) kommunizieren;
- das Führungssystem der Gesellschaft;⁵⁰

Das Handbuch beleuchtet die Aufständischen, ihre Anführer, Kader, Netzwerke und Institutionen, aber auch die Art des Aufstandes, der hier vorgefunden wird (hier treten allerdings noch einmal, anachronistisch, die Modelle Maos und Che

Guevaras in Erscheinung).⁵¹ Die Offiziere waren angehalten, die ihnen gegenüberstehenden Probleme zu analysieren und konzeptuell auf ihr Wesentliches zu reduzieren, um dann COIN-Operationen auf diese Situationen zuzuschneiden. Dies, so wird betont, muss ein sich wiederholender Prozess sein, denn man muss die Situation, die man vorfindet, periodisch neu analysieren, da sie nicht statisch ist, sondern sich dynamisch verändert. Offiziere und Soldaten müssen dabei auf jeder Ebene mit mission command (der guten alten preußischen Auftragstaktik) arbeiten ('Empower the Lowest Levels'⁵²), was nur möglich ist, wenn jeder ein umfassendes Verständnis der Lage vor Ort hat, aber auch der politischen Ziele, die auf der eigenen Seite verfolgt werden, und für seine Handlungen volle Verantwortung übernimmt. Hervorgehoben wird auch die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Akteuren, zwischen amerikanischen Akteuren und denen des Gastgeberlandes, zwischen Militär und Polizei, und das Endziel muss sein, dass das Gastgeberland alleine fähig ist, die Aufstandsbekämpfung selbst zur Befriedung zu führen.

Dabei wird ganz besonders großer Wert gelegt auf alle Maßnahmen, die die Bedürfnisse und legitimen Beschwerden der Bevölkerung befriedigen, denn deren Unterstützung ist der Schlüssel zum Sieg für Aufständische und für die Regierung. Die Formulierung auch hier sieht ab von Erwähnung des dramatischen Kampfes um „Herzen und Gemüter“, sondern man spricht nur davon, in der Lokalbevölkerung die Einsicht zu erwecken, dass es in ihrem eigenen Interesse ist, zum Frieden zurückzufinden, und dass ihnen die Aufständischen keine legitimen Wünsche befriedigen werden, die ihnen die Regierung nicht besser befriedigen könnten.⁵³ Dies baut auf auf den Erfahrungen wichtiger amerikanischer Generale in Irak, die vor Ort sahen, dass der Bevölkerung an regelmäßiger Elektrizitätsversorgung und Abwasserentsorgung mehr gelegen waren als an wilden Versprechungen,⁵⁴ und dass auch bei anfänglicher Freude über den Einmarsch der Amerikaner und Briten schnell eine Ermüdung mit der Besetzung eintrat („occupation fatigue“).⁵⁵ Was das Handbuch hier an Maßnahmen aufzählt, kann sogar anknüpfen an eine ältere Tradition – das ganze Spektrum dessen, was in Vietnam als „civic action“ bekannt wurde – bis hin zu Versuchen, Arbeit zu beschaffen und besonders junge, männliche Arbeitslose von den Straßenecken wegzubekommen, wie auch das Bauen von Schulen, Krankenhäusern, Straßen und anderer Infrastruktur.⁵⁶

Das Zentrum der Kraftentfaltung bei Operationen zur Aufstandsbekämpfung ist die Bevölkerung. Daher ist es entscheidend für den Erfolg, die einheimische Gesellschaft zu verstehen und ihre Unterstützung zu gewinnen.

Weiter findet man im Handbuch viele Anhänge. Einer gibt eine Einführung in die sozial-anthropologische Analyse von Gesellschaften (die der Aufständischen und die der Gastgebernation insgesamt) die – insbesondere mit ihrer 60-Titel-Bibliographie – ein Grundseminar in der Ethnologie vollauf beschäftigen würden. Ein weiterer gibt Rat und Mahnung, wie Dolmetscher auszuwählen sind (wobei auf deren eigene Absichten zu achten ist), wie man öffentliche Reden und Ansagen machen soll (einschließlich rhetorischer Ratschläge), einen höchst wichtigen juristischen Anhang mit rechtlichen Vorgaben und klassischere Anhänge über Planungsprozesse oder den Einsatz der Luftwaffe.

Das Handbuch hat offensichtlich große Teile der regelmäßig erhobenen Kritik gegen den American way of war an Bord genommen und ernsthaft integriert, wie etwa die amerikanische Tendenz zum exzessiven Einsatz von Feuer und zur exzessiven Angst vor eigenen Verlusten, was zur Abschottung gegen die Lokalbevölkerung führt, die aber gerade bei Aufstandsbekämpfung so zentral ist. Hier kann man besonders deutlich sehen, wie der starke Entwurf des Handbuches in der Endausgabe verwässert wurde – aus den hier aufgestellten Faustregeln wurden vage Überlegungen:

Aus „Je mehr man seine Streitkräfte beschützt, desto weniger sind sie sicher“ wurde „Manchmal ist es der Fall dass, je mehr man seine Streitkräfte beschützt, sie desto weniger sicher sind.“ Und entsprechend aus „Je mehr Gewalt eingesetzt wird, desto weniger effektiv wird sie“, wurde „Manchmal ist es der Fall dass, ...“ und aus „Die besten Waffen der Aufstandsbekämpfung schießen nicht“ wurde „Einige der besten Waffen...“. Immerhin enthält auch die Endfassung die Einsicht, dass der Aufstandsbekämpfer im Kleinen ein höheres Risiko für seine eigene Person in Kauf nehmen muss, damit die Aufstandsbekämpfung insgesamt erfolgreich sein kann.⁵⁷ Sogar der Vorwurf, dass die Sieger von 1991 strukturell unfähig geworden sind, ihre eigenen Fehler zu erkennen und einzugestehen und einen neuen Kurs einzuschlagen, hat hier Eingang gefunden.⁵⁸ Das Handbuch schreibt eine periodische Bilanz der sich entwickelnden Situation und eine Reevaluation der eigenen Strategie von Grund auf vor.⁵⁹ Insgesamt ist den Autoren und Herausgebern dieses Handbuches ein beeindruckendes Werk gelungen, auch wenn der durchschnittliche GI mit den an ihn gestellten Erwartungen an ethnologischer Analyse und „interkulturellen Kompetenzen“, wie man heute so schön sagt, überfordert sein wird.

Die Presse nahm bei der Veröffentlichung dieses Handbuches allerdings fast ausschließlich zur Kenntnis, dass sie mit einer Erhöhung der amerikanischen Streit-

kräftezahlen einhergehen würde – die vielbesungene „troop surge“ (wobei man sich des Verdachtes nicht erwehren kann, dass das Wort „surge“ gewählt wurde, um nur ja nicht dasselbe Wort „increase“ wie im Vietnam Krieg zu benutzen). Petraeus selbst, der unmittelbar nach Abschluss des Handbuches im Januar 2007 zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Irak ernannt wurde, unterstreicht, dass die alles Andere an Wichtigkeit überragenden Faktoren bei der Applikation dieser neuen COIN Doktrin, Zeit und politische Geduld sein werden. Immerhin konnte er in den vergangenen Monaten schon konstatieren, dass die Zahl der Selbstmordattentate zurückgegangen ist. Ob Washington ihm die Zeit lassen wird, die er zweifellos zur Befriedung des Irak braucht, hängt inzwischen aber wohl weniger von der Qualität seiner Doktrin ab als von der Dynamik des Wahlkampfes in Amerika.⁶⁰

Zur Autorin: Professor Dr. Beatrice Heuser hat den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Universität Reading, Großbritannien, inne. Frau Dr. Heuser ist Mitglied im Beirat der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Ich möchte hier dankbar die Übersetzungshilfe des Bundessprachenamtes anmerken, auf das auch die Aussage über die offizielle deutsche Übersetzung von „Counterinsurgency“ als „Aufstandsbekämpfung“ zurückgeht.
- 2 Professor Heuser hat den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Universität Reading, Großbritannien, inne.
- 3 Friedrich Wilhelm von Zanthier (übers. und Hrg.): Freyer Auszug aus des Herrn Marquis von Santa-Cruz-Marzenado, Gedanken von Kriegs und Staatsgeschäften, nebst einem Versuch über die Kunst den Krieg zu studiren (Göttingen und Gotha: Johann Christian Dieterich, 1775), S. 124f.
- 4 Sorry, man sollte erst weiterlesen, bevor man dumme Kommentare schreibt, obiges gilt trotzdem.
- 5 R. Brian Ferguson & Neil L. Whitehead (Hrg): War in the Tribal Zone: Expanding States and Indigenous Warfare (Santa Fe, NM: SAR Press, 1992).
- 6 Für Beispiele, siehe John Ellis: A Short History of Guerrilla Warfare (London: Ian Allan, 1975); Robert B. Asprey: War in the Shadows: The Guerrilla in History 2 Bände (Garden City, NY: Doubleday, 1975); Anthony James Joes: Resisting Rebellion: The History and Politics of Counterinsurgency (Lexington, KY: The University Press of Kentucky, 2004); Hans-Henning Kortüm (Hrg): Transcultural Wars from the Middle Ages to the 21st Centuries (Berlin: Akademie Verlag, 2006).
- 7 Für den Text der in diesem Punkte heute noch gültigen Haager Landkriegsordnung, siehe Adam Roberts & Richard Guelff (Hrg): Documents on the Laws of War (3. Ausgabe, Oxford: Oxford University Press, 2000), SS. 70-81. Siehe auch die Genfer Konventionen von 1949, ebenda, SS. 306-355.

- 8 1977 Geneva Protocol I Article 37, in Roberts & Guelff (eds): Documents, p. 442.
- 9 1977 Geneva Protocol I Articles 43-47, in Roberts & Guelff (eds): Documents, pp. 444-447.
- 10 Timothy William Waters: "Guilty of Fighting a War", International Herald Tribune (14 Aug. 2006).
- 11 Zanthier: Freyer Auszug, S. 144.
- 12 Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Buch III, Kap. 17.
- 13 Im vorhergehenden 18. Jahrhundert und bis zu den Kriegen Napoleons wurde als „kleiner Krieg“ die Aktivitäten derer, die wir heute „special forces“ nennen würden, bezeichnet: „Partisanen“, irreguläre Kämpfer, die aber neben regulären Truppen von normalen staatlichen Autoritäten eingesetzt wurden, etwa Trencks Panduren. Siehe etwa Clausewitz' Vorlesung über den Kleinen Krieg, in Werner Hahlweg (Hrg): Carl von Clausewitz: Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe 1. Band (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1966).
- 14 Das ist richtig, aber die Brutalität der Kriegführung wurde in bzw. bei diesen Halbwilden verortet, weswegen es auch untersagt war, wilde bzw. halbwilde Völkerschaften in Europäischen Kriegen einzusetzen. Wobei die Beurteilung der Wilden schillernd ist. Einerseits sind sie moralisch untenstehend, aber ihre Marsch- und Schießleistungen sowie ihre Bedürfnislosigkeit, ihr Geschick im Gelände und ihre Fähigkeit mit dem Klima klar zu kommen, erregten professionelle Bewunderung.
- 15 Col. C.E. Callwell: Small Wars: Their Principles and Practice (3rd edn, London: HMSO, 1906), p. 21.
- 16 Zitat in Phillip S.Meilinger: Airwar: Theory and Practice (London: Frank Cass, 2003), p. 50?
- 17 John Newninger: British Counterinsurgency from Palestine to Northern Ireland (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2001).
- 18 Larry E. Cable: Conflict of Myths: Development of Counterinsurgency Doctrine and the Vietnam War (New York: State University of New York Press, 1986), p. 90.
- 19 John Nagl: Learning to Eat Soup with a Knife: Experiences of Malaya and Vietnam (Chicago: University of Chicago Press, 2002).
- 20 Bernd Greiner: Krieg ohne Fronten: Die USA in Vietnam (Hamburg: Hamburger Edition, 2007).
- 21 Col. Harry G. Summers: On Strategy: A Critical Appraisal of the Vietnam War (Carlisle Barracks, PA: Strategic Studies Institute, US Army War College, 1981) and id.: "Principles of War and Low-Intensity Conflict", Military Review (März 1985), pp. 43-49.
- 22 Lt Gen David H.Petraeus: "Learning Counterinsurgency: Observations from Soldiering in Iraq", Military Review (Jan.-Feb. 2006), p. 2.
- 23 Maj Gen Peter W. Chiarelli & Major Patrick R. Michaelis: "The Requirements for Full-Spectrum Operations", Military Review (July-Aug 2005), p. 8.
- 24 Waghelstein, Col John D.: "Post-Vietnam Counterinsurgency Doctrine", Military Review Vol. 65 No. 5 (May 1985), p. 42.
- 25 Petraeus: "Learning Counterinsurgency", S. 3.

- 26 Field Circular 100-20 "Low Intensity Conflict" der US Army von Juli 1986.
- 27 So etwa Lt Col Peter A. Bond: "In search of Low-Intensity Conflict", *Military Review* Vol. 66 (Aug 1986).
- 28 Department of the [US] Army: *U.S. Army Counterinsurgency Operations Handbook* (Guildford, CT: Lyons Press, 2004), SS. 1-5).
- 29 Col. William O. Staudenmayer: "A Strategy of Counterrevolutionary War", *Military Review* (Feb. 1985), SS. 6-12.
- 30 FM 3-07.22 (Interim), SS. 1-8f.
- 31 Lynn, John A.: "Patterns of Insurgency and Counterinsurgency", *Military Review* (July-Aug. 2005), SS. 22-27 and Steven Metz and Raymond Millen: *Insurgency and Counterinsurgency in the 21st Century: Reconceptualizing Threat and Response* (Carlisle, PA: US Army War College, Strategic Studies Institute, November 2004).
- 32 Brigadier N.R.F. Aylwin-Foster: "Changing the Army for Counterinsurgency Operations", *Military Review* (Nov.-Dez. 2005), SS. 2-15.
- 33 <http://chronicle.com/news/article/3389/anthropology-association-formally-disapproves-of-military-program>
- 34 American Association for the Advancement of Sciences Defence Policy Fellow at the Office of Naval Research.
- 35 <http://ww2/newsletters/originator/articles/2004/dec/10/culture.asp>, S. 1. Siehe ebenfalls Montgomery McFate, "Iraq: The Social Context of I[m]provised E[x]plosive D[evices]", *Military Review* 85/3 (Mai-Juni 2005), und dieselbe: "The Military Utility of Understanding the Adversary's Culture", *Joint Forces Quarterly* (3rd Quarter 2005).
- 36 Sun Tsu, *Kriegskunst*, Teil III.
- 37 Ursprünglich mit der französischen *Histoire de Mentalités*, dann von den 1980er Jahren an neu erfunden über einen neuen amerikanischen Anthropologie-Import (insbesondere mit dem Markenzeichen des Clifford Geertz) als „Kulturgeschichte“.
- 38 Vgl. Jan Willem Honig: "Totalitarianism and Realism: Hans Morgenthau's German Years", *Security Studies* Band 5 No. 2 (1995), SS. 283-313.
- 39 U.S. Army, *Field Manual Interim 3-07.22, Counterinsurgency Operations* (Washington, DC: US GPO, 1 Oct. 2004), zitiert in Montgomery McFate: "Anthropology and Counterinsurgency", *Military Review* (Mar.-April 2005), S. 37.
- 40 *Military Review* Jan.-Mai 2006, passim.
- 41 John Nagl: *Learning to Eat Soup with a Knife: Experiences of Malaya and Vietnam* (Chicago: University of Chicago Press, 2002); Brigadier N.R.F. Aylwin-Foster: "Changing the Army for Counterinsurgency Operations", *Military Review* (Nov.-Dec. 2005), SS. 2-15.
- 42 Aylwin-Foster: "Changing the Army".
- 43 John A. Lynn: "Patterns of Insurgency and Counterinsurgency", *Military Review* (Juli-Aug. 2005), SS. 22-27.
- 44 Montgomery McFate & Andrea Jackson: "Counterinsurgency and the Four Tools of Political Competition", *Military Review* (Jan.-Feb. 2006), S. 13f.
- 45 McFate & Jackson: "Counterinsurgency", S. 14.

- 46 Lt Gen David H. Petraeus: "Learning Counterinsurgency: Observations from Sol-diering in Iraq", *Military Review* (Jan.-Feb. 2006), SS. 2-12.
- 47 Beide sind ins www gestellt worden, und es wurde seitens der Herausgeber zu Kom-mentaren eingeladen: US Army and US Marine Corps: Counterinsurgency (Final Draft – not for implementation) FM 3-24, FMFM 3-24 June 2006 (Final Draft), www.fas.org/irp/doddir/army/fm3-24fd.pdf, 241 S. Das Operationelle dagegen ist zu finden unter US Army and US Marine Corps, Counterinsurgency FM 3-24, MCWP 3-33.5 of 15 December 2006, <http://usacac.army.mil/CAC/Repository/Ma-terials/COIN-FM3-24.pdf>, 282 S.
- 48 FM 3-24/MCWP 3-33.5, Kapitel 3 zur Aufklärung.
- 49 In der literaturwissenschaftlichen Fachsprache, Narrative, im politischen eine Erzählung, die vergangene Ereignisse kausal verstrickt und zur Schicksalserzählung einer Gruppe macht („und dann wurden wir in München von Chamberlain verraten, wodurch die Westmächte Mitschuld tragen an unserer Unterjochung ...“).
- 50 FM 3-24/MCWP 3-33.5 S. 1.22f.
- 51 ebenda SS. 3.22.
- 52 FM 3-24/MCWP 3-33.5 S. 1.26.
- 53 FM 3-24/MCWP 3-33.5, S. 5.20f. Siehe auch John A. Lynn, „Patterns of Insurgency and Counterinsurgency“, *Military Review* (July-Aug. 2005), S.27.
- 54 Siehe Maj Gen Peter W. Chiarelli, & Major Patrick R. Michaelis: 'The Requirements for Full-Spectrum Operations', *Military Review* (Juli-Aug 2005), SS. 4-17.
- 55 Christopher M. Ford, "Speak no Evil: Targeting a Population's Neutrality to Defeat Insurgency", *Parameters* (Sommer 2005), S. 54.
- 56 Dale Andrade & Lt Col James H. Willibanks, Ph.D.: "CORDS/Phoenix: Counter-insurgency Lessons from Vietnam for the Future", *Military Review* (March-April 2006), SS. 9-23.
- 57 FM 3-24/MCWP 3-33.5 S. 1.26f.
- 58 Aylwin-Foster: 'Changing the Army for Counterinsurgency Operations', SS. 2-15.
- 59 FM 3-24/MCWP 3-33.5, Kapitel 4 'Designing Counterinsurgency Operations'.
- 60 Für einen frustrierenden Austausch zwischen einem der Präsidentschaftskandidaten und Gen Petraeus, siehe <http://www.youtube.com/watch?v=yxXLsWmmkmo>.

Operative Kunst im Wandel der Zeit

Inwieweit bietet ein Verständnis der Ursprünge operativer Kunst eine Alternative zu dem gegenwärtigen, in seiner Anwendung auf das aktuelle Konfliktumfeld doch begrenzten Ansatz der Campaign Planning?

Major Nathan M. Sempala-Ntege

„Der Krieg ist das Wichtigste für das Überleben der Nation. Er ist der Weg zum Weiterbestehen oder zum Untergang. Er kann nicht gründlich genug studiert werden.“

Sun Tzu

Einleitung

Operative Kunst wurde in den 1930er Jahren in der Sowjetunion als konzeptionelle Antwort auf das neue Konfliktumfeld des frühen 20. Jahrhunderts entwickelt. Massenarmeen mit modernen Waffen machten das Konzept der Entscheidungsschlacht obsolet: Taktische Siege an sich führten nicht länger zu einer strategischen Entscheidung. Die beides verbindende „fehlende“ Ebene wurde als operative Ebene, und die Aktivität auf dieser Ebene als operative Kunst bezeichnet. Das gleiche konzeptionelle Delta erkannte der Westen ein halbes Jahrhundert später, nachdem es den Vereinigten Staaten nicht gelungen war, taktische Erfolge in Vietnam in einen strategischen Sieg umzuwandeln. Seit der Übernahme von operativer Kunst in den 1980er Jahren hat das aktuelle Konfliktumfeld einen wahren Paradigmawechsel erfahren, nämlich den vom Kalten Krieg zum Langen Krieg.¹ Typische Merkmale für Operationen sind diverse Akteure und Gegner sowie ein komplexes, instabiles Umfeld. Auf der strategischen Ebene können Ziele unter Umständen nicht genau definiert sein und sich im Laufe des erweiterten Zeitrahmens dieser Operationen ändern. Aktivitäten auf der taktischen Ebene sind gekennzeichnet durch die Komplexität des so genannten „Three Block War“.²

Vor diesem Hintergrund erhält die operative Ebene größere Relevanz denn je – strategische Ziele müssen in taktische Aktivität umgesetzt werden. In der vorliegenden Arbeit wird behauptet, dass es konzeptionell erneut eine Trennlinie zwischen taktischer und strategischer Ebene gibt und dass das gegenwärtig im Westen verwendete operative Modell der Campaign Design für das aktuelle Konfliktumfeld nicht geeignet ist. Es wird weiterhin behauptet, dass es gelingt, eine unseren Bedürfnissen entsprechende operative Theorie zu entwickeln, wenn wir

diesen Prozess der Übernahme von operativer Kunst verstehen. Der erste Teil der vorliegenden Arbeit verfolgt die Entwicklung der operativen Ebene militärischer Führung; der zweite Teil untersucht das aktuelle Konfliktumfeld unter besonderer Hervorhebung seiner systemischen Attribute. Im dritten Teil wird dann das gegenwärtige operative Modell der Campaign Design unter Hervorhebung seiner Grenzen analysiert, bevor abschließend das Modell der Systemischen Operationalen Planung als Alternative vorgeschlagen wird.

1. Der Ursprung operativer Kunst

„Ohne operative Kunst würde sich ein Krieg aus einer Reihe voneinander unabhängiger Gefechte zusammensetzen, wobei die relative Abnutzung den einzigen Maßstab für Erfolg oder Misserfolg darstellen würde.“

US FM 100-5

Die Revolution in militärischen Angelegenheiten

Über weite Strecken der Militärgeschichte der Menschheit wurde Krieg in Taktik als die Kunst des Gewinnens von Schlachten – und Strategie, in Clausewitz' Worten als „der Gebrauch der einzelnen Gefechte zum Zweck des Krieges“⁴³, unterteilt. Das Ziel war, die Armee des Feindes im Feld zu besiegen und ihm keine andere Wahl zu lassen, als sich den Forderungen des Siegers zu beugen. Dieses Konstrukt behielt seine Gültigkeit, bis im Laufe des 19. Jahrhunderts die soziopolitischen und technologischen Auswirkungen der Französischen Revolution und der Industriellen Revolution für europäische Armeen erkannt wurden. Die Kombination von Industrialisierung, technologischem Fortschritt und Wehrpflicht brachte Massenarmeen mit vorher nicht gekannter Feuerkraft hervor. Das Endergebnis war eine Verwerfung der taktischen Methode des Gewinnens von Schlachten, die Einzelpunktstrategie, mit der ein militärischer Führer versuchte, Kräfte an einem einzigen Punkt zu konzentrieren, um eine Entscheidung herbeizuführen: die Entscheidungsschlacht. Dies machte es notwendig, neue Überlegungen zu den Problemen des Bewegens und Bekämpfens solch riesiger Armeen aufzustellen. Diese waren z.B. die napoleonische Division, der Generalstab Moltkes des Älteren, und dezentrale Führung oder Auftragstaktik wurden die taktischen. Die Notwendigkeit einer weiteren „Ebene“ zwischen Strategie und Taktik wurde durch die Verwendung solcher Begriffe wie „angewandte Strategie“ und „höhere Taktik“ zwar implizit erkannt, doch es gab keinen Versuch der Analyse und Reaktion auf konzeptioneller Ebene. Das Ergebnis dieses Zustandes kognitiver Dissonanz war das Gemetzel des Ersten Weltkrieges.

Intellektuelle Ansätze in den Zwischenkriegsjahren: der Westen und die Sowjetunion

Der Erste Weltkrieg verursachte beim Militär einen gewissen intellektuellen Schock, der im Westen einige visionäre Theoretiker der Landkriegführung wie JFC Fuller und BH Liddell Hart hervorbrachte. Deren Vorstellungen von beweglich geführtem Gefecht und Kampf in großem Maßstab waren allerdings in einem britischen Militär, das sich nach der ihm vertrauten Rolle des Kolonialpolizisten zurücksehnte, gar nicht willkommen. In Verbindung mit seiner ausgesprochenen antiintellektuellen Voreingenommenheit resultierte dies in einer Fokussierung auf die taktische Ebene und der faktischen Ablehnung einer Doktrin des Gefechts der verbundenen Waffen⁴ und folglich der Nichtanerkennung von operativer Kunst.

In Deutschland führte eine qualitativ andere Situation zum gleichen Endresultat. Der Begriff operativ war von Moltkes Zeiten bis in die 1920er Jahre in Gebrauch gewesen, wurde aber dann nicht weiter verfolgt. Naveh argumentiert, dass es eigentlich der Aufstieg des Nationalsozialismus war, der effektiv die Entwicklung einer kohärenten Militärtheorie der operativen Ebene verhinderte. Militärisch intellektuelle Aktivität in den 1930er Jahren konzentrierte sich auf eine Gruppe von „opportunistischen Technokraten“, zu der auch Heinz Guderian gehörte. Diese entwickelte mit der Idee vom Blitzkrieg einen militärischen Ansatz auf einer Basis, die den ideologischen Zielen und vorgefassten Meinungen über einen nationalsozialistischen Krieg passte.⁵ Hitlers Ansprüche an Feldherrnkunst hatten ebenfalls eine signifikante Wirkung. Indem er beharrlich nicht nur auf strategischer, sondern auch auf operativer Ebene plante, vergrößerte er die Kluft zwischen strategischer und taktischer Ebene auf Kosten des Oberkommandos des Heeres.⁶ Eine Kombination dieser Faktoren und, ironischerweise, die Vorzüglichkeit ihrer taktischen Ebene hinderte die Wehrmacht daran, einen Zustand operativer Kognition zu erreichen.

Sowjetische Militärtheoretiker hatten auch alle von der Revolution in militärischen Angelegenheiten ausgehenden Veränderungen in der Art der Kriegführung beobachtet und waren ebenfalls ihren einzigartigen militärischen und ideologischen Einflüssen unterworfen. In ihrem Fall war das Ergebnis jedoch ein anderes: Es kam zur Entwicklung einer kohärenten operativen Theorie. Eben diesen Einflüssen und der daraus resultierenden Theorie wendet sich die vorliegende Arbeit zu.

Der Russische Bürgerkrieg von 1918-1922 wurde über riesige Entfernungen⁷ ausgetragen, aber mit einer viel geringeren Dichte als der Erste Weltkrieg. Das Fehlen der endlosen Schützengräben der Westfront befreite militärische Führer von dem entsprechenden linearen Konstrukt und ließ sie die Interaktion zwischen Abnutzung und Bewegung erkennen.⁸ Wichtig war auch, dass militärische Führer ein Verständnis dafür entwickeln mussten, dass zahlenmäßig starke Kräfte umgegliedert und einzelne Gefechte nacheinander geführt werden mussten, wenn sie ihre Ziele erreichen wollten; das Konzept der kohärenten Zusammenhänge. Überdies beinhaltete Strategie in einem totalen Krieg sämtliche Aktivitäten des Staates und öffnete somit die Kluft zwischen ihr und der Taktik noch weiter. Auf der ideologischen Ebene förderte der Einfluss des Marxismus-Leninismus die Anwendung der wissenschaftlichen Theorie auf alle Bereiche menschlichen Strebens, einschließlich Krieg, und im Geiste der Revolution mussten alte Orthodoxien in Frage gestellt werden. Während es also einige signifikante Unterschiede bei den Einflüssen gab, bestand der größte Unterschied zwischen dem sowjetischen Ansatz und dem des Westens in der Antwort. In einem Vortrag aus dem Jahr 1924 erklärte AA Svechin:

„... dass die Beibehaltung der alten Aufteilung militärischer Kunst in Strategie und Taktik zum gegenwärtigen Zeitpunkt absurd ist, da es die frühere Basis für diese Aufteilung, das allgemeine Gefecht, in Wirklichkeit gar nicht mehr gibt“⁹

Demzufolge musste ein Denksystem über den Krieg entwickelt werden, eine Denkschule und ein abstrakter, aber logischer Rahmen, um den Feind zu besiegen. Neben den Abteilungen für Strategie und Taktik wurde mit Operativer Kunst eine neue Abteilung an der Frunze-Akademie eingerichtet, was gleichzeitig bedeutete, dass die operative Ebene nunmehr als unabhängiges Studienggebiet anerkannt war.

Operative Kunst

Der Begriff „operative Kunst“ entstand als Beschreibung für die theoretische und praktische Aktivität auf der operativen Ebene. In seinem Werk *Strategia* aus dem Jahr 1926 formulierte Svechin die Essenz der operativen Ebene des Krieges wie folgt:

„Taktik macht die Schritte, mit denen ein operativer Sprung vorbereitet und durchgeführt wird; Strategie weist den Weg“¹⁰

Diese kurze, aber treffende Beschreibung erfasst das grundlegende Merkmal der operativen Ebene: die Spannung zwischen einem abstrakt formulierten strategischen Ziel und der mechanischen taktischen Aktivität, die nötig ist, um es zu erreichen. Diese Spannung zu lösen, erforderte die Kreativität des operativen Führers.¹¹ Operative Kunst definierte zunächst eine Methodik zur Festlegung des ultimativen Ziels und der für seine Erreichung benötigten Ressourcen und strukturierte dann eine Abfolge von Operationen, um das Ziel zu erreichen. Ihre Zahl, ihr Umfang und ihr Tempo ergaben sich aus den Merkmalen des geplanten Einsatzraums,¹² wobei diese Räume um eine Größenordnung größer waren als vorher. Sowohl der Raum, in dem Operationen durchgeführt wurden, als auch die Akteure hatten sich verändert. Anfang des 20. Jahrhunderts nahm die Komplexität militärischer Kräfte immer weiter zu. In den 1930er Jahren entwickelten Sowjets und Deutsche Pläne für die Aufstellung von Verbänden der verbundenen Waffen, bestehend aus Panzern, mechanisierter Infanterie, weit reichender Artillerie, offensiver Luftunterstützung und Luftlandkräften. Die Folge war, dass Kräfte allmählich heterogener und zunehmend aufgelockerter wurden. Für den Theoretiker GS Isserson bestand das Ziel operativer Kunst darin, die Wirkung dieser Kräfte simultan oder sequenziell¹³ wieder zusammenzuführen, um den Feind zu besiegen. Diese komplexen Kampftruppen wurden nicht mehr als monolithische Ganzheiten verstanden, sondern als Systeme mit den entsprechenden Attributen.¹⁴ Diese Systeme waren zudem äußerst anpassungsfähig und konnten nicht besiegt werden, indem einzelne Komponenten zerstört wurden. Es war nötig, die Zusammenhänge, die eigentliche Definition eines Systems, in Angriff zu nehmen, um es zu besiegen.

Theorie der Operation in der Tiefe

Die Theorie der Operation in der Tiefe war das geistige Kind von Marschall MN Tuhachevskii und das Produkt eines intellektuellen Prozesses, der in den 1920er Jahren einsetzte und in den Felddienstvorschriften PU-36 der Roten Armee gipfelte. Sie brachte die Sowjets dazu „die alten Geometrien von Punkt und Linie aufzugeben und sich stattdessen für die Vorteile der Ausdehnung eines Kraftvektors in die Tiefe zu entscheiden“.¹⁵ Der Kern der Theorie der Operation in der Tiefe lässt sich in Tuhachevskiis Worten wie folgt beschreiben:

„... durch ihr Zusammenwirken bringen Artillerie, Panzer, Heeresflieger und Infanterie der Kräfteordnung des Gegners über ihre gesamte Tiefe gleichzeitig eine Niederlage bei“¹⁶

Tiefe war der zentrale Grundsatz der Theorie. Die Logik eines militärischen Systems fließt von vorne nach hinten (Information) und von hinten nach vorne (Befehle). So wird dem System ermöglicht, zu funktionieren und auf dem Weg zu seinem Ziel auf mögliche Änderungen zu reagieren. Ein Angriff an der Front des Systems führt nicht zu einer Zerschlagung seiner hierarchischen Struktur, und der Informationsfluss von vorne nach hinten und zurück würde ihm die Möglichkeit geben sich anzupassen, beispielsweise mit neuen Befehlen für einen Gegenangriff oder zum Rückzug. Ein gleichzeitiger Angriff auf das gesamte System würde es jedoch am Funktionieren hindern, es seiner Logik berauben und in einen Zustand systemischen oder operativen Schocks versetzen. Dies machte Angriffe gegen generische Abwehrkräfte in der Tiefe des Operationsgebiets erforderlich, erforderte somit Operationen in der Tiefe. Im Gegensatz zu Wehrmacht und Alliierten wählten die Sowjets deshalb Bewegung anstelle von Abnutzung als militärische Methode, um strategische Ziele zu erreichen.¹⁷ Operative Bewegungen waren auf operative Ziele im Operationsgebiet ausgerichtet, und der Umfang jeder Operation in Bezug auf Einsatztempo, Kräfteansatz und Logistik wurde vorher festgelegt. Das vielleicht beste praktische Beispiel für Operationen in der Tiefe war die Vistula-Oder-Offensive von 1944/45. Während des gesamten Feldzugs führte Marschall Zhukovs 1. Belorussische Front Präventivschläge gegen sieben Verteidigungsebenen der Wehrmacht und setzte damit die gesamte Armeegruppe Mitte unter operativen Schock.¹⁸

Profundes Verständnis der operativen Ebene war keineswegs auf die Sowjets beschränkt, aber keiner der Alliierten entwickelte jemals eine Theorie über operative Kunst, und so wurden nach Kriegsende keine weiteren Studien über operative Kunst angestellt.

Die operative Ebene im Westen und bei DESERT STORM

Der Vietnamkrieg mit seine Folgen löste in den Streitkräften der Vereinigten Staaten eine weit reichende Debatte aus, die substanzielle, doktrinelles und organisatorische Änderungen nach sich zog. Es wurde erkannt, dass man versäumt hatte, taktische Erfolge in strategische Siege umzuwandeln und dass der Ansatz der Abnutzung gescheitert war. Ähnlich die Erkenntnis, dass der in den westlichen Armeen des Kalten Krieges zu institutionalisiertem Denken gewordene Ansatz der Abnutzung mit seinem Vertrauen auf materielle Überlegenheit, engen taktischen Schwerpunkt und fehlendem Gewicht auf Kreativität für eine Konfrontation mit einem wiederauflebenden Sowjetblock in Europa unzureichend wäre.¹⁹ Im Rahmen der Bemühungen, militärisches Denken wieder zu stärken,

wurde das US Army Training and Doctrine Command ins Leben gerufen, und Offiziere und Akademiker studierten eine Vielzahl unterschiedlicher militärischer Schriften, auch die der sowjetischen operativen Theoretiker. Die Studien führten im Ergebnis mit „Air Land Battle“ zu einer neuen Doktrin auf der Basis von Bewegung sowie zur erstmaligen Anerkennung der operativen Ebene. In der US-Heeresdienstvorschrift FM 100-5 aus dem Jahr 1982 hieß es dazu: „Die operative Ebene des Krieges nutzt verfügbare militärische Ressourcen, um strategische Ziele in einem Kriegsgebiet zu realisieren“. Bis 1986 wurde diese Definition weiter ausgearbeitet und lautete dann:

„Operative Kunst ist der Einsatz militärischer Kräfte zur Realisierung strategischer Ziele in einem Kriegsgebiet oder Operationsgebiet durch die Planung, Organisation und Durchführung von Feldzügen und großangelegten Operationen.“

Naveh sieht in General Schwarzkopfs „Commander’s Intent“ für die Operation DESERT STORM²⁰ im Jahr 1991 einen „meisterhaften Gebrauch von operativer Kognition“, indem er die Merkmale von operativer Kunst darlegt, die auch Tukhachevskii erkannt hätte: Gleichzeitigkeit, operative Täuschung, Synergie und Zersplitterung. Außerdem sind aus der Planung und Durchführung des Feldzugs Anklänge von Issersons Theorie der Wiederausführung von Wirkungen herauszuhören.²¹

Somit konnte an zwei voneinander unabhängigen Beispielen aufgezeigt werden, dass die Erreichung von operativer Kognition den Paradigmawechsel darstellt, der als Bindeglied zwischen der strategischen und der taktischen Ebene nötig ist, um in einem Krieg erfolgreich zu sein. Die systemischen Qualitäten der beteiligten Kräfte müssen erkannt werden, und die Kreativität des militärischen Führers muss zum Einsatz kommen. Die hierfür nötigen Vorbedingungen sind die Schaffung eines intellektuellen Rahmens und eine kohärente Operationstheorie.

DESERT STORM ist für die vorliegende Arbeit weiterhin von Bedeutung, weil die Operation Einfluss auf die Denkweise der westlichen Militärs hatte. Die faktische Unbesiegbarkeit der USA in einem „symmetrischen“ Krieg wurde vom Militär als ein Prototyp für den Krieg der Zukunft gesehen. Dies wiederum hat die Transformationsagenda der USA und der NATO vorangetrieben und zu Strukturen, Ausrüstung und Konzepten für einen so genannten „vernetzten“ Krieg geführt, d. h. die Ausnutzung von überwältigender Informationsüberlegenheit und Wirksamkeit im Einsatz, um den schnellen Entscheidungssieg gegen einen konventio-

nellen Gegner zu erringen. Es hat allerdings den Anschein, dass General Charles Krulak vom US Marine Corps die Beschaffenheit des modernen Konfliktumfelds noch zutreffender vorhersagte, als er erklärte: „Die Zukunft ist nicht der ‚Sohn von Desert Storm‘ sondern das Stiefkind von Somalia und Tschetschenien“.²²

2. Das moderne Konfliktumfeld

„...der Prozess, durch den der Staat sein Monopol über bewaffnete Gewalt zugunsten einer anderen Art von Organisation verlieren wird, wird ein allmählicher, ungleichmäßiger und unregelmäßiger Prozess sein.“

Martin van Creveld²³

Hintergrund

Die Anschläge vom 11. September waren nur ein Beispiel für einen dieser unregelmäßigen Sprünge. Der erste Angriff eines ausländischen Gegners auf amerikanischem Boden seit Pearl Harbour bewirkte eine in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 artikulierte Verlagerung der US-Strategie von Eindämmung hin zu aktiver und präemptiver Intervention. Gegenwärtige US-, NATO- und Koalitionseinsätze im Irak und in Afghanistan sind das Ergebnis. Um jedoch das Wesen dieser Einsätze zu verstehen, muss ihre eigentliche Ursache untersucht werden.

Das definierende Merkmal der Welt in der Zeit nach dem Kalten Krieg war Globalisierung, d.h., die sozialen, ökonomischen, kulturellen und technologischen Veränderungen infolge der Integration der Volkswirtschaften der Welt und der damit einhergehenden Bewegung von Menschen, Kapital und Ideen in der ganzen Welt. Der Hauptauslöser für Globalisierung war die Informationsrevolution. Wie bei der Industriellen Revolution und der Französischen Revolution in Teil 1 der vorliegenden Arbeit, hatte Globalisierung eine dramatische Wirkung auf die Art und Weise, in der sich Krieg manifestiert. Seit dem Ende des zweigeteilten internationalen Systems hat sich innerstaatlicher Konflikt zur dominanten Form von Krieg entwickelt, gekennzeichnet durch ethnische und nationale Bürgerkriege, Aufstände und Erbfolgekriege sowie Kriegsherrentum und Gesetzlosigkeit in zerfallenden Staaten. Dies sollte jedoch weniger als das endgültige Bild des aktuellen Konfliktumfelds sondern mehr als Grundlage für das reale Bild gesehen werden. Das sich allmählich abzeichnende Bild des zukünftigen Krieges ist das „eines globalen Aufstandes gegen das Westfälische System“.²⁴ Dieser Aufstand unterscheidet sich in seiner Qualität von den „klassischen“ Aufständen des 20. Jahrhunderts,

bei denen es sich größtenteils um maoistische Volksbefreiungskriege gegen Kolonialmächte handelte. Al Qaeda ist der führende Vertreter einer radikal-islamistischen Ideologie, die auf das Zeitalter der Aufklärung zurückgehende Begriffe wie Liberalismus, Säkularismus und Demokratie gänzlich ablehnt. Laut Osama bin Laden ist sie sowohl ein Resultat der Globalisierung als auch eine Reaktion darauf.²⁵ Sie hat ihren Ursprung in einer Art Frustration und Demütigung durch die politische, kulturelle und militärische Dominanz der Welt durch den Westen und ist letztlich bestrebt, das Staatensystem durch ein gestärktes islamisches Kalifat zu ersetzen. Obwohl sich ihr Einfluss vornehmlich auf das von Nordafrika über den Nahen und Mittleren Osten und Zentralasien bis zu den Philippinen erstreckende Band islamischer Länder konzentriert, ist sie doch eine globale Ideologie, die Anhänger in muslimischen Gemeinden überall hat. Aufstände im Irak und in Afghanistan sind die jüngsten Beweise für diesen modernen Dschihad, der sich aber auch in Bosnien, Kaschmir, Tschetschenien, Libanon und den israelisch besetzten Gebieten, aber auch in Anschlägen gegen westliche Ziele in der ganzen Welt sowie gegen als zu pro-westlich eingestufte Regierungen wie die Saudi-Arabiens manifestiert hat. Von all den Begriffen, die in Gebrauch sind, um die durch dieses Phänomen entstandene terminologische Lücke auszufüllen, wird für die Zwecke der vorliegenden Arbeit der Begriff „komplexer Aufstand“ (complex insurgency)²⁶ von John Mackinlay verwendet.

Kennzeichnende Merkmale eines komplexen Aufstands

Überall in der Welt gibt es zahlreiche lokale Ursachen für gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen der islamischen und der nicht-islamischen Welt; die Artikulation einer radikal-islamistischen Ideologie und die Ausnutzung dessen, was Mackinlay als „virtuelle“ Dimension²⁷ beschreibt, ermöglicht es diesen grundverschiedenen Gruppierungen jedoch, eine scheinbare strategische Kohärenz für ihre Operationen zu entwickeln.²⁸ Ihre Ziele, die Zivilbevölkerung der Staaten, die sie ablehnen, zu demoralisieren, erreichen sie ebenso sehr durch das Ausmaß ihrer Angriffe wie durch die tatsächliche Zahl der Opfer. Im Gegensatz zur Struktur unserer Streitkräfte sind sie größtenteils horizontal und informell strukturiert. Sie sind in der ganzen Welt aktiv und haben Tausende von Kämpfern aus der ganzen Welt rekrutiert, ausgebildet und eingesetzt, um die Feinde des radikalen Islam global zu bekämpfen. Dieses länderübergreifende Netzwerk ermöglicht nicht nur eine Art von islamistischer Fremdenlegion, sondern liefert auch selbsternannten Möchtegern-Terroristen in westlichen Ländern Ratschläge, sowie materielle und ideologische Anleitungen, fast so wie ein Risikokapitalist, der Möchtegern-Unternehmern Unterstützung in dem Umfang angedeihen lässt, wie er Gewinne

zu erzielen hofft. Ihre Arbeitsmethoden und ihre Ausrüstung unterlaufen unsere technologischen Vorteile in Bezug auf Informationsgewinnung und Feuerkraft und umgehen die Notwendigkeit durchdachter logistischer Versorgung.

Das Einsatzumfeld

Die Leistungen westlicher Streitkräfte im Bereich Aufstandsbekämpfung im 20. Jahrhundert waren bestenfalls gemischt, aber das Umfeld, in dem Kräfte komplexe Aufstände bekämpfen sollen, ist noch weitaus fordernder. Diese Kräfte werden ein Einsatzumfeld vorfinden, das gekennzeichnet ist durch einen zerfallenden oder schon zerfallenen Staat mit endemischer Gesetzlosigkeit, ethnischer Gewalt, organisierter Kriminalität, und einer sehr unterschiedlichen einheimischen Kultur. Diverse Akteure werden versuchen, ihre eigenen, meist widersprüchlichen Ziele im Einsatzraum weiter zu verfolgen: Koalitionstruppen, private militärische Firmen, nichtstaatliche Organisationen, Aufständische, Kriminelle, die internationalen Medien und möglicherweise feindlich gesinnte Nachbarstaaten. Medienberichte über Ereignisse außerhalb des Einsatzgebietes könnten eine unverhältnismäßige lokale Wirkung haben. Der diesjährige Bericht in einer britischen Tageszeitung über Soldaten, die irakische Jugendliche bei Ausschreitungen mit Schlägen traktierten, war angeblich der Anlass für die irakische Polizei in Basra, die Zusammenarbeit mit der Armee einzustellen. Gleichermaßen hatten die Terroranschläge in London und Madrid ihren Ursprung in der Regierungspolitik im Irak. Anstelle eines dreidimensionalen Gefechtsraums, bestehend aus Kräften, Zeit und Raum, hat das moderne Konfliktumfeld mehr Ähnlichkeit mit einem Ökosystem von einander abhängiger Elemente, die im Bemühen, ihre Ziele weiterzuverfolgen, allesamt in kontinuierlicher Interaktion miteinander stehen: also einem komplexen adaptiven System.²⁹ Der aktuelle Aufstand im Irak ist ein Beispiel für ein solches komplexes adaptives System: ein Nexus aus Baathisten, Al-Qaeda-Kämpfern, Sunni-Salafisten, religiösen Shia-Gruppierungen, ausländischen Dschihadisten und auf persönlichen Gewinn bedachten Kriminellen. In Afghanistan stellt ein Geflecht aus religiösen Extremisten, Vertretern des Drogenhandels und Einzelpersonen oder Stammesgruppen, die einfach gegen die Präsenz von Koalitionstruppen und die durch sie vertretene Zentralregierung sind, ein vergleichbares Beispiel dar. Die populären allgemeinen Bezeichnungen „Aufständische“ und „Taliban“ bringen diese Komplexität nicht so deutlich zum Ausdruck.

Die Komplexitätstheorie ist das wissenschaftliche Studium solcher Systeme und hat in den letzten zwanzig Jahren das Newtonsche Paradigma von linearer Ursache und Wirkung als Erklärung dafür, wie vieles vom beobachtbaren Universum –

vom Wetter bis zum Aktienmarkt – funktioniert, abgelöst. Ein Verständnis komplexer adaptiver Systeme steht im gleichen Verhältnis zu einer operativen Theorie des Einsatzserfolges gegen diese Art von Gegner – wie seinerzeit ein Verständnis des systemischen Charakters von Streitkräften zur Entwicklung von operativer Kunst durch die Sowjets.

Die operative Ebene

Die inhärente Spannung zwischen der strategischen und der taktischen Ebene tritt im aktuellen Konfliktumfeld noch deutlicher zu Tage. Strategische Ziele werden zu „allgemeingültigen Begriffe wie Frieden, Wohlstand, Kooperation und Wohlwollen – unanfechtbar als Ideen, aber wenig hilfreich bei der Festlegung der spezifischen Ziele, die wir verfolgen wollen“³⁰, und könnten sich im Verlauf der Operation durchaus ändern, sollte es zu einer Verschiebung der politischen Notwendigkeit kommen.³¹ Es gibt scheinbar paradoxe Wirkungen auf der operativen Ebene: zum einen Kompression und zum anderen Extension. Das Maß an schon immer da gewesener Überschneidung zwischen den drei Ebenen eines Krieges kann dramatisch zunehmen. Die Metapher des „strategic corporal“ steht für die Beschleunigung der reaktiven Wechselwirkung zwischen den Ebenen, hervorgehoben durch die Informationsrevolution und die Notwendigkeit für die politische Ebene, schnell und sichtbar auf eine bestimmte Situation zu reagieren. Am oberen Ende des Spektrums wurde, wie General Sir John Kiszely ausführte, traditionell angenommen, dass operative Kunst im Einsatzgebiet ausgeübt wird. Dies muss nicht unbedingt immer noch der Fall sein, und die Nähe von operativer und strategischer Führung könnte die strategische Ebene dazu verleiten, die operative Ebene zu übergehen.³² Gleichmaßen muss operative Kunst in manchen Fällen als erweiternd gesehen werden. Ihr traditionelles Verständnis als „die Verteilung und den Einsatz von Kräften und Mitteln in einem Einsatzraum zu Erreichung eines operativen Ziels umfassend“ rechtfertigt eine derart wörtliche Interpretation nicht länger. Die Ziele und Wege für einen Feldzug in einem bestimmten Einsatzgebiet, wie etwa Sicherheit, Reform des Sicherheitssektors, Staatsführung, Wiederaufbau und humanitäre Hilfe, erfordern ein größeres Spektrum an Mitteln, von denen nicht alle rein militärisch oder vorrangig militärisch sind oder dem direkten Kommando des operativen Führers unterstehen. Die geographischen Grenzen eines Einsatzgebietes sind von abnehmender Relevanz. Wie bereits an anderer Stelle erörtert, nutzt der Aufständische die Globalisierungsergebnisse für sich aus. Es kann durchaus Elemente auf einer Operationslinie zu einem operativen Ziel geben, die der Befehlshaber im Operationsgebiet (Theater Commander) nicht beeinflussen kann. So hat beispielsweise das Ziel, den Drogenhandel in

Afghanistan auszuschalten, zahlreiche Operationslinien. Das Militär besitzt eine deutliche Fähigkeit für zwei Elemente: Abriegelung und Eliminierung. Es kann weitere Operationslinien unterstützen: die Informationskampagne und die Strafjustiz (über die Reform des Sicherheitssektor). Die Nachfrage zu reduzieren, d.h., die Nachfrage nach dem Endprodukt zu verringern, liegt jedoch bei den Regierungen der Länder, in die das Heroin aus Afghanistan exportiert wird.³³

Somit folgt auf diese Betrachtung des aktuellen Konfliktumfeldes die Frage: sind wir jetzt begrifflich in etwa an dem Punkt angelangt wie die sowjetischen Denker in den 1920er Jahren? Funktioniert unser kognitiver operativer Rahmen trotz der vielschichtigen Veränderungen im Krieg in den letzten Jahrzehnten auch weiterhin?

3. Brauchen wir ein neues operatives Modell?

Die Sprache von operativer Kunst und operativer Führungsebene ist die von Konflikten hoher Intensität.

MI Laurie³⁴

Moderne Campaign Design

Die Grundlagen der NATO-Campaign Design sind in der NATO-Druckschrift AJP-01B (Allied Joint Doctrine) dargelegt. Dort heißt es:

*„Auf der operativen Ebene geht es um den Einsatz der gemeinsamen Kräfte, um militärstrategische Ziele durch die Konzeption, Planung und Durchführung von Feldzügen und Operationen zu erreichen. **Aktivitäten auf der operativen Ebene müssen direkt zur Erreichung von vorher definierten militärstrategischen Zielen beitragen, die selbst aus den übergeordneten politischen Zielen der Operation abgeleitet wurden.** Taktische Aktivitäten können außerhalb dieses Kontextes nicht zielgerichtet sein.“³⁵ (Hervorhebung durch den Verfasser).*

Somit wird der Zweck der operativen Ebene deutlich erkennbar. Zur weiteren Verdeutlichung heißt es in der Alliierten Druckschrift AJP-3: „Kriege sind nur dann erfolgreich, wenn politische Ziele erreicht werden und diese Ziele dauerhaft sind.“³⁶ Bei den Operationen ENDURING FREEDOM und IRAQI FREEDOM wurden die ursprünglichen Ziele – Beseitigung der Taliban bzw. des Baath-Regimes von Saddam Hussein – jeweils mit beispielloser Schnelligkeit erreicht. Jedoch

sind Fortschritte nicht gemacht worden, und dies liegt darin begründet, dass seit-her sowohl die Koalition als auch die NATO auf eine reaktive und auf Abnutzung ausgerichtete Kräfteverteilung reduziert worden sind. Wo ist dann die Trennstelle zwischen Endzielen, Wegen und Mitteln? Nach Untersuchung der Beschaffenheit unseres Konfliktumfeldes und das Zitat zu Beginn dieses Abschnitts im Auge behaltend, müssen wir unseren aktuellen Ausdruck für operative Kunst, „Campaign Design“, kritisch unter die Lupe nehmen. Es kann argumentiert werden, dass er einen gültigen kognitiven Rahmen für Planung, Austragung und Gewinn eines „symmetrischen“ Konflikts liefert. Die Frage ist: Liefert er einen Rahmen für die Ausrichtung taktischer Aktivitäten auf die Erreichung von strategischen Zielen im aktuellen Konfliktumfeld?

Schwachstellen aktueller Campaign Design – das Centre of Gravity

AJP-03 definiert die operativen Schlüsselkonzepte für Campaign Design als Endzustand, Centre of Gravity, Schlüsselbereich, Operationslinien und Kulmination. Dies ist „eine kuriose Mischung aus Clausewitz und Jomini“,³⁷ welche „die Fähigkeiten von Planern und Truppenführern zur Planung und Entwicklung effektiver, kohärenter Feldzüge für Operationen im gesamten Konfliktspektrum unter den heutigen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen lähmt“.³⁸ Von all diesen Konzepten ist Centre of Gravity³⁹ - das Ziel, auf welches alle Elemente eines Feldzugs ausgerichtet sind - das Schlüsselkonzept für die Campaign Design. Wenn es eine disjunktive Wirkung hervorruft oder zu einer solchen beiträgt, wird unsere operative Kunst von einem Zustand kognitiver Dissonanz verdrängt. Laut NATO-Definition bezeichnet Centre of Gravity:

“...das (die) Merkmal(e), die Fähigkeit(en) oder den (die) Ort(e), in denen die Handlungsfreiheit, physische Kraft oder der Kampfeswillen einer Nation, eines Bündnisses, einer Truppe oder sonstigen Gruppierung ihren Ursprung haben. Das Centre of Gravity gibt es auf der Ebene der strategischen, operativen und taktischen Führung. Es kann mehr als ein Centre of Gravity geben. Zentren der Kraftentfaltung müssen sowohl für gegnerische als auch für eigene Kräfte identifiziert werden“.⁴⁰

Im Zusammenhang mit dem Konzept des Zentrums der Kraftentfaltung gibt es zwei Hauptprobleme. Wir werden uns zunächst mit dem weniger bedeutenden der beiden befassen, nämlich der interpretativen Schwäche. Lessard argumentiert, dass das Centre of Gravity eine Art „Anziehungspunkt“ für andere Elemente der Campaign Design darstellt, jedoch auf Kosten der eigentlichen Ziele des Feldzugs.

Da operative Zentren der Kraftentfaltung stets in Form von Kampftruppen definiert werden, entsteht ein begriffliches Vakuum für das, was getan werden sollte, sobald das Centre of Gravity besiegt worden ist.⁴¹ Erste Analysen der Operation IRAQI FREEDOM scheinen diese Theorie zu bestätigen.

„Die Koalitionsplanung enthielt tatsächlich keine Einzelheiten für die Zeit nach dem Fall Bagdads und Basras und der Beseitigung des irakischen Regimes – Phase 4 der Koalitionsplanung. Deshalb war nach dem Fall Bagdads und Basras ein deutlicher Rückgang des Angriffsschwungs zu verzeichnen. Im Falle des britischen Kontingents wurde der Divisionsbefehl für Phase 4 am 21. April ausgegeben – 15 Tage nach dem Fall Basras ... Diese Unzulänglichkeit ist umso bemerkenswerter, weil sie vorauszusagen war und in der Tat vor Beginn der Kampfhandlungen erkannt wurde.“⁴²

Das Interessante an der schematischen Darstellung der Campaign Design in Anlage 2 sind die Einzelheiten auf den zum Centre of Gravity führenden Operationslinien, im Vergleich zu der Kürze und Geradlinigkeit des Pfeils, der vom Centre of Gravity zum Endzustand führt! Dies deutet auch darauf hin, dass der schwerwiegendere Mangel bei dem Konzept des Zentrums der Kraftentfaltung in seiner begrifflichen Schwäche liegt. Das Konzept basiert auf dem Newtonschen linearen Determinismus,⁴³ der unvereinbar ist mit systemischem Verständnis von Kriegführung: Durch militärische Kraft ist es nicht möglich, einen vorher festgelegten operativen „Endzustand“ mittels einer konstruierten Reihe von Handlungen zu erreichen.⁴⁴ Die Wirkung von Erstmaßnahmen gegen einen adaptiven Gegner wird die geplante Möglichkeit des Handelns unwiderruflich verändern. Kurzum, dieses Konstrukt versucht, der Komplexität in Bezug auf Gegner und Umfeld mit Einfachheit zu begegnen. Die sehr kurze Beschreibung des modernen Konfliktumfelds im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit kann zwar nur ansatzweise auf die Realität eingehen, beweist aber, dass innerhalb dieser Komplexität die Suche nach einem einfachen Centre of Gravity und klaren Operationslinien, derer wir uns bedienen, um es zu beeinflussen, wahrscheinlich scheitern wird.

Systemic Operational Design: ein alternatives operatives Modell⁴⁵

Die Entwicklung von Systemen und Komplexitätstheorien... hat zu der Erkenntnis geführt, dass auch militärische Kräfte Systeme darstellen und ihr Interaktionsverhalten mit Hilfe der Systemtheorie beschrieben und beeinflusst werden kann.⁴⁶ Pionierarbeit für Systemic Operational Design, (SOD) leistet der operative Theoretiker Brigadegeneral Shimon Naveh vom Operational Theory Research Institute

der Israelischen Streitkräfte. Gleichzeitig ist SOD Gegenstand von Experimenten und ausführlichen Studien am US Training and Doctrine Command, wo erkannt wurde, dass das Verständnis von operativer Kunst neu formuliert werden muss:

„SOD ist eine Methode der Entwicklung von Operationskonzepten, die auf die Zerschlagung eines gesamten Systems ausgerichtet sind. Die holistische Betrachtung von SOD liefert einen begrifflichen Median (operative Kunst), der taktische Vorgehensweisen mit der inhärenten Logik strategischer Weisungsgebung systematisiert“⁴⁷

SOD unterscheidet sich in mehrerlei grundlegender Hinsicht von klassischer Feldzugplanung. Im Wesentlichen handelt es sich um einen eher auf Diskurs und Nachfrage denn auf dogmatischer Methodik basierenden strukturierten Gedankenprozess. Es gibt keine andere formale Leistung als die Zufriedenheit des Truppenführers, genügend Erkenntnisse für die Fortsetzung des Einsatzes gewonnen zu haben. SOD setzt Ungewissheit und die Notwendigkeit ständiger Neuformulierung voraus und ähnelt eher einem Konstruktions- als einem Planungsprozess. Ein hilfreicher Vergleich in diesem Zusammenhang ist der eines Städteplaners, der von einem Stadtrat mit dem Bau einer Wohnsiedlung beauftragt wird. Der Stadtrat wird klare Zielsetzungen haben, die er gerne erreichen möchte. Der Städteplaner muss diese Kombination von konkreten und abstrakten Vorstellungen auf das existierende Umfeld anwenden: Ökosystem, Wirtschaft und Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen zur Freizeitgestaltung. Während des gesamten Planungsprozesses interagieren Planer und Stadtrat kontinuierlich. Die Stadt selbst wird sich weiterhin ebenso ändern wie ökonomische und soziale Faktoren. Dann zielt SOD darauf ab, eine Planung hervorzubringen, die auf einem gründlichen Verständnis des Systemverhaltens, d.h. des Einsatzumfeldes, beruht. Es ist mehr ein kognitiver, denn ein prädiktiver Prozess. Aus diesem Verständnis heraus versucht der Truppenführer, Veränderungen in einem System auf eine für die strategische Zielsetzung günstigere Art und Weise herbeizuführen. Das Ziel besteht darin, das gegnerische System zu zerschlagen, indem es aus einem Zustand der Komplexität (Adaption und Lernen) in einen Zustand des Gleichgewichts (Paralyse, Funktionsunfähigkeit) oder Chaos (Kohärenzverlust) gezwungen wird...

Die Diskurse systemischer operativer Planung... bestehen aus strukturierten Fragen, die Einblicke in eigene wie in gegnerische Systeme gewähren sollen, und mit denen der Lernprozess fortgesetzt werden soll. Die erste Phase, System Framing, umfasst die Schaffung eines Modells des strategischen Umfeldes und eine

Untersuchung der in diesem Umfeld operierenden Gebilde (Anlage 3). Rival as Rationale betrachtet den Rivalen als ganzheitliches System mit kulturellen, ökonomischen und sozialen Aspekten und Schwerpunkt auf der Logik des Systems und dessen Anpassungspotenzial. Command as Rationale zielt darauf ab, geeignete operative Führungsstrukturen für Lernzwecke zu entwickeln, in der Annahme, dass vorhandene operative Führungsstrukturen für den einzigartigen Kontext der Operation nicht geeignet sind. Logistics as Rationale untersucht die Möglichkeit der Durchführung von operativen Bewegungen im Rahmen der Verfügbarkeit von Zeit, Raum und Ressourcen. Operation Framing bezeichnet den Prozess der Synthese dort, wo Kontext und Verständnis von Führung, Rivalen und Logistik zusammengeführt werden. Er hat kein Operationskonzept im herkömmlichen Sinne zum Ziel, sondern eine begriffliche Vorstellung der Bedingungen, die nötig sind, um die Situation auf die erwünschten Endbedingungen auszurichten. Operational Effect untersucht die erforderlichen Wirkungen und die zwischen diesen bestehende Beziehung (widersprüchlich und unterstützend). Forms of Function untersucht Spannungen zwischen erwünschten Endbedingungen und vorhandenen Organisationsformen und Doktrinmodellen.⁴⁸ SOD beruht auf der Erkenntnis der Gegebenheiten des modernen Konfliktumfeldes. Es geht davon aus, dass jedes operative Problem einzigartig ist und deshalb eine einzigartige Herangehensweise erfordert. Es weicht insofern von unserer aktuellen Campaign Design ab, dass sie die Vorstellung zurückweist, ein Feldzug könne von Anfang bis Ende geplant werden bevor der erste Kampf stattgefunden hat. Es bestätigt, dass Aktivitäten auf der operativen Ebene in einem durch Komplexität und Anpassung gekennzeichneten Umfeld stattfinden und dass der militärische Führer durch Übernahme dieser Konzepte strategische Ziele erfolgreich in taktische Einsätze umsetzen oder, mit anderen Worten, operative Kunst ausüben kann.

SOD unterscheidet sich in mehrererlei grundlegender Hinsicht von klassischer Feldzugplanung. Im Wesentlichen handelt es sich um einen eher auf Diskurs und Nachfrage denn auf dogmatischer Methodik basierenden strukturierten Gedankenprozess. Es gibt keine andere formale Leistung als die Zufriedenheit des Truppenführers, genügend Erkenntnisse für die Fortsetzung des Einsatzes gewonnen zu haben.

Fazit

Die vorliegende Arbeit zeigt, dass sich sowohl das aktuelle (und höchstwahrscheinlich auch zukünftige) Konfliktumfeld als auch die Gegner, denen wir in diesem Umfeld gegenüberstehen, und der Zweck, zu welchem wir militärische Operationen durchführen, sich weitaus schneller verändert haben als das für die Anwen-

derung von operativer Kunst nötige konzeptionelle Modell. JFC Fuller stellte fest, dass „Zurückblicken der sicherste Weg ist, in die Zukunft zu blicken“. Dies mag zwar nicht immer zutreffen, aber im Zusammenhang mit der Entwicklung von operativer Kunst ist es äußerst nützlich, die Vergangenheit zu untersuchen. Wie aufgezeigt, waren Theoretiker in der Vergangenheit in zwei Fällen gezwungen, sich dem konzeptionellen Bankrott des militärischen Konstrukts zu stellen, was zum einen in der Anerkennung von operativer Kunst und zum anderen in ihrer Übernahme im Westen mündete. Diese kognitive Verschiebung führte zu einem grundlegenden Wandel in der Art der Kriegführung von der Somme bis zur Vistula-Oder-Offensive und von der Lethargie der Verteidigung der innerdeutschen Grenze bis zu DESERT STORM.

Die Analyse der Herangehensweise sowjetischer Theoretiker in Teil 1 dieser Arbeit, die in den 1980er Jahren vom Westen nachgeahmt wurde, macht deutlich, dass die Hauptmerkmale der zu operativer Kognition führenden militärischen Renaissance erstens die Erkennung der inhärenten Spannung zwischen der taktischen und der strategischen Führungsebene und der Notwendigkeit einer abstrakten Theorie für ihre rationale Erklärung war. Zweitens waren ein Verständnis der systemischen Eigenschaften der beteiligten Kräfte und der vorherrschenden Einsatzbedingungen sowie die Formulierung eines kognitiven Rahmens für die operative Ebene nötig. Dies alles bedingte das dritte Merkmal – eine dezidierte Denkschule für die Entwicklung der Theorie und Praxis von operativer Kunst.

Systemic Operational Design bringt diese Grundsätze gut zum Ausdruck und bietet eine Alternative zu unserem mittlerweile veralteten Modell der Campaign Design. 1932 beschrieb Isserson die damalige Situation für die Sowjets folgendermaßen: „Nun, da wir am Beginn einer Zeit der Revolutionskriege stehen, muss eine neue Lösung gefunden werden. Dies bedeutet einen enormen Auftrag für unsere operative Kunst“. ⁴⁹ Im Konfliktumfeld des frühen 21. Jahrhunderts ist der Auftrag von operativer Kunst genauso enorm, und heute wie damals muss eine neue Lösung gefunden werden.

Zum Autor: Major Nathan M. Sempala-Ntege, Royal Artillery, United Kingdom, war Teilnehmer des 2. Lehrgangs General-/Admiralstabslehrgang National SK (Streitkräfte) 2005 an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg. Seine vorstehend, leicht gekürzt abgedruckte Lehrgangsarbeit ist im Januar 2007 mit der „Ehrenurkunde General von Clausewitz“ ausgezeichnet worden.

Anmerkungen:

- 1 Der Ausdruck „Langer Krieg“ wurde von General John Abizaid, dem damaligen Befehlshaber US CENTCOM, als Beschreibung für die sich hinziehende Auseinandersetzung mit dem radikal-islamistischen Fundamentalismus geprägt.
- 2 General Charles Krulak, der damalige Befehlshaber des US Marine Corps, verwendete den Ausdruck erstmals in einer Rede im Jahr 1997 nach dem Einsatz von US-Truppen in Somalia in den Jahren 1992-93 als Metapher für die Beschreibung des künftigen Einsatzumfeldes amerikanischer Soldaten. In dem so genannten „Three Block War“ werden Truppen in einem geographisch begrenzten Gebiet wie beispielsweise einem Häuserblock sowohl Kampfhandlungen als auch humanitäre Hilfe als auch friedenserhaltende Maßnahmen zu leisten haben.
- 3 Clausewitz, S. 177
- 4 Kiszely, S. 39
- 5 Naveh, Kap. 4
- 6 Manstein, Lost Victories, zitiert in: Richardson, S. 28
- 7 Die Kämpfe wurden über Räume von 700 bis 1800 km und 600 bis 3000 km in der Tiefe ausgetragen. Naveh, S. 168
- 8 Naveh, S. 174
- 9 Evolution of Soviet Operational Art, S. 301
- 10 AA Svechin, Strategy and Operational Art: The Evolution of Soviet Operational Art, S. 22
- 11 Naveh, S. 186
- 12 <http://www.redarmystudies.net/2306030.htm>, besucht am 17. Juni 2006.
- 13 Menning, S. 38
- 14 Ein System ist ein Gebilde, das seine Existenz durch die gegenseitige Interaktion seiner Bestandteile wahr.
- 15 Simpkin, S. 38
- 16 Tukhachevskii, zitiert in: Simpkin, S. 37
- 17 Naveh, S. 330
- 18 Die Rote Armee rückte innerhalb von drei Wochen 500 km gegen eine 500 km breite Front vor und vernichtete dabei 35 Divisionen der Deutschen Wehrmacht und brachte 25 weiteren Divisionen 50% Verluste bei. AJD Vorlesungsnotizen, Juni 2001
- 19 Kiszely, S. 40
- 20 „Wir werden das Ungleichgewicht bei den Bodenkampftruppen dadurch ausgleichen, dass wir unsere Stärke gegen seine Schwäche einsetzen. Zu Beginn werden wir Operationen zur Täuschung durchführen, um seine Aufmerksamkeit auf die Verteidigung zu lenken und ihn zu falschen Kräftegliederungen zu verleiten. Wir werden zunächst Luftangriffe gegen irakische Ziele im Landesinneren fliegen, um seine Führungsfähigkeit auszuschalten und ihm die Möglichkeit zu nehmen, irakische Truppen in Kuwait und im Südirak zu verstärken. Danach werden wir die unbestrittene Luftüberlegenheit über Kuwait erlangen, so dass wir anschließend selektive Angriffe aus der Luft gegen irakische Bodentruppen führen können, um seine Kampfkraft zu mindern und Verstärkungstruppen zu vernichten. Und schließ-

lich werden wir irakische Kräfte durch Scheinoperationen und Angriffe mit begrenzter Zielsetzung, gefolgt von Panzerkräften binden, um wichtige Fernmeldeknotenpunkte zu nehmen; dies wird uns in eine Position bringen, die Anschlussversorgung und verbleibende Verstärkungstruppen aus dem Irak abzuriegeln und Kräfte in Kuwait zu eliminieren“. Zitiert in: Naveh, S. 326-327

- 21 Menning, S. 46
- 22 General Charles Krulak, zitiert in: „The Marines’ Three Block War in Iraq“ <http://www.cdi.org/friendlyversion/printversion.cfm?documentID=1834>, besucht am 29. Juni 2006
- 23 van Creveld, *The Transformation of War*, S. 195
- 24 Cassidy, *The Islamic Revolution in Guerilla Warfare*, S. 347
- 25 Cassidy, S. 335
- 26 John Mackinlay, *Defeating Complex Insurgency- Beyond Afghanistan and Iraq*.
- 27 Mackinlay definiert Virtuelle Dimension als „... den gesamten Prozess der Beschaffung von Bild- und Nachrichtenmaterial und seiner Veröffentlichung, der die Überzeugung der betreffenden Bevölkerung entweder ändert, schwächt oder stärkt“. S. 12
- 28 Mackinlay, S. vi
- 29 Eine Beschreibung der Eigenschaften eines komplexen adaptiven Systems ist in Anlage 1 zu finden
- 30 Maxwell Taylor, *Precarious Security*, zitiert in: Lessard, S. 40
- 31 Smith, Kap. 8 *Direction: Setting the Purpose for the use of Force* enthält eine ausgezeichnete Analyse der politischen Erwägungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Streitkräften im modernen strategischen Umfeld.
- 32 Kiszely, S. 42
- 33 Vortrag von LtGen John McColl vor der britisch-deutschen Offiziersgesellschaft, 1. April 2006
- 34 MI Laurie, *The Operational Level in Low Intensity Conflict, Low Intensity Conflict and Law Enforcement* 1, no 3 (Winter 1992) 312, zitiert in: Miller, S. 11
- 35 AJP-01B, *Allied Joint Doctrine*, S. 2-6
- 36 AJP-3, *Allied Joint Operations*, S. 6-1 zitiert in: Lessard
- 37 Menning, S. 44
- 38 Greer, S. 23
- 39 Siehe Strange und Iron, *Understanding Centers of Gravity and Critical Vulnerabilities* für eine ausführlichere Darlegung des Arguments, eine falsche Übersetzung von Clausewitz’ „Zentrum der Kraft und Bewegung“ durch Howard und Paret habe mittels Extrapolation die heute gebräuchliche Definition und folglich den Begriff, „kognitive Dissonanz“ im Zusammenhang mit der Analyse von *Centre of Gravity* hervorgebracht.
- 40 AJP-01B, S. 3-3
- 41 Lessard, S. 37
- 42 *Operations in Iraq - A Land Perspective*, S. 2-5.
- 43 JGreer, S. 25
- 44 Sorrels et al, S. 76

- 45 Dieser Teil basiert auf Loden und Sorrels et al, wird aber nicht im Detail erwähnt, um den Textfluss nicht zu unterbrechen.
- 46 Greer, S. 26
- 47 Präsentation der Future Warfare Studies Division
- 48 Loden, S. 19-20.
- 49 GI Isserson, The Evolution of Operational Art: The Evolution of Soviet Operational Art, S. 77

Literaturverzeichnis

Military Publications

NATO

AJP 01(B) Allied Joint Doctrine Dec 2002

AJP 3 Allied Joint Operations Sep 2002

US

FM 100-5 Operations 1982, 1986

UK

Operations In Iraq- An Analysis from The Land Perspectiv, Director General Doctrine and Development 2004

Journal Articles

Cassidy, R., 2005 'Feeding Bread to the Ludditites: The Radical Fundamentalist Islamic Revolution in Guerilla Warfare' Small Wars and Insurgencies Vol 16 No 3 Dec 2005 pp334-359

Greer, Col J., 2002. 'Operational Art for the Objective Force' Military Review Sep-Oct 2002 pp22-29

Kiszeley, J., 2005. 'Thinking about the Operational Level' RUSI Journal Dec 2005 pp38-43

Lessard, P., 2005. 'Campaign Design for Winning the War...and the Peace' Parameters Summer 2005 pp36-50

Menning, B. 1997 'Operational Art's Origins'Military Review Sep-Oct 1997 pp32-47

Monographs

Johnson D., 1998 Center of Gravity: The Source of Operational Ambiguity and Linear Thinking in the Age of Complexity School of Advanced Military Studies, Fort Leavenworth, Kansas

Loden, J., 2005 Does Systemic Operational Design offer a means to overcome the weaknesses of traditional approaches to campaign planning in the contemporary strategic environment? Joint Services Command and Staff College, Shrivenham, Wiltshire

Miller, E., 2003, Counter Insurgency and Operational Art: is the Joint Campaign Planning Model Adequate? School of Advanced Military Studies, Fort Leavenworth, Kansas

Richardson, R., 1999, Fall Gelb and the German Blitzkrieg of 1940: Operational Art? School of Advanced Military Studies, Fort Leavenworth, Kansas

Sorrels, W., Downing, G., Blakesley P., Pendall D., Walk J., Wallwork R., 2005. Systemic Operational Design: An Introduction School of Advanced Military Studies, Fort Leavenworth, Kansas

Strange, J., and Iron, R., 2003 Understanding Centres of Gravity and Critical Vulnerabilities Part 1: What Clausewitz Really Meant BY Centre of Gravity, USMC War College, Quantico, Virginia

Books

Luttwak, E. 1987 Strategy-The Logic of War and Peace Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts

Mackinlay J., 2005, Defeating Complex Insurgency- Beyond Iraq and Afghanistan Whitehall Paper No 64 Royal United Services Institute, London

Naveh S., 1997, In Pursuit of Military Excellence-The Evolution of Operational Theory Frank Cass, London

Orenstein, H 1995, The Evolution of Soviet Operational Art 1927-1992-The documentary Basis Volume I Operational Art 1927-1964, Frank Cass, London

Simpkin, R., 1985. Race to the Swift: Thoughts on Twenty-First Century Warfare
Brassey's Defence Publishers

Derselbe, 1987. Deep Battle, The Brainchild of Marshal Tukhachevskii Brassey's
Defence Publishers

Smith, R., 2005, The Utility of Force-The Art of War in the Modern World Allen
Lane, London

von Clausewitz, Carl, On War (ed) 1976, Howard M. and Paret P. Princeton
University Press

Van Creveld, M., 1991 The Transformation of War, The Free Press, New York

Websites

<http://www.redarmystudies.net>

<http://www.systems-thinking.org>

<http://www.trojanmice.com/index.htm>

Anlage 1

Komplexe adaptive Systeme¹

Komplexe adaptive Systeme haben viele Eigenschaften; zu den wichtigsten dieser Eigenschaften gehören:

Emergenz: Anstatt geplant oder gesteuert zu werden, interagieren die einzelnen Systemelemente in anscheinend willkürlicher Form miteinander. Aus all diesen Interaktionen ergeben sich Muster, die Aufschluss über das Verhalten der Elemente innerhalb des Systems sowie über das System selbst geben. Ein Termitenhügel beispielsweise ist ein erstaunliches Architekturgebilde mit einem Gewirr von miteinander verbundenen Gängen, großen Höhlen, Luftschächten und vielem mehr. Und doch gibt es keinen übergeordneten Plan: der Hügel entsteht ganz einfach, weil die Termiten einige einfache lokale Regeln befolgen.

Koevolution: Alle Systeme existieren in ihrem eigenen Umfeld und sind auch Teil dieses Umfelds. Wenn sich ihr Umfeld verändert, müssen auch sie sich verändern, um bestmögliche Übereinstimmung sicherzustellen. Aber weil sie eben Teil ihres

Umfelds sind, ändern sie ihr Umfeld, wenn sie sich verändern, und weil sich ihr Umfeld verändert hat, müssen auch sie sich erneut verändern, und treten somit in einen sich ständig wiederholenden Prozess ein.

Suboptimal: Ein komplexes adaptives System muss nicht perfekt sein, um in seinem Umfeld gedeihen zu können. Es muss lediglich etwas besser als seine Konkurrenten sein und jede Energie, die investiert wird, um noch besser zu sein, ist verschwendete Energie. Ist ein komplexes adaptives System erst einmal gut genug, wird es größerer Effektivität stets den Vorzug vor höherer Effizienz geben.

Requisite Variety: Je größer die Vielfalt innerhalb des Systems, desto stärker ist es. Komplexe adaptive Systeme, die Widersprüche nutzen, um neue Möglichkeiten zu schaffen, sich in und mit ihrem Umfeld zu entwickeln, sind in der Tat reich an Ambiguitäten und Paradoxa. Demokratie ist hier insofern ein gutes Beispiel, als sich ihre Stärke aus ihrer Toleranz und sogar Beharrlichkeit in einer Reihe von politischen Perspektiven herleitet.

Konnektivität: Die Art und Weise, wie die Elemente in einem System miteinander verbunden sind und zusammenhängen, ist für das Überleben des Systems entscheidend, weil aus diesen Verbindungen die Muster entstehen und über sie die Rückkopplung weitergegeben wird. Die Beziehungen zwischen den Elementen sind generell wichtiger als die Elemente selbst.

Einfache Regeln: Komplexe adaptive Systeme sind nicht kompliziert. Die entstehenden Muster mögen zwar reich an Abwechslung sein, aber wie bei einem Kaleidoskop sind die Regeln für die Funktion des Systems ganz einfach. Ein klassisches Beispiel ist hier, dass für alle Wassersysteme der Erde, alle Ströme, Flüsse, Seen, Meere, Wasserfälle, etc., mit ihrer grenzenlosen Schönheit, Kraft und Vielfalt, der einfache Grundsatz gilt, dass Wasser sich seinen eigenen Weg sucht.

Iteration: Kleine Veränderungen in den Anfangsbedingungen des Systems können nach mehrmaligem Durchlaufen der Schleife von Emergenz und Rückkopplung große Wirkungen haben (häufig als Schmetterlingseffekt bezeichnet). Ein rollender Schneeball, zum Beispiel, nimmt mit jeder Umdrehung mehr Schnee auf als vorher, und so wird aus einem faustgroßen Schneeball sehr bald eine riesige Schneekugel.

Selbstorganisierend: In einem komplexen adaptiven Systems gibt es keine Führungshierarchie. Es gibt keine Planung und kein Management, aber eine fortwäh-

rende Reorganisation, um die bestmögliche Übereinstimmung mit dem Umfeld zu finden. Ein klassisches Beispiel für diesen Fall ist, wenn man alle Lebensmittel in den Lebensmittelgeschäften einer westlichen Stadt zusammenrechnet und durch die Zahl der Einwohner teilt, ergäbe sich ein Lebensmittelvorrat für fast zwei Wochen, aber es gibt weder einen Verpflegungsplan noch einen Verantwortlichen für die Verpflegung noch einen sonstigen formellen Kontrollprozess. Das System organisiert sich durch den Prozess von Emergenz und Rückkopplung immer wieder selbst.

Chaosrand: Komplexitätstheorie ist nicht das Gleiche wie Chaostheorie; letztere leitet sich aus der Mathematik ab. Aber Chaos hat insoweit einen Platz in der Komplexitätstheorie, als Systeme innerhalb eines von Gleichgewicht bis Chaos reichenden Spektrums existieren. Ein System im Gleichgewicht hat nicht die innere Dynamik, um auf sein Umfeld zu reagieren, und wird daher langsam (oder schnell) untergehen. Ein System im Chaos hört auf, als System zu funktionieren. Der produktivste Ort ist am Rand des Chaos, wo es größtmögliche Vielfalt und Kreativität gibt, aus denen sich neue Möglichkeiten ergeben.

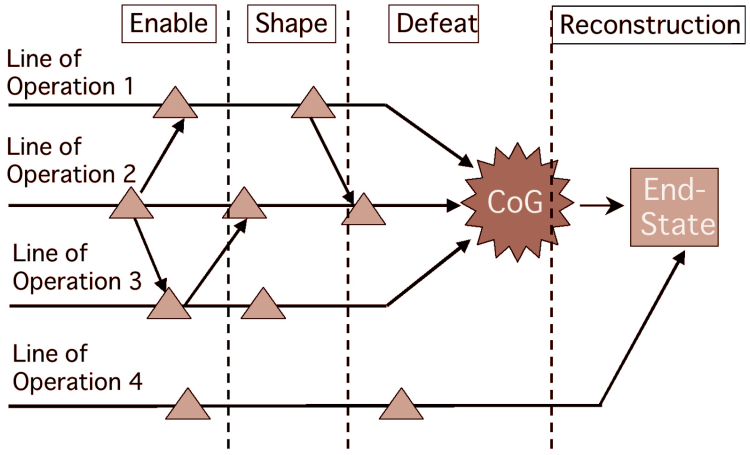
Verschachtelte Systeme: Die meisten Systeme sind in andere Systeme eingebettet, und viele Systeme sind Systeme, die sich aus kleineren Systemen zusammensetzen. Wenn wir das unter „selbstorganisierend“ angeführte Beispiel eines Lebensmittelgeschäftes nehmen, so ist das Geschäft mit seinem Personal, seinen Kunden, Zulieferern und Nachbarn selbst ein System. Es ist auch Teil des Verpflegungssystems der Stadt und des umfassenderen Verpflegungssystems des Landes. Es ist Teil des lokalen und nationalen Einzelhandelssystems, des lokalen und nationalen Wirtschaftssystems und möglicherweise vielen weiteren Systemen. Es ist daher Teil vieler verschiedener Systeme, von denen die meisten wiederum Teil anderer Systeme sind.

Anmerkungen:

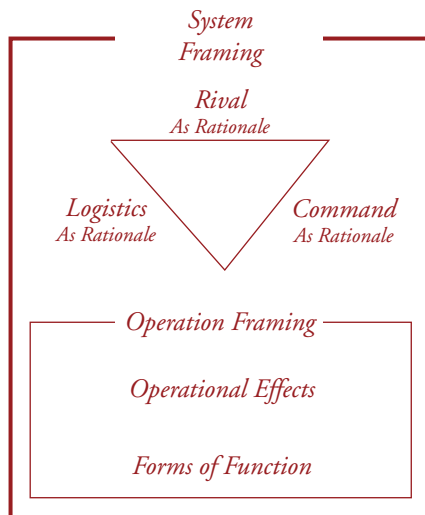
1 Von <http://www.trojanmice.com/index.htm>, besucht am 10. Mai 2006

Anlage 2

Sample Campaign Design



Anlage 3 (Auszug): Systematic Operational Design



Der Mensch in der Transformation – Bundeswehr im Umbruch

Karl H. Schreiner

Vortrag, gehalten vor der Clausewitz-Gesellschaft e. V., Regionalkreis Nord, am 19. März 2007 in Hamburg.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung.

Mein zentrales Thema des heutigen Abends ist natürlich die Rolle der Soldatinnen und Soldaten im Transformationsprozess.

Transformation ist natürlich kein Thema der Bundeswehr allein. Transformation ist ein gesamtgesellschaftliches, ja Gesellschaften übergreifendes Thema. Transformation ist im weitesten Sinne ein Verfahren zur erfolgreichen Bewältigung der Zukunft. Ein amerikanisches Sprichwort lautet: „Zukunft ist die Zeit, in der du bereust, dass du das, was du heute tun kannst, nicht getan hast“.

Der Transformationsprozess beschreibt die Gestaltung eines fortlaufenden und vorausschauenden Anpassungsprozesses, der darauf ausgerichtet ist, die Wirksamkeit der Bundeswehr im Einsatz zu erhöhen und dauerhaft zu erhalten. Die Bundeswehr ist damit nicht mehr die klassische Ausbildungsarmee, sondern sie

Der Transformationsprozess beschreibt die Gestaltung eines fortlaufenden und vorausschauenden Anpassungsprozesses, der darauf ausgerichtet ist, die Wirksamkeit der Bundeswehr im Einsatz zu erhöhen und dauerhaft zu erhalten. wird nunmehr auch konzeptionell zu einer Streitmacht im Einsatz. Das ist der eigentliche Kern, der diesen Prozess für die Bundeswehr zur echten Herausforderung werden lässt. Zugleich bleibt eine streitkräftegemeinsame, strikt einsatzorientierte, effektive und wirtschaftliche Ausbildung eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz. Ausbildung muss Schritt halten mit dem Innovationstempo der eigenen Gesellschaft und der Lernfähigkeit möglicher oder realer Opponenten. Deshalb sind Flexibilität, Adaptionvermögen und Einsatzrelevanz wesentliche Bestimmungsfaktoren für die Ausbildung. Die Ausbildungskonzepte und -pläne werden darauf ausgerichtet. Hieraus ergeben sich hohe Anforderungen an ein zu schaffendes streitkräftegemeinsames, gesamtheitlich orientiertes und modernes Ausbildungssystem, das unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen und technologischen Entwicklungen dem Transformationsprozess angemessen Rechnung tragen muss.

Die Neuorientierung der Bundeswehr, die wir „Transformation“ nennen, hat neue Impulse gesetzt und zusätzlich Kräfte freigemacht. Sie zeigt aber auch, wie in allen Veränderungsprozessen – zivil und militärisch – das große Beharrungsvermögen von Individuen und Organisationen. Die Bundeswehr hat in der Vergangenheit immer wieder Einschnitte und Veränderungen hinnehmen müssen. Mit dem Transformationsprozess stehen weitere bevor. Dieser Transformationsprozess ist kein ausschließlich militärspezifischer Prozess, er ist vielmehr eingebettet in eine Vielzahl von Veränderungen, die sich in unserer Gesellschaft und global vollziehen und von denen jeder von uns betroffen ist. Sehr oft hört man in diesen Zeiten, dass wir in einer Zeit des tiefgreifenden Wandels leben. Diese Aussage ist sicherlich richtig; sie ist auch bedeutend. Sie kann aber auch bei allzu häufiger Wiederholung als Banalität verstanden werden, weil sie weder das Ergebnis einer tief schürfenden Analyse ist noch als Hilfestellung für den künftigen Weg dienen kann.

Der gegenwärtige Wandel wird von den Menschen als Umbruch erlebt, auch wenn die Richtung und das Ausmaß dieses Wandels noch nicht feststehen. Das britische Magazin *Economist* schrieb im November 2006, die Bundeskanzlerin wolle, dass Deutschland als europäisches Kraftzentrum eine größere globale Rolle spiele. Dies deckt sich mit den Aussagen im Weißbuch 2006 der Bundesregierung. Dort heißt es: „Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Störungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden“. Das britische Magazin fragte zweifelnd, „wie viele Deutsche sind darauf vorbereitet?“ In der deutschen Zeitschrift „Internationale Politik“ gab es eine Umfrage über das Interesse der Deutschen an Außenpolitik. Die Umfrageergebnisse schwankten in der Regel – in Abhängigkeit von den internationalen „Events“ – z.B. der Vogelgrippe, dem Karikaturenstreit, dem Erdbeben in Pakistan oder dem Tsunami – zwischen 25 und 50 Prozent.

Unsere Zukunft wird im Wesentlichen nicht durch diese Events bestimmt. Wir stehen gleichwohl vor riesigen Herausforderungen. Wir können in Mitteleuropa die Augen davor nicht verschließen. So sind humanitäre Katastrophen, die Aids-Problematik, Hunger und Unterentwicklung nicht mehr nur isolierte Probleme der so genannten Dritten Welt. Sie betreffen Sicherheit und Wohlfahrt der industrialisierten Welt – und damit uns – unmittelbar. Ähnliches gilt für Klimaerwärmung und andere globale Umweltprobleme. Parallel dazu stehen wir vor neuen Sicherheitsbedrohungen, die von weltweit agierenden Terror-Netzwerken ausge-

hen. Ein weiteres Problem stellt die Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln dar. Bürgerkriege und Gewalt bedrohen in unterschiedlichsten Krisenregionen die internationale Sicherheit. Auch das Thema

Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das politische Bewusstsein nicht im erforderlichen Maße mit den tatsächlichen dramatischen Veränderungen korrespondiert.

„Energie“ ist, wie wir gerade in diesen Tagen sehen, ein strategisches Thema der Sicherheitspolitik. Nicht mehr nur die Staaten in Südosteuropa, auch der Nahe Osten, Irak, Iran und Afghanistan liegen direkt in unserer Interessensphäre.

Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das politische Bewusstsein nicht im erforderlichen Maße mit den tatsächlichen dramatischen Veränderungen korrespondiert. Ich möchte dies an zwei Beispielen verdeutlichen:

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass – wie Gabor Steingart in seinem beeindruckenden und jedem nachdrücklich zu empfehlenden Buch „Weltkrieg um Wohlstand“ feststellt – „die Zeit westlicher Dominanz...zu Ende (geht)...Eine neue Topographie der Welt bildet sich heraus. Wir sollten mit Wohlwollen und Respekt nach Fernost blicken, aber frei von Naivität. Es findet dort nicht eine Fortsetzung unserer Gegenwart statt, sondern der Beginn einer neuen“. Die wachsende Stärke dieser Region führt zwangsläufig zu unserer Schwächung.

Dass wir uns unter dem Motto „Geiz ist geil“ oder „saubillig ... und noch viel mehr“ oder einfach aus vermeintlicher materieller Not an der Beschleunigung dieses Prozesses beteiligen und gleichzeitig für den dadurch verursachten Verlust an Arbeitsplätzen hohe Sozialkosten aufwenden, ist fast schon eine ironische Facette dieses dramatischen Prozesses. Wir haben letztlich keine Antwort auf diese Prozesse, die unseren wirtschaftlichen Niedergang zur Folge haben können. Hier kann der Ansatz der vernetzten Sicherheit weiterhelfen, indem wir Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Handelspolitik, Entwicklungspolitik sowie Menschenrechts- und Sicherheitspolitik gezielt einsetzen, um unsere Interessen zu wahren.

Hinzu kommt, dass die asiatischen Staaten hinsichtlich ihrer Konfliktpotenziale untereinander alles andere als friedlich sind. Steingart vergleicht die Lage dort auch vor dem Hintergrund der Militärausgaben, die allein zwischen 1993 und 2002 um nahezu 23 Prozent gestiegen sind (im Vergleich 2,9 Prozent weltweit) mit der Situation in Europa vor Beginn des 1. Weltkrieges. Wir müssen die Frage nach der Stabilität der Produktionsstätten in Asien stellen. Diese Fragestellung berührt unmittelbar die strategische Sicherheit des europäischen Kontinents.

Nicht verursacht, aber verstärkt wird diese globale Problematik durch ein Phänomen, das in der wissenschaftlichen Literatur mit „begrenzter Staatlichkeit“ umschrieben wird. Damit sind Länder gemeint, deren Regierungen nur teilweise oder gar nicht über die Kontrolle der Gewaltmittel nach innen und außen verfügen und die nicht oder nur zum Teil in der Lage sind, politische Entscheidungen der Zentralregierung auch durchzusetzen. Schaut man sich die globale Lage an, dann gehören schätzungsweise zwei Drittel der heutigen Staatenwelt in diese Kategorie. Dies hat schwerwiegende Konsequenzen für die internationale Politik. Zurzeit orientieren sich Hilfsmaßnahmen zur (Wieder-)Herstellung von Staatlichkeit fast vollständig am Idealbild des demokratischen Wohlfahrtsstaats westlicher Prägung. Doch, so müssen wir fragen: Ist das noch eine realistische Sichtweise? Unser westliches Verständnis von einer funktionierenden Weltgemeinschaft geht davon aus, dass sie sich aus modernen Nationalstaaten zusammen setzt, die über ein funktionierendes Gewaltmonopol nach innen und nach außen funktionieren und an deren Durchsetzungsfähigkeit keine Zweifel bestehen. Das ist aber nur noch eine Fiktion. Vielmehr müssen in zunehmendem Maße auch nichtstaatliche Akteure direkt in die politische Steuerung einbezogen werden. Zu solchen Akteuren gehören Wirtschaftsunternehmen und Nichtregierungsorganisationen ebenso wie etwa Familienclans oder Machtnetzwerke unterschiedlicher Ausrichtung und Zusammensetzung.

„Wir sollten mit Wohlwollen und Respekt nach Fernost blicken, aber frei von Naivität. Es findet dort nicht eine Fortsetzung unserer Gegenwart statt, sondern der Beginn einer neuen“

Gabor Steingart

Wir müssen uns als Streitkräfte mit diesem diffusen politischen und militärischen Lagebild, das nicht mehr den klassischen Vorstellungen entspricht, verstärkt auseinandersetzen. Den daraus resultierenden Gefahren für unsere Sicherheit kann mit der althergebrachten Landes- und Bündnisverteidigung nicht mehr effizient begegnet werden. Die Verteidigung unseres Landes findet daher künftig auch am Hindukusch statt, wie der ehemalige Verteidigungsminister Dr. Struck dies einmal formuliert hat. Die mit dem Transformationsprozess eingeleitete vorrangige Ausrichtung unseres Aufgabenspektrums auf Auslandseinsätze erhält damit eine Qualität, der wir uns vor allem mental und intellektuell stellen müssen.

Eine weitere mentale Herausforderung ergibt sich aus dem Umbruch unserer Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft. Das anstehende Jahrhundert wird geprägt sein von einer Explosion des Wissens und der produktiven Reaktion der Gesellschaft auf diesen Wandel. Wissen und Information werden zu zentralen wirtschaftlichen Ressourcen der Zivilisation der Zukunft! Diese Entwicklung hat

Auswirkungen auf den Stellenwert der Bildung in unserer künftigen Gesellschaft. Wissen und Information sind so bedeutsam, dass Investitionen im Bildungsbereich zu einem der Schlüsselfaktoren zum Überleben einer Nation in einer sich ändernden Welt werden. Für die Streitkräfte bedeutet dies, dass sie einen neuen

Wissen und Information sind so bedeutsam, dass Investitionen im Bildungsbereich zu einem der Schlüsselfaktoren zum Überleben einer Nation in einer sich ändernden Welt werden. Für die Streitkräfte bedeutet dies, dass sie einen neuen Bildungsanspruch formulieren müssen.

Bildungsanspruch formulieren müssen. Wissen und Informationen erhalten in und für die Streitkräfte einen anderen Stellenwert. Jedes Nachdenken über friedenserhaltende und -schaffende oder auch humanitäre Maßnahmen, das die Wissens- und Informationsressourcen außer Acht lässt, ist daher schon im Ansatz verfehlt.

Lassen Sie mich noch auf einen anderen Punkt kommen, der mir Sorge bereitet: Im Zeitalter des Internets, der Roboter und der Maschinen besteht die Gefahr, dass der Mensch mehr und mehr als Fehlerquelle identifiziert und als Entscheider aus technischen Systemen und Prozessen verdrängt, gar überflüssig wird. Aber gerade in der gegenwärtigen Situation, an der Schwelle fundamental neuer Technologien,

müssen diejenigen, die planen, organisieren und umsetzen auf gesellschaftliche Orientierungen angewiesen werden, weil verhindert werden muss, dass sie Gefahr laufen, der Faszination des technisch Machbaren zu erliegen. Dazu bedarf es einer institutionalisierten Dauerreflexion, die die technische Entwicklung kritisch-konstruktiv beobachtet und an ihrer Gestaltung mitwirkt. Ziel muss es sein, eine gesunde Balance von Mensch und Technik zu finden. Die Traditionen des Humanismus und unser Menschenbild dürfen dabei nicht über Bord geworfen werden. Dies gilt in besonderer Weise für eine Institution wie die Bundeswehr.

Bei der Gestaltung des Transformationsprozesses der Bundeswehr geht es um weit mehr als um die nüchterne Veränderung organisatorischer, struktureller und technischer Rahmenbedingungen. Vielmehr berührt der Prozess in ganz besonderem Maße auch den Menschen: seine Umwelt, seine Wertvorstellungen, seine Zielsetzungen, seine Erziehung, seine Ausbildung, sein Können, seine Einstellung, seine Motivation. Das hat vielfältige Auswirkungen auf das Personal, das bereits in den Streitkräften dient. Es berührt aber auch diejenigen, die für den Dienst gewonnen werden sollen. Deshalb spielen die Menschen in der Bundeswehr, unsere Soldatinnen und Soldaten und die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit ihren Bedürfnissen, Wünschen und Vorstellungen, aber auch mit ihren Verpflichtungen eine ganz zentrale Rolle in diesem „Change-Management-Prozess“, den die Streitkräfte derzeit und auf absehbare Zeit durchlaufen.

Die Bundeswehr hat die Phänomene der bevorstehenden Zeitenwende erkannt. Sie hat die Herausforderung der Transformation angenommen und vielfältige und notwendige Schritte eingeleitet. Auf diese Weise wollen wir verhindern, dass Zukunft etwas ist, das meistens schon da ist, bevor wir damit rechnen. Der Transformationsprozess kann aber nur gelingen, wenn der Mensch, wenn unsere Soldatinnen und Soldaten, die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige und auch die Reservistinnen und Reservisten angemessen eingebunden und „mitgenommen“ werden. Ja, wir brauchen einen jeden als aktiven Gestalter dieses Prozesses.

Die Innere Führung leistet hier einen wichtigen Beitrag. Dabei sind es aber nicht allein Themen wie Erziehung, Ausbildung, Politische Bildung, Menschenführung, Betreuung und Fürsorge, die an erster Stelle zu nennen sind. Vielmehr muss die Frage nach den Grundlagen unseres Tuns im Vordergrund stehen. Damit ist insbesondere der Bereich der „Ethik“ und der „Werte“ angesprochen. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Wertetraditionen offensichtlich zunehmend verloren gehen, muss diesem Thema größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir müssen gewährleisten, dass jeder junge Soldat und jede junge Soldatin spätestens in den Vorbereitungen zum Auslandseinsatz über das notwendige ethische Rüstzeug verfügt, das sie oder er zwingend benötigt, um Menschen zu führen oder im besonderen Auslandseinsatz Menschen anderer Staaten und Kulturen mit dem erforderlichen Respekt und der nötigen Toleranz zu begegnen.

Das Wertebewusstsein hat für das Berufsverständnis des Soldaten auch zukünftig eine herausragende Rolle. Traditionelle Werte des soldatischen Selbstverständnisses wie Gehorsam, Disziplin, Treue, Dienen, Tapferkeit, Selbstbeherrschung, Einsatz- und Opferbereitschaft sind unverändert einsatznotwendig. Das hat nichts mit konservativem Denken zu tun. Damit agiert die Bundeswehr aber gegen den gesellschaftlichen Trend einer zunehmenden Individualisierung; mit einer Verschiebung des Gemeininteresses hin zu Individuumsinteressen. Auch ein Großteil unserer jungen Soldatinnen und Soldaten wird von dieser Ausrichtung geprägt. Ich nenne exemplarisch Werte wie Selbstfindung, Freizeitansprüche, Entpflichtung des Einzelnen von der individuellen Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Zum anderen erleben unsere Soldaten die (wahrhafte) Bedeutung dieser Werte und Tugenden sehr persönlich in den Einsätzen. Dies wird insbesondere im Rahmen der Gespräche und Seminare nach Rückkehr aus dem Einsatz sehr deutlich.

Mit der Anwendung und der Umsetzung der Konzeption der Inneren Führung lässt sich erreichen, dass die militärische Sozialisation frühzeitig stattfindet und das für die Auftrags Erfüllung notwendige Wertebewusstsein herbeigeführt wird. Dabei wollen wir die bewährten militärischen Tugenden in die Zukunft transferieren. Die junge Generation will heute aber schon übersetzt haben, was Tapferkeit, Disziplin, Kameradschaft in unserer Gesellschaft morgen bedeuten könnte. Die Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform können in diesem Fall Orientierung und Sicherheit geben, sie müssen aber auch praktisch angewendet und den veränderten Bedingungen angepasst werden. Die Vermittlung ethischer Grundlagen darf daher ebenso wenig der Beliebigkeit überlassen bleiben, wie die Konkretisierung des Transformationsbegriffes unter diesem Gesichtspunkt. Die Vermittlung des Transformationsbegriffes und der mit der Transformation verfolgten Ziele über alle Ebenen hinweg ist eine große Herausforderung für die Vorgesetzten aller Ebenen.

Was bedeuten die dargestellten Zusammenhänge für die Bundeswehr? Was heißt das insbesondere für das Anforderungsprofil, das künftig von unseren Soldatinnen und Soldaten zu erfüllen ist? Die Zielsetzungen der Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 bestimmen die Eckdaten, aus denen das Anforderungsprofil an die Soldaten und Soldatinnen abgeleitet werden muss. Weltweiter Einsatz im multinationalen Rahmen, streitkräftegemeinsames Handeln, lebens-

Traditionelle Werte des soldatischen Selbstverständnisses wie Gehorsam, Disziplin, Treue, Dienen, Tapferkeit, Selbstbeherrschung, Einsatz- und Opferbereitschaft sind unverändert einsetznotwendig.

langes Lernen sind nur einige Stichworte, die deutlich machen sollen, was in der Zukunft vom Personal verlangt wird. Hieraus leitet sich das idealtypische personelle Eignungsprofil ab, das gekennzeichnet ist durch soldatische Professionalität, moralisch-ethische Integrität und geistige Flexibilität. Einzelmerkmale wie uneingeschränkte zeitliche und örtliche Verfügbarkeit, Sprachenkenntnis, interkulturelle Kompetenz, Innovationsfähigkeit, technisches Verständnis, soziale Kompetenz, Leistungs- und Einsatzbereitschaft, Kostenbewusstsein, psychische und physische Belastbarkeit sind dabei ebenso kennzeichnend wie eine solide ethische Grundeinstellung,

die Verinnerlichung traditioneller Werte des soldatischen Selbstverständnisses sowie die Beherrschung militärischer handwerklicher Fähigkeiten. Die Merkmale als solche sind grundsätzlich nicht neu, aber sie werden künftig in anderer Priorität und Intensität verlangt. Aus dem aufgezeigten Leistungsspektrum resultieren veränderte Forderungen an Einstellung und Motivation, an Fähigkeiten und Leistungsvermögen, an Belastbarkeit und Mobilität für den Einzelnen. Die Schnelligkeit der Entscheidungsabläufe lässt die Herbeiführung von Entscheidungen unter

Berücksichtigung der klassischen Führungshierarchien vielfach nicht mehr zu. Der Führer ist damit weniger Entscheidungsinstanz als vielmehr „Teamplayer“, der die Rahmenbedingungen für den Entscheidungsspielraum festlegt und deren Einhaltung überwacht.

Die künftigen Aufgaben stellen in Teilbereichen neue oder in ihrer Wertigkeit veränderte Anforderungen für das militärische Personal der Bundeswehr dar. Dies müssen die jungen Soldatinnen und Soldaten wissen. Das müssen auch diejenigen wissen, die zu den Streitkräften kommen wollen. Nur wer bereit ist, diese inhaltliche Neuausrichtung einschließlich der daraus resultierenden Konsequenzen auch für die private Lebensführung zu akzeptieren, wird in unserer Institution künftig erfolgreich sein können.



Deutsche Patrouille in Afghanistan

Diesem anspruchsvollen und sicherlich idealtypischen Anforderungsprofil stehen gesellschaftliche Entwicklungstendenzen entgegen, die erwarten lassen, dass sich die Bundeswehr insbesondere auf erhebliche Herausforderungen im personellen Bereich einstellen muss. Ich will an dieser Stelle den schon vielfach veröffentlichten ungesunden Altersaufbau der Bevölkerung nicht im Detail darstellen, aber dennoch hervorheben, dass sich der seit Anfang der neunziger Jahre vollziehende Geburtenrückgang ab 2008 voraussichtlich deutlich auf das Bewerberaufkommen für einen Dienst in den Streitkräften niederschlagen wird. Im Ergebnis wird der demografische Wandel fast unvermeidlich zu einer Umkehrung der Wettbewerbsposition führen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden in wenigen Jahren das knappe Gut sein, nicht mehr die Arbeitsplätze. Das heißt im Umkehrschluss, dass qualifizierte Arbeitskräfte künftig nicht mehr um Arbeitsplätze, sondern Unternehmen um Fachkräfte konkurrieren werden. Hier werden sich für die Streitkräfte enorme Spannungsfelder entwickeln. Wir müssen und werden uns diesen Herausforderungen frühzeitig stellen, auch wenn sich die markttechnischen Gegebenheiten vordergründig nicht allzu positiv für uns darstellen. Wir haben künftig anspruchsvolle, fordernde Anforderungsprofile und suchen das hierfür benötigte Personal in einem stark reduzierten Angebot. Ich erwarte daher eher einen Konkurrenzkampf, den derjenige gewinnen wird, der die besten und attraktivsten Arbeitsplätze bieten kann.

Vor diesem Hintergrund erhalten flankierende Maßnahmen in Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen eine neue Dimension. Sinnvermittlung, Fürsorge, soziale Absicherung für die eigene Person wie auch für die Familien haben nicht nur

Die quantitative und qualitative Personalsicherung ist eine strategische Schwerpunktaufgabe. Wir müssen uns künftig nicht nur fragen, wie wir Personal gewinnen, sondern wie wir die Ressourcen unserer Mitarbeiter... bestmöglich nutzen können.

unmittelbaren Bezug zum Einsatz, sondern sie sind auch eine Grundvoraussetzung, um künftig überhaupt den personellen Nachwuchs gewinnen zu können. Berufsanfänger, die sich für einen Arbeitsplatz entscheiden müssen, werden nicht mehr aus einer Mangelsituation heraus entscheiden, sondern werden u.a. sehr genau prüfen, in welchem Maße der Arbeitgeber zu einer ausgewogenen und zumutbaren Work-Life-Balance beiträgt. Hier müssen und werden wir uns als Streitkräfte erheblich von bisherigen Denkmustern und Verfahren lösen müssen, um nicht ins Hintertreffen zu gelangen!

Die quantitative und qualitative Personalsicherung ist eine strategische Schwerpunktaufgabe. Wir müssen uns künftig nicht nur fragen, wie wir Personal gewinnen, sondern wie wir die Ressourcen unserer Mitarbeiter und insbesondere ihre Talente bestmöglich nutzen können.

Ich komme damit zum Schluss und fasse zusammen:

Die Bundeswehr ist eine Armee im weltweiten Einsatz, und sie ist zugleich eine Armee im tiefgreifenden Wandel. Beide, eng miteinander verknüpften Entwicklungen kennzeichnen den Weg der Streitkräfte zu einer modernen Armee des 21. Jahrhunderts. Der eingeleitete Transformationsprozess ist dabei keine bloße Fortsetzung der erfolgten zahlreichen Reformen, die immer wieder das Bild der Bundeswehr seit 1955 verändert haben. Die grundlegenden politischen Umbrüche in Europa Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der deutschen Wiedervereinigung stellten eine neue, zunächst insbesondere organisatorische Herausforderung dar.

Im Zuge der gestiegenen weltpolitischen Verantwortung des wiedervereinigten Deutschland begann dann für die Bundeswehr mit den Einsätzen in Kambodscha 1992 und Somalia 1993 eine neue Ära internationaler Einsätze, für die sie jedoch nur bedingt geeignet war, da sie nach Struktur und Ausrüstung unverändert auf Landes- und Bündnisverteidigung optimiert war. Diese Dissonanz wurde mit dem 2003 gestarteten Transformationsprozess aufgelöst. Dem Auslandseinsatz wird seitdem auch konzeptionell, strukturell und ausrüstungstechnisch Priorität eingeräumt. Damit erhält die Bundeswehr nach innen wie außen ein ganz neues Gesicht. Der Mensch spielt in diesem Prozess eine besondere Rolle. Wir haben eine Menge unternommen, um diesen „Menschen“ mit seinen Sorgen und Nöten, aber auch mit seinen Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen.

Insgesamt sind wir – lassen Sie mich dies in aller Bescheidenheit sagen – auf einem guten Weg. Dies stimmt mich zuversichtlich. Allerdings bedarf es – trotz der vielen guten Ansätze – noch vielfältiger Anstrengungen; Anstrengungen nicht nur der Bundeswehr, sondern der gesamten Gesellschaft. Die Streitkräfte stehen erst am Anfang eines auf Dauer angelegten Prozesses. Der Prozess selbst ist dabei für mich Notwendigkeit, Chance und Verpflichtung zugleich: Notwendigkeit in der Sache, Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und der Institution Bundeswehr mit den darin dienenden Menschen und – nicht zuletzt – Chance zur Neugestaltung mit der Möglichkeit der Umsetzung innovativer Lösungen.

Zum Autor: Brigadegeneral Karl H. Schreiner ist „Direktor Lehre“ an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Beiträge zu Leben und Werk des Carl von Clausewitz

Carl von Clausewitz – Leben, Werk, Nachwirkung. Seine Bedeutung für heutige Streitkräfte

Kapitän zur See a.D. Prof. Dr. Lennart Souchon

Die aktuelle deutsche und europäische Sicherheitsvorsorge gegen eine Risiko-Kombination aus Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Staatszerfall und organisierter Kriminalität erfordert – vom Grundsatz her – neue Strategien und Fähigkeiten. Dieses zu begreifen und daraus zweckorientierte Schlussfolgerungen zu ziehen, ist eine außerordentlich komplexe Aufgabe. Um sich dieser gedanklich zu nähern, erscheint es vorteilhaft, sich – im Sinne Goethes – einer Methode des Denkens zu bedienen. Für eine solche Vorgehensweise bietet sich die Clausewitzsche Philosophie des Krieges an. Dieser Argumentation folgend, werden in einem ersten Schritt Defizite bei der aktuellen Sicherheitsvorsorge aufgezeigt, um – anhand einer historischen Korrelation – die Lage Preußens nach 1806, die „Revolution von oben“ und das politische, soziale und philosophische Klima für das Denken des Carl von Clausewitz darzustellen. Anschließend werden die Clausewitz' Kernaussagen, seine Bedeutung für die Ausbildung zum militärischen Führer und der Kardinalfehler beim Herbeizitieren der Lehren des preußischen Philosophen diskutiert.

Aktuelle Defizite bei der Sicherheitsvorsorge

Welche Strategie wird eingeschlagen, um o.a. Risiken wirkungsvoll zu begegnen? Oder – kritischer formuliert – existieren Konzeptionen, im Sinne von klar umrissenen Grundvorstellungen, die als „Strategien“ gegen die aktuellen Hauptbedrohungen einzuordnen sind? Bundespräsident Köhler forderte bereits im Jahre 2005: „Wir müssen über unsere Auslandseinsätze diskutieren. Was sind die Grundlagen? Was sind die Ziele? Was die politischen Begründungen?“ Hier sind Fragen über das Rational des Gebrauchs militärischer und ziviler Machtmittel als Instrumente der Politik aufgeworfen, die heute von der Tagespolitik nicht beantwortet werden.

Es muss grundsätzlich neu gedacht werden.

Kann die Denkmethode des preußischen Generals Carl von Clausewitz Ausgangspunkt sein für die Suche nach begrifflicher Klarheit, bei einer stringent

bedrohungsorientierten Lagebeurteilung und hinsichtlich Folgerungen für eine Strategie? Kann es gelingen, anhand einer Neuanalyse der aktuellen äußeren Sicherheitsvorsorge, vor jedem Einsatz ziviler und militärischer Mittel, Fragen nach dem politischen Rational und Zweck, konkreten Zielen sowie Art und Umfang der bereitzustellenden Mittel hinreichend zu beantworten?

Diese Fragen werden momentan nicht beantwortet, weil sowohl die theoretischen Grundlagen und Vorgehensweisen wie auch ein intensiver öffentlicher Diskurs und der politische Wille zu einer strategischen Kursveränderung erst im Ansatz zu erkennen sind. Um in einer solchen Lage eine theoretische Neuorientierung einzuleiten, ist es nahe liegend, sich mit vergleichbaren historischen Umbrüchen, Reformen und den inhärenten geistesgeschichtlichen und philosophischen Theorien auseinanderzusetzen. Hierzu bieten sich das Ende des preußischen Feudalsystems und die grundlegenden Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der Wandel in der Philosophie von der kantianischen Aufklärung zum deutschen Idealismus und zur Romantik sowie die Kriegphilosophie des Carl von Clausewitz an.

Preußische Reformen und Clausewitz

Carl von Clausewitz lebte in einer – zur heutigen Zeit im Bedrohungsgradienten vergleichbaren – Umbruchsperiode, die durch die französische Revolution, die Kriegszüge Napoleons und eine Neuordnung der staatlichen Sicherheitsvorsorge charakterisiert werden könnte.

Anfang des 19. Jahrhunderts traf eine Wehrpflichtarmee, die „levée en masse“, die – mit schwer quantifizierbaren geistigen, politischen, psychologischen und sozialen Fähigkeiten – drückend überlegen war, auf preußische Streitkräfte, deren Manöverstrategie noch aus der Zeit Friedrichs II. und der Kabinettskriege herrührte.

Im Oktober 1806, in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt, schlug Napoleon I. die Preußen vernichtend, es wurde das Schicksalsjahr Preußens. Der preußische Staat bricht politisch, militärisch, sozial und moralisch zusammen. Bereits vor 1806 kritisierte Reichsfreiherr vom und zum Stein das marode absolutistische Staatssystem Preußens und forderte Veränderungen. Nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt begann eine Reform Preußens, die das Prädikat einer „Revolution von oben“ verdient: Sozialreformen – Bauernbefreiung, Städteordnung und Verwaltungsreform – verbinden sich mit dem Namen Hardenberg; Bildungsreformen – Gründung der Berliner Universität, Gymnasialordnung, Reform der

Volksschule – durch Humboldt und Pestalozzi und der Heeresreform – allgemeine Wehrpflicht, Abschaffung der Prügelstrafe, Beförderung nach Verdienst, akademische Bildung des Offizierkorps in einer Kriegsakademie und Generalstab – durch Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz, die bis heute Bezugspunkt für die geistige Ausrichtung deutscher Streitkräfte sind.

Der preußische Offizier Carl von Clausewitz (1780-1831) schrieb im Klima der politischen und sozialen Verwandlung Preußens und angesichts der französischen Revolutionskriege sowie der Befreiungskriege gegen Napoleon wesentliche Teile seines Hauptwerkes „Vom Kriege“. Sein fundamentaler Eifer, über den Krieg grundsätzlich nachzudenken, und seine philosophische Gedankentiefe über den Krieg, das Verhältnis von Krieg und Politik, Friktionen im Krieg, den kriegesischen Genius und zur Strategie, sind nur in ihrer Reziprozität zum völligen Zusammenbruchs Preußens, zu den dann einsetzenden Reformen und zu dem inspirierenden philosophischen Umfeld zu verstehen.

Philosophie und Clausewitz

„Clausewitz was a product of the German intellectual world, which was experiencing one of the most creative periods in philosophy in a single nation in modern times“.

Douglas J. McDonald

Ausgangspunkt Clausewitzscher Analysen sind historische Studien über Feldzüge Friedrichs des Großen und Napoleons. Im Zusammenspiel mit den philosophischen Strömungen seiner Zeit gipfelten seine Folgerungen in der Einordnung des Krieges als einem Teil des gesellschaftlichen Lebens und nicht der Kunst oder der Wissenschaften. Sein Verständnis des Krieges als einer Auseinandersetzung eines Willen mit einem gleichwertigen Gegenwillen – modern ausgedrückt einem freien Spiel der Kräfte – greift hier wesentliche Gedanken seiner Zeit auf. Er offeriert Denkweisen zur Analyse komplexer politischer Zusammenhänge, welche Verstandes- und Gemütskräfte gleichermaßen berücksichtigen. Clausewitz bietet keine Verfahrensrezepte an. Er formuliert Grundaufgaben, entwickelt deren Schwierigkeiten und sucht erst dann nach einer Lösung, nachdem er sich mit kritischen Einwänden sorgfältig auseinandergesetzt hat.

Als Kernvoraussetzung für das Verstehen der Gemeinwesen, der Kulturen und der komplexen politischen Gegebenheiten fordert Clausewitz eine fundierte Bildung des Offizierkorps. Mit seiner Unterscheidung des theoretischen vom wirklichen

Krieg, verursacht durch Friktionen – Einflüsse wie Chaos, menschliche Schwächen, Naturereignissen und weiteren nicht vorhersehbaren Ereignissen – wendet sich Clausewitz ab vom rationalen Begreifen und der Berechenbarkeit der Kriegsabläufe. Er setzt menschlichen Schwächen und Chaos den „kriegerischen Genius“ entgegen, dessen Korrelation zum Deutschen Idealismus und zur Romantik offensichtlich ist. Einige weitere Kernaussagen, zum Beispiel die „Wunderliche Dreifaltigkeit“ oder die drei Wechselwirkungen zum Äußersten sind auch in theologischen, juristischen und philosophischen Publikationen von Hegel antizipiert, der wie Clausewitz zwischen 1818 und 1831 in Berlin lebte. Bereits nach diesen wenigen Überlegungen ist es unschwer zu erkennen, dass ein wirkliches Verständnis der Clausewitzschen Theorien nur eingebettet in die philosophischen Grundströmungen seiner Zeit gefunden werden kann. Das macht die Annäherung an Clausewitz nicht leichter.

Aktualität Clausewitz' Lehre und die Ausbildung zum militärischen Führer

In einem Clausewitz-Gespräch vom November 2006 über die Vereinten Nationen mit dem ehemaligen deutschen VN-Botschafter Dr. Gunter Pleuger blieb die Frage im Raum stehen, inwieweit die Vereinten Nationen heute ihre Wirkung verloren haben. Die langwierigen und vergeblichen Diskussionen im Sicherheitsrat – z.B. über eine Irak-Resolution im Jahre 2003, und zum Thema nukleare Bewaffnungen des Irans und Nordkoreas 2006/2007 – legen diesen Schluss nahe.

Die Frage wird bisher wenig diskutiert: Inwieweit sind das geistige Fundament und das zugrunde liegende Rational der Vorgehensweisen der Vereinten Nationen, die auf der Rationalität oder Nicht-Rationalität von Regierungen souveräner Staaten und deren Streitkräften basieren, heute noch gültig?

Die Fokussierung auf rationale Faktoren ähnelt derjenigen der Philosophie der „Aufklärung“ des beginnenden 19. Jahrhunderts. Irrationale Faktoren – wie sie bereits in der Philosophie der Romantik und des Deutschen Idealismus zutage getreten sind – werden heute wenig beachtet. Um diesen Gedanken zu präzisieren, zitiere ich Clausewitz „Vom Kriege“ und seine Deutung der Wunderlichen Dreifaltigkeit:

„Der Krieg ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltbarkeit seines Elementes, dem Hass und der

Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihm zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem bloßen Verstande anheimfällt.“

Die Definition des Krieges als „wunderliche Dreifaltigkeit“ berücksichtigt, dass ein jeder Krieg „seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik“ habe. Die Rahmenbedingungen, in denen Kriege der heutigen Zeit stattfinden, haben sich grundlegend gewandelt; sie sind zu einem hohen Grad durch emotionales, friktionales sowie irrationales Handeln bestimmt. Dieser erste Faktor der Clausewitz' Wunderlichen Dreifaltigkeit wird beispielsweise in den Lagebeurteilungen der Vereinten Nationen nur defizitär gewichtet. Die Völkergemeinschaft setzt sich traditionell mit Staaten, Regierungen, Konfliktparteien und Militärs auseinander. Der irrationale Faktor: ursprüngliche Gewaltsamkeit seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, findet dagegen wenig Beachtung. Vielleicht ist dies die Ursache, warum die friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätze der Vereinten Nationen mit großem Anfangserfolg beginnen – aber nie wirklich abgeschlossen werden können.

Als Kernvoraussetzung für das Verstehen der Gemeinwesen, der Kulturen und der komplexen politischen Gegebenheiten fordert Clausewitz eine fundierte Bildung des Offizierkorps.

In einigen westlichen Streitkräften werden diese Defizite erkannt und dementsprechend Ausbildungsschwerpunkte für militärisches Führungspersonal verändert. An der Führungsakademie der Bundeswehr werden einwöchige Seminare im LGAN und LGAI zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ durchgeführt. In der amerikanischen Generalstabsausbildung in Fort Leavenworth soll der Ausbildungsschwerpunkt „Cultural Awareness“ die kulturelle Sensibilität der US-Soldaten verbessern.

Die Clausewitzschen kriegsphilosophischen Kernaussagen sind von bleibendem Wert. Seine methodische Herangehensweise an komplexe Situationen und seine analytisch-kritische Methode des Denkens sind für eine Neuanalyse der jetzigen sicherheitspolitischen Lage von singularer Bedeutung. Sie gelten als Richtlinie für die Entwicklung einer Strategie, für das Einsatzrational von zivilen und militärischen Machtmitteln und für die Ausbildung von Führungspersonlichkeiten. Clausewitz gilt als Fundgrube zum Verhältnis von Politik und Krieg, zur Zweck-Ziel-Mittel-Relation, der Wunderlichen Dreifaltigkeit, dem Verhältnis von logischer zu materialer Wahrheit, zum Umgang mit kritischen Einwänden, zur Friktionalität, zu Charaktereigenschaften eines militärischen Führers, zur Bedeu-

tung von Theorie und Praxis, dem Stellenwert von Planungen, Grundsätzen der Strategie sowie von Verteidigung und Angriff, dem Kulminationspunkt und dem Schwerpunkt militärischer Aktionen.

Die Clausewitzsche Theorie ist ein wahrer Goldschatz für eine grundlegende Neuorientierung der Ausbildung von militärischem und zivilem Führungspersonal. Eine innere Distanz zu seinen Lehren verbietet sich von selbst. Clausewitz hat als Soldat auch für Soldaten geschrieben. Er bietet eine philosophische Theorie, mit der für Streitkräfte der Zweck, die Ziele und das Maß der bereitzustellenden Mittel überzeugend begründet werden können. Ohne Philosophie bleiben militärische Konzepte immer auch Stückwerk.

*Ohne Philosophie
bleiben militärische
Konzepte immer auch
Stückwerk.*

Clausewitz darf jedoch nicht in einer aktuellen Beurteilung der Lage – ohne zeitgeschichtlichen Bezug – als Sammlung von Zitaten benutzt werden. Wir müssen uns bemühen, seine Methode des Denkens und des Handelns zu verstehen, um die vieldimensionale Natur des Krieges zu begreifen. Dazu muss eine Ausbildungsmethode ausgearbeitet werden, die den Strategen lehrt, seine Aufgaben zu beherrschen, ohne den utopischen Anspruch zu erheben, das Geheimnis des Sieges zu vermitteln!

Die Auseinandersetzung mit der Clausewitz` Theorie hat in keiner Weise an Aktualität verloren. Dieser Herausforderung muss sich die Führungsakademie der Bundeswehr stellen und sie tut es.

Zum Autor: Professor Dr. Lennart Souchon, Kapitän zur See a.D., ist Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums, Hamburg. Er hat seit 1993 einen Lehrauftrag an der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Europäische Strategie und Clausewitz sowie von 2002 bis 2004 einen Lehrauftrag an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg.

Sicherheitspolitik und Strategie

Dr. Dirk Freudenberg

Vorbemerkung

In der politikwissenschaftlichen Debatte wird in jüngster Zeit die Frage nach der Definition eines „politischen Strategiebegriffs“ aufgeworfen.¹ In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass es im „repräsentativen ‚Lexikon der Politik‘ ... keine Eintragung zu Strategie“ gegeben habe und die lexikalische Besetzung eines Begriffs politischer Strategie „durch die Politologen selbst“ erst mit dem „Wörterbuch zur Politik“² im Jahre 2004 begonnen habe.³ In der Tat weisen zahlreiche lexikalische Werke weder den Begriff „politische Strategie“ noch den der „Strategie“ als solchen aus.⁴

Auffällig an der Debatte ist, dass oftmals zwar an klassische, auch militärische Strategiedeutungen angeknüpft wird, dabei – neben der Abgrenzung von Strategie⁵ und Taktik⁶ – eine Übertragung der militärischen Bedeutung auf politische Verhältnisse auch die clausewitzsche Zweck-Ziel-Mittel-Relation aufgegriffen wird⁷, zugleich aber der Versuch unternommen wird, einen eigenen, vom militärischen Bereich getrennten Begriff „Politische Strategie“ zu „elaborieren“.⁸ Zudem wird ausgeführt, dass eine analoge Begriffsbildung politischer Strategie erst nach voller Ausdifferenzierung von militärischer und politischer Sphäre möglich geworden sei, was in den Zeiten großer Nähe und Vermengung von politischer und militärischer Macht nicht gelungen wäre.⁹ Allerdings hat es bereits zu Beginn der politischen Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland einen Definitionsansatz für den Begriff „Politische Strategie“ gegeben. Dieser knüpft bezeichnender Weise an die clausewitzschen Begrifflichkeiten von Strategie und Taktik an und unterscheidet sich dahingehend, dass der militärische Strategie eine beschränkte Aufgabe habe, indem er das feindliche Heer vernichten und damit den Krieg gewinnen solle, der politische Strategie hingegen den Frieden schließen müsse.¹⁰ Nach diesem Ansatz ist der militärische Strategie nicht nur von dem operativen politischen Vorgang ausgeschlossen, welcher den unmittelbaren Kampfhandlungen folgt, sondern soll sich auch von dem Planungsprozess fernhalten, welcher auf den Frieden gerichtet ist. „[Nach dem Gewinnen des Krieges] ist sein Werk getan. Weiter hat er nicht zu denken.“¹¹ Hiermit unterscheidet sich dieser Ansatz wesentlich von Clausewitz, da dessen strategischer Bezugspunkt – der Zweck – der Friede ist, auf den sich die Strategie insgesamt auszurichten hat, wie in den nachstehenden Ausführungen zu zeigen sein wird. Fraglich ist nicht nur, ob eine

solche eigenständige Begriffsschöpfung tatsächlich möglich ist; wahrscheinlich werden aus den dargestellten eingeschränkten Deutungen des Strategiebegriffs die Blickwinkel auf einen weiten Begriff verstellt und somit unter Umständen die Wechselwirkungen asymmetrischer Konflikte und Kleiner Kriege¹² mit der Politik im weitesten Sinne in kontraproduktiver Weise übersehen. Dieses soll im Folgenden untersucht werden.

Sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel

Während des Kalten Krieges war der Krieg als Instrument und beschleunigender Faktor der Veränderung im politischen Denken zurückgetreten.¹³ In den letzten Jahren hat sich auch in der Bundesrepublik die Erkenntnis durchgesetzt, dass Streitkräfte ein Instrument der Politik sind. Das waren sie jedoch schon immer – auch für die Bundesrepublik. Allerdings war der außen- und sicherheitspolitische Fokus der Bundesrepublik auf die bipolare Ordnung des Ost-West-Konflikts eingeschränkt und darauf bedacht, das Gleichgewicht der Machtblöcke zu erhalten und durch den eigenen Beitrag militärischer Stärke in der NATO den potentiellen Gegner abzuschrecken. Die damalige Situation der Bundesrepublik erlaubte es ihr, den Einsatz von Streitkräften als absolute ultima ratio zu betrachten, und den Begriff der „Verteidigung“ auf das eigene Staatsgebiet und das der Bündnispartner zu beschränken. Mithin waren auch damals die Bezugspunkte des staatlichen Handelns Macht und Interesse. Das strategische Gleichgewicht und die Tatsache, dass es in Europa zu jener Zeit keine großangelegte militärische Auseinandersetzung gab, hatte für viele – auch in der Bundeswehr – den Eindruck entstehen lassen, die geistige Auseinandersetzung mit dem Wesen und den Besonderheiten soldatischen Dienens sei obsolet; es genüge allenfalls „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“. Ansonsten sei der Dienst des Soldaten „ein Beruf wie jeder andere“ auch.

Gleichwohl wurde mit der Wende 1989 und vor allem mit dem Zerfall der Sowjetunion und der bipolaren Ordnung nach 1991 rasch deutlich, dass nicht der ewige Friede ausgebrochen war. Mit den kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan war ab Mitte der 1990er Jahre auch für Deutschland klar, dass es sich als europäische Mittelmacht nicht aus den aufbrechenden Auseinandersetzungen mit dem Hinweis auf die „Lasten der Vergangenheit“ und der „Verantwortung vor der eigenen Geschichte“ heraushalten konnte. Die neuen Sicherheitsprobleme waren nunmehr nicht das Vorhandensein militärischer Potenziale, sondern Kleine Kriege, funktionsgestörte und in ihren Institutionen gestörte Staaten mit inneren Konflikten und unzureichenden politischen, administrativen, wirtschaftlichen

und zivilen Strukturen.¹⁴ Weiterhin zeichnete sich bald ab und wurde spätestens mit dem 11. September 2001 offenbar, dass Bedrohungen für das eigene Staatsgebiet auch aus weiter entfernt gelegenen Regionen von nicht-staatlichen Akteuren ausgehen können, so dass sich der außen- und sicherheitspolitische Fokus in einen globalen Rundumblick ändern musste. Im internationalen System hat man es nun auch zunehmend mit Akteuren zu tun, die keinen „staatlichen Körper“ haben. Demzufolge muss sich die Staatenwelt – Nationalstaaten und staatliche Gemeinschaften – darauf einstellen, zukünftig oftmals kein entsprechendes bzw. staatliches Gegenüber zu haben. Als diametrale Erscheinung der Globalisierung bilden sich regionale und örtliche Machtstrukturen heraus, die als neue Akteure aus zerfallenden Staaten hervorgehen oder aus bereits zuvor bestehenden Subsystemen empor- und aufsteigen.¹⁵ In gewisser Weise stehen zugleich überkommene Prinzipien internationaler Politik und Diplomatie zur Disposition, welche sich mit dem Wiener Kongress richtungsweisend und bis heute prägend herausgebildet hatten. Die seinerzeit anerkannte Legitimität, welche nicht mit Gerechtigkeit zu

Anstatt „Kämpfen können um nicht Kämpfen zu müssen“ muss das Postulat jetzt heißen: „Kämpfen können und Kämpfen wollen um Siegen zu können“.

verwechsell ist, besagte nichts anderes als ein internationales Übereinkommen über das Wesen brauchbarer Arrangements und über erlaubte Ziele und Methoden der Außenpolitik, die in sich einschließt, dass alle Großmächte im großen und ganzen eine bestimmte internationale Ordnung respektieren.¹⁶ Eine derartige Legitimität schließt Konflikte nicht aus, begrenzt aber deren Zielsetzung, und wenn es auch noch zu Kriegen kommen mag, werden diese doch ausgefochten im

Namen der bestehenden internationalen Struktur; der nachfolgende Friede wird als besserer Ausdruck „legitimer“ allgemeiner Überzeugung gerechtfertigt.¹⁷ Eben diese Strukturen sind heute nicht mehr in jedem Fall deutlich zu identifizieren. Der Zerfall der bipolaren Ordnung, das Hinzutreten zahlreicher Mittelmächte in das internationale Konzert politischer Macht und unzähliger nichtstaatlicher Akteure, welche transnational und zum Teil global agierend Einfluss auf das internationale Herrschaftsgefüge nehmen (wollen), sind die wesentlichen Ursachen hierfür. Desgleichen ist es inzwischen allgemein anerkannt, dass die Grenzen äußerer und innerer Sicherheit zunehmend verschwimmen oder gar verschmelzen. Demzufolge sind auch die Rechtfertigungen überkommener Zuständigkeiten und Kompetenzen von Innen- und Außenpolitik fragwürdig geworden. Die westliche Staatenwelt sieht sich nun vor der Situation, die Bezugspunkte politischer Strategie umfassend anzupassen und neu zu justieren.

Die Notwendigkeit von Kampfeinsätzen

Inzwischen wird immer mehr deutlich, dass sich militärisches Engagement nicht mehr allein auf so genannte „friedenserhaltende“ oder „friedenskonsolidierende“ Einsätze beschränken lässt, und dass es auch in diesen, wie auch in friedenswiederherstellenden oder so genannten „Postkonfliktoperationen“ darauf ankommen kann und muss, militärische Fähigkeiten ziel- und wirkungsorientiert zum Einsatz zu bringen. In letzter Konsequenz bedeutet das Kampf. Anstatt „Kämpfen können, um nicht Kämpfen zu müssen“ muss das Postulat jetzt heißen: „Kämpfen können und Kämpfen wollen, um Siegen zu können“. Mithin änderte sich auch der Stellenwert soldatischen Dienens in der öffentlichen Wahrnehmung. Und nicht erst mit den Anschlägen auf deutsche Soldaten und damit verbundenen Verlusten stellt sich – nicht nur für die Soldaten und ihre Angehörigen – wieder die Frage nach dem Sinn der Einsätze und dem Wert der Opfers, dem des Lebens, welches schlussendlich der Preis des Einsatzes sein kann. Wenngleich die Verluste und Verwundungen deutscher Soldaten sich im Vergleich zu den verbündeten Staaten bisher als verhältnismäßig gering erwiesen haben, so wird doch zunehmend deutlich, dass die Risiken von Tod und Verwundung steigen. Somit tritt wieder die alte – gerade in westlichen Demokratien lange verdrängte – Erkenntnis hervor, dass der Krieg nicht nur die weitest reichende Form legitimierte Tötens von Artgenossen darstellt, sondern auch zugleich das passive Erleiden des Todes in Kauf nimmt. Gleichfalls wird fühlbar, dass es entscheidendes Wesensmerkmal soldatischen Dienens ist, Leben zu nehmen und zu geben. Die Erkenntnis des Wesenskerns soldatischen Dienens ist insbesondere westlichen Gesellschaften verloren gegangen. Insofern stoßen demokratische Systeme immer mehr auf die Schwierigkeit, ihren Gesellschaften die Notwendigkeit von militärischer Rüstung und den Gebrauch militärischer Macht erklärbar zu machen und dementsprechend den hierauf gerichteten Wehrwillen zu entwickeln. Der Abbau der Blöcke, die Aufhebung von vorher fast unüberwindlichen Grenzschränken, erfolgreiche Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen haben in der Bevölkerung eine Stimmungslage erzeugt, die dahin tendiert, militärische Bedrohung der eigenen Lebenswelt entweder mit einer gewissen Sorglosigkeit nicht mehr zu sehen oder sie aber in Teile der Welt zu verlagern, die das eigene Land geographisch nicht mehr tangieren. Unmittelbar im Zusammenhang damit steht die Notwendigkeit der Rechtfertigung der (finanziellen) Kosten, die für die Sicherheit aufzubringen sind. Gleichzeitig ist es den heutigen Wohlstandsgesellschaften schwierig zu vermitteln, dass der Gebrauch militärischer Macht – selbst bei größter Überlegenheit – auch immer das Risiko eigener Verluste beinhaltet. „Menschenwürde“ und die „absolute Unversehrbarkeit“ jeden individuellen Lebens machen moderne west-

liche Gesellschaften widerwillig, Einzelleben für Kollektivinteressen zu opfern.¹⁸ Dementsprechend zielt die moderne Kriegführung zumeist darauf ab, die eigenen Verluste gegen Null zu halten. Die militärische Interventionsfähigkeit „postheroischer Gesellschaften“ ist somit abhängig von der Minimierung eigener Verluste und darüber hinaus auch der des Gegners. Der Verlust von Menschenleben ist insofern grundsätzlich zu vermeiden, unabhängig von der Zugehörigkeit der Betroffenen zu Freund oder Feind. Die Lebenswirklichkeit beweist allerdings, dass dies nicht immer – oder auch nie – möglich ist.¹⁹

Hier setzt das Dilemma der Politik an. Es muss also Aufgabe einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Politik, sein, der Gesellschaft zu erklären, dass sie für die Durchsetzung ihrer Interessen auch einen Preis zu zahlen bereit sein muss: notfalls das Leben ihrer Soldaten, ihrer Staatsbürger. Tut eine Staatsführung dies nicht, macht sie sich erpressbar: Sie wird niemals tatsächlich ein „robustes Mandat“ zur Durchsetzung eines Auftrages umsetzen, da zum Wesen des Militärischen nun einmal in letzter Konsequenz der Kampf mit der Waffe gehört und jeder Akteur im Wissen um diese Erpressbarkeit diese Karte spielen wird. Folglich arrangiert man sich mit einer solchen Haltung mit diesen Akteuren, lässt sich auf Kompromisse ein und hindert damit gleichzeitig die eigenen Kräfte an der effektiven Durchführung ihres Auftrages; oder man zieht sich zurück, spätestens dann, wenn die Bilder der ersten eigenen Toten in den heimischen Medien präsentiert werden. Um diese komplexen Aufgaben zu lösen, muss Politik Strategien entwickeln, welche dieser Entwicklung Rechnung tragen und welche die vorstehend aufgezeichneten Klippen und Fallen meiden. Folglich muss Politik den Zweck und das Ziel von Einsätzen definieren und verständlich machen.

Der clausewitzsche Strategieansatz

Der heute so häufig für überholt angesehene Clausewitz hatte bereits auf diesen Unterschied hingewiesen. Zweck und Ziel sind Bezugspunkte jeder Strategie. Das grundsätzliche Ziel einer jeden Strategie ist der Erfolg. Das grundsätzliche Ziel einer Kriegführung und damit jeder militärpolitischen Strategie ist der Sieg. Ein wesentliches Missverständnis des clausewitzschen Strategieansatzes liegt in der Annahme begründet, dass er nicht über politische, sondern über militärische Strategie geschrieben habe, und er auch keinen Begriff „politische Strategie“ gehabt habe.²⁰ Ein weiterer Fehlschluss liegt in der Feststellung, dass Clausewitz die Politik für das strategische Denken geöffnet habe, ohne selbst diesen Schritt zu vollziehen, da er in seinen Beiträgen zu politischen Fragen (vor allem zur Außenpolitik) nicht von „Strategie“ gesprochen habe, also den Begriff nicht vom für ihn

seit Beginn des 19. Jahrhunderts selbstverständlichen militärischen Gebrauch auf das politische Feld übertragen habe.²¹ Gerade unter den Bedingungen heutiger gewaltsamer Auseinandersetzungen kriegerischer Art treten die clausewitzschen Definitionen und Erklärungsansätze der damit verbundenen Phänomene nicht nur wieder stärker ins Bewusstsein, sondern sie scheinen sich von ihrem theoretischen Denkansatz hinsichtlich ihrer „Wahrheiten“ in großer Aktualität zu bestätigen.²²

Für Clausewitz erreicht die Strategie „[v]ermittels [des] Sieges [...] den Zweck, welchen sie dem Gefecht gegeben hat und der seine eigentliche Bedeutung ausmacht.“²³ Auf diese Definition der Strategie verweist er gleich zu Beginn des ersten Kapitels des dritten Buches „Von der Strategie überhaupt“, in dem er versucht, den Begriff der Strategie zu fassen. „Die Strategie ist der Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges; sie muß also dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel setzen, welches dem Zweck desselben entspricht, d. h. sie entwirft den Kriegsplan, und an dieses Ziel knüpft sie eine Reihe der Handlungen an, welche zu demselben führen sollen, d. h. sie macht die Entwürfe zu den einzelnen Feldzügen und ordnet in diesen die einzelnen Gefechte an.“²⁴ An anderer Stelle wird Clausewitz – in Abgrenzung zur Taktik – noch deutlicher: „Daraus entspringt nun die ganz verschiedene Tätigkeit, diese Gefechte in sich anzuordnen und zu führen und sie sich zum Zweck des Krieges zu verbinden. Das eine ist die Taktik, das andere die Strategie genannt worden. ... Es ist nun nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges.“²⁵ Nach Clausewitz' Vorstellung ist die Strategie keine starre Festlegung, sondern steht in ständigen Wechselwirkungsbeziehungen mit ihren Umsetzungen und Ergebnissen. Mithin ist sie an diese gebunden und muss ständig agieren und reagieren. „Die Strategie ... muß also dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel setzen, welches dem Zweck desselben entspricht, d. h. sie entwirft den Kriegsplan, und an dieses Ziel knüpft sie die Reihe der Handlungen an, welche zu demselben führen sollen, d. h. sie macht die Entwürfe zu den einzelnen Feldzügen und ordnet in diesen die einzelnen Gefechte an. Da sich alle diese Dinge meistens nur nach Voraussetzungen bestimmen lassen, die nicht alle zutreffen, eine Menge anderer, mehr ins einzelne gehender Bestimmungen sich aber gar nicht vorher geben lassen, so folgt von selbst, daß die Strategie mit ins Feld ziehen muß, um das Einzelne vor Ort und Stelle anzuordnen

„Menschenwürde“ und die „absolute Unversehrbarkeit“ jeden individuellen Lebens machen moderne westliche Gesellschaften widerwillig, Einzelleben für Kollektivinteressen zu opfern. Dementsprechend zielt die moderne Kriegführung zumeist darauf ab, die eigenen Verluste gegen Null zu halten.

und für das Ganze die Modifikationen zu treffen, die unaufhörlich erforderlich werden. Sie kann also ihre Hand in keinem Augenblicke von dem Werke abziehen.“²⁶ Gleichzeitig ordnet Clausewitz den Schwerpunkt der Strategie auf der politischen Ebene an der Schnittstelle zur militärstrategischen Ebene – aber oberhalb dieser – an „... wo sie an die Politik oder Staatskunst grenzt oder vielmehr beides selbst wird ...“²⁷ Mithin bringt Clausewitz seinen Strategiebegriff wieder in eine Zweck-Ziel-Mittel-Relation, welche an dieser Stelle noch einmal in ihrem Gesamtzusammenhang herausgestellt werden muss: „Vermittels [des] Sieges erreicht die Strategie den Zweck, welchen sie dem Gefecht gegeben hat und der seine eigentliche Bedeutung ausmacht. ... Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d. h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck. Die Anwendung ihres Mittels zu diesem Zweck ist gleichfalls von Umständen begleitet, die mehr oder weniger Einfluß darauf haben.“²⁸ Daher ist das rechte Verhältnis von Zweck, Ziel und Mittel zueinander für Clausewitz Gegenstand eingehender Überlegungen, die wiederum von der Politik ausgehen.²⁹

Für Clausewitz ist der „Krieg nichts anderes als ein erweiterter Zweikampf ... [in dem] jeder den anderen durch physische Gewalt zur Erfüllung seines Willens zu zwingen [sucht].“³⁰ Um die Phänomene und ihre Abhängigkeiten sowie ihre Wechselwirkungen zu erläutern, operiert Clausewitz mit den Begriffen Zweck, Ziel und Mittel. Diese Begriffe stehen in der clausewitzschen Theorie in ständiger Wechselbeziehung zueinander. Dabei ergänzen sie sich, lösen sich zum Teil auf verschiedenen Ebenen der Betrachtung ab, oder ersetzen sich gar. Obenan steht der Begriff des Zwecks als das „ursprüngliche Motiv“³¹. Die politische Absicht ist für Clausewitz der Zweck, der Krieg aber das Mittel, und niemals darf das Mittel ohne den Zweck gedacht werden.³² „Gewalt, d. h. die physische Gewalt ... ist also das Mittel; dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen, der Zweck. Um diesen Zweck sicher zu erreichen, müssen wir den Feind wehrlos machen, und dies ist dem Begriff nach das eigentliche Ziel der kriegerischen Handlung. Es vertritt den Zweck und vertritt ihn gewissermaßen als etwas nicht zum Kriege selbst Gehöriges.“³³ Clausewitz anerkennt also, dass der Zweck auf etwas gerichtet ist, das außerhalb der bewaffneten Auseinandersetzung liegt, stellt aber zugleich den Zusammenhang zwischen militärischer und politischer Strategie heraus. Für Clausewitz zielt der Akt der Gewalt dabei also auf die Wehrlosmachung oder Niederwerfung des Gegners; Niederwerfung bedeutet, dem Gegner seine Kräfte zur Kriegführung zu nehmen, also alle Mittel zur Kriegführung.

Die politische Dimension des clausewitzschen Strategieansatzes

Dieser Zweck, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, ist für Clausewitz folglich zunächst politischer Natur. Der Zweck des Krieges ist die Politik bzw. die politische Willensaufdrängung.³⁴ Ihm dient das Ziel militärischer Gewalt: „... den Feind wehrlos zu machen [ist] das Ziel des kriegerischen Aktes ...“³⁵ Die militärische Gewalt als solche ist somit nur das Mittel, Ziel und Zweck zu erreichen: „Soll also der Gegner zur Erfüllung unseres Willens durch den kriegerischen Akt gezwungen werden, so müssen wir ihn entweder faktisch wehrlos machen oder in einen Zustand versetzen, daß er mit Wahrscheinlichkeit damit bedroht ist.“³⁶ Zweck, Ziel und Mittel sind gleichzeitig nicht nur auf einer Seite des Konflikts anzutreffen, sondern bestimmen das Handeln der Konfliktparteien in wechselseitiger Abhängigkeit. Clausewitz nennt das die „Wechselwirkungen“, die zum „Äußersten“ führen.³⁷ In diesem Zusammenhang tritt der politische Zweck wieder hervor. „Das Gesetz des Äußersten, die Absicht, den Gegner wehrlos zu machen, ihn niederzuwerfen, hatte diesen Zweck gewissermaßen verschlungen. Sowie dieses Gesetz in seiner Kraft nachläßt, diese Absicht von ihrem Ziel zurücktritt, muß der politische Zweck des Krieges wieder hervortreten. ... So wird der politische Zweck als das ursprüngliche Motiv des Krieges das Maß sein, sowohl für das Ziel, welches durch den kriegerischen Akt erreicht werden muß, als für die Anstrengungen, die erforderlich sind.“³⁸ Aber auch hier bezieht Clausewitz wieder die unterschiedlichen Konfliktparteien mit ein: „[Der politische Zweck] wird dies nicht an und für sich sein können, sondern, weil wir es mit wirklichen Dingen zu tun haben und nicht mit bloßen Begriffen, so wird er es in Beziehung auf die beiderseitigen Staaten sein.“³⁹ Mithin gewinnt das Postulat Clausewitz' Gestalt, dass „... der Krieg ... nie ein isolierter Akt [ist]⁴⁰ ... , nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ... , eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln [ist].“⁴¹ Zudem ist für Clausewitz die Politik das alle Ebenen und Phasen der gewaltsamen Auseinandersetzung durchdringende und bestimmende Element. „Die Politik wird also den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zuläßt.“⁴² Letztendlich ist der politische Zweck für Clausewitz auf den Frieden gerichtet. „... [I]mmer muß man mit dem Frieden den Zweck als erreicht und das Geschäft des Krieges als beendet ansehen“⁴³ ... und wenn auch nicht „... jeder Krieg eine vollkommene Entscheidung und Erledigung in sich trägt ... so ersterben doch

Zweck und Ziel sind Bezugspunkte jeder Strategie. Das grundsätzliche Ziel einer jeden Strategie ist der Erfolg. Das grundsätzliche Ziel einer Kriegführung und damit jeder militärpolitischen Strategie ist der Sieg.

im Friedensschluß selbst jedes Mal eine Menge Funken, die im stillen fortgeglüht hätten ...⁴⁴ Dieser, im Hauptwerk „Vom Kriege“ formulierte Zweck des Krieges ist eine Fortsetzung der bereits in Clausewitz’ „Strategie“ von 1804 sehr klar formulierten Gedanken: „Der politische Zweck des Krieges kann doppelter Art sein. Entweder den Gegner ganz zu vernichten, seine Staatsexistenz aufzuheben, oder ihn beim Frieden Bedingungen vorzuschreiben. In beiden Fällen muß

Für Clausewitz ist die Politik das alle Ebenen und Phasen der gewalt-samen Auseinandersetzung durchdringende und bestimmende Element.

es die Absicht sein, die feindlichen Kräfte so zu lähmen, daß er entweder gar nicht oder nicht ohne Gefahr seiner ganzen Existenz den Krieg fortsetzen kann.“⁴⁵ Tatsächlich verfolgt Clausewitz eine instrumentelle Auffassung des Krieges, die auf eine unfraglich legitime politische Ordnung bezogen ist und welche die Zwecke definiert, die zu erreichen der Krieg das Mittel ist.⁴⁶ Deshalb steht Clausewitz mit seiner Einstellung geradezu im Widerspruch zu jenen, welche eine existenzielle Kriegsauffassung vertreten. In der existenziellen Auffassung des Krieges ist der Krieg wohl auch ein Mittel, aber nicht ein Mittel zur Verfolgung vorgegebener Zwecke, sondern eines, welches seinen Zweck selbst erst hervorbringen soll und der Krieg erst die politische Größe konstituiert, durch deren antizipierte Existenz er sich selbst legitimiert.⁴⁷ Folglich sind die drei Größen Zweck, Ziel und Mittel sinnvoll auf der Grundlage sorgfältigen Abwägens zu koordinieren.⁴⁸

Die Relation von Politik und Militär

Betrachtet man nun die militärische Seite als die vollziehende Gewalt des politischen Zwecks, welche als Instrument der Politik der Umsetzung desselben zu dienen hat, spiegeln sich hier die Begriffe Zweck, Ziel und Mittel in der militärischen Auftragsbefüllung wider. Dabei ist der Einsatz der Streitkräfte als Mittel zunächst auf die Erreichung des politischen Zwecks gerichtet. Die militärische Zielsetzung, auf welche die militärische Operation als solche abzielt, soll die Voraussetzungen für die Zweckerreichung schaffen. Zudem können verschiedene parallele Operationen mit unterschiedlichen Zielen den Zweck anstreben.

Hierbei können militärische Operationen einen Zweck begründen, so dass der Begriff des Zwecks auf die militärische Ebene transformiert wird. „... sobald es andere Gegenstände gibt, welche man im Kriege verfolgen kann, so folgt von selbst, daß diese Gegenstände der Zweck einzelner kriegerischer Akte werden können und also auch der Zweck von Gefechten.“⁴⁹ Gleichzeitig können militärische Zielsetzung und politischer Zweck deckungsgleich sein bzw. werden. „Ist nun das Ziel des kriegerischen Aktes ein Äquivalent für den politischen Zweck, so wird

er im allgemeinen mit diesem heruntergehen, und zwar um so mehr, je mehr dieser Zweck vorherrscht; und so erklärt es sich, wie ohne inneren Widerspruch es Kriege mit allen Graden von Wichtigkeit und Energie geben kann, von dem Vernichtungskrieg hinab bis zur bloßen bewaffneten Beobachtung.⁴⁵⁰

In der militärischen Befehlsgebung ist der jeweilige Zweck im Auftrag beschrieben. Die einzusetzenden Mittel sowie die Art und Weise, wie diese zur Wirkung kommen sollen, werden in den Weisungen zur Durchführung bestimmt. Die militärische Absicht, die wiedergibt, worauf es dem militärischen Führer im Wesentlichen ankommt und welche die Operationsführung in groben Zügen wiedergibt, beschreibt den operativen bzw. taktischen Zweck in groben Zügen. In den weiteren Punkten zur Durchführung, den Einzelaufträgen, werden einzelne, individuelle Ziele festgelegt und befohlen. Somit korrespondieren der Zweck auf der politischen Ebene und der Zweck auf der militärischen Ebene miteinander. Wenngleich der politische dem militärischen Zweck übergeordnet ist, es also eine prinzipielle Subsidiarität des militärischen gegenüber dem politischen Zweck gibt, stehen beide in Wechselwirkungsbeziehungen zueinander und können zuweilen eins sein. Die politischen Rahmenbedingungen müssen zum einen so geschaffen sein, der politische Zweck so formuliert sein, dass die militärische Zweck- und Zielerreichung erfüllbar ist. Auf der anderen Seite dürfen operative und taktische Fehler des Militärs den politischen Zweck nicht desavouieren, bzw. ihn bedeutungslos werden lassen. Gibt allerdings die Politik unerreichbare militärische Ziele vor bzw. stattet sie das Militär für die Zielerreichung unzureichend aus und versorgt es dieses entsprechend, führt ein militärisches Scheitern fast zwangsläufig zum Scheitern der Politik. In Abhängigkeit von der Bedeutung des Zwecks und der damit verbundenen Niederlage hat dieses Scheitern unter Umständen nicht nur das Ende der Regierung, sondern möglicherweise den Untergang des politischen Systems zur Folge. Folglich sind politischer Zweck und militärische Zielsetzungen sorgsam aufeinander abzustimmen. Die militärischen Absichten sind auf den jeweiligen Führungsebenen dieser Abstimmung unterworfen und müssen gerade unter den Bedingungen des erweiterten Aufgabenspektrums mit dem politischen Zweck korrespondieren. Ohne den Primat der Politik grundsätzlich in Frage zu stellen: Bleiben diese wechselseitigen Abhängigkeiten unbeachtet, so führt eine Überhöhung des militärischen über den politischen Zweck unter Umständen zunächst zur militärischen Niederlage und in der Folge zur politischen Katastrophe des Staates (vgl. 1918). Im umgekehrten Fall führt die totale Aufblähung des Politischen gegebenenfalls zunächst in die totale militärische Niederlage und gleichzeitig in den politischen Untergang.

Die aktuellen Dimensionen des clausewitzschen Strategiebegriffs

Allerdings ist dieser gerade in den heutigen Konflikten nicht allein durch die Niederwerfung der gegnerischen Kräfte definiert, sondern ist durch einen finalen Status (engl.: „end state“) darzulegen, der das gesamte politische Umfeld betrachtet. Dieser finale Status ist der Zweck der Strategie. Dieser „end state“, also der Zweck, ist das, was Clausewitz mit „beabsichtigter Friede“ meint: „Die Erhaltung der eigenen Streitkräfte, die Vernichtung der feindlichen, mit anderen Worten der Sieg ist der Gegenstand des Kampfes; aber er ist freilich nicht der letzte Zweck. Die Erhaltung des eigenen Staates und die Niederwerfung des feindlichen ist dieser Zweck, und wieder mit einem Wort: der beabsichtigte Friede, weil in ihm sich dieser Konflikt ausgleicht und in einem gemeinschaftlichen Resultat endigt.“⁵¹ Clausewitz erarbeitet folglich mit seiner Theorie des Krieges, der Herausarbeitung prinzipieller Relationen von Politik, Gesellschaft, Krieg und Friedensordnung, eine zukunftsweisende Studie, welche bereits hier die Zusammenhänge gesamtgesellschaftlicher Wechsel- und Außenwirkungen hervorhebt. Schlussendlich setzt Clausewitz die Strategie in einen Gesamtzusammenhang; sie steht somit niemals isoliert für sich allein. Den Krieg mit seinen Elementen und seinen „Instrumentalcharakter der Politik“ stellt er dabei besonders heraus.⁵² Der Einsatz militärischer Mittel, mithin Kriegführung, ist somit ein Instrument der Politik und Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Clausewitz vertritt also einen umfassenderen Strategiebegriff, der zugleich ebenenübergreifend zu verstehen ist. Clausewitz Strategiebegriff umfasst ständige und intensive Wechselwirkungen auf allen Ebenen. Eine Reduzierung des clausewitzschen Strategiebegriffs auf das militärische wäre also eine unzulässige Verkürzung seines Politikbegriffs. Ein Ausschluss des militärischen Elementes aus dem politischen Strategiebegriff wird somit der umfassenden Bedeutung des Wesens der Politik nicht gerecht.

Das Weißbuch von 2006⁵³, welches erstmals die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland umreißt und – auch unter Bezug auf der Aktionsplan der Bundesregierung⁵⁴ – zur Konfliktverhinderung und -bewältigung auf einen ressort- und institutionenübergreifenden Ansatz hinweist, mithin den Einsatz militärischer Mittel als ein subsidiäres Instrument der Politik versteht, folgt dem clausewitzschen Ansatz. Wenn sich allerdings die Bundesrepublik entschließt, Streitkräfte zu entsenden, so muss der politische Zweck klar definiert und abgestimmt sein; die diesem Zweck dienenden militärischen Ziele müssen realistisch und erreichbar sein. Dazu sind die zu entsendenden Truppen entsprechend auszuwählen, zusammenzustellen, auszubilden, auszurüsten und zu unterstützen. Mithin sind die erforderlichen Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen. Vor

allem aber sind Zweck und Ziel der Bevölkerung und den Soldaten zu vermitteln. Der politische Auftrag muss klar zum Ausdruck kommen. Er muss nachvollziehbar und auch umsetzbar sein. Während des Kalten Krieges hatten Streitkräfte den Zweck, in der Krise die Bundesregierung vor politischer und militärischer Erpressung zu schützen, sowie im Kriege die Unversehrtheit des Staatsgebietes der Bundesrepublik und seiner Verbündeten zu schützen und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung zu garantieren. Die Fähigkeiten der Streitkräfte und (potentielle) militärische Ziele waren auch hinsichtlich der (geplanten) Operationsführung auf eben diesen Zweck ausgerichtet. In den aktuellen Konflikten mit tatsächlichen Operationen sind die konkreten militärischen Ziele *conditio sine qua non* dafür, dass der politische Zweck, die Handlungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland glaubwürdig zu demonstrieren, erreicht werden kann. Es ist die Aufgabe der Politik, dieses nachvollziehbar zu leisten und die Risiken offenzulegen sowie dabei Opfer und Verluste zu vertreten. Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, machen militärische Einsätze Sinn, wird soldatisches Dienen nachvollzogen und können auch Rückschläge verkraftet werden.

Conclusio

Aus den vorangestellten Betrachtungen ergibt sich, dass „Sicherheitspolitik“⁵⁵ nicht nur als ein flexibler, dynamischer Begriff zu verstehen ist, der alle Politikfelder umfasst, sondern dass für eine erfolgreiche Umsetzung auch lageangemessen alle Instrumente und Wirkmittel ziel- und zweckorientiert in die strategischen Überlegungen einzubeziehen und ggf. zum Einsatz zu bringen sind. Das militärische Instrument gehört zweifelsohne hierzu. Mithin wäre Herausdividieren dieses Instruments eine Reduktion der Möglichkeiten. Eine solche Reduktion ist so unnötig wie unzulässig, da sie die strategischen Möglichkeiten der Politik auf illegitime Weise verstümmelt und sie unter Umständen hindert, vitale strategische Interessen zu verteidigen und durchzusetzen. Demzufolge ist auch ein Begriff „Politische Strategie“, welcher sich von seinen Wurzeln löst und inhaltlich beschränkt, als unzweckmäßig und nicht zielführend abzulehnen.

Zum Autor: Dr. Dirk Freudenberg ist im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Dozent an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz, Bad Neuenahr-Ahrweiler; er hat zudem einen Lehrauftrag im Studiengang Katastrophenvorsorgemanagement an der Universität Bonn. Dr. Freudenberg ist Oberstleutnant der Reserve und Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 vgl. Joachim Raschke, Ralf Tils, Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007; vgl. Manuela Glaab, Politische Führung als strategischer Faktor, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2007, S. 303 ff.
- 2 Manfred G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, 2. Aufl., Stuttgart 2004, S. 698 f.
- 3 Joachim Raschke, Ralf Tils, Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007, S. 77
- 4 Anders hingegen die Politiklexika, welche zumindest die Begriffe „Strategie“ und „Taktik“ definieren. (Klaus Schubert, Martina Klein, Das Politiklexikon, 4. Aufl., Bonn 2006; vgl. Hanno Drechsler, Wolfgang Hilligen, Franz Neumann, Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, München 2003)
- 5 Franz Neumann, Strategie, in: Hanno Drechsler, Wolfgang Hilligen, Franz Neumann, Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, München 2003, S. 948; vgl. Klaus Schubert, Martina Klein, Das Politiklexikon, 4. Aufl., Bonn 2006, S. 294
- 6 vgl. u.a. Franz Neumann, Taktik, in: Hanno Drechsler, Wolfgang Hilligen, Franz Neumann, Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, München 2003, S. 962; vgl. Klaus Schubert, Martina Klein, Das Politiklexikon, 4. Aufl., Bonn 2006, S. 297
- 7 vgl. u. a. Ralf Tils, Politische Strategieanalyse. Konzeptionelle Grundlagen und Anwendung in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, Wiesbaden 2005, S. 25, der auf eine „Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation“ abstellt.
- 8 vgl. Joachim Raschke, Ralf Tils, Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007, S. 45
- 9 Joachim Raschke, Ralf Tils, Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007, S. 45
- 10 Otto Heinrich von der Gablenz, Einführung in die Politische Wissenschaft, Köln, Opladen 1965, S. 327 f.
- 11 ebenda, S. 328
- 12 vgl. u. a. Christopher Daase, Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Baden-Baden 1999; vgl. Herfried Münkler, Die Neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002; vgl. Mary Kaldor, Neue und alte Kriege, Frankfurt am Main 2000; vgl. Dirk Freudenberg, Theorie des Irregulären. Partisanen, Guerillas und Terroristen im modernen Kleinkrieg, Wiesbaden 2008
- 13 Herfried Münkler, Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken. Frankfurt am Main 1992, S. 8
- 14 Heinz Gärtner, Die vielen Gesichter der Sicherheit, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung, Datenschutz, Wien, 2006, S. 5 ff.; 5 f.
- 15 vgl. hierzu ausführlich: Dirk Freudenberg, Staaten und parastaatliche Systeme in Interaktion. Neue Konzepte für die internationale Sicherheit, in: ÖMZ 2007, S. 685 ff.

- 16 Henry Kissinger, Großmachtdiplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1975, S. 7
- 17 ebenda, S. 7 f.
- 18 Rudolf Adam, Postmoderne Konfliktmuster. Welche Rolle kann, welche Rolle soll militärische Gewalt spielen?, in: Clausewitz- Gesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch 2006, S. 75 ff.; 78
- 19 Dirk Freudenberg, Zweck und Ziel militärischer Einsätze und der Wesenskern soldatischen Dienens, in: ASMZ 2007, Heft 6, S. 14 f.; 14
- 20 Joachim Raschke, Ralf Tils, Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007, S. 74
- 21 ebenda, S. 76
- 22 Dirk Freudenberg, Politischer Zweck und militärische Absicht, in: ASMZ 2007, Heft 7/8, S. 32 f.; 32
- 23 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 190
- 24 ebenda , S. 243
- 25 ebenda, S. 169
- 26 ebenda, S. 243
- 27 ebenda, S. 245
- 28 ebenda, S. 190 ff.
- 29 Werner Hahlweg, Clausewitz. Soldat – Politiker – Denker, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1969, S. 93
- 30 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 89
- 31 ebenda, S. 98
- 32 Werner Hahlweg, Clausewitz, Soldat – Politiker – Denker, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1969, S. 93
- 33 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 90
- 34 Dietmar Schössler, Carl von Clausewitz, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 99; vgl. Dietmar Schössler, Die Weiterentwicklung in der Militärstrategie. Das 19. Jahrhundert, in: Gerhard Fels, Reiner K. Huber, Werner Kaltefleiter, Rolf F. Pauls, Franz Josef Schulze (Hrsg.), Strategie-Handbuch Bd. 1, Herford 1990, S. 31 ff.; 38
- 35 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 92
- 36 ebenda, S. 92
- 37 ebenda, S. 92
- 38 ebenda, S. 98
- 39 ebenda, S. 98
- 40 ebenda, S. 94
- 41 ebenda, S. 108
- 42 ebenda, S. 108
- 43 ebenda, S. 113

- 44 ebenda, S. 113
- 45 Eberhard von Kessel (Hrsg.), Carl von Clausewitz, Strategie aus dem Jahre 1804 mit Zusätzen von 1808 und 1809, 3. Aufl. Hamburg, 1943, S. 51
- 46 Herfried Münkler, Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken. Frankfurt am Main 1992, S. 108
- 47 ebenda, S. 108
- 48 Werner Hahlweg, Clausewitz, Soldat – Politiker – Denker, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1969, S. 93
- 49 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S. 121
- 50 ebenda, S. 99
- 51 ebenda, S. 706
- 52 Werner Hahlweg, Clausewitz. Soldat – Politiker – Denker, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1969, S. 71
- 53 Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006
- 54 Die Bundesregierung, Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Mai 2004
- 55 vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg, Berlin, Bonn, 2001

Clausewitz in russischen Diensten – ein Beitrag zur Biografie des Generalmajors Carl von Clausewitz

Wolfhart Einsel

Nicht eine militärische Analyse des Russlandfeldzuges soll im Vordergrund dieses Vortrages stehen, sondern die Leistungen eines Patrioten, der mit seinem wohl folgenschwersten Entschluss im März 1812 fast alles aufgegeben hatte: die Aufstiegsmöglichkeit zu einflussreicher Position im Vaterland, die Gunst des Königs und den Wirkungsbereich in einer ihm vertrauten Umgebung. Vielmehr wird seine Motivation, diesen Schritt zu unternehmen, einer näheren Betrachtung unterzogen. Seine persönliche Situation als Fremder in einem ihm unbekanntem Land soll ebenfalls umfassend dargestellt werden. Sein Mitwirken bei der Konvention von Tauroggen, die viele seiner Biographen als seine politische Großtat herausstellten, ist ebenfalls einer eingehenden Untersuchung wert. Wie sehr ihm der Übertritt in russische Dienste geschadet hat, zeigen die Schwierigkeiten, trotz der persönlichen Unterstützung seiner besten Freunde Scharnhorst und Gneisenau, nach dem Russlandfeldzug in preußische Dienste zurückzukehren und die Tatsache, dass er danach auf dem militärischen Abstellgleis landete.



Clausewitz in russischer Uniform, 1813/14
Maler unbekannt

1. Das Schicksalsjahr 1812

Durch die vernichtende Niederlage bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 und dem folgenden Frieden von Tilsit am 7. Juli 1807 war Preußen zu einem Vasallen Frankreichs geworden. Als sich Napoleon 1812 entschloss, Russland anzugreifen, um seine Vormachtstellung in Europa endgültig zu festigen, forderte er, weil er noch mit starken eigenen militärischen Kräften auf der Pyrenäenhalbinsel gebunden war, von den von ihm abhängigen Staaten, Truppenkontingente für seinen Feldzug gegen Russland zu stellen. Durch einen Bündnisvertrag vom 24. Februar 1812 wurde Preußen verpflichtet, ein Hilfskorps von 20.000 Soldaten zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig begrenzte dieses Bündnis den Umfang der preußischen Armee auf insgesamt 42.000 Soldaten und zwang Preußen zu umfangreichen Kontributionslieferungen, die eine unzumutbare Last für die Grundbesitzer, Bürger und Bauern bedeuteten. Das Ziel Napoleons war es, die Bevölkerung gegen ihren König aufzubringen und diesen zu entwürdigen. Der

Bündnisvertrag mit Frankreich bedeutete darüber hinaus zunächst das Ende der Preußischen Reformen. Die Reformer waren kaltgestellt und taten das übrige, indem sie fast alle Preußen verließen.

Clausewitz erlebte dieses Desaster hautnah mit. Sein ganzes politisches Denken war zu dieser Zeit von der Sorge und Angst vor einer Wiederholung der Politik vor Jena und Auerstedt bestimmt, die in seinen Augen von einem Verlust von Ehre und Anerkennung geprägt war. Er wollte wenigstens selbst seine persönliche Ehre bewahren und bat um seinen Abschied aus preußischen Diensten, um als Offizier der russischen Armee weiter gegen Napoleon – allerdings damit auch gegen Preußen – zu kämpfen, denn er war überzeugt, dass ein Krieg gegen Napoleon mindestens die Ehre retten und jene moralischen Kräfte wecken werde, die allein die Wiedergeburt des Staates in der Zukunft bewirken können.

2. Der Weg nach Russland

Clausewitz' Motivation und die Bekenntnisdenschrift

Carl von Clausewitz traf mit seinem Abschiedsgesuch im April 1812 eine echte Gewissensentscheidung, als er Existenz, gesicherte Laufbahn und Versorgung gegen die Wiedererlangung seiner persönlichen Ehre aufwog.

Clausewitz erhob die kompromisslose Verteidigung Preußens zur moralischen Absolutheit und stellte eine Politik, welche die Unabhängigkeit des Staates gefährdete, und zugleich die Autorität des Monarchen in Frage.

Er handelte selbständig, aus eigener Einsicht, als Patriot und politisch gebildeter Offizier. Er vertrat die Auffassung, dass die Existenz einer Nation niemals von dem Wohlwollen einer anderen Macht abhängen dürfe. Eine sklavische Unterordnung unter den Willen einer fremden Macht war ihm zuwider. Was ihn bei seinem Entschluss bewegte, hatte er bereits im Jahre 1809 erklärt: „Zwei Dinge bin ich mir als gewiss bewusst: Einmal, dass es mir unmöglich ist, gegen mein Vaterland zu fechten, und dass ich folglich, wenn der König seine Truppen für Frankreich marschieren lässt, augenblicklich den Dienst verlasse; und zweitens, dass es mir ebenso

unmöglich ist, ganz müßiger Zuschauer zu bleiben. Wenn ich diese Gelegenheit versäumte, meine Bestimmung zu erfüllen, hätte ich dann nicht meine frühere Lebenszeit verloren, die eine bloße Vorbereitung für dieselbe war?“

Clausewitz ging nach Russland, um von hier aus den nationalen Unabhängigkeitskampf des deutschen Volkes weiter vorzubereiten und gegen Napoleon zu kämpfen. Möglicherweise sah er auch voraus, dass der Kulminationspunkt napo-

leonischer Machtausdehnung bald überschritten sein und dann, gleichsam gesetzmäßig, der Rückschlag erfolgen würde. Nach den langen Jahren der Konspiration und Reflexion während der preußischen Reformen erkannte Clausewitz in Russland eine Chance, sich aktiv am Sturz der napoleonischen Herrschaft zu beteiligen. Vor seinem Weggang verfasste er im Auftrag von Scharnhorst und Gneisenau in Form von „Drei Bekenntnissen“ eine Denkschrift, die den Gefühlen und Argumenten derer, die das Bündnis mit dem kaiserlichen Frankreich gegen Russland ablehnten, den wohl überzeugendsten als auch rigorosesten Ausdruck gab. Weil in ihr noch einmal die Motivation deutlich wird, die ihn und andere Reformer veranlassten, Preußen zu verlassen, ist sie einer näheren Betrachtung wert.

Clausewitz schrieb im ersten Bekenntnis:

„ Man würdigt sich und die Nation herab, indem man aus Furchtsamkeit für eine Regierung streitet, die unser ärgster Feind ist, uns unserer Größe beraubt und misshandelt hat bis aufs Äußerste. ... Ich glaube und bekenne, dass ein Volk nichts höher zu achten hat, als die Würde und Freiheit seines Daseins. Dass es diese mit dem letzten Blutstropfen verteidigen soll. ... Dass der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist. ... Dass die Ehre des Königs und der Regierung eins ist mit der Ehre des Volkes, und das einzige Palladium seines Wohls. Dass ein Volk unermüdetlich ist in dem großmütigen Kampf um seine Freiheit. Dass selbst der Untergang der Freiheit nach einem blutigen und ehrenvollen Kampf die Wiedergeburt des Volkes sichert und der Kern des Lebens ist, aus dem einst ein neuer Baum die sicheren Wurzeln schlägt.“

Im zweiten Teil der Schrift übte er unverhohlene Kritik am König. Nach einem Überblick über die Verhältnisse Preußens seit 1806 legte er dar, dass Napoleon die völlige Vernichtung Preußens anstrebte. Er wog die Vor- und Nachteile eines Bündnisses mit Frankreich gegeneinander ab und kam zu dem Schluss, dass die Verbindung mit Frankreich den Staat Preußen allenfalls stärker von Napoleon abhängig machen würde. Clausewitz erhob die kompromisslose Verteidigung Preußens zur moralischen Absolutheit und stellte eine Politik, welche die Unabhängigkeit des Staates gefährdete, und zugleich die Autorität des Monarchen in Frage. Für ihn war der König der Repräsentant der Nation, seine Autorität beruhte darauf, dass sich seine Politik mit dem öffentlichen Wohl deckte. Der dritte Teil der Bekenntnisdenkschrift enthält eine positive Bewertung der augenblicklichen militärischen Möglichkeiten Preußens, jenen Krieg führen zu können, der in den vorangegangenen Abschnitten als ein moralisches und politisches Gebot

hingestellt wurde. In der Denkschrift finden Clausewitz' Auffassung vom Staat und seine Meinung von seinem persönlichen Verhältnis zum Staat ihre höchste Steigerung. Die Idee des Staates war nunmehr durchaus wichtiger geworden als seine jeweilige Realität, und diejenigen, die sich der moralischen Natur des Staates bewusst waren, hatten jetzt das Recht, über die Männer in den führenden Stellungen des Staates ihr Urteil abzugeben – selbst über den König.

Das Ausscheiden aus preußischen Diensten

Am 12. April suchte Clausewitz um seinen Abschied nach, mit Worten, die seine Beweggründe und Zukunftspläne eher verschleiern als erhellen. Er schrieb: „Meine Privatverhältnisse drängen mir diesen Schritt ab, der mir unendlich schwer wird, aber vielleicht für das Glück meines Lebens entscheidend ist. – Nie wird in meinem Leben die Dankbarkeit, das Gefühl der innersten Anhänglichkeit, der treuesten Ergebenheit an Eure Königliche Majestät Person erlöschen, die mich in dem jetzigen Augenblick mehr als je beseelen.“ Mit dem einzigen, kühlen Satz „Auf Ihr Gesuch vom 12.d[es].M[onats]. erteile ich Ihnen hiermit den Abschied. Friedrich Wilhelm“ gab der König dem Gesuch statt.

In seinem Entlassungsgesuch erwähnte Clausewitz nichts von seiner Absicht, in russische Dienste zu treten, und er hat auch nicht um die Erlaubnis gebeten. Der König konnte diesen Schritt nicht vergessen, noch weniger verstehen, und es war deshalb wohl mehr als bloße diplomatische Rücksicht auf Napoleon, dass Clausewitz nach seinem Übertritt der Prozess gemacht wurde. Einige Monate später wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet.

3. In russischen Diensten

Der Russlandfeldzug

In russischen Diensten bekleidete Clausewitz zunächst die Stelle des Adjutanten bei dem ehemaligen preußischen General Phull, der jetzt als Generaladjutant und persönlicher militärischer Berater des Zaren wirkte. Später wurde er Chef des Generalstabes des III. Kavalleriekorps, danach Quartiermeister im Reiterkorps des Generals Uwarow. Mit diesem nahm er an den Schlachten von Moshaisk, Witebsk, Smolensk und Borodino teil und wurde für seine Leistungen mit dem „Russischen Goldenen Degen der Tapferkeit“ und dem Wladimir-Orden IV. Klasse ausgezeichnet. Im weiteren Verlauf des Feldzuges wurde Clausewitz in die Armee des Generals Wittgenstein versetzt, wo er in der Avantgarde im Gefolge

des Generals Diebitsch Dienst tat. Hier bot ihm das Schicksal die Möglichkeit, als bevollmächtigter Unterhändler von russischer Seite Ende Dezember 1812 am Zustandekommen der Konvention von Taugoggen mitzuwirken. Nur durch sein Verhandlungsgeschick kam es zur Vereinigung der preußischen und russischen Truppen, was angesichts der zurückflutenden geschlagenen französischen Armee den Beginn der äußeren Wiedergeburt des preußischen Staates sowie des deutschen Befreiungskampfes gegen die napoleonische Herrschaft einleitete.

Nach diesem kurzen Überblick sollen nun einige Einzelaspekte genauer betrachtet werden. Nach seiner Ankunft in Wilna im Hauptquartier des Zaren erkannte Clausewitz, dass er jetzt zwar an der richtigen Stelle war, es aber schwer sein würde, eine Stellung zu erlangen, in der er mehr war als bloßer Zuschauer in Uniform. Ungeklärte Rivalitäten zwischen den russischen Befehlshabern und ihre Uneinigkeit über die gegen Napoleon anzuwendende Strategie machten das Hauptquartier zu einem ungemütlichen Ort für einen Fremden, besonders, wenn dieser nur wenige Worte Russisch sprach. So musste er die chaotische Debatte darüber miterleben, wie man in der ersten Phase des Krieges vorzugehen hatte. Die russische Partei drängte auf direkte Heimatverteidigung, auf die Schlacht an der Grenze, was sein direkter Vorgesetzter und Berater des Zaren Phull unterstützte. Zum Glück für die russische Seite setzte sich jedoch der ursprünglich von Scharnhorst in Berlin entwickelte, über den russischen Gesandten Graf Lieven und mit Clausewitz' Hilfe vermittelte preußische Plan durch: Erschöpfen des Angreifers durch die ungeheuren Dimensionen des Raumes, dann erst Annahme einer Hauptschlacht. Wie Scharnhorst und andere preußische Offiziere war Clausewitz davon überzeugt, dass nur ein strategischer Rückzug, womöglich über Moskau hinaus, die Russen retten würde. Bereits in seinem 1804 verfassten Erstlingswerk „Strategie von 1804“ schrieb er: „Wenn Bonaparte einst nach Polen kommen sollte, so wird er leichter zu besiegen sein als in Italien, und in Russland würde ich seinen Untergang für ausgemacht halten.“ Clausewitz trug unmittelbar zur Entscheidung zugunsten des Scharnhorstschen Plans bei. Er hatte nämlich eine Option des russischen Planes zu erkunden und vermochte dem Zaren die Mängel der Strategie Phulls überzeugend darzustellen. Zudem wirkte er direkt auf General Phull ein, seiner sich abzeichnenden Entlassung beim Zaren zuzukommen. Dann sorgte er dafür, dass der preußische Plan durch Graf Lieven an Alexander I. gelangte.

Im Verlaufe des Feldzuges wurde Clausewitz immer unzufriedener: Aufgrund der Sprachbarrieren blieb er meist in der passiven Rolle des „Schlachtenbummlers“, ganz seiner aktivistischen Natur zuwider zur Untätigkeit verdammt. Er konnte

also die Zeit nur dazu nutzen, sich einen großen Überblick zu verschaffen und Kriegsgeschichte unmittelbar im Ablauf zu studieren. Mitten im Kriege isoliert sah er alle Fehler und Schäden mit überscharfem Auge. Auch körperlich litt er unter den Strapazen des Feldzuges. Er schrieb in einem Brief an seine Frau: „Die Beschwerlichkeiten des Feldzuges sind außerordentlich. Seit neun Wochen täglich auf dem Marsch, seit fünf Wochen kein Stück Zeug vom Körper. Hitze, Staub, abscheuliches Wasser und oft sehr empfindlicher Hunger. Ich habe bis jetzt noch alle Nächte unter freiem Himmel zugebracht, wenige ausgenommen, denn die Gegenden sind meistens von allen Einwohnern verlassen und die erbärmlichen Hütten verwüstet. Die Gicht quält mich zuweilen; fast unausgesetzt leide ich an Zahnweh, da ich seit Wilna drei hohle Zähne bekommen habe; dabei gehen mir die Haare aus und meine Hände, die seit vierzehn Tagen aller Handschuhe entbehren, sehen aus wie gelbes Leder.“

In diesen Sommermonaten 1812 erreichte die Depression Clausewitz' den Tiefpunkt. Bei aller militärischen Unzufriedenheit hat Clausewitz den Mut dennoch nicht verloren. Seine Ehe ist fest gegründet, an dieses Fundament hält er sich. Er schrieb: „Mein ganzes Leben scheint mir so verworren und resultatlos, dass ich schon tausendmal darauf zurückgekommen bin: Dein Besitz ist das Höchste, was ich errungen habe – und dieses einzige und höchste Gut muss ich entbehren.“ Im Übrigen half ihm sein elastischer Geist über die Depression hinweg.

Die Konvention von Taurogen und die Folgen

Mit seiner Versetzung in das Korps Wittgensteins war Clausewitz erstmals in diesem Feldzug am richtigen Platz. Der Stab bestand nur aus Deutschen, überwiegend Preußen – das Sprachproblem entfiel mithin. Dem Korps Wittgensteins standen aber ebenfalls Preußen unter dem Befehl des französischen Marschalls Macdonald gegenüber. Fast zwei Drittel der Streitmacht Macdonalds bestanden aus 14.000 Preußen, dem Hauptteil des preußischen Hilfskorps, das Preußen gemäß den Bedingungen des Bündnisses mit Frankreich zur Verfügung gestellt hatte. Diese Truppen unterstanden unmittelbar dem Generalleutnant von Yorck, einem Mann, der den Franzosen gegenüber sehr ablehnend eingestellt war und in den Jahren vor 1812 die meisten der Vorhaben Scharnhorsts unterstützt hatte.

Das preußische Hilfskorps wurde auf dem Rückzug der französischen Armee durch die Voraustruppen Wittgensteins, die von General Diebitsch befehligt wurden und bei denen sich auch Clausewitz befand, am Weihnachtstag 1812 vom Rest des McDonaldschen Korps abgeschnitten. Gespräche zwischen beiden Seiten

schiene nun gerechtfertigt. Am 25. Dezember begannen ernsthafte Unterhandlungen mit dem Ziel, das preußische Korps vorläufig zu neutralisieren. Am Ende der ersten Unterredung bat Yorck den General Diebitsch, ihm künftig einen preußischen Offizier als Unterhändler zu schicken, weil er zu einem Preußen mehr Vertrauen hätte. Die Wahl fiel auf Clausewitz.

Am 29. Dezember kehrte Yorcks erster Adjutant aus Berlin in das preußische Hauptquartier im Dorf Taugoggen mit der Nachricht zurück, dass die Haltung des Königs, weiterhin am Bündnis mit Frankreich festzuhalten, unverändert sei. Noch am selben Tag überbrachte Clausewitz Yorck Depeschen, wonach innerhalb von achtundvierzig Stunden weitere russische Truppen in der Gegend eintreffen und zu einer wirklichen Gefahr für die Preußen werden würden. Auf Yorcks Frage, ob die Wittgensteinschen Truppen die genannten Punkte wirklich am 31. Dezember erreichen würden, antwortete Clausewitz mit Worten, die als präzise Exegese des Begriffs der Friktion gelten können, auf den er in „Vom Kriege“ ausführlich eingehen sollte: „Ich verbürge mich Eurer Excellenz für die Ehrlichkeit des Briefes ...; ob diese Dispositionen so ausgeführt sein werden, kann ich freilich nicht verbürgen, denn Eure Excellenz wissen, dass man im Kriege oft mit dem besten Willen hinter der Linie zurückbleiben muss, die man sich gezogen hat.“ Nach einigen Sekunden des Nachdenkens ergriff Yorck Clausewitz' Hand und sagte: „Ihr habt mich.“

Die Konvention von Taugoggen signalisierte nicht nur das Ende des Feldzuges, sie machte aus der Katastrophe der „Großen Armee“ Napoleons erst das Ereignis, das zu neuen politischen Konstellationen und Allianzen geführt hat.

Am 30. Dezember 1812 wurde die Konvention in der Poscheruner Mühle bei Taugoggen unterzeichnet. Durch Yorcks Entschluss waren die Franzosen gezwungen, sich weiter zurückziehen, während die Russen ihnen langsam folgten. Yorck nahm keine Notiz von den Befehlen aus Berlin, ihm das Kommando zu entziehen und ihn zu verhaften, im Gegenteil, er gab sogar seine Neutralität auf und unterstützte die Russen nun offen. Er begann, die Hilfsquellen der Provinz Ostpreußens zu mobilisieren, um sich eine geeignete Operationsbasis zu schaffen und den König zum Bruch mit Frankreich zu zwingen. Die ostpreußischen Stände einigten sich, Yorcks Korps durch Einberufene und Freiwillige zu verstärken und eine Landwehr von 20.000 Mann zu bilden, unterstützt durch einen Landsturm, beide organisiert nach einem von Clausewitz entworfenen Plan, der sich eng an die Vorschläge anlehnte, die er fast zwölf Monate zuvor in seiner Bekenntnisschrift entwickelt hatte. Die Aufstellung der Verbände war sein geistiges Eigentum. Die Konvention von Taugoggen signalisierte nicht nur das Ende des Feldzuges,

sie machte aus der Katastrophe der „Großen Armee“ Napoleons erst das Ereignis, das zu neuen politischen Konstellationen und Allianzen geführt hat. Angesichts des fluchtartigen Rückzuges der Reste von Napoleons Großer Armee und des Vormarsches der russischen Truppen gab die Konvention von Tauroggen das Signal für die Volkserhebung in Preußen und anderen deutschen Staaten. Clausewitz spielte bei diesem Ereignis eine Hauptrolle: Ihm ist es letztlich zu verdanken, dass



Am 30. Dezember 1812 wurde die Konvention in der Poscheruner Mühle bei Tauroggen unterzeichnet.

der unentschlossene Yorck schließlich die Seiten wechselte und die Handlungsfreiheit des Königs zwischen Franzosen und Russen wieder herstellte.

Über die historische Bedeutung und die Wirkung der Konvention urteilte Clausewitz später: „Es ist nicht vernünftig zu glauben, dass ohne diesen Entschluss, welchen General Yorck den 29. abends in Tauroggen fasste, Bonaparte noch auf dem französischen Thron und die Franzosen noch die Gebieter Europas wären, denn diese großen Wirkungen

sind die Folgen einer unendlichen Menge von Ursachen oder vielmehr Kräften, die größtenteils auch ohne den General Yorck wirksam geblieben wären; aber zu leugnen ist es nicht, dass der Entschluss dieses Generals ungeheure Folgen gehabt und wahrscheinlich das allgemeine Resultat sehr beschleunigt hat.“ Die Konvention von Tauroggen ist Clausewitz' große historische Tat im Bereich der praktischen Politik. Genützt hat sie ihm in seiner Laufbahn freilich wenig. Der König erfüllte ihm seinen Wunsch, an den Freiheitskämpfen gegen Napoleon als Angehöriger des preußischen Heeres teilnehmen zu dürfen, zunächst nicht.

Der Verbindungsoffizier

In der zweiten Märzwoche 1813 kehrte Clausewitz mit Wittgensteins Korps nach Berlin zurück und konnte zunächst zwei Wochen mit seiner Frau verbringen, ehe er nach Schlesien zu Scharnhorst ging, wo der Hof und die obersten Behörden sich vorläufig niedergelassen hatten. Sein Gesuch um Wiederaufnahme in die preußische Armee wurde vom König abgelehnt, der zwar den gegen ihn laufenden Prozess niederschlagen ließ, ihm aber schrieb, dass seine Wiederaufnahme nur bei ganz vorzüglicher Auszeichnung in dem bevorstehenden Krieg gerechtfertigt sei. Clausewitz ließ sich von dieser Situation nicht entmutigen, obwohl alles nach ihm drängte, in der preußischen Armee am Befreiungskrieg teilzunehmen. Das Beste, was seine Freunde unter diesen Umständen für Clausewitz tun konnten, war, ihn zum russischen Verbindungsoffizier in Blüchers Stab ernennen zu lassen,

wo er in Wahrheit als Scharnhorsts Gehilfe arbeitete. In dieser Funktion nahm er während des Frühjahrsfeldzuges 1813 an den Schlachten bei Großgörschen und Bautzen teil.

Zu Beginn des folgenden Waffenstillstandes bat Gneisenau ihn, eine kurze Darstellung des Frühjahrsfeldzuges zu verfassen und dabei auf populäre Wirkung bedacht zu sein, den Kampfesmut zu nähren und Begeisterung für den bevorstehenden Kampf zu entfachen. Mit gewohnter Fertigkeit verfasste er ein Manuskript, das anonym unter dem Titel „Der Feldzug von 1813 bis zum Waffenstillstand“ veröffentlicht wurde. Die Broschüre erreichte ihre propagandistischen Ziele, indem sie starke Töne von Patriotismus und politischer Moral anschlug – emotionale Appelle, die Clausewitz in eine straffe, analysierende Beschreibung einbettete. Clausewitz' Wunsch, weiterhin im Stab der schlesischen Armee zu wirken und an den militärischen Hauptentscheidungen teilzunehmen, ging nicht in Erfüllung. Er erhielt stattdessen den Befehl, die Funktion des Generalquartiermeisters der deutsch-russischen Legion zu übernehmen.

In der deutsch-russischen Legion

Bereits im Spätherbst 1812 sollte Clausewitz von den Russen als Stabschef zur Russisch-Deutschen Legion versetzt werden, die in St. Petersburg aufgestellt wurde. Nur weil ihre Aufstellung damals noch nicht weit fortgeschritten war, wurde er in das Korps Wittgensteins versetzt. Die Russisch-Deutsche Legion verdankte ihre Entstehung verschiedenen von Österreich während des Krieges von 1809 veranlassten Versuchen, reguläre Truppen und Freikorps für Expeditionen tief in französisch besetztes Gebiet einzusetzen. Die preußischen Offiziere, die auf die militärische und politische Kraft der Insurrektion setzten, waren 1812 zu der Erkenntnis gelangt, dass die spanische Guerilla für Preußen und Deutschland eine Inspiration, aber kein Vorbild sein könnte. Sie vertraten jetzt die Ansicht, dass Preußen nicht den langsamen Weg des Guerillakrieges einschlagen sollte, sondern mit Linientruppen, unterstützt von Milizen und anderen organisierten Bevölkerungsgruppen, versuchen müssten, die französische Armee in der Schlacht zu besiegen. In diesem Prozess sollte die Legion als erste reguläre Truppe wirken, die den Anstoß zur Insurrektion gab, die Bevölkerung mobilisierte und bis zum Eintreffen der Hauptarmee schon kleinere Gefechte lieferte. Die nun etwa 8000 Mann starke Russisch-Deutsche Legion bildete die Elite eines internationalen Korps, das vom Grafen Wallmoden-Gimborn geführt wurde und die Stärke von 22.600 Soldaten besaß. Zu diesem Korps gehörte zu der Zeit auch das Freikorps Lützow. Wallmoden-Gimborn setzte Clausewitz als Generalstabschef der gesamten Truppe ein.

Im Herbstfeldzug 1813, der mit der Niederlage Napoleons bei Leipzig und seiner Vertreibung aus Deutschland endete, befand sich Clausewitz auf dem unbedeutendsten der Kriegsschauplätze. Die Aufgaben der Nordarmee bestanden darin, die recht starken französischen Kräfte in Norddeutschland in Schach zu halten, Berlin zu schützen und ihre Operationen südwärts auszudehnen, um den Druck auf Napoleon in dem Gebiet um Leipzig zu verstärken. Den ganzen Herbst über führte das Korps einen an Ereignissen armen Feldzug aus Vor- und

*Das Werk „Vom Kriege“
verdankt sein Entstehen nicht
zuletzt dem Kriegsdienst von
Clausewitz im russischen Feld-
zug von 1812. Er konnte dort
außerordentliche Erfahrungen
sammeln und umfassende stra-
tegische Einblicke gewinnen.*

Rückmärschen, Überfällen und kleinen Gefechten – von der ursprünglichen Bestimmung des Korps war längst keine Rede mehr. Der erfolgreichste Tag war ein plötzlicher Angriff über die Elbe auf eine französische Kolonne – das Gefecht an der Göhrde am 16. September 1813 – bei dem Wallmoden und Clausewitz den etwa 3.000 Mann starken Gegner mit 12.000 Mann besiegten. Clausewitz wurde für seinen Beitrag zu dem Sieg zum Kaiserlichen Oberst

befördert. In dieser Schlacht setzte Clausewitz, der den Operationsplan zu dieser Schlacht entwarf, zum ersten Mal seine in den Berliner Jahren von 1810/1811 erarbeitete Konzeption des „Kleinen Krieges“ um.

Erst als im Jahre 1814 in Frankreich die letzten Entscheidungen des Befreiungskrieges gefallen waren, die französische Hauptstadt kapituliert und Napoleon abgedankt hatte, erinnerte man sich an das Korps Wallmoden. Clausewitz nahm mit diesem Verband allerdings nur noch an bedeutungslosen Gefechten teil. Clausewitz blieb am Rande des Geschehens. Er musste zusehen, wie andere auf größerer Ebene handelten. In dem Bewusstsein, nach wie vor beim König in geringer Gunst zu stehen, als „Außenseiter“ keinen rechten Wirkungskreis mehr zu erlangen, von dem quälenden Gefühl beherrscht, einer hoffnungslosen Zukunft entgegen zu sehen, dazu bedrückt in dem Empfinden, vorzeitig verbraucht zu sein, sah Clausewitz sich fast als ein im Leben Gescheiterter an.

4. Rückkehr in preußische Dienst – auf dem Abstellgleis

Nach dem Kriegsende wurde das Korps Wallmoden in preußische Dienste übernommen. Clausewitz, der sich nicht auf diese Weise in preußische Dienste einschleichen wollte, schrieb dem König, dass er, wenn er nicht anders wieder in preußische Dienste übernommen werden würde, aus dem Korps austreten würde. Friedrich Wilhelm III., im Hochgefühl des Sieges über Napoleon, war jedoch gnädig und übernahm Clausewitz mit Patent vom 14. April 1814 als Oberst

der Infanterie wieder in preußische Dienste. Er blieb jedoch weiterhin im Korps Wallmoden, das eine Sonderstellung einnahm und nicht als Truppenkörper in die preußische Armee eingegliedert wurde. Clausewitz wurde vom König auch weiterhin schroff behandelt. Selbst in der Schlacht bei Waterloo nahm er, als Generalstabschef in das III. Armeekorps versetzt, nur auf einem Nebenkriegsschauplatz teil, obwohl er den König schriftlich bat, an der Front verwendet zu werden. Der König antwortete ihm: „Ich kann Ihr Gesuch, Sie in der Linieninfanterie wieder einzusetzen, jetzt nicht erfüllen, bin aber auch überzeugt, dass Sie diesen Posten, welchen ich Ihnen übertrage, zu meiner Zufriedenheit ausfüllen werden und ermahne Sie daher, der Ihnen gegebenen Bestimmung, mit Zuversicht auf Ihren Eifer für den Dienst entgegenzugehen.“ Ein gewisser Unmut über diesen Clausewitz, der immer etwas Besonderes will, klingt aus dem Schreiben. Clausewitz, so pflichtgetreu er seine Aufgaben erfüllt, war kein bequemer Untergebener.

5. Zusammenfassung

Die Zeit in russischen Diensten und besonders das Jahr 1812 markierten in Clausewitz' Leben den Höhepunkt seines offenen Bekenntnisses zu einem politischen Ideal, statt zu der Realität des politisch unzulänglichen preußischen Staates. Seit Jahresbeginn hatte er sich an Aktionen beteiligt, die den Willen des Königs missachteten oder ihm zuwiderliefen: Er arbeitete gegen das Bündnis mit den Franzosen, schied aus preußischen Diensten aus, hatte seine Hand im Spiel, als man Yorck überredete, seinen Befehlen nicht Folge zu leisten, und half mit, die ostpreußische Bevölkerung zum Krieg gegen die Franzosen zu mobilisieren, zu einem Zeitpunkt, als diese offiziell immer noch Verbündete Preußens waren. Sein Verhalten war konsequent und ergab sich folgerichtig aus sehr viel weiter zurückliegenden Auffassungen, setzte ihn aber mehr denn je der Beschuldigung aus, ein ungehorsamer und unpatriotischer Untertan zu sein. Es mutet deshalb wie ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit an, dass Clausewitz ganz gegen Ende des russischen Feldzuges doch noch eine gewisse Anteilnahme vergönnt war an den beiden halb militärischen, halb politischen Aktionen, die Napoleons Niederlage erst recht zu einem europäischen Ereignis machten und das Bindeglied darstellten zu dem preußischen Befreiungskampf. Wenn auch die Unkenntnis der russischen Sprache seine Verwendungsmöglichkeiten einengte, so bewährte sich Clausewitz in allen Situationen während seines Dienstes in der russischen Armee als tapferer, umsichtiger Offizier. Durch seine Lage, teilweise isoliert zu sein, hatte er die Gelegenheit, sich einen großen Überblick zu verschaffen und Kriegsgeschichte unmittelbar im Ablauf zu studieren. Die Teilnahme am Feldzug von 1812 wurde für Clausewitz deshalb die wichtigste Erfahrungsquelle. Er kann für sein späteres militärtheoretisches Gebäude nicht hoch genug veranschlagt wer-

den. Über die Möglichkeiten einer gut geführten strategischen Verteidigung für den Enderfolg eines Feldzuges oder Krieges erhielt er viele Denkanstöße. Seine Vorstellungen über den Volkskrieg und über die Rolle des moralischen Faktors im Kriege wurden wesentlich erweitert. Der patriotische Geist der Masse des Volkes und der Kampf bewaffneter Volkskräfte trugen wesentlich zur moralischen Erschütterung der napoleonischen Armee bei. Das Werk „Vom Kriege“ verdankt sein Entstehen nicht zuletzt dem Kriegsdienst von Clausewitz im russischen Feldzug von 1812. Er konnte dort außerordentliche Erfahrungen sammeln und umfassende strategische Einblicke gewinnen. Die Variationen des Kriegsbildes wurden ihm in ihrer ganzen Fülle gewahrt, ebenso aber auch die verschiedenen Standpunkte der Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen: das Hauptquartier des Zaren, eine Reihe von höheren Kommandobehörden, der Generalstabsdienst an der Front und schließlich die ganze Härte des Krieges. Seine Erkenntnisse können in „Vom Kriege“, besonders im sechsten und siebenten Buch nachgelesen werden, in denen er auf die Grundbegriffe Angriff und Verteidigung eingeht und sich mit ihrer Wechselwirkung befasst. Rein militärisch liegt im Russlandfeldzug der Kern seiner Erkenntnisse.

Zum Autor: Wolfhart Einsel, Oberstleutnant a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den der Verfasser aus Anlass des 175. Todestages von Carl von Clausewitz bei einer Gedenkveranstaltung Ende 2006 in Burg bei Magdeburg gehalten hat.

Literaturverzeichnis

Aron, Raymond, Clausewitz – Den Krieg denken, Frankfurt/M. 1976

Clausewitz, Carl von Schriften, Aufsätze, Studien, Briefe, Göttingen 1966

Förster, Gerhard, Carl von Clausewitz, Berlin 1989

Hahlweg, Werner, Clausewitz – Soldat, Politiker, Denker, Göttingen 1969

Paret, Peter, Clausewitz und der Staat, Bonn, 1993

Rothfels, Hans, Carl von Clausewitz – Politik und Krieg, Berlin, 1920

Schramm, Wilhelm von Clausewitz – General und Philosoph, München, 1982

Richter, Klaus Christian, Das Gefecht an der Göhrde, Rastatt 2007

Zweck und Ziele der Clausewitz-Gesellschaft

Die Clausewitz-Gesellschaft ist eine unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Vereinigung; sie wurde 1961 gegründet. Die Gesellschaft hat sich die Aufgabe gestellt, aus der Begegnung mit den Gedanken des militärischen Denkers und großen Philosophen Carl von Clausewitz Nutzen für die Gegenwart zu ziehen. Dabei geht es nicht um eine historische Rückschau auf Clausewitz und seine Zeit oder gar um die detaillierte Exegese seines Werkes, sondern vielmehr um den Versuch, die gegenwärtigen Aufgaben der Politik und der Strategie im Spiegel der Einsichten des Carl von Clausewitz zu sehen und dabei zu prüfen, welche der von Clausewitz formulierten Grundsätze und Einsichten heute noch von Bedeutung sind und damit überzeitliche Geltung besitzen. Stand im Mittelpunkt der Arbeit der Gesellschaft zunächst das Bestreben, das geistige Erbe des deutschen Generalstabes zu bewahren und die Clausewitz-Forschung zu unterstützen, so ist zwischenzeitlich vor allem die kritische und intensive Auseinandersetzung mit den strategischen und sicherheitspolitischen Fragen unserer Zeit in den Vordergrund getreten. Diesem zweiten Teil des Ansatzes fühlt sich die Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft heute besonders verpflichtet.

Dieser Zielsetzung dienen u.a. drei jährlich stattfindende zentrale Veranstaltungen der Clausewitz-Gesellschaft: das Berliner Colloquium; die Jahrestagung, verbunden mit einer sicherheitspolitischen Informationstagung; das Forum. Zahlreiche Veranstaltungen der fünf deutschen Regionalkreise, des schweizerischen Regionalkreises und des Clausewitz-Tisches Bremen kommen hinzu. Darüber hinaus unterstützt die Gesellschaft wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Clausewitz-Forschung und Veröffentlichungen zu sicherheitspolitischen Fragen. Durch eigene Veröffentlichungen, u.a. das Jahrbuch, trägt sie zur sicherheitspolitischen Diskussion bei.

Präsident der Gesellschaft ist Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, ihr Ehrenpräsident der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General a.D. Ulrich de Maizière († 2006).